

Stefan Gillich (Hrsg.)

Nachbarschaften und Stadtteile im Umbruch

Kreative Antworten der Gemeinwesenarbeit
auf aktuelle Herausforderungen

Beiträge aus der Arbeit des Burckhardthauses, Band 13

Stefan Gillich (Hrsg.)

Nachbarschaften und Stadtteile im Umbruch

Kreative Antworten der Gemeinwesenarbeit
auf aktuelle Herausforderungen

2. überarbeitete Auflage 2007

TRIGA – Der Verlag

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

2. überarb. Auflage 2007
© 2007 TRIGA – Der Verlag
Herzbachweg 2, D-63571 Gelnhausen
www.triga-der-verlag.de
Alle Rechte vorbehalten
Druck: Daten- & Druckservice Spengler, 63486 Bruchköbel
Printed in Germany
ISBN 978-3-89774-574-2

Inhalt

Einführung	7
<i>Stefan Gillich</i>	7
 I. Zu gesellschaftspolitischen Entwicklungen	19
Demografischer Wandel: Konsequenzen für die Stadt und das Zusammenleben	
<i>Albrecht Göschel</i>	20
Zum politischen Selbstverständnis von Gemeinwesenarbeit	30
<i>Dieter Oelschlägel</i>	30
 II. Grundlagen und Arbeitsfelder der Gemeinwesenarbeit	41
Kompetenzen für die Gemeinwesenarbeit – Chancen des neuen Systems der hochschulischen Studiengänge	
<i>Michael Rothschuh in Zusammenarbeit mit Christoph Stoik</i>	42
Mit Gemeinwesenarbeit Sicherheit und Ordnung schaffen?	
<i>Sabine Stövesand</i>	66
Gemeinwesenarbeit und Nachbarschaft als Chancen für zukunfts- orientierte Gemeinden und Diakonie	
<i>Stefan Gillich</i>	80
Integrierte Angebote brauchen einen Ort – die Idee lokaler Zentren	
<i>Reinhard Thies</i>	96
Thérapie Sociale – Kreative Auswege für Frust, Zorn und Ohnmacht in der Gemeinwesenarbeit	
<i>Gudrun Knittel</i>	112
Zielvereinbarungen in der Sozialen Arbeit: Wo kein Wille ist, ist auch kein Weg!	
<i>Maria Lüttringhaus/Angelika Streich</i>	135
 III. Kreative Handlungsmöglichkeiten in der Praxis	151
Das Forster Tuch – eine Stadt webt an der gemeinsamen Zukunft	
<i>Peter Grünheid/Markus Kissling (SPACEWALK)</i>	152
Veränderte Lebensbedingungen in schrumpfenden Städten und Stadtteilen: Handlungsmöglichkeiten für die Gemeinwesenarbeit	
<i>Manuela Lehnert/Dieter Oelschlägel</i>	165

Lokale Beschäftigung als Chance für die Nachbarschaften <i>Heike Binne/Regina Weber</i>	179
Modellprojekt »Vernetzte Sprachförderung und Elternbildung in Hannover Linden-Süd« <i>Wolfgang Prauser</i>	193
Pisa, Armut und die Folgen – zwei Antworten aus der Praxis <i>Christina Hey</i>	204
Playing Arts: Anstöße ästhetischer Bildung auch für Jugend- und Gemeinwesenarbeit <i>Christoph Riemer/Benedikt Sturzenhecker</i>	214
Playing Arts Projekt: Mobiles Konservatorium <i>Marion Tempel</i>	221
»... warum wir doch über Geld sprechen sollten!«	223
<i>Mathilde Stanglmayr</i>	223
 IV. Tagungsinformationen und Anhänge	 227
13. Werkstatt Gemeinwesenarbeit (19.-22.09.2005) im Burckhardthaus, Gelnhausen	228
Gemeinwesen im Umbruch: Kreativität der Gemeinwesenarbeit im Spannungsfeld von Fordern, Fördern, Sanktionen und Schrumpfungsprozessen.	228
Teilnehmerinnen und Teilnehmer	230
Autorinnen und Autoren	232
Übersicht über Dokumentationen des Burckhardthauses	234
Veranstaltungshinweise des Burckhardthauses	235

Einführung

Stefan Gillich

Vom Arbeitsmarkt, dem Garanten für Horrormeldungen, kommen vergleichsweise sanfte Wasserstandsmeldungen. Seit Monaten in Folge ist die Arbeitslosenzahl gesunken. Auch die Zahl versicherungspflichtiger Beschäftigter nimmt zu. Es tut sich einiges auf dem Arbeitsmarkt. Doch von einer Trendwende zu Besserem kann nicht die Rede sein. Die Bewegung hat wenig mit Wirtschaft und Konjunktur zu tun, dafür jedoch viel mit Politik und Statistik. Anfang des Jahres 2005 blähte die neue Zählweise im Zeitalter von Hartz IV die Erwerbslosenzahlen auf. Nun kommt von dieser Seite Entspannung, gekoppelt mit einer Zunahme nicht armutsfester Erwerbstätigkeit.

Allenthalben wird von der Unbezahlbarkeit des Sozialstaates (alter Prägung) und vom »Umbau des Sozialstaats« schwadroniert. Wie das fertige Haus einmal aussehen soll, weiß niemand (oder sagt es nicht). Ein wesentliches Bauelement ist ganz unbestreitbar die Gerechtigkeit. Sie ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Demokratie. Für einen tragfähigen Sozialstaat ist insbesondere die Teilhabegerechtigkeit maßgebend. Dabei geht es nicht nur um ökonomische und materielle, sondern vielmehr um umfassende soziale Teilhabe. Sie ist die Grundlage für die Bereitschaft, Rechte und Pflichten zu übernehmen und die Gesellschaft mitgestalten zu wollen. Solidarische Netze brauchen einen solchen Nährboden.

Mit Verweis auf das Vorbild USA gelang es Konservativen und Marktradikalen, den Sozialstaat umzudefinieren. Dieser war – ich erinnere – einst auch für Konservative ein Teil der Lösung. Garantiert er doch den sozialen Frieden und ist damit ein Wirtschaftsstandortfaktor erster Güte. Das stimmt zwar immer noch, jedoch wurde erfolgreich die Sicht auf ihn so verstellt, dass heute der Sozialstaat zuallererst als Geldvernichter wahrgenommen wird. Leistungskürzungen, Eigenbeteiligungen und Ausstieg aus der »sogenannten« paritätischen Sozialversicherung werden als alternativlos hingenommen. In unterschiedlichen Schwundstufen der sozialen Absicherung konkurrieren Parteien um das, was ihres Erachtens Zukunftsmodelle sein sollen: Von Sozialstaat light bis zum radikalsten Kurs, dem Abbau und der ersatzlosen Streichung sozialer Errungenschaften und Standards. Empörung entwickelt sich partiell über Agenda 2010, »Gesund-

heitsreform«, Hartz IV oder Rentenkürzungen. Doch der Sozialstaat ist für den Einzelnen überlebenswichtig: In der Not oder bei der schnellen Hilfe nach Katastrophen.

Die Botschaften einer neoliberalen Sozialpolitik sind allenthalben zu spüren. Sie lassen sich im Kern reduzieren auf die Forderungen:

- Wer fördert, hat das Recht zuerst zu fordern
- Wer berechnete Forderungen nicht erfüllt, kann/muss tiefgreifend sanktioniert werden
- Wer etwas bekommen will, darf selbstverständlich nicht selbst schuld sein an seiner prekären und verzweiferten Lage
- Anrecht auf Teilhabe resp. Förderung steht nur dem unschuldigen Opfer zu
- Wer nehmen will, muss geben oder zumindest »eingezahlt«, resp. Ansprüche erworben haben
- Wer sein Dasein in Deutschland fristen will, muss sich anpassen, darf nicht stören und muss unauffällig nützlich sein
- Wer Rechte will, muss Pflichten übernehmen, sich diszipliniert verhalten, sich gesellschaftlich nützlich machen und die unbedingte Arbeitsbereitschaft deutlich machen

Der Sozialstaat hergebrachter Prägung glich ansatzweise materielle Ungerechtigkeit, sozusagen fürsorglich aus. Sein Ziel war nicht primär die Ermächtigung aktiver Bürger zur weitgehend selbstständigen Zukunftssicherung. Im Sinne der Nachhaltigkeit hätte hier nachhaltige Steuerung des Staates anzusetzen. Staatliche Steuerung müsste jene Mindeststandards definieren, die dem Einzelnen die von den Neoliberalen so hochgelobte Eigenverantwortung erst ermöglichen, und das möglichst auch für die Zukunft. Zu diesen Standards müsste eine schuldenmindernde Haushaltspolitik ebenso zählen wie möglichst saubere Luft, chancenreiche Bildungsangebote und materielle Absicherung für die Risiken des Lebens. Sie müssten mit der demokratisch legitimierten Macht des Staates durchgesetzt werden – auch gegen die Interessen der Wirtschaft – wo Freiwilligkeit aus Prinzip nichts hilft. Und selbstverständlich hätte der Staat das Recht, seine Aufgaben so zu finanzieren, dass nicht die Schwachen die Hauptlast tragen oder, wie in der Sozialversicherung, das an Lohnarbeit gekoppelte System zusammenbricht.

Das Projekt *Hartz IV* kostet den Staat statt 14 Milliarden Euro fast das Doppelte. Die (be)herrschende Interpretation: Da ist ganz schön viel Missbrauch dabei. Die andere Lesart: Hier wird Armut sichtbar. Viel weniger

Hartz-IV-Empfänger, als Politikvertreter dachten, haben noch Vermögen oder Einkommen, das ihnen angerechnet werden kann. Und viel mehr Menschen als geplant haben sich berechtigt für den Bezug von Arbeitslosengeld II gemeldet; auch diejenigen, welche die frühere Sozialhilfe aus Scham nicht beantragen wollten. Dabei gilt: Hartz IV ist der Prototyp einer Politik, die den Menschen zum reinen Objekt des wirtschaftlichen Geschehens degradiert und ihn lediglich noch als Homo oeconomicus wahrnimmt. Mit Hartz IV (ALG II, Sozialgeld und Sozialhilfe) werden Millionen Menschen einer Armutsleistung unterworfen, deren Spielregeln einseitig definiert werden. Dabei wird für die nächsten Jahre ausgefochten und festgelegt, wie Millionen Menschen leben, arbeiten, wohnen und lernen werden, wie sie an den gesellschaftlichen Systemen (Gesundheit, Bildung, Kultur ...) teilhaben können oder ausgegrenzt werden. »Sozial ist, was Arbeit schafft.« Mit diesem Banner der Bundestagswahlgewinner lässt sich trefflich vorgehen gegen den vermeintlichen Abwärtsstrudel aus hohen Arbeitskosten, unfinanzierbaren Sozialsystemen und dauerhafter Wachstumsschwäche. Doch was trudelt hier eigentlich abwärts? Doch nicht die exorbitanten Unternehmensgewinne? Doch nicht der deutsche Exportüberschuss? Doch nicht die schamlosen Extra-Tantiemen und Bonusgratifikationen für Topmanager von Aktiengesellschaften? Das politische Handeln wird dem Verdikt der Arbeit um jeden Preis untergeordnet. »Sozial ist, was Arbeit schafft.« Mit dieser Begründung ließen sich auch Kinderarbeit und Leibeigenschaft wieder einführen.

Was bereits wieder eingeführt wurde, ist die erzwungene Arbeitspflicht für jedermann/jedefrau im Niedriglohnsektor. Fördern und Fordern sind das Gegensatzpaar, mit dem die unbedingte Arbeitsbereitschaft erzwungen werden soll. Doch man kann auf einer Glatze keine Locke drehen. Wo der Arbeitsmarkt nicht mehr hergibt, verkümmert das Fordern zu zwanghaften Handlungen. »Neulich«, so ein ALG II-Empfänger, »erklärt mir meine neue Vermittlerin: Sie müssen aber alles tun, um ihre Arbeitslosigkeit zu beenden. Mach ich ja alles, antworte ich. Sagt sie: Sie müssen auch umziehen, sind Sie denn bundesweit bereit? Bundesweit? Weltweit, sag ich, haben Sie denn was für mich?«¹

Darüber hinaus sind nach dem Gesetz mögliche Rechtsverordnungen wie die zur Festlegung der Angemessenheit der Wohnkosten schlichtweg nicht erlassen worden oder – wie das Bundessozialgericht in seinem im November 2006 veröffentlichten Urteil deutlich gemacht hat – zu streng

¹ Frankfurter Rundschau 10.09.2004

und uneinheitlich bewertet worden. In etlichen Kommunen und Landkreisen wird der entstandene Auslegungsspielraum weidlich genutzt. Versucht wird, Arbeitslosengeld II-Bezieher aus ihren Wohnungen zu drängen oder sie zu zwingen, eine – rechtswidrige – Kürzung des Arbeitslosengeldes II zu akzeptieren. Die verheerende Erfahrung vieler Arbeitssuchender: Fordern ohne Fördern und Leistungslücken bis zur Missachtung von Rechtsansprüchen. Aber auch dort, wo in den ersten Monaten nach Inkrafttreten des SGB II die tatsächlichen Kosten von Unterkunft und Heizung noch übernommen wurden, häufen sich inzwischen die Aufforderungen an die Betroffenen, innerhalb einer bestimmten Frist in eine billigere Wohnung umzuziehen. Auch hier wird die Aufforderung häufig mit der Ankündigung versehen, dass nach Ablauf der Frist nur noch die »angemessenen« Kosten übernommen werden. Zur »Angemessenheit« werden von den SGB II-Trägern überwiegend die bisherigen Sozialhilferichtlinien herangezogen, in der völligen Verkennung, dass der Wohnungsmarkt auf dem Auge der Wohnungsversorgung für alle blind ist und anderen Gesetzen gehorcht. Kurz: Preiswerter Wohnraum in der vorgegebenen Höhe ist in den meisten Kommunen und Landkreisen nicht vorhanden. In der Konsequenz werden wir mit einer sozialen Entmischung von Wohnquartieren zu rechnen haben.

Was jedoch in zunehmendem Maß zur Verfügung steht sind sogenannte Ein-Euro-Jobs. Klagen mehren sich bundesweit, dass feste, sozialversicherungspflichtige Stellen zugunsten sog. Ein-Euro-Jobs aufgegeben werden. Geringqualifizierte in Normalarbeitsverhältnissen leben mit der Befürchtung, dass sie durch ALG-II-Bezieher ersetzt werden, was Auswirkungen auf das Lohngefüge insgesamt haben dürfte. Die öffentliche Hand zeigt auch bei dieser Umverteilung ihr Janusgesicht.

Der zweite *Armuts- und Reichtumsberichts* der Bundesregierung vom März 2005 kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der gesellschaftliche Umverteilungsprozess an Fahrt zugenommen hat. Die Kluft zwischen arm und reich hat sich weiter vertieft, und zwar sowohl beim Einkommen wie auch beim (Geld-)Vermögen. Armut steigt weiter an. Arbeitslose, MigrantInnen, Alleinerziehende, Kinder und Jugendliche gehören zu den Hauptbetroffenen. Ignoriert wird in dem Bericht, dass zunehmender Reichtum in einem Gesellschaftssystem, das auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln, der Konkurrenz und der Mehrwertproduktion durch Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft basiert, Armut hervorbringt. Das neoliberale Konzept der »Standortsicherung« setzt ganz auf Markt, Wettbewerb und Leistung. Leistung wird glorifiziert mit Gehaltssteigerungen, Zulagen und Prämien. Armut ist insofern kein »Betriebsunfall« sondern ein (soziales)

Abfallprodukt der Marktwirtschaft zur Disziplinierung der Bürger. Wir können feststellen: »Ganz unten ist jetzt viel weiter oben«.

Wo Staat und Wille zum Gemeinsamen geschwächt sind, nehmen die Teilsysteme der Gesellschaft, allen voran die Wirtschaft, nur noch die Menschen auf, die sie unbedingt benötigen und behalten nur die, welche funktionieren. Die Zahl der Überflüssigen, der Ausgegrenzten, nur zeitweilig Benötigten, steigt: Hunderttausende Langzeitarbeitslose, viele Gering- und Nichtqualifizierte, die Älteren; migrantische Jugendliche, die vielen Projekt-Arbeiter, die alle drei Monate ein neues Projekt erhalten – oder auch nicht; die hunderttausenden geringverdienenden Freiberufler. Darauf müssen materielle und solidarische Antworten gefunden werden.

Für die Vermögensverteilung in Deutschland hat Holger Stein von der Uni Frankfurt ein eindrucksvolles Bild gefunden. In seiner »Vermögensparade« steht jede Person in Deutschland für einen Haushalt. Ihre Körpergröße entspricht dabei dem Nettovermögen des betreffenden Haushaltes. Ein Haushalt mit durchschnittlichem Vermögen wird also durch eine Person mit einem durchschnittlicher Körpergröße von 1,75 Metern repräsentiert. Ließe man auf diese Weise sämtliche Haushalte der Bundesrepublik in einer Stunde vorüberziehen, sähe man sechs Minuten lang gar nichts – weil die Betroffenen entweder Schulden oder kein Vermögen haben. Nach 20 Minuten hätten die Defilierenden gerade mal eine Größe von 19 Zentimetern erreicht, nach 30 Minuten wären es gut 60 Zentimeter. Erst nach 40 Minuten kämen die ersten durchschnittlich Gewachsenen in den Blick, die bald von Gestalten der doppelten Größe abgelöst würden. Kurz nach Beginn der letzten Minute wäre die 10 Meter-Marke überschritten, an ihrem Ende wären die Menschen über 40 Meter groß. Und dennoch wären auch sie noch klein im Vergleich zu den 100 reichsten Deutschen, die in keiner Verteilungsstatistik auftauchen: Sie laufen sozusagen außer Konkurrenz und kämen in der Vermögensparade auf stattliche 41 Kilometer Körpergröße. Durchschnittlich wohlgemerkt.²

In Deutschland, das zeigen die Ergebnisse der ersten und zweiten PISA-Studie, ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und *Bildungserfolg* besonders groß. Kinder aus der Unterschicht und mit Migrationshintergrund haben ungleich geringere Chancen auf einen höheren oder mittleren Bildungsabschluss als in anderen Industrieländern. Von jungen Menschen mit Migrationshintergrund bleiben fast 40 Prozent ohne Berufs-

² Holger Stein, in: Nungeßer, Karin (o.J.): Wohlstand in Deutschland

ausbildung. Dies betrifft nicht nur die überdurchschnittlich hohe Zahl von Schulabbrechern. Auch gut qualifizierte und hoch motivierte Jugendliche mit Migrationshintergrund haben nicht allein wegen der schlechten Ausbildungssituation, sondern auch aufgrund von Diskriminierung und Vorurteilen besondere Probleme. Die beiden Studien zeigen auch, dass die Bedeutung der frühkindlichen Bildung bisher unterschätzt wurde. Das heißt für Kinder aus sozial schwachen MigrantInnenfamilien, dass ihre Förderung bereits vor der Grundschule einsetzen sollte.

Der vom Neoliberalismus propagierte schlanke Staat ist magersüchtig im Hinblick auf Sozialpolitik und schafft überall, zwischen den einzelnen und innerhalb der Staaten, noch mehr soziale Ungleichheit. Überhaupt ist der neoliberale Minimalstaat eher Kriminal- als Sozialstaat. Schließlich zwingt die Reduktion der Wohlfahrt zur Repression gegenüber all jenen Personengruppen, die als Modernisierungsverlierer zu Opfern des sozialstaatlichen Umbaus auserkoren sind. Diese Entwicklung hat schwerwiegende Folgen auch für die Soziale Arbeit (in den Stadtteilen). Ausgaben der öffentlichen Hand müssen durch das Nadelöhr der Standortlogik, die nur durch politischen Druck, außerparlamentarische Mobilisierung und eine Wiederbelebung sozialer Bewegungen außer Kraft gesetzt werden können. Doch obwohl sich die Probleme zuspitzen, gilt es, Beiträge zur Verbesserung im Sinne der Menschen zu leisten und gerade nicht zu verfallen in Stagnation, Regression (oder Depression), sondern analytisch und *kreativ* den aktuellen Herausforderungen zu begegnen.

Soziale Arbeit muss wirkungsvolle Gegenpositionen entwickeln gegen eine erklärte (Sozial-)Politik die abzielt

- auf die Privatisierung von Gerechtigkeitsfragen,
- auf Fordern statt Fördern und
- auf individuelle Leistungsbereitschaft statt auf solidarische Absicherung.

Die nicht nur die Lebensgrundlagen ihrer eigenen AdressatInnen untergräbt und vor allem für zunehmende Gruppen nachwachsender Generationen eine Manifestierung und weitere Zuspitzung von Ungleichheitslagen bereithält.

Damit kommen wir an in den *Stadtteilen*, in denen Marginalisierte leben. Für die Gemeinwesenarbeit, als in den Stadtteilen und in den Sozialräumen verankertes Arbeitsprinzip, geht es perspektivisch darum, in einer Situation des gesellschaftlichen Umbaus die kreative Seite und die Innovationsfähigkeit der Gemeinwesenarbeit deutlich zu machen. Dabei bleibt es nicht aus, sich von (lieb)gewonnenen Traditionen zu verabschieden, sich

neuen Herausforderungen zu stellen und adäquate Antworten – orientiert an den Interessen der BewohnerInnen – zu geben.

In den Beiträgen wird der Stadtteil – bezogen auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und Sozialreformen – aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet und herausgearbeitet, wie eine zukunftsorientierte Gemeinwesenarbeit zur Erweiterung von Handlungsspielräumen der Menschen im Stadtteil und zur Demokratieentwicklung beitragen kann. Dies beinhaltet auch eine Erweiterung methodischer Kompetenzen. Fragen drängen sich zur Beantwortung auf:

- Was bewirken aktuelle »Reformen« im Stadtteil? (Stichworte: Hartz IV, Fördern und Fordern, Reform des Gesundheitswesens etc.)
- Wie verändern sich durch sozialpolitische Entwicklungen die Lebensverhältnisse und Lebenswelten in den Quartieren?
- Was bewirken soziale Umbrüche im den Stadtteilen und für die Gemeinwesenarbeit?
- Welche Herausforderungen stehen an, auf die die Gemeinwesenarbeit in den Stadtteilen Einfluss nehmen kann: Beschäftigung, Wohnen, Bildung, Verarmung etc.
- Gehen GWA und politische Einmischung heute noch zusammen oder ist die Gemeinwesenarbeit zu sehr arrangiert mit und integriert in das »neoliberalen System«?
- Was bedeutet die viel beschworene Parteilichkeit der Gemeinwesenarbeit konkret und wie sieht die Alternative zu »naiver« Parteilichkeit aus?
- Wie kann das Quartier zur lokalen Demokratieentwicklung beitragen?
- Welche Ressourcen liegen im Stadtteil und wie sind sie mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen nutzbar?
- Wie ist Gestaltungsfähigkeit im Stadtteil zu befördern und was kann GWA dazu beitragen?
- Wie ist lokale Ökonomie wahrnehmbar, erkennbar und konkret im Stadtteil zu befördern und wie kann man ansetzen?
- Wie zeigt sich Kreativität in der Gemeinwesenarbeit?

Erkennbar wird: Das Themenspektrum, auf das die Gemeinwesenarbeit Antworten sucht, reicht von Interkulturalität über Arbeitsmarktreform, (Aus-)Bildung, Benachteiligung, Re-Politisierung, schrumpfende Stadtteile bis hin zu Formen lokaler Ökonomie.

Gesellschaftspolitische Entwicklungen mit Blick auf Stadtteile und die Gemeinwesenarbeit werden im ersten Kapitel angesprochen. *Albrecht Göschel* beschäftigt sich mit demografischem Wandel und den Konsequenzen für

Städte und das Zusammenleben. Demnach ist der eingetretene Bevölkerungsrückgang, der bisher durch Zuwanderung ausgeglichen wurde, in absehbarer Zeit nicht mehr zu kompensieren. Konsequenzen für die Gemeinwesenarbeit ergeben sich aus der Polarisierung von Städten und Regionen, Segregationen in schrumpfenden und wachsenden Städten und Regionen, wachsende Zuwanderung aus dem Ausland, sinkende Lebensstandards, Generationenkonflikte oder aus der Auflösung von Familie und Vereinzelung. Die Veränderungen führen zu einem Anstieg von Konfliktpotenzialen. Gemeinwesenarbeit wird zur Organisation von Selbsthilfeprojekten, in denen auf Dauer Ausgegrenzte Eigenleistungen zwischen Markt und Staat entwickeln, ohne davon auszugehen, dass in diesen Projekten eine »Resozialisierung« oder Reintegration in das Arbeitsleben erreicht werden könnte.

Mit dem politischen Selbstverständnis von Gemeinwesenarbeit beschäftigt sich *Dieter Oelschlägel*. Er macht deutlich, dass sich das politische Selbstverständnis der Gemeinwesenarbeit unter dem Einfluss gewandelter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen im Verlauf der Jahre verändert hat. Gemeinwesenarbeit kann gar nicht unpolitisch sein, weil sie sich an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligt und sich mit Macht und Herrschaft auseinandersetzt. Perspektiven einer fortschrittlichen Gemeinwesenarbeit liegen weniger in einer Re-Politisierung als vielmehr in einer kritischen Analyse und Reflexion der Begriffe, der Theorie und der Praxis der Gemeinwesenarbeit. In diesem Sinne plädiert er für eine reflektierte Parteilichkeit, nämlich nicht alles gut finden zu müssen, was Menschen im Stadtteil tun, sondern sie ernst zu nehmen und in Konfliktfällen reflektiert an ihrer Seite zu stehen.

Im zweiten Kapitel »Grundlagen und Arbeitsfelder der Gemeinwesenarbeit« setzen sich *Michael Rothschuh* und *Christoph Stoik* mit den Chancen und der notwendigen Kompetenzvermittlung des neuen Systems der hochschulischen Studiengänge für die Gemeinwesenarbeit auseinander. Denn Ausbildungsfragen, nämlich wo und wie Grundlagen vermittelt werden, durchzieht die Geschichte einer jeden Profession. Und die Umsetzung des Bologna-Prozesses erfordert, die für Gemeinwesenarbeit notwendigen Kompetenzen zu beschreiben. In einer Übersicht über die Studienstruktur und Mastermodelle an verschiedenen Hochschulen machen sie deutlich, dass das Berufsbild »Gemeinwesenarbeit« mittlerweile zu den Kernaufgaben Sozialer Arbeit gehört.

Dem Stadtteil nähert sich *Sabine Stövesand* über die Auseinandersetzung mit den Schnittstellen Gemeinwesenarbeit und aktuellen Formen der Kriminal-

prävention unter der zugespitzten Themenstellung: Mit Gemeinwesenarbeit Sicherheit und Ordnung schaffen? Denn ein hervorstechendes Merkmal aktueller Kriminalitätsbekämpfung ist, dass sich eine zunehmend repressive Straf- und Kontrollpolitik einerseits und partizipatorische, stadtteilorientierte Ansätze andererseits nicht ausschließen, sondern ergänzen – und dass Begrifflichkeiten und Prinzipien aus der Gemeinwesenarbeit in der kommunalen Gewaltprävention Einklang gefunden haben – mit anderen Fokussierungen. Sie setzt sich kritisch mit den aktuellen Sicherheitspolitiken auseinander und macht deutlich, dass die ohnehin schon marginalisierten Bevölkerungsgruppen einem umfassenden Kontroll- und Disziplinierungssystem unterworfen werden. Demnach müssen sich GemeinwesenarbeiterInnen sehr genau überlegen, mit welchem Anliegen sie sich an kriminalpräventiven Maßnahmen und Gremien beteiligen und selbsttätig Themen der Menschen im Schnittfeld zur Kriminalprävention aufgreifen, um den Stadtteil gerade nicht von Sicherheitspolitiken dominieren zu lassen.

Dass Nachbarschaften und die Entwicklung von Netzwerken im Sinne eines solidarischen Miteinanders eine bedeutende Rolle spielen, gehört zum Selbstverständnis von Gemeinwesenarbeit. *Stefan Gillich* macht deutlich, dass Kirchengemeinde und Diakonie im notwendigen Zusammenspiel eine bedeutende Rolle im Stadtteil spielen und sich dafür öffnen müssen. Er beschreibt darüber hinaus, warum es wichtig ist, sich mit Blick auf eine zukunftsorientierte Kirchengemeinde und Diakonie mit dem Ansatz der Gemeinwesenarbeit auseinanderzusetzen. Denn der Blick einer diakonischen Gemeinde muss notwendigerweise auf die Quartiere geworfen werden, in denen Probleme wachsen und Menschen Ansprechpartner und Anschlussmöglichkeiten vor Ort brauchen.

Reinhard Thies vertieft die Kooperationsüberlegungen von Kirchengemeinden und Diakonie, indem er feststellt, dass integrierte Angebote einen Ort brauchen, und macht deutlich, dass der Aufbau von Gemeinwesenzentren eine Chance ist, um den vielfältigen Nachbarschaften und Zielgruppen im Stadtteil gerecht zu werden. Dass Kirchengemeinde und Diakonie sich (wie alle Träger und Akteure der Sozialarbeit) bei der Gestaltung und Nutzung auf neue Verbund- und Kooperationsstrukturen einlassen müssen, ist dabei unabdingbar. Doch geht es darum, das Mandat zur Einmischung im Stadtteil wahrzunehmen und Mitverantwortung für die Entwicklung des lokalen Gemeinwesens zu übernehmen.

Als kreativen Ausweg für Frust, Zorn und Ohnmacht in der Stadtteilarbeit versteht *Gudrun Knittel* die *thérapie sociale*, als praktischen, systemischen Ansatz zur Konfliktbearbeitung in marginalisierten Gemeinwesen. Erfahrungen mit den Unruhen in den französischen Banlieues werden auf die

Situation in Deutschland übertragen sowie Handlungs- und Zugangschancen für Gemeinwesenarbeit beschrieben.

In der Gemeinwesenarbeit gehört die konsequente Orientierung an den Interessen und am Willen der Menschen zu den handlungsleitenden Prinzipien. *Maria Lüttringhaus* und *Angelika Streich* beschreiben Kriterien für daran orientierte Zielformulierungen und machen Unterschiede deutlich zu Wünschen, Aufträgen, Maßnahmen oder Anweisungen, die im Besonderen in den einzelfallorientierten Diensten eine wichtige Rolle spielen.

Kreative Handlungsmöglichkeiten in der Praxis vermittelt das dritte Kapitel. GemeinwesenarbeiterInnen machen sich auf den zukunftsorientierten Weg, kreative Antworten auf aktuelle Herausforderungen zu finden. Die Definitionen von Kreativität sind ebenso zahlreich wie vielfältig. Gleichwohl ist Kreativität eine Fähigkeit, die jeder Mensch benötigt und als Potenzial besitzt, die nicht selten jedoch aus dem Dornröschenschlaf geweckt werden muss. *Spacewalk*, eine Gruppe aus internationalen Künstlern, beschreibt am Beispiel der schrumpfenden, an der polischen Grenze gelegen, ehemaligen Tuchmacherstadt Forst, wie mit künstlerischen Methoden ein Stadtentwicklungsprozess in Gang gesetzt werden kann. Dabei geht es darum, mit allen Beteiligten ein kulturelles Projekt zu entwerfen, das als Basis und Training dient für Eigeninitiative und bürgerschaftliches Engagement in sozialen, städtebaulichen oder wirtschaftlichen Bereichen und so neue Impulse vermittelt.

Welche Handlungsmöglichkeiten sich für Gemeinwesenarbeit aufgrund veränderter Lebensbedingungen in schrumpfenden Städten und Stadtteilen ergeben, beleuchten *Dieter Oelschlägel* und *Manuela Lehnert*. Sie nähern sich dem Thema in Form allgemeiner Aussagen über das Phänomen »schrumpfende Städte« und durch das konkrete Praxisbeispiel aus Chemnitz-Hutholz, mit dem Fokus, wie das Schrumpfen und der Stadtbau in einer großen ostdeutschen Plattensiedlung aussieht.

Anhand eines Praxisbeispiels aus Bremen zeigen *Heike Binne* und *Regina Weber* auf, welche Möglichkeiten für den Umgang mit sog. Ein-Euro-Jobs im Quartier liegen und welche psychosozialen Effekte die Arbeit für die Beschäftigten hat. Sie machen die Erfahrung, dass nicht nur die betroffenen Menschen davon profitieren, sondern die Tätigkeit auch zur Entwicklung und Wiedergewinnung von Nachbarschaften beitragen kann.

Dem Thema Bildung und Bildungschancen – im Besonderen von migrantisches Kindern und Jugendlichen – hat durch aktuelle Untersuchungen viel verdeutlicht zum Bildungsstandort Deutschland. Mit der Gerechtigkeit im Bildungssystem ist es nicht allzu weit her. Mit diesem Thema setzen sich

die beiden folgenden Beiträge auseinander mit unterschiedlichen Schwerpunkten. *Wolfgang Prauser* beschreibt aus Hannover/Linden-Süd das Projekt »Vernetzte Sprachförderung und Elternbildung« und fordert aufgrund der Erfahrungen dazu auf, sich im Sinne des Stadtteils auch an größere Projekte zu wagen.

Christina Hey beschreibt die beiden Marburger Projekte einer Kooperation von Jugendhilfe und Schule sowie die Förderung von Elternkompetenz und der frühkindlichen Erziehung, mit denen versucht wird, die Teilhabe an und über Bildung zu verbessern.

Mit Playing Arts knüpfen *Christoph Riemer* und *Benedikt Sturzenhecker* an ein Bildungskonzept an, das Bildung versteht als selbsttätige Aneignung von Welt, um das selbstbestimmte Aufnehmen der eigenen (Lebens-)Spur in Wechselbeziehung mit anderen – ohne direktive, pädagogische Anleitungen. Playing Arts setzt auf die gestalterischen Potenziale und Ressourcen der Menschen und schafft den notwendigen Freiraum für selbstbestimmte Erfahrungen.

Wie ein Playing Arts Projekt in der Praxis aussieht, erläutert *Marion Tempel* am Beispiel »Mobiles Konservatorium«. Sie stellt das Projekt vor und macht deutlich, dass es mit dieser Projektform durchaus gelingen kann, Kommunikationsräume im Stadtteil über gemeinsames Handeln zu schaffen, das am Alltag anknüpft und zugleich den Rahmen des Alltäglichen sprengt.

Nicht nur bei Projektfinanzierungen geht es ums Geld. *Mathilde Stanglmayr* stellt in ihrem Beitrag einen Zusammenhang her zwischen den internationalen Kapitalmärkten und den Auswirkungen der Umverteilung auf die Stadtteile. Denn Geld fließt wie Wasser, immer dorthin, wo die meiste Rendite zu erzielen ist. Und dazu eignen sich die ausgebluteten Stadtteile nicht. Sie fordert dazu auf, die Realität zur Kenntnis zu nehmen und zu verstehen sowie die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu ziehen, dass das herkömmliche Geldsystem keine Lösung mehr bietet für benachteiligte Menschen und Stadtteile. Sie plädiert für ein Nachdenken über den Aufbau eines alternativen Gemeinwesens sowie darüber, wie Wirtschaftskreisläufe installiert werden können mit Zugang für alle, ebenso wie für den Aufbau von alternativen Geldsystemen als Schutz, damit Regionen wieder wachsen können.

Die vorliegende Textsammlung ist, mit einigen ergänzenden Beiträgen, aus der dreizehnten Werkstatt Gemeinwesenarbeit hervorgegangen, die vom 19. bis 22. September 2005 stattgefunden hat unter dem Motto »Gemeinwesen im Umbruch: Kreativität der Gemeinwesenarbeit im Spannungs-

feld von Fordern, Fördern, Sanktionen und Schrumpfungsprozessen«. Im vierten Kapitel werden Informationen über die Werkstatt und Anhänge zur Verfügung gestellt, wie der Ablauf der Tagung und Teilnehmende, das Verzeichnis der Autorinnen und Autoren sowie Veröffentlichungen und Veranstaltungshinweise des Burckhardthauses.

Seit knapp drei Jahrzehnten ist die zweijährlich stattfindende Werkstatt Gemeinwesenarbeit der zentrale bundesdeutsche Ort des Austauschs und der Weiterentwicklung, Treffpunkt für Praxis und Hochschule. Der Veranstalter wünscht und hofft, damit einen Beitrag geleistet zu haben zur Weiterentwicklung der Gemeinwesenarbeit. Denn Nachbarschaften und Stadtteile befinden sich im Umbruch und Gemeinwesenarbeit braucht kreative und innovative Antworten auf aktuelle Herausforderungen.

I. Zu gesellschaftspolitischen Entwicklungen

Demografischer Wandel: Konsequenzen für die Stadt und das Zusammenleben

Albrecht Göschel

Unter demografischem Wandel wird sehr pauschal der Geburtenrückgang verstanden, der seit den 1970er Jahren die deutsche – und fast die gesamte europäische – Bevölkerung erfasst hat. Gemessen wird dieser Geburtenrückgang in unterschiedlicher Weise, meist in der Geburtenrate einer Gesamtbevölkerung, die zurzeit in Deutschland knapp unter 1,4 liegt. Das besagt, dass pro Frau im Durchschnitt 1,4 Kinder geboren werden, eine Zahl, die offensichtlich zur Reproduktion der Bevölkerung nicht ausreicht. Um eine solche quantitative Reproduktion sicher zu stellen, müssten in einer Gesellschaft wie der deutschen ca. 2,1 Kinder pro Frau geboren werden, rechnet man damit, dass bei geringer Kinder- und Jugendlichensterblichkeit maximal zehn Prozent eines Geburtsjahrganges das Erwachsenenalter und damit die eigene »Gebärfähigkeit« nicht erreichen. Die Floskel vom »demografischen Wandel« bezeichnet demnach einen Bevölkerungsrückgang, der mit einer einfachen Zahl zu belegen ist, der aber höchst komplexe, vor allem aber umfassende und zum Teil höchst bedrohliche Folgen haben wird.

Bekannt ist diese Tatsache des Bevölkerungsrückgangs durch eine für quantitative Reproduktion unzureichende Geburtenzahl bereits seit den späten 1970er Jahren, und bereits damals, also vor nun mehr fast 30 Jahren wurde auf die gravierenden Konsequenzen dieser Entwicklung hingewiesen, ohne nachhaltige Wirkung, wie wir wissen. Erst in den letzten Jahren, man könnte fast sagen in den letzten Monaten hat dieses Phänomen breitere öffentliche Aufmerksamkeit gefunden, sehr spät, vielleicht zu spät, wie einige Spezialisten befürchten.

Bevor man über unmittelbare Folgen dieses demografischen Wandels nachdenkt, sollte man sich allerdings einige Besonderheiten dieser Entwicklung vor Augen führen, die in der Regel in der Öffentlichkeit nicht in aller Klarheit und Schärfe genannt werden. Zum einen zeichnet sich demografischer Wandel durch seine Langfristigkeit aus, d.h. ein Bevölkerungsrückgang, wie er in den letzten drei Jahrzehnten in Deutschland eingetreten ist, wird sich nicht nur über Jahre sondern Jahrzehnte, eventuell über Jahrhunderte fortsetzen und seine Nachwirkungen haben. Das bedeutet auch, dass der bereits eingetretene Bevölkerungsrückgang, der bisher durch Zuwande-

rung ausgeglichen wurde, in absehbarer Zeit nicht mehr zu kompensieren sein wird. Das bedeutet weiterhin, dass auch alle Maßnahmen, den Bevölkerungsverlust als Folge des demografischen Wandels umzusteuern, nur extrem langfristig wirksam werden können. Daneben, und das ist implizit mit dieser Besonderheit des demografischen Wandels verbunden, zeichnen sich derartige Entwicklungen durch eine langfristige Prognostizierbarkeit aus, die sonst eher nicht gegeben ist. In der Öffentlichkeit werden beide Aspekte, der der Prognostizierbarkeit und der extremen Langfristigkeit der Entwicklung mit geringen Steuerungsmöglichkeiten, in der Regel deutlich unterschätzt. Es herrscht daher häufig die Meinung, dass es schon »so schlimm nicht kommen werde«. In der Demografie aber ist das ein Trugschluss, ein – nicht sehr frommer – Selbstbetrug.

Die Daten und Zahlen, die den zu erwartenden Bevölkerungsrückgang in allen Facetten, also z. B. als »Überalterung« oder »Unterjüngung«, als Umkehrung der Bevölkerungspyramide oder Ausdünnung der Bevölkerung im arbeitsfähigen oder Berufsalter beschreiben, liegen in großer Zahl und in soliden, allgemein zugänglichen Prognosen vor (vgl. z. B. Birg 2001; 2005; Kaufmann 2005), so dass sie hier nicht erneut dargestellt werden müssen. Zumindest für ein halbes Jahrhundert gelten diese Vorausberechnungen als relativ fehlerresistent, auch wenn sie umso ungenauer werden, je kleiner die räumliche Bezugseinheit angesetzt wird. Während also für Deutschland relativ präzise Angaben möglich sind, muss bei Prognosen für einzelne Städte oder gar Stadtteile mit äußerster Vorsicht verfahren werden. Unsicherheiten entstehen aber insgesamt immer nur aus dem Faktor »Migration«, der die demografischen Entwicklungen überlagert. Solche Migrationen liegen in drei Formen vor, als innerstädtische bzw. innerregionale, als interregionale und als internationale Wanderungen. Und immer sind diese Wanderungsbewegungen selektiv, d. h. es sind vorzugsweise die jüngeren und qualifizierteren, aktiveren Bevölkerungsgruppen, die zur nah- oder vor allem zur weiträumlichen Mobilität neigen. Für die Städte ergeben sich also in Bezug auf ihre Einwohnerschaft Perspektiven aus ubiquitärem, also in allen Städten und Regionen Deutschlands weitgehend gleichem, zumindest ähnlichem – natürlichem – Bevölkerungsrückgang und aus Wanderungsbewegungen, die im Gegensatz zur demografischen Entwicklung lokal und regional höchst unterschiedlich sein können und sein werden.

Auch zu den Folgen des demografischen Wandels liegen umfangreiche, sorgfältige Studien und Überlegungen vor, die sich jeder Polemik oder Panikmache zu enthalten suchen, deren Botschaften aber dennoch sehr nach-

denklich stimmen müssen (vgl. Birg 2005; Kaufmann 2005; Mäding 1999). Es wird, folgt man diesen Untersuchungen, kein Politikfeld geben, das von den Folgen des demografischen Wandels nicht zutiefst erfasst wird. Konzentriert man sich auf einige Konsequenzen dieses Umbruchs für die Gemeinwesenarbeit, so fallen die folgenden Trends auf.

Polarisierung der Städte und Regionen

Der Einwohnerrückgang in Deutschland insgesamt, der spätestens in zehn bis fünfzehn Jahren nicht mehr wie in den letzten Jahren durch Zuwanderung quantitativ kompensiert werden wird, führt zu einer massiven Konkurrenz der Städte und Regionen um Einwohner, und zwar nicht um »beliebige«, sondern um bestimmte, um jüngere, deutsche, gut qualifizierte Einwohner. In dieser Konkurrenz wird es Sieger und Verlierer geben, d. h. die Stadtentwicklung wird sich polarisieren in stabile oder für zwei bis drei Jahrzehnte sogar noch wachsende Städte auf der einen, in schrumpfende Städte oder Regionen auf der anderen Seite. Die stabilen oder wachsenden Städte werden ihre Einwohnerzahl auf Kosten der schrumpfenden stabil halten und damit die demografische Schrumpfung in den schwachen Städten durch Abwanderung verstärken. Dieser Vorgang ist bereits in vollem Gange. Die Einwohnerverluste der schrumpfenden Städte vor allem in den neuen Bundesländern resultieren bereits jetzt im Wesentlichen aus Abwanderungen. Da die Jüngeren abwandern, verbleiben Ältere mit niedrigen Bildungsniveaus. Sie prägen die schrumpfenden Städte und führen zu weiteren Abwanderungen, so dass sich »Abwärtsspiralen« verstärken. Mittel- bis langfristig ist mit einer Entleerung ganzer Regionen zu rechnen, die überwiegend in den neuen Bundesländern liegen werden, also z. B. in großen Teilen Sachsen-Anhalts und Mecklenburg-Vorpommerns, aber auch in Brandenburg. In leicht abgeschwächter Form werden sich diese Schrumpfungen aber auch in den westlichen Bundesländern zeigen, also in Teilen Niedersachsens, bestimmten Gemeinden Nordrhein-Westfalens u. a. Diesen schrumpfenden Regionen stehen stabile Wohlstandsregionen gegenüber, also z. B. die Region von Ludwigsburg bis zum Bodensee in Baden-Württemberg, die Region um München oder von Karlsruhe bis Freiburg.

Die schrumpfenden Regionen mit Abwanderungen und Geburtenrückgang zeichnen sich durch anhaltende ökonomische Schwäche, also durch hohe Arbeitslosigkeit und damit verbunden durch um sich greifende Verarmung der Bevölkerung aus. Vor allem wird es in diesen schwachen Regionen zu einer neuen Altersarmut kommen, da die staatlichen Systeme der sozialen

Sicherheit insgesamt durch den Bevölkerungsrückgang belastet und vermutlich eingeschränkt werden.

Es ist in der Regionalforschung umstritten, welches Ausmaß diese Verarmung und der sie auslösende Bevölkerungsrückgang haben werden. Nach einer Auffassung sinken in den schwachen Regionen die sogenannten »Faktortpreise«, also die Kosten der Lebenshaltung und der wirtschaftlichen Produktion. In einem zusammenhängenden Staats- oder Wirtschaftsterritorium müsse das irgendwann zu einem Ausgleich führen, da diese niedrigen Preise und Kosten als Ansiedlungs- oder Standortfaktor Unternehmen anziehen, die dann wiederum für einen Aufschwung und einen Ausgleich zu den stabilen Regionen sorgen würden. Es scheint aber, dass diese klassische Wachstumsregel unter demografischen Schrumpfungsbedingungen nicht wirksam wird, da auch in den Wachstumszentren kein Überdruck besteht, der die Kostenfaktoren in solche Höhen treibt, dass andere Standorte gesucht werden. Darüber hinaus werden hohe Kosten in den Wachstumsregionen durch ökonomische Vorteile der Nähe zu anderen Firmen und Produzenten ausgeglichen, so dass die Vorteile niedriger Preise in den Schrumpfungsregionen die Nachteile in diesen Standorten nicht hinreichend ausgleichen werden.

Segregation in schrumpfenden und wachsenden Städten und Regionen

Einwohnerrückgang führt in der Regel zu Entspannungen auf dem Wohnungsmarkt, d.h. die Durchschnittspreise sowohl im Mieten- wie im Eigentumssektor sinken. Unter diesen Bedingungen neigen Einwohner dazu, selbst für geringe Verbesserungen, die für wenig mehr Geld zu haben sind, in der Stadt oder Region umzuziehen. Damit verstärken sich die Tendenzen zu residentieller Segregation, also zur Trennung unterschiedlicher Wohnbevölkerungen in einer Stadt oder Region. Innerhalb der Städte vollzieht sich also die gleiche Polarisierung wie zwischen Städten im Gegensatz von Wachstum und Schrumpfung.

Vor allem wird es zu ethnischen Segregationen kommen, d.h. die bereits existierende Trennung deutscher und ausländischer Bevölkerung – Bevölkerung mit Migrationshintergrund – wird sich verstärken. Aber auch die Trennung von Einkommensgruppen innerhalb der deutschen Bevölkerung wird zunehmen. Es werden neue Armuts- und Ausländerstadtteile mit all den bekannten Phänomenen, z.B. im Schulwesen, entstehen. Vor allem die Wohngebiete der Migrationsbevölkerung könnten sich zu »Ghettos« entwickeln, was sie allein durch die räumliche Trennung nicht sein müssten, was sie

aber aus daraus entstehender mangelhafter Integration ins Schulsystem und ins Arbeitsleben werden. Es werden sich auch in Deutschland die Stadtteile und Stadtquartiere der »Exklusion«, der Ausgrenzung und Hoffnungslosigkeit bilden, die in Frankreich durch die Jugendunruhen des letzten Jahres ins öffentliche Bewusstsein getreten sind, obwohl die Existenz dieser Stadtteile und ihrer Probleme seit Jahren bekannt sind (Dubet/Lapeyronnie 1992).

Die beschriebene Segregation wird sich aber nicht nur in mehr oder weniger stark schrumpfenden, sondern auch in den stabilen oder wachsenden Städten entwickeln, wie ja auch die französischen Unruhen in »Wohlstandsregionen« entstanden sind. Gerade diese ökonomisch prosperierenden Städte werden Migranten anziehen, deren Integrationsbedingungen aber vermutlich schlechter werden, so dass sich besonders für deren Nachkommen, also für die zweite und dritte Migrantengeneration, äußerst prekäre Bedingungen ergeben.

Wachsende Zuwanderung aus dem Ausland

Unter demografischen Bedingungen ist massive Zuwanderung dringend erforderlich. Unsicher bleibt auf längere Zeit deren ökonomische und damit auch kulturelle Integration. Die Verstärkung von staatlichen oder kommunalen Integrationsleistungen stößt zunehmend auf engste Grenzen, da die öffentlichen Haushalte extremen Belastungen in den sozialen Sicherheitssystemen zur Bewältigung des demografischen Rückgangs ausgesetzt sein werden. Es zeichnen sich »Teufelskreise« ab. So wäre zur Finanzierung der sozialen Sicherung eine steigende Belastung der Bevölkerung mit Steuern und Ansparungen für private Altersvorsorge erforderlich. Damit steigen insgesamt einerseits die »Lohnnebenkosten«, was zu einer Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer führen muss, was andererseits die Kaufkraft der hiesigen Bevölkerung schwächt und damit Wirtschaftswachstum behindert. Bei anhaltender Knappheit an Arbeitsplätzen und sinkendem Lebensstandard der deutschen Bevölkerung entstehen Konkurrenzen zwischen deutscher und Migrationsbevölkerung, die zu tiefen Konflikten und fundamentalistischen Bewegungen auf beiden Seiten führen werden.

Sinkende Lebensstandards

Geschätzt wurde, dass der Bevölkerungsrückgang in Deutschland einer fehlenden, nicht getätigten Investition in »Nachhaltigkeit von Bevölkerung« von ca. 2,4 Billionen Euro sowohl aus den öffentlichen wie privaten

Haushalten entspricht (Kaufmann 2005). Statt diese Summe in demografische Reproduktion, also in Nachwuchs zu investieren, ist sie von den jetzt Lebenden konsumiert worden, so dass die Behauptung formuliert wurde, Deutschland habe in den letzten drei Jahrzehnten um diesen Betrag über seine Verhältnisse gelebt. Um einerseits die Integration von Migranten zu fördern und andererseits die Reproduktionsraten der deutschen Bevölkerung anzuheben – um also die »strukturelle Rücksichtslosigkeit« gegenüber Familien zu mildern (Kaufmann 1995) – wäre es erforderlich, zumindest in Ansätzen diese Unterinvestitionen in der Zukunft zu korrigieren. Dabei werden vor allem diejenigen belastet werden müssen, die auf eigene Reproduktion, also auf Kinder und deren Erziehung verzichten. Das bedeutet, dass zumindest ein Drittel der Bevölkerung, der Anteil, der zeitlebens keine eigenen Kinder hat und erzieht, erhebliche Abstriche an Lebensqualität und Einkommen wird in Kauf nehmen müssen. Konflikte zwischen Familien und Kinderlosen werden sich unvermeidlich aufturn.

Generationskonflikte

Die sozialen Sicherheitssysteme, vor allem also Renten und Pensionen, basieren auf einem »Drei-Generationen-Vertrag«, nach dem die Arbeitsbevölkerung sowohl für die Älteren, die nicht mehr, als auch für die Jugendlichen, also für die, die noch nicht im Arbeitsleben stehen, zu sorgen hat. Mit den Rentenzahlungen in ihrer gegenwärtigen Struktur ist nur eine Seite dieses Generationenvertrages erfüllt, die andere – mit den nachwachsenden Generationen – aber vernachlässigt worden. Ausgelöst ist der Geburtenrückgang durch die jetzt lebende Bevölkerung, bzw. durch ein Drittel dieser Bevölkerung. Da diese aber unter dem Versprechen »sicherer Renten« in den Ruhestand gehen, erscheint es unzulässig, sie in der Zeit der Rente, wenn sie keine Korrekturen ihrer Biografie mehr vornehmen können, übermäßig durch Rentenkürzungen zu belasten, auch wenn das in den gegenwärtigen Rentenreformen bereits geschieht. Belastet werden also zukünftige Generationen, die die Schrumpfung selbst nicht ausgelöst haben. Generationenkonflikte erscheinen in dieser Sicht als geradezu unvermeidlich, eine gerechte Sozialpolitik zumindest als außerordentlich schwierig.

Auflösung der Familie und Vereinzelung

Geschätzt wird, dass ca. sechzig bis achtzig Prozent aller Pflegeleistungen bei Krankheit und Alter innerhalb der Familien erbracht werden, vorzugsweise natürlich von den Frauen. Der demografische Wandel führt nun

zu einer zunehmenden Auflösung von Familien und zu einer – sozialpolitischen, nicht sozialpsychologischen – Vereinzelung. Einzelpersonen können in Notfällen nicht mehr auf Angehörige zurückgreifen, sondern werden von den staatlichen Leistungen abhängig, und dies in einem Moment, wo diese selbst unter erheblichen Finanzdruck geraten. Damit wächst auch aus dieser Sicht die Notwendigkeit für jeden, »in guten Tagen« materiell für Notfälle und Alter vorzusorgen, also langfristig Konsumverzicht zu üben. Besonders Kinderlose werden nachdrücklich gehalten sein, private Vorsorge zu treffen. Man kann wohl schätzen, dass Menschen, die keine Kinder erziehen, mindestens die finanziellen Mittel, die für die Erziehung zweier Kinder notwendig wären, als private Absicherung neben einer Rente und allen anderen Gesundheits- und Pflegeversicherungen ansparen müssen, um für altersbedingte Pflege vorzusorgen, also nach gegenwärtiger Kalkulation ca. dreihunderttausend Euro. Das bedeutet erhebliche Einschränkungen während des Arbeitslebens, vor allem eine erhebliche Disziplin und Fähigkeit zur Lebensplanung. Erschwert wird diese auf Notfälle und Alter ausgerichtet Sparsamkeit durch wachsende Risiken in den Bereichen, mit denen in den letzten Jahrzehnten Altersvorsorge getrieben wurde, also vorrangig durch Immobilienbesitz. Im Bevölkerungsrückgang wird es zur Entwertung von bestimmten Immobilientypen kommen, also vermutlich z. B. von einfachen Einfamilien- oder Reihenhäusern in mittelperipherer oder aus unterschiedlichen Gründen wenig günstiger Lage. Dieser Immobilienbesitz kann wertvoll sein, so lange er selbst genutzt wird. Bei Pflegeabhängigkeit und damit notwendigem Umzug ist er aber möglicherweise nicht angemessen zu verkaufen, so dass eine finanzielle Alterssicherung nicht realisiert werden kann. Es könnten sich bei einer Alterssicherung durch Immobilien die gleichen Risiken ergeben, die aus Aktienbesitz als Alterssicherung bekannt sind.

Aus diesen und anderen Gründen ist damit zu rechnen, dass sich die Ungleichheiten in der deutschen Gesellschaft erheblich vertiefen werden und dass damit die Konkurrenz um Arbeitsplätze und stabile Karrieren dramatisch wächst. Das hat in der Regel verstärkten Einsatz im Berufsleben zur Folge, also die Bereitschaft zu langen Arbeitszeiten zumindest in gehobenen Positionen. Damit zeigt sich auch hier eine Spaltung, die für die demografische Reproduktion höchst problematisch wirkt. Das Berufsleben spaltet sich in anspruchsvolle Bereiche, in denen aufgrund der Arbeitsanforderungen die Gründung einer Familie und die Erziehung von eigenen Kindern kaum möglich erscheinen, und in einen Bereich prekärer Berufsbiografien, in denen wegen mangelnder ökonomischer Sicherheit auf

Kinder verzichtet wird, so dass die »Reproduktionsrate« aus diesen Bedingungen des Arbeitslebens noch weiter nach unten gedrückt wird.

Diese wenigen, unvollständigen Hinweise auf Folgen des demografischen Wandels machen deutlich, dass wir in Zukunft in den Städten mit größeren Ungleichheiten, tendenziell mit Polarisierungen zu rechnen haben, die als Buntheit und Vielfalt zu beschreiben einer Verharmlosung nahe kommt. Die Städte werden konfliktreicher, von Gegensätzen und Spannungen geprägt sein. Und diese können sich durch Abgrenzungstendenzen zwischen den ungleichen Bevölkerungsgruppen, durch wachsende Sicherheitsbedürfnisse auf der einen Seite, durch Frustrationen und Aggressivität auf der anderen Seite verstärken. Diese Perspektive führt nun zu Konsequenzen für Gemeinwesenarbeit und deren Aufgaben und Handlungsbedingungen.

Bedingungen einer zukünftigen Gemeinwesenarbeit

Wie alle sozialen Dienstleistungen, die aus öffentlichen Haushalten finanziert werden, wird auch die Gemeinwesenarbeit mit Einschränkungen ihrer verfügbaren Mittel zu rechnen haben, und dies bei offensichtlich wieder wachsenden Aufgaben. Gemeinwesenarbeit muss also wie alle Dienstleistungen auf höchst mögliche Effizienz setzen und möglicherweise nach alternativen Finanzierungen aus einem privaten Socialsponsoring suchen. Vor allem ist nicht damit zu rechnen, dass Gemeinwesenarbeit ausschließlich von professionellem Personal in festen Anstellungsverhältnissen betrieben werden kann. Laienarbeit und Ehrenamt muss also besondere Aufmerksamkeit zukommen. Das bedeutet, dass nach Modellen einer Arbeit mit den »Betroffenen« gefragt werden muss, in denen eine dauerhafte Klientelisierung der Adressaten unter allen Umständen zu vermeiden ist.

Aufgaben zukünftiger Gemeinwesenarbeit

Es ist offensichtlich, dass der demografische Wandel zum einen zu einem Anstieg von Konfliktpotenzialen führt, und dies auf allen Ebenen, sei es von Konflikten zwischen Deutschen und Migranten, zwischen Alt und Jung oder zwischen Arm und Reich. Es sind neue Formen und neue Ausmaße vor allem von Altersarmut zu erwarten, aber auch von Armut bei langfristig Arbeitslosen usw. Diese neue Armut wird in der entsprechenden Forschung als »Exklusion« (Kronauer 2002) bezeichnet. Damit soll angedeutet werden, dass diese Armut ausgegrenzt wird, dass die davon Betroffenen

»Überflüssige« sind, die zur Verbesserung ihrer Lage über keinerlei Sanktionsmöglichkeiten verfügen. Das unterscheidet sie von traditioneller »Arbeiterarmut«, die durch Streiks o. ä. auf die politische Agenda gesetzt werden konnte. Vielfach wird behauptet, es kehre eine Armut zurück, wie sie der Frühkapitalismus des 19. Jahrhunderts geprägt habe, eine Armut, die einherging mit Rechtlosigkeit. Der demografische Wandel – in Verbindung mit ökonomischem Wandel und Wertewandel – stellt »soziale Rechte« zur Disposition, die in den letzten Jahrzehnten mühsam erkämpft wurden (vgl. Marshall 1992).

Unter diesen Bedingungen erlangen Projekte der Selbsthilfe eine neue Bedeutung, die in traditioneller Sicht immer realisiert werden sollte, im Rahmen des hoch entwickelten Wohlfahrtsstaates aber an Bedeutung verloren hatte. Gemeinwesenarbeit wird zur Organisation von Selbsthilfeprojekten, in denen auf Dauer Ausgegrenzte Eigenleistungen zwischen Markt und Staat entwickeln, ohne davon auszugehen, dass in diesen Projekten eine »Resozialisierung« oder Reintegration in das Arbeitsleben erreicht werden könnte. Solche Projekte können z. B. Wohnprojekte generationenübergreifenden Wohnens oder nachbarschaftliche Hilffsysteme sein, in denen Leistungsaustausch und Leistungsausgleich jenseits des Marktes vollzogen werden kann.

Von ganz entscheidender Bedeutung, ohne dass sich exakt sagen ließe, wie das im Einzelnen aussehen mag, werden Projekte, in denen Benachteiligte oder Ausgegrenzte durch Leistungsforderungen, die an sie gestellt werden, Selbstachtung und Selbstbewusstsein entwickeln, ohne in illegale Praktiken oder Karrieren zu verfallen. Kulturprojekte können hier eine Rolle spielen, wenn sie über kurzfristige »Beschäftigungstherapie« hinausgehen.

In jedem Fall aber und bei aller Präferenz für Leistungsforderungen, die an die Klientel von Gemeinwesenarbeit gestellt werden, ist das staatliche Engagement unverzichtbar. Besonders langfristig Benachteiligte benötigen zu Selbsthilfe und Selbstorganisation »Katalysatoren und Agenturen« der Unterstützung (Dahrendorf 1995: 37), in denen Kompetenzen der Klientel gefördert und gefordert werden, keine Betreuung und Versorgung nach einem umfassenden Sozialstaatsmodell, aber auch keine »workfare«, die einer modernen »Zwangsarbeit« entspräche.

Trotz dieser Perspektiven, die sich der Gemeinwesenarbeit stellen, ist das Dilemma, dem sie entgegen geht, nicht zu vermeiden: Einerseits in Zukunft mehr als in den letzten Jahren für Integrations- und Bildungsaufgaben gebraucht zu werden, andererseits aber angesichts der demografisch

und ökonomisch verursachten Krise des Sozialstaates weniger Mittel zur Verfügung zu haben.

Literatur

- Birg, Herwig (2001): Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, München
- Birg, Herwig (2005): Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt, München
- Dahrendorf, Ralf (1995) Über den Bürgerstatus, in: Vrinck van den, Bert/Reijen van, Willem (Hrsg.): Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie, Frankfurt/M., S. 29-43
- Dubet, Francois/Lapeyronnie, Didier (1992): Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft, Stuttgart
- Kaufmann, Franz-Xaver (2005): Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen, Frankfurt/M.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1995): Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen, München
- Kronauer, Martin (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus, Frankfurt/M.
- Mäding, Heinrich (1999): Entwicklungsperspektiven für die Stadt – Trends und Chancen; in: Mäding, Heinrich (Hrsg.): Zwischen Überforderung und Selbstbehauptung – Städte unter dem Primat der Ökonomie, Berlin (Difu-Beiträge zur Stadtforschung Bd. 27)
- Marshall, Thomas H. (1992): Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt/M.

Zum politischen Selbstverständnis von Gemeinwesenarbeit¹

Dieter Oelschlägel

Gemeinwesenarbeit (GWA) ist eine sozialräumliche Strategie, die sich ganzheitlich auf den Stadtteil und nicht pädagogisch auf einzelne Individuen richtet. Sie arbeitet mit den Ressourcen des Stadtteils und seiner BewohnerInnen, um seine Defizite aufzuheben. Damit verändert sie allerdings auch die Lebensverhältnisse und Handlungsspielräume der BewohnerInnen. Es geht ihr um die Lebensverhältnisse, Lebensformen und Lebenszusammenhänge der Menschen, auch so, wie diese sie selbst sehen (Lebensweltorientierung). Das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit sieht seinen zentralen Aspekt in der Aktivierung der Menschen in ihrer Lebenswelt. Sie sollen zu Subjekten politisch aktiven Handelns und Lernens werden und zunehmend Kontrolle über ihre Lebensverhältnisse gewinnen.

Wir haben in der GWA immer gern den Begriff »politisch« benutzt (zur Kennzeichnung des eigenen Tuns) und haben ihm den Begriff des »Unpolitischen« entgegengesetzt. Ich glaube, an keiner Stelle ist versucht worden, das genauer zu formulieren. Alle wussten, dass politisch jemand war, der sich möglichst organisiert für seine Interessen einsetzte, und unpolitisch war jemand, der das nicht tat. Also wurde auch immer wieder die Frage nach dem politischen Auftrag der GWA gestellt.

Wenn wir nun sehen, was GWA tut – von der aktivierenden Befragung bis zur Vernetzung unterschiedlicher Akteure im Quartier, hier auf der Werkstatt² haben wir ja die ganze Breite der Möglichkeiten sehen können – dann stellt sich gar nicht die Frage, ob GWA politisch sein soll oder einen politischen Auftrag hat, sondern es stellt sich die Frage: Welches Selbstverständnis haben die Akteure der GWA? Welche politischen Wirkungen hat ihr Handeln oder auch ihr Nicht-Handeln? Was trägt GWA zur Gestaltung des Gemeinwesens bei? GWA ist nie unpolitisch. Ob sie kommunale Entscheidungen akzeptiert oder unterstützt oder ob sie verändern will oder ihnen

¹ Dieses Referat ist eine überarbeitete Kurzfassung von: Dieter Oelschlägel: Repolitisierung der Gemeinwesenarbeit?, in: Klaus Störch (Hrsg. (2005): Soziale Arbeit in der Krise. Perspektiven fortschrittlicher Sozialarbeit, Hamburg, S. 251-277

² Die 13. Werkstatt Gemeinwesenarbeit hat stattgefunden vom 19.-22. September 2005 im Burckhardthaus, Gelnhausen unter dem Motto: »Gemeinwesen im Umbruch: Kreativität der Gemeinwesenarbeit im Spannungsfeld von Fordern, Fördern, Sanktionen und Schrumpfungsprozessen«

gar Widerstand leistet, immer ist GWA an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligt, setzt sich mit Macht und Herrschaft auseinander. Das ist politisch.

Das politische Selbstverständnis der GWA hat sich unter dem Einfluss gewandelter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen auch im Verlauf der Jahre gewandelt – zumindest im Mainstream der GWA. Ich will das knapp nachzeichnen, sicher in subjektiver Sichtweise.

In den frühen 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts, die Wolfgang Hinte die »wilden Jahre« der GWA nannte, entdeckten wir die gesellschaftlichen Verursachungszusammenhänge sozialer Not: »Durch die laufend veränderten widersprüchlichen Auswirkungen des kapitalistischen Produktions- und Verwertungszusammenhangs werden immer größere Teile der Bevölkerung in den Bereichen von Arbeit, Wohnung, Erziehung und Umwelt sozial und psychisch beschädigt« stand damals im Reader zur Theorie und Strategie der Gemeinwesenarbeit der Victor-Gollancz-Stiftung (Arbeitskreis Kritischer Sozialarbeiter Berlin 1974: 49), der ersten Zusammenfassung bundesrepublikanischer Konzeptüberlegungen zur GWA, für uns die »Bibel« fortschrittlicher GWA. Die Konfliktlinie war die zwischen Kapital und Arbeit. Übrigens: Der zitierte Satz hat auch heute nichts an Aktualität verloren. Damals schrieb Friedrich Hauß im zentralen Strategie-Artikel des Victor-Gollancz-Readers: »Ein Sozialarbeiter, gleichgültig, ob mit professioneller GWA beschäftigt oder nicht, kann sich aus dem Kräftefeld zwischen Kapital und Arbeit nicht heraushalten, denn er ist unmittelbar durch seine Arbeit damit verbunden. Für ihn stellt sich die Frage: Mit der Arbeit gegen das Kapital oder mit dem Kapital gegen die Arbeit. Er wird sich zu entscheiden haben« (Hauß 1974: 252).

Die strategische Linie einer »aggressiven« GWA formulierte das Münchener Haidhausen-Büro stellvertretend für viele Projekte: Von der Hilfestellung bei akuten Konflikten durch Aufklärung zur Organisation. Ziel der GWA war die Organisation der Menschen im Stadtteil. Für die einen, die sich an Alinsky orientierten, war das die Selbstorganisation der Betroffenen. Menschen sollten sich gemeinsam um ihre Probleme herum organisieren. GWA hatte zum Ziel, solche Gruppierungen vermehrt ins Leben zu rufen und zu unterstützen. Für die anderen war das die richtige Organisierung zur Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse in der Arbeiterklasse und ihren Organisationen. Allerdings stand schon damals fest: GWA darf nicht mit organisierter Politik verwechselt werden und kann diese auch nicht ersetzen Sie kann Lernprozesse der Menschen einleiten und bis hin zu politischen Entscheidungen vorbereiten.

Gesellschaftliche Entwicklungen der letzten Jahre (Stichworte: Individualisierung, Globalisierung, Zunahme von Arbeitslosigkeit und Armut, Entwicklung in den Kommunikationstechnologien etc.) haben in den Sozialwissenschaften eine Abwendung von den »großen Theorien«, darunter auch der marxistischen, und eine Hinwendung zu Alltag und Lebenswelt bewirkt, die ihren Niederschlag auch in der GWA gefunden hat. Lebensweltorientierung ist zu einem Leitkonzept der GWA geworden. Die Attraktivität alltags- und lebensweltorientierter Konzepte – auch für eine politisch sich verstehende GWA – mag darin bestehen, dass sich der alltagsorientierte Ansatz nicht interessiert »– wie die Mehrheit der Gesellschaftstheorien – für theoretische Perspektiven, die von Intellektuellen für Intellektuelle geschrieben werden. Er setzt bei der Erklärung der Wirklichkeit an, die dem ›Verstand des gesellschaftlichen Normalverbrauchers‹ zugänglich ist« (Beyme von 1991: 254).

Folglich arbeiteten wir uns auf der strategischen Ebene auch nicht mehr am Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ab, sondern an der Frontlinie Bürger – Staat. Es ging nicht mehr um gesellschaftsverändernde Klassenkämpfe, in die GWA einbezogen wird, sondern um Verteilungskämpfe um immer knapper werdende staatliche und kommunale Ressourcen. Leitbegriff dafür ist schon sehr früh der Begriff »Einmischung« geworden: »Soziale Arbeit hat auf kommunaler Ebene, d.h. in überschaubaren Regionen und Bezügen, die meiste Möglichkeit, sich einzumischen (mitzumischen), direkt und unmittelbar auf die Veränderung von Lebensbedingungen einzuwirken und zu konkreten, den Bedürfnissen der Betroffenen entsprechende Veränderungen und Verbesserungen beizutragen. Auch die umfassende Beteiligung der Betroffenen ist auf der Ebene des Stadtteils am ehesten realisierbar« (Mielenz 1981: 59).

In den 80er-Jahren, als – markiert durch den Begriff »Neue Armut« – sich die sozialen Probleme in Deutschland erheblich verschärften, änderte sich unter dem Druck der Verhältnisse auch der Mainstream der GWA. Einen Strang der Entwicklung formulierte der Politikwissenschaftler Klaus von Beyme so: »... von der Mobilisierung über die Partizipation zum Typ einer Aktivität, die sich auf die Erweiterung des Spielraums der eigenen Autonomie beschränkt« (Beyme von 1991: 176). GWA war in der Verteidigungsposition. Ein zentraler Begriff war Vernetzung. Es ging um den Aufbau fachlicher und politischer Netzwerke, deren zentrale Funktion nach Maja Heiner darin bestand, den GemeinwesenarbeiterInnen einen Spielraum zu schaffen bzw. zu erhalten, der es ihnen ermöglichte, schneller, flexibler und angemessener auf die Probleme im Stadtteil zu reagieren.

Ein anderer Weg der GWA war gekennzeichnet durch die Position »Gemeinwesenarbeit als nützliche Dienstleistung«:

- Materielle Ressourcen: Räume, Trödel, billiges Mittagessen, Fahrten zu Ämtern ...;
- Personelle Ressourcen: Beratung, Betreuung, Qualifizierung, anwaltliche Tätigkeit, Zuhören, Zeit haben ...;
- Infrastruktur, innerhalb derer man informelle Sozialbezüge aufnehmen und sich auch organisieren kann; Orte, wo die Menschen nicht sanktioniert werden, wenn sie sich mal »daneben« benehmen;
- Aufbau, Stützung und Erweiterung von sozialen Netzen und Stützsystemen im Quartier sowie Hilfe bei der Problemveröffentlichung, sowohl individuell als auch kollektiv.

Damit wurde in vielen Projekten ein Tätigkeitsmerkmal der GWA, das neben anderen (Aktivierung, Einmischung...) stand, verabsolutiert. GWA war wieder eng an die soziale Arbeit gebunden. Die Projekte erlagen dem Druck der Betroffenen, die individuelle Hilfen einforderten, da sie ihre fürsorgliche und vormundschaftliche Haltung ja immer noch hatten. Wir haben das in unserem Projekt in dem Duisburger Armutsstadtteil Bruckhausen mitgemacht. Unsere Einrichtung wurde zur Nische, in der die Ausgegrenzten (der ganze Stadtteil war ausgegrenzt) eine Heimat fanden, sich wohlfühlten und an Unterstützungsnetzen strickten. Sie wollten und konnten nicht politisch aktiv werden und beobachteten mit großem Misstrauen die wenigen politischen Vorstöße, die wir noch unternahmen. Und wir – waren wir doch vom Anspruch her orientiert an den Interessen der Wohnbevölkerung – hatten dann auch die Legitimation, uns auf nützliche Dienstleistungen zu beschränken. Gemeinwesenarbeit bekam damit eine starke Angebotsstruktur. Sicher kommen wir ohne Angebote an die Menschen nicht aus, aber sie dürfen unsere Arbeit nicht dominieren.

Seit den 90er-Jahren kommt eine weitere Entwicklung hinzu – zugegeben, das gerät mir alles etwas holzschnittartig. Die sozialen Probleme (Arbeitslosigkeit, Armut, gesellschaftliche Gewalt ...) sind nicht gelöst worden. Untersuchungen sprechen von einem Versagen der klassischen Organisations- und Steuerungselemente der staatlichen und kommunalen Politik und die Menschen merken das auch so und reagieren mit Politikverdrossenheit, Apathie und Wahlverweigerung. Es fehlt nicht an formalen Beteiligungsmöglichkeiten. Diese werden aber kaum wahrgenommen. In dieser Situation wird GWA zur Instanz, die dieses Defizit ausgleichen soll. In einem neuen fachlichen und politischen Selbstverständnis versteht sie sich als intermediäre Instanz. Mein Essener Kollege Wolfgang Hinte hat in

zahlreichen Veröffentlichungen gerade diese Position vehement vertreten, insbesondere in der Diskussion um Quartiermanagement: Gemeinwesen-arbeiterInnen sind danach »Instanzen, die zwischen der Bürokratie (im weitesten Sinne) und der Lebenswelt der Menschen in den Wohnquartieren angesiedelt sind und in beide Welten hineinwirken. Auf der Seite des Wohnquartiers geht es darum, kollektive Aspekte individueller Betroffenheit zu organisieren, Menschen an einen Tisch zu bringen, Nachbarschaften zu stärken, lokale Potenziale zu mobilisieren – schlagwortartig gesagt: Um Kommunikation, Ideenproduktion sowie Organisation von Menschen und Ressourcen. Auf der Seite von Politik, Verwaltung und Institutionen geht es darum, Ressourcen zu bündeln und nutzbar zu machen für die Arbeit im Stadtteil. So konfrontiert Stadtteilmanagement politische und Verwaltungsinstanzen kontinuierlich respektvoll, aber deutlich mit den Lebens- und Wohnbedingungen der Bevölkerung, von der sachlichen Darstellung in Gremien über die Organisation von Foren zum Dialog zwischen Lebenswelt und Bürokratie bis hin zu skandalisierenden Aktionen mit allen Elementen nachdrücklicher Öffentlichkeitsarbeit« (Hinte 1998: 157). Soweit Wolfgang Hinte mit seiner Beschreibung der GWA als einer intermediären Instanz.

Diese Politikmodelle der GWA – Organisation, Einmischung, Vernetzung, Dienstleistung, Intermediarität – stellen zwar eine gewisse Entwicklungslinie dar; ich sehe aber nicht, dass sie einander abgelöst haben, sondern sie stehen der GWA heute durchaus als strategische Optionen zur Verfügung. Insbesondere der Aspekt der Organisation wird wieder an Gewicht zunehmen angesichts der Abwehrkämpfe, die in den Stadtteilen zu führen sein werden, z. B. gegen drohende Schließung sozialer Einrichtungen.

Fragt man nun nach Perspektiven einer »fortschrittlichen« Gemeinwesenarbeit, dann kann die Antwort nicht in einem Ruf nach »Re-Politisierung« liegen, sondern in der kritischen und selbstkritischen Analyse und Reflektion der Begriffe, der Theorie und der Praxis der GWA. Maßstab solcher Überprüfungen ist das Grundprinzip einer solidarischen Gesellschaft und der Anspruch der GWA, soziale Gerechtigkeit in den Verhältnissen zu realisieren.

Die in den Referaten von Stefan Gillich und Albrecht Göschel³ genannten gesellschaftlichen Entwicklungen verweisen darauf, dass nicht mehr gesellschaftliche Normalitätserwartungen (etwa Normalarbeitsverhältnis,

³ Einführungsreferate während der 13. Werkstatt Gemeinwesenarbeit vom 19.-22. September 2005

Normalfamilie, Wachstum, auch der Städte) die Perspektiven Sozialer und Gemeinwesenarbeit sind, sondern dass die Lebenswelten und die alltägliche Lebensführung der Menschen der Ausgangspunkt unserer Analysen und Bemühungen sein müssen. Dabei darf Gemeinwesenarbeit sich nicht auf die Unterstützung subjektiver Bewältigungsstrategien beschränken, sondern muss die Widersprüchlichkeit prekärer Lebensverhältnisse thematisieren und auf kollektive Strategien der Bewältigung hinarbeiten. Damit gewinnt der alte Begriff der »Konfliktorientierung« wieder neue Bedeutung, einer Konfliktorientierung, »die die im Alltag enthaltenen Konflikte zuallererst an die Oberfläche hebt und damit verhandelbar, bearbeitbar und öffentlich artikulierbar macht« (Kröll/Löffler 2004: 540).

Gemeinwesenarbeit – da bin ich sicher, und wir haben im Programm der Werkstatt Gemeinwesenarbeit und in vielen informellen Gesprächen Beispiele gesehen – kann wesentliche Beiträge zur Erweiterung der individuellen und kollektiven Handlungsfähigkeit der Menschen, zur aktiven Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben und zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Stadtteilen leisten. Voraussetzung aber ist, sich der politischen Geschichte und Bedeutung von GWA bewusst zu bleiben.

Wenn wir von Individualisierung – und damit auch von Entsolidarisierung – als einer Grundtatsache moderner Gesellschaften ausgehen (müssen), dann ist es eine Aufgabe der Gemeinwesenarbeit, »Bedingungen für Alltagssolidarität zu schaffen, die sich offenbar in modernen Gesellschaften nicht ohne weiteres ergeben« (Hondrich/Koch-Arzberger 1992: 58). Gemeinwesenarbeit hat dafür Erfahrungen und Kompetenzen aus einer mindestens dreißigjährigen Geschichte in der BRD:

- GWA hat eine hohe Problemlösungskompetenz aufgrund ihrer lebensweltlichen Nähe zum Quartier. Als sozialräumliche Strategie, die sich auf die Lebenswelt der Menschen einlässt, kann sie genau die Probleme aufgreifen, die für die Menschen wichtig sind, und sie dort lösen helfen, wo sie von den Menschen bewältigt werden müssen.
- Gemeinwesenarbeit kann aufgrund ihrer methodischen Vielfalt auch viele Möglichkeiten für Teilhabe und partizipatives Handeln zur Verfügung stellen, von der aktivierenden Befragung über kulturelle Aktivitäten, über »Community Organization als ein Element zur Wiederbelebung von Interessenorganisation« (Klöck 1996: 21) bis hin zur widerständigen Aktion.
- Gemeinwesenarbeit bietet insbesondere durch offene, niederschwellige Räume und Angebote und unter Verzicht auf den pädagogisch oder politisch erhobenen Zeigefinger Gelegenheitsstrukturen und Logistik für

Engagement und Beteiligung. Dazu gehört auch das Beschaffen von notwendigen Informationen aus dem politischen Raum, an die GemeinwesenarbeiterInnen in der Regel leichter herankommen als die Betroffenen. Dazu gehören gegenseitiges Mutmachen, auch Training und Schulung.

- Es ist Aufgabe der GWA, Einzelnen, Gruppen und dem Stadtteil bei der Problemveröffentlichung zu helfen. Das Verhältnis Gesellschaft – Lebenswelt ist nicht allein dadurch zu bestimmen, wie die Gesellschaft in die Lebenswelt hineinagiert, sondern auch danach, wie die Probleme der Lebenswelt in den gesellschaftlichen, d. h. politischen Diskurs zu bringen sind.
- Dazu gehört auch – das Forster Beispiel hat es uns gezeigt – die Veränderung von Stimmungen, Mentalitäten, Einstellungen, gehört Mut zu machen, Identität zu schaffen, zum lustvollen Mitmachen zu motivieren.
- GWA knüpft Netze, die die Menschen halten, stützen und unterstützen, wenn sie sich aktiv an der Gestaltung ihrer Lebenswelt und damit an politischen Entscheidungen beteiligen wollen. Hierzu gehören auch die Netzwerke der Professionellen im Stadtteil selbst, die erreichte Positionen absichern helfen.
- Gerade aber mit dieser Vernetzung (aber auch durch Skandalisierung etc.) bietet GWA ein Politikmodell »von unten«, das nicht nur auf die Organisation von Gegenmacht ausgerichtet ist, sondern auch die Politikformen in unseren Städten auf die Weise durchdringt, dass die BewohnerInnen der Stadtteile nicht nur mehr gehört werden, sondern auch mehr und dauerhaft Entscheidungen im und für den Stadtteil treffen können.

So kann GWA zu Solidarisierungsprozessen auch unter den erschwerten Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen beitragen »und neue kollektive Aktivitäten zur Veränderung der Verhältnisse einleiten (Reorientierung auf familiäre Stützen, solidarische Ökonomien, Selbsthilfeinitiativen und nachbarschaftliche Hilfen, Tauschringe etc.)« (Candeias 2004: 406). Das alles spielt sich ab in der Spanne zwischen Sich-Einrichten und Sich-Auseinandersetzen, d. h. Handlungsspielräume zu erweitern. Allerdings darf sich GWA nicht auf die lokale Ebene beschränken, sondern muss einerseits Verbindungen herstellen zu gesellschaftlichen Ressourcen und Machtpotenzialen, die außerhalb des eigenen Sozialraums liegen (vgl. Otto/Ziegler 2004: 271-291), und andererseits sich öffentlich, kritisch und parteilich mit politischen und ökonomischen Entwicklungen (Neoliberalismus) auseinandersetzen.

Damit sind wir bei einem weiteren Begriff, der neu zu reflektieren ist. Parteilichkeit ist ein Reizwort in der GWA seit den 70er-Jahren, das immer

den Schwefelgeruch von Klassenkampf mit sich trägt. Sicher haben wir den Begriff auch im Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie nachgelesen, aber er ist viel älter. Parteilichkeit hieß schon im 15. Jahrhundert »sich an jemandes Seite stellen«.

Wolfgang Hinte hält – zumindest in einigen Schriften – den Begriff nicht mehr für tauglich für GWA und formuliert etwa so: Moderation statt naiver Parteilichkeit. Naive Parteilichkeit – das sehe ich auch so – ist ebenso fatal für professionelles Arbeiten – wie pures Mitleid. Aber sehen wir mal in den Stadtteil: GWA muss dort dazu beitragen, die Dominanz der organisierten Interessen abzubauen und benachteiligte Gruppen wirksamer als bisher zur Teilnahme motivieren und qualifizieren. Beides ist – diese Erfahrung teilen Sie sicher mit mir – nur begrenzt möglich. Insofern kann GWA sich nicht mit der Rolle des Moderators begnügen, sondern muss ggf. auch anwaltschaftlich dafür sorgen, dass die Kommunalpolitik ihrer Ausgleichsfunktion nachkommt, dass die an den Rand gedrängten Sichtweisen und Interessen wenigstens angemessen zu Wort kommen.

Deutlicher sagt das Sabine Stoevesand (2002) und ich unterstreiche das nachdrücklich: Wenn GWA sich den Menschenrechten und den sozialen Rechten verpflichtet sieht, muss sie heutzutage gegen Ausgrenzung, Rassismus und die Stigmatisierung von Bevölkerungsschichten, die nicht dem Mittelschichtideal entsprechen, theoretisch fundiert und praktisch kompetent Stellung beziehen.

Die Gegenposition zu naiver Parteilichkeit ist nach meiner Auffassung nicht Moderation (das riecht etwas stark nach Neutralität) sondern reflektierte Parteilichkeit – das heißt theoretisch fundiert und praktisch kompetent – als ein Qualitätsmerkmal von Gemeinwesenarbeit (und sozialer Praxis überhaupt). Das heißt dann eben nicht, alles gut zu finden, was die Menschen im Stadtteil tun, sondern sie ernst zu nehmen, ihnen zu glauben und in Konfliktfällen reflektiert auf ihrer Seite zu sehen. Wenn ich sage »ihnen zu glauben« steht dahinter die parteiliche Frage, wem denn die Definitionsmacht über die Probleme und vor allem auch über die Bedarfe der Menschen zukommt. Parteilichkeit heißt für mich, von der Perspektive der Menschen aus Entscheidungen zu treffen, mit allen Schwierigkeiten, die damit verbunden sind.

Das Postulat der Parteilichkeit ist begründet im Anspruch der sozialen Arbeit, soziale Gerechtigkeit in den Verhältnissen zu realisieren. Parteilichkeit ist eine professionelle Haltung, die engagiert an den Problemen ist, welche die Menschen (mit sich) selbst haben und nicht an den Proble-

men, welche die Gesellschaft mit ihnen hat. Hans-Uwe Otto hält in seinen Überlegungen zur Professionalisierung sozialer Arbeit Parteilichkeit für unverzichtbar im Sinne einer grundlegenden situations- und (ich übertrage seinen Begriff »kundenbezogen«) und gemeinwesenbezogenen Begründungskompetenz (vgl. Dewe/Otto 2001: 1399-1423). Parteilichkeit ist also nicht eine Sache des wilden Fahnenschwingers, sondern der klaren Analyse, nämlich der Frage, wo Entwicklungsmöglichkeiten, Handlungsspielräume von Menschen eingeschränkt werden – und nicht nur von oben nach unten, sondern auch vertikal in den Konflikten zwischen den Bewohnern des Stadtteils selbst oder auch durch die »fürsorgliche Belagerung« durch die soziale Arbeit.

Strategien der GWA lassen sich allerdings durch sozialwissenschaftliche Analysen nicht vollständig begründen. Es braucht auch Visionen und Utopien. Das Realprinzip reicht nicht aus. Die Geschichte der GWA seit 1970 ist aus meiner Sicht auch eine des immer pragmatischer Werdens und des *Verlustes* von Veränderungsutopien – ob wir es zugeben oder nicht: Betreiben wir für und mit »unseren« Betroffenen nicht mehr oder weniger das Sich-Einrichten? Haben wir denn noch Bilder von der »guten Gesellschaft«? Herbert Marcuse hat uns Studierende 1968 eindringlich auf die Notwendigkeit konkreter Utopien hingewiesen, und diese – davon bin ich überzeugt – hat sich nicht geändert. Konkrete Utopie hat ihre Begründung in fundierter Theorie »als Möglichkeitsanalyse der wirklichen Gesellschaft. Nur was im aktuellen Möglichkeitshorizont einer Gesellschaft ist, in ihrer akuten Reichweite, das taugt für die konkrete Utopie« (Marcuse zit. in Knobloch 1993). Denn wenn »die utopischen Oasen austrocknen, breitet sich eine Wüste der Banalität und Ratlosigkeit aus« (Habermas 1985: 141-163). Das gilt auch für die GWA.

Literatur

- Arbeitskreis Kritischer Sozialarbeiter Berlin (1974): Gemeinwesenarbeit als Ideologie und soziale Kontrolle: ein Beitrag zur Sozialarbeit im Stadtteilbereich, in: AG GWA der Victor-Gollancz-Stiftung (Hrsg.): Reader zur Theorie und Strategie von Gemeinwesenarbeit, Frankfurt am Main
- Beyme, Klaus von (1991): Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Von der Moderne zur Postmoderne, Frankfurt am Main
- Candeias, Manuel (2004): Prekarisierung der Arbeit und Handlungsfähigkeit, in: Das Argument 256, 46/2004/3-4/406
- Dewe, Bernd/Otto, Hans-Uwe (2001²): Profession, in: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hrsg.) (2001²): Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik, Neuwied, S. 1399-1423

- Habermas, Jürgen (1985): Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, in ders.: Die Neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt am Main, S. 141-163
- Hauß, Friedrich (1974): Zur Strategie fortschrittlicher Sozialarbeit, in: AG GWA der Victor-Gollancz-Stiftung (Hrsg.): Reader zur Theorie und Strategie von Gemeinwesenarbeit, Frankfurt am Main
- Mielenz, Ingrid (1981): Die Strategie der Einmischung – Soziale Arbeit zwischen Selbsthilfe und kommunaler Politik, in: Neue Praxis, Sonderheft 6
- Hinte, Wolfgang (1998): Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren – Methoden und Strukturen für ein effektives Stadtteilmanagement, in: Monika Alisch (Hrsg.) (1998): Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt, Opladen
- Hondrich, Karl-Otto/Koch-Arzberger, Claudia (1992): Solidarität in der modernen Gesellschaft, Frankfurt am Main
- Knobloch, C. (1993): '68 verweht? Herbert Marcuse, Theoretiker der Revolte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10
- Klöck, Tilo: Empowerment, in: Wolfgang Krebs (Hrsg.) (1996): Methodische Ansätze in der Gemeinwesenarbeit, Gelnhausen, Burckhardthaus
- Kröll, Tobias/Löffler, Volker (2004): Exklusionsmanagement: Soziale Arbeit im Neoliberalismus, in: Das Argument, Heft 256
- Otto Hans-Uwe/Ziegler, Holger (2004): Sozialraum und sozialer Ausschluss. Die analytische Ordnung neo-sozialer Integrationsrationalitäten in der Sozialen Arbeit (Teil 2), in: Neue Praxis, 34. Jg., S. 271-291
- Stoevesand, Sabine (2002): Gemeinwesenarbeit = Quartiersentwicklung oder: Von der Nachbarschaft als Hausfrau der neoliberalen Umstrukturierung im Quartier, in: standpunkt: sozial, Heft 1

II. Grundlagen und Arbeitsfelder der Gemeinwesenarbeit

Kompetenzen für die Gemeinwesenarbeit – Chancen des neuen Systems der hochschulischen Studiengänge

Michael Rothschuh in Zusammenarbeit¹ mit Christoph Stoik

Wo und wie lernt man Gemeinwesenarbeit? Diese Frage durchzieht die Geschichte der Gemeinwesenarbeit und ihrer angloamerikanischen Pendanten, des Community Work und des Community Organizing. Niemand von den Vorfahren der GWA hat Gemeinwesenarbeit oder Sozialarbeit studiert, weder das Pfarrerehepaar Barnett als Begründer der Settlements, noch die Gründerin des Hull Houses in Chicago, Jane Addams, weder der Soziologe Saul Alinsky noch die deutschen Vorfahren der GWA wie der Pfarrer Siegmund-Schulze, der in Berlin eine Art Settlement aufbaute, noch gar die Kommunisten mit ihrer parteilichen Stadtteilarbeit in den 20er- und 30er-Jahren. Auch die erste Generation der an den westdeutschen Hochschulen Lehrenden für den Bereich Gemeinwesenarbeit kam nur sehr begrenzt aus der beruflichen Sozialarbeit. Kirchliches, universitäres und politisches Engagement gab für sie oft den Anstoß, sich Projekten mit Obdachlosen, in Sanierungsgebieten oder den großen Neubausiedlungen der 60er-Jahre zu widmen. Wissen und Verständnis der Gemeinwesenarbeit wurde vorwiegend durch Tagungen und Langzeitfortbildungen in außerhochschulischen Fortbildungsinstituten wie vor allem der Victor-Gollancz-Stiftung und dem Burckhardthaus in Gelnhausen vermittelt. An den meisten Fachhochschulen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik wurde Gemeinwesenarbeit in irgendeiner Weise gelehrt (vgl. die Zwischenbilanz in Mohrlok/Neubauer/Neubauer/Schönfelder 1993, S 261-308), aber mit sehr unterschiedlichem und bis in die 1990er-Jahre eher schwindenden Gewicht und weder mit einheitlicher Begrifflichkeit noch einem gemeinsamen Grundverständnis oder gar einem tragenden Lehrkonzept.

Nachdem die Stadtentwicklungsprogramme der 1990er- und 2000er-Jahre auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene erhebliche Impulse für die Bewohnerbeteiligung, Aktivierung lokaler Potenziale und Selbstorganisation von Bürgerinnen und Bürgern gegeben haben, stehen nunmehr die Hochschulen mit dem »Bologna-Prozess« vor grundlegenden Veränderungen. Es stellt sich die Frage, wieweit dieser Prozess genutzt werden

¹ Michael Rothschuh und Christoph Stoik haben auf der 13. Werkstatt Gemeinwesenarbeit (2005) im Burckhardthaus/Gelnhausen gemeinsam den Workshop »Kompetenzen in der GWA an den Lernorten Hochschule und Praxis« verantwortet. Die Ergebnisse und Hintergründe werden in dem Beitrag dargestellt und weiterentwickelt

kann, um Gemeinwesenarbeit produktiver in der hochschulischen Ausbildung zu verankern und zugleich die Aufgabe, diese Chance aktiv zu ergreifen.

In dem Workshop »Kompetenzen in der GWA an den Lernorten Hochschule und Praxis« haben wir mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die für die GWA erforderlichen Kompetenzen zusammengestellt und sie in Beziehung gesetzt zu dem Bologna-Prozess. Im Folgenden setzt sich der Autor mit den Möglichkeiten des Studiums auseinander, Kompetenzen für die Gemeinwesenarbeit zu entwickeln, und berücksichtigt dabei nicht die nach wie vor bedeutenden Ansätze von Fortbildungen und Trainings.

Beginnend mit den Anregungen und Ergebnissen des Workshops werden die Rahmenbedingungen des Bologna-Prozesses dargestellt, die Verankerung von GWA in der bisherigen Lehre der Sozialen Arbeit und den sich neu entwickelnden Studiengängen auf der Bachelor- und Master- Ebene skizziert und Anregungen gegeben für die Weiterentwicklung hochschulischer Lehre und Ausbildung der Gemeinwesenarbeit.

1 Kompetenzen der GWA – ein Ergebnis des Studiums?

In dem Bewusstsein, dass die Entwicklung von Kompetenzen für ein Feld wie die Gemeinwesenarbeit selbstverständlich so komplex ist, dass persönliche Erfahrungen, formelle Bildungsprozesse und die Verarbeitung beruflicher Erfahrungen ineinander greifen, haben wir im Workshop danach gefragt, welche Kompetenzen im Studium selbst angestrebt werden sollen.

Für GWA erforderliche Kompetenzen

Dabei haben die TeilnehmerInnen des Workshops in Anlehnung an die vielerorts gebräuchliche Einteilung die Kompetenzen den Bereichen Wissen, Können und berufliche Haltung (Attitude) zugeordnet.

Zusammengefasst und geordnet ergab sich dabei das in Abbildung 1 dargestellte Bild.

Kompetenzen – Leistungen der Hochschule versus Erwartungen der Berufspraxis

Welche Kompetenzen kann ein Hochschulabsolvent einbringen? Wie werden sie von den BewohnerInnen in Gemeinwesenprojekten und den Trägern wahrgenommen? Um dies zu prüfen, haben wir ein Bewerbungsgespräch für eine ausgeschriebene Stelle gespielt, an der eine Sozialarbeiterin unmittelbar nach dem Studium, eine Vertreterin der BewohnerInnen und

Wissen	Können	Haltung
• Soziale, wirtschaftliche und politische Zusammenhänge (Segregation, Migration, Globalisierung, Neoliberalismus, Machtbeziehungen) • Sozialraumanalyse (Netzwerke und Strukturen, örtliche Akteure, Ressourcen im Sozialraum) • Traditionen und Arbeitsweise von Gemeinwesenarbeit, Community Organizing, Gemeinwesenökonomie, Methodenvielfalt • Interdisziplinäre Schnittstellen: u. a. zur Betriebswirtschaft • Rechtliche Grundlagen: Verwaltungsrecht, Sozialrecht, Datenschutz	• Kommunikation mit Menschen auf unterschiedlichen Ebenen, Einfühlungsvermögen • Moderationen • Menschen unterschiedlicher Interessen und Fähigkeiten und Funktionen vernetzen • Koordinieren, aktivieren, ermutigen, Menschen aktiv werden lassen • Umgang mit Stresssituationen, Konfliktlösungsmethoden, Deeskalation • Mediation Projektentwicklung, strategisches Arbeiten • Beteiligungsinstrumente, Methodenkompetenz, aktivierende Techniken • Sprachkompetenz (in ethnisch unterschiedlichen Communities)	• Menschenliebe, Optimismus, Respekt vor den anderen • Akzeptanz von Verschiedenheit, zurückhaltende Wertungen, Wertschätzung gegenüber den Menschen im Gemeinwesen • Anwaltschaft für benachteiligte Menschen • Unterstützung statt Bevormundung, demokratische Grundhaltung, • Neugier, Kreativität, Offenheit, Flexibilität • » Ich bin ein Katalysator«, Anwohner sind die Profis • Wirklich wissen wollen, worum es wirklich geht • Strukturen gestalten wollen

Abbildung 1: Kompetenzen für Gemeinwesenarbeit

ein Vertreter des Trägers teilnehmen sollte, die sich in kleinen Gruppen mit folgenden Fragen auf das Gespräch vorbereiten:

- Sozialarbeiterin (S): »Welche Kompetenz bringe ich aus meinem (ideal gedachten) Studium (als Berufsanfänger) mit? Wie habe ich sie erworben?«
- BewohnerInnenvertreterin (B): »Welche Mitarbeiter wollen wir? Was muss er können/wissen/welche Haltung soll er haben?«
- Trägervorteiler (T): »Welche Erwartungen haben wir an einen Mitarbeiter in Bezug auf Können/Wissen/Haltung?«

Ausgewählt hatten wir zuvor eine Stellenanzeige der Evangelischen Gemeinde zu Düren. Es gibt wenige Projekte der Gemeinwesenarbeit, die so eindeutig wie die Evangelische Kirche zu Düren Selbstorganisation und Beteiligung der BewohnerInnen als Zentrum definieren (vgl. Schaaf, o.J.).

»ExpertIn für Aktivierung und Beteiligung gesucht.

Die Stadt Düren hat das Büro für Gemeinwesenarbeit der Evangelischen Gemeinde zu Düren beauftragt, im Stadtteil Nord-Düren Aktivierungs- und Beteiligungsprozesse zu organisieren und neue Kooperationsstrukturen aufzubauen. Modellhaft soll unter Beteiligung der ortsansässigen Vereine, der Einrichtungen im Stadtteil und aller Bevölkerungsgruppen ein integriertes Handlungskonzept aufgestellt werden, bevor der Rat der Stadt Düren die Aufnahme ins Landesprogramm »Soziale Stadt NRW« beantragt.

Wir suchen zum nächstmöglichen Termin eine/n ExpertIn für Aktivierung und Beteiligung. ... Wünschenswert sind Erfahrungen in Gemeinwesenarbeit, Stadtteilarbeit oder Organisationsberatung, des Weiteren selbständiges Arbeiten und Motivation für eine Arbeit in einem Stadtteil mit hohem Anteil von MigrantInnen.«

(Stellenanzeige, 2005)

Für das Rollenspiel sind wir bewusst abweichend von der Ausschreibung davon ausgegangen, dass sich jemand bewirbt, der ein qualitativ hochwertiges und praxisbezogenes Studium, aber keine zusätzlichen praktischen Erfahrungen nach dem Studium vorweisen kann. Zum Ausgleich dafür sollte die sich die Bewerberin ein »ideales« Studium vorstellen.

Ein Bewerbungsgespräch

S: Guten Tag, Ich bin die Bewerberin für die Stelle, mein Name ist Huber, Hallo, wer sind Sie? Sie wohnen hier?

B: Ja, ich wohne hier, ... Sieht man mir das an?

S: Nein nein, ich habe Sie nur schon auf der Straße gesehen.

B: Ach, Sie wohnen auch hier?

S: Ja, ja, Ich hab mich schon mal umgeschaut, deswegen.

T: (dazwischen) Wenn ich mich mal kurz vorstellen dürfte, Possner, Kirchengemeinde Düren.

(laut): Ja, schön, dass Sie gekommen sind.

Wir haben uns beide nicht abgesprochen, aber ich denke, wir haben beide Interesse an einer potenziellen guten Kandidatin auf diese ausgeschriebene Stelle.

B: Jemanden, der uns unterstützt.

T: Ja, von Seiten des Trägers hätten wir natürlich gerne gewusst, was Sie mitbringen an Wissen und an persönlicher praktischer Erfahrung, gerade bei dieser Stelle, wenn Sie uns das kurz darlegen.

S: Also, ich, äh, muss gleich von vornherein dazu sagen, dass ich direkt von der Hochschule komme, ich habe jetzt direkt nach dem Studium nicht so viele Praxiserfahrungen gemacht, wobei ich vor dem Studium stark in der Gewerkschaftsjugend engagiert war und deswegen sehr stark mit Beteiligungsformen und überhaupt Gremienstrukturen usw., also mich schon stark befasst habe damit.

In meinem Hochschulstudium habe ich allerdings mich sehr ausführlich damit beschäftigt und mir auch theoretische und wissenschaftliche Grundlagen dazu erarbeitet und die auch in Praktika usw. dann eben vertieft. Und also ich kann da von Beteiligungsmethoden für verschiedenste Zielgruppen, also jetzt eben von Leuten, die vor Ort direkt ihre Interessen durchbringen wollen – ich hoffe, dass Sie vielleicht da mir auch schon sagen können, in welche Richtung das so geht – bis hin zu Politikern, Menschen in der Verwaltung usw., da eben die ins Gespräch bringen. Das haben wir schon geübt in so kleinen Planspielen mit Praktikern vor Ort. Da ist es schon trainiert worden.

Meine interkulturelle Kompetenz habe ich erworben, weil wir Auslandspraktika ableisten auch mussten und uns ganz stark mit verschiedenen Modellen mit verschiedenen Ländern auch beschäftigt haben, also: was kann man da so gegenseitig lernen?

Überhaupt ist der Ansatz, den ich mitbringe, dass wir eher gegenseitig lernen, auch wenn wir dann schon ins Feld gehen. Und jetzt nicht so sehr die Haltung mitbringen, wir wissen besser, wie es laufen muss, sondern dass wir immer zwar was mitbringen, aber gegenseitig genauso viel also von den Beteiligten dann lernen.

Was ich noch sehr wichtig finde ist, ist, dass man nicht mit vorgefertigten Konzepten rangeht, sondern sich wirklich anhört: was sind die Bedarfe? Was wird gewünscht? Und dann mit seinem Methodenkoffer vertieft reagiert auf das. Also, dass es im Grunde von denen gestaltet wird, die es betrifft, und nicht von uns, also wenn ich das werden würde.

T an B: Haben Sie noch eine Frage?

B: Das hat mich gerade alles ein bisschen erschlagen. Was mir so wichtig ist, ist das Handwerkszeug, das der hat, der vermittelt zwischen – also es gibt halt unterschiedliche Bedürfnisse und es ist auch schwierig für uns, das auch immer so klar zu fassen. Und wir haben auch sehr viele Migranten, und da ist es auch immer schwierig – also da muss man auch Subtilität an Menschen heran bringen. Bringen Sie da auch bisschen Erfahrung in diesem Gebiet mit?

S: Also was wichtig ist, denke ich, dass man erst mal in Erfahrung bringt, was sind die ganzen Interessen? Also herausfinden die wirklichen Interes-

sen und dann vielleicht eine Möglichkeit schaffen, wie man aufeinander zugehen kann. Da gibt es verschiedene Methoden, Gestaltungsmöglichkeiten, dass man zusammen etwas macht.

Da ist es natürlich hilfreich, dass wir schon Methoden so im Bereich Konfliktvermittlung geübt haben und auch von der Gesprächsführung geübt haben, dass man Konflikte moderieren kann, verschiedene Ansätze oder Vorstellungen.

B: Dass hinterher nicht nur ein Papier entsteht.

S: Genau, dass man möglichst schnell und sichtbar hinterher Erfolge dann auch sieht.

(...)

T: Zum Zweiten, wie ist Ihre Rolle im Verhältnis zwischen Träger, Kommune als Geldgeber und Bewohnern des Stadtteils und anderen im Stadtteil und sind Sie konfliktfähig?

S: Das muss ich erst mal sortieren

T: Sind Sie konfliktfähig?

S: Also drei Fragen. Aktivierung: Das was in dem Quartier an Ressourcen steckt, an Vernetzung, soll einbezogen werden. Dass es als Teil von Lösungsstrategien genutzt wird und dass es auch angepasst wird, also nicht von oben drauf gepfropft wird, sondern angepasst an das, was gebraucht wird. Zu Zweitens: helfen Sie mir.

T: Ihre Rolle.

S: Rolle: ich sehe mich als Moderatorin, vielleicht auch Übersetzerin, wenn es darum geht, dass die Interessen zueinander kommen müssen, dass man eben jemand hat, der das auch in eine andere Sprache übersetzen kann. Die Themen werden von den Leuten direkt vor Ort gestaltet. Ich sehe das nicht so, dass ich das manipulieren oder vorgeben will, eher als Katalysator: durch meine Möglichkeiten Sachen in Gang bringen. Aber was dann passiert, wird von den Leuten selber gesteuert.

Eher moderierend und unterstützend und nicht gestaltend.

B: Vertreten Sie uns? Vertreten sie die Kommune?

S: Ich sehe mich als neutrale Vermittlung mit – (Pause) ja, das ist schwierig. Also, da wo 'ne Benachteiligung zu sehen ist, in dem Sinne, dass strukturelle Gegebenheiten ausgebaut werden müssen, sehe ich mich als Anwältin der Interessen, aber die Themen müssen von den Menschen selber vertreten werden, die die Themen haben. Also, bis zu gewissem Maße als Unterstützerin, aber wenn es um die Themen geht, halte ich mich raus, bin ich neutral. Das braucht man, um Glaubwürdigkeit sicher zu stellen und vermitteln zu können zwischen verschiedenen Ebenen.

Da war noch ein dritter Aspekt von der Frage.

T: Sind Sie konfliktfähig?

S: Bin ich durch intensive Schulung und Supervision auch, durch verschiedenste Prozesse im Studium, sind wir immer supervidiert worden und haben da auch sehr genau gelernt, wie man mit Konflikten umgeht.

B: Sind Sie auch flexibel? Weil: die Situationen verändern sich hier ständig bei uns. (...)

S.: Indem ich sehr orientiert bin an dem, was von den Leuten gebraucht wird, kann ich mich darauf einstellen und dann ist es natürlich auch flexibel. Es ist schon so prozessorientiert und ergebnisoffen, dass man sich zwar ein Ziel stecken soll, wo man hin will. Aber dass der Weg, wie man dahin kommen kann, sich ändern kann.

B: Aber dabei verlieren Sie das Ziel nicht aus den Augen?

S: Kann ich nicht versprechen, aber wenn man in dem Prozess merkt, dass ein anderes Ziel gewünscht ist, kann es durchaus sein, aber meine Aufgabe ist auch, das Ziel in Erinnerung rufen und zu überprüfen, kann man das Ziel mit diesem Weg erreichen?

(...)

T: Warum sollen wir Sie anstellen?

S: (lacht) Weil so viel Kompetenzen unter einem Dach frisch von der Hochschule – das gibt es selten.

Die junge Sozialarbeiterin wird von der Bewohnerin und dem Träger nicht eingestellt. Die Kompetenzen, die von Gemeinwesenarbeitern erwartet werden, sind so vielfältig, dass sie zweifellos nicht allein durch ein gezieltes Studium produziert werden können, sondern immer mit der praktischen Erfahrung zu tun haben. Die Kandidatin hat deutlich gemacht, was sie unter Beteiligung versteht, hat erläutert, wie sie Kompetenzen erworben hat, hat immer wieder die Verknüpfung von Theorie und Praxis im Studium betont und auch durch spezifische Beispiele glaubwürdig gemacht. Aber weder der Trägervertreter noch die Bewohnerin gingen auch nur mit einer Frage auf das Studium ein, sie fragten immer nach ihrer praktischen Erfahrung.

Deutlich wird in dem Rollenspiel auch ein Spannungsverhältnis zwischen Trägerinteressen und BewohnerInneninteressen, das man bei der auf Bewohner ausgerichteten Ausschreibung nicht erwartet, das sich aber doch in der Kommunikation zeigt. So hat sich die Bewohnerin offenbar trotz aller Bekundungen bevormundet gefühlt, und der Trägervertreter fühlte sich teilweise übergangen und er konnte nicht sicher sein, wie die Bewerberin mit Rollenkonflikten umgeht.

An diesem Beispiel zeigt sich, dass die Hochschule nicht nur Kompetenzen auf der Handlungs-, Wissens- und Attitude-Ebene formulieren muss und die Inhalte benennen, die für die Erlangung der Kompetenzen notwendig sind, sondern dass sie genaue Vorstellungen haben muss, wie diese Kompetenzen erworben werden können. Dafür ist es notwendig, dass schon an der Formulierung des Studienkonzeptes Teilhaber auf der Ebene der Träger, der Kollegen und – gerade wenn es um Gemeinwesenarbeit geht – der Betroffenen mitwirken.

2 Der »Bologna-Prozess«: Hochschulen im Wandel

Den Hintergrund für die Einführung von Bachelor und Master bildet die Bologna-Deklaration von 1999, die 2003 in Berlin und 2005 in Bergen als Vereinbarung von 40 europäischen und benachbarten Staaten erweitert und präzisiert worden ist. Danach soll an allen Hochschulen ein gestuftes Studiensystem eingeführt werden, das über die Verrechnung von Credit Points zwischen den Hochschulen kompatibel ist sowie die internationale Zusammenarbeit und den internationalen Austausch fördert (vgl. zum Folgenden auch HRK 2004).

Drei Elemente sind gegenüber den bisherigen Strukturen neu:

- Die Bedingungen und das Verfahren der Planung und Implementation von Studiengängen: Wie kommen Studiengänge zustande?
- Die Modularisierung mit der damit verbundenen Beschreibung von Kompetenzen und studentischem Workload: Was sollen Studiengänge leisten und wie sind sie mit beruflich erforderlichen Fähigkeiten verbunden?
- Die Stufung der Studiengänge in Bachelor und Master mit der damit verbundenen veränderten Hochschullandschaft: In welcher Struktur werden Studiengänge angeboten?

Entwicklung von Studiengängen

Das folgende Schaubild zeigt eine Doppelstruktur: Nach wie vor findet die politische Aushandlung innerhalb der Hochschulen und zwischen Hochschulen und Regierungen statt, die das Studium überwiegend finanzieren. Die Agenturen sind privatrechtliche Organisationen, die von den Hochschulen für ihre Leistungen bezahlt werden. Sie sind an den formalen Rahmen gebunden, nicht aber an inhaltliche Leitlinien; teilweise sind es fachübergreifende Agenturen, teils auch auf bestimmte Fachgruppen bezogene. Sie unterstützen und begutachten den Prozess und die Strukturen daraufhin, ob die vorgegebenen Kriterien eingehalten sind und die Real-



Abbildung 2: Hochschulpolitische Vorgaben

sierung des Studiengangs als möglich erscheint. Auf fachbezogene Standards werden die zu akkreditierenden Studiengänge nicht so sehr von den Agenturen, sondern eher von den von ihnen bestellten Peers aus den Kreisen der ProfessorInnen, der Studierenden, der Träger und der Ministerien geprüft. Agenturen und Peers können sich an Vorgaben von Fachverbänden und Fachbereichstagen orientieren, müssen dieses aber nicht tun.

Die Doppelstruktur kann die anbietenden Hochschulen in Probleme bringen, wenn von der politischen Seite zugesagte Ressourcen, auf deren Grundlage die Akkreditierung erfolgt, zurückgezogen werden, wie es im Zuge der Kürzungspolitik durchaus geschieht.

Teilhaber der Entwicklung von Studienprofilen

Um diese Anforderungen zu erfüllen, müssten bei der Entwicklung der Studiengänge eigentlich »runde Tische« organisiert werden zwischen Lehrenden, Studierenden, VertreterInnen des Berufs (Träger, Arbeitnehmer, Betroffenenverbände) und Vertretern der Wissenschaft. Da die konkrete Entwicklungsarbeit aber i.d.R. bei den Hochschullehrern liegt und diese sich sowohl als Anbieter des Studiums wie als Wahrer der Wissenschaft verstehen, sind die meisten Studiengänge letztlich als Anbieterstudiengänge konzipiert. Dieses soll durch die Beteiligung aller Gruppen in den Peer-Begutachtungen ausgeglichen werden.

In den Hochschulen bemüht man sich derzeit vor allem um das »Profil«. Dies kann unterschiedliches bedeuten:

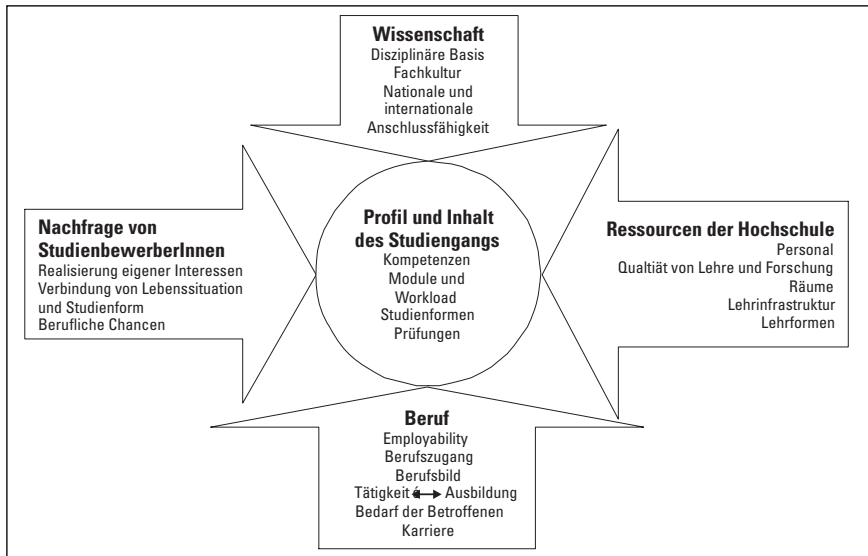


Abbildung 3: Entwicklung eines Studienprofils

- Bei der Neuentwicklung von Studiengängen ging es in der ersten Phase vorwiegend um das jeweils eigene Profil der Hochschule. Es wurde häufig nach fachlichen und beruflichen Nischen gesucht, denen dann die Originalität des jeweiligen Studiengangs entsprechen sollte.
- Bei einer flächendeckenden Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen steht jetzt öfters die Frage im Vordergrund, ob der Studiengang das Profil der Profession und Disziplin wiedergibt und damit kompatibel ist zu anderen in- und ausländischen Studiengängen. Hier schalten sich zunehmend die Fachverbände in die Diskussion ein.
- Ein Ziel allerdings, das m. E. bei der Profilsuche zu wenig beachtet wird, ist, dass das Studium den Studierenden dazu dienen soll, ihr eigenes persönliches Studienprofil zu entwickeln. Dies setzt eine Freiheit des Studiums voraus, die durch die oft detaillierte Beschreibung der Module und Lehrveranstaltungen und das Genehmigungsverfahren eher eingeschränkt ist.

Studium als Erwerb von Kompetenzen

Modularisiertes Studium ist von der Absicht her eine Abkehr vom traditionellen Fächerstudium mit einer Abschlussprüfung. Grundsätzlich soll jedes Modul in sich abgeschlossen sein und die damit erworbene Qualifikation transferierbar. Ein Modul kann polyvalent sein, d. h. ein Baustein,

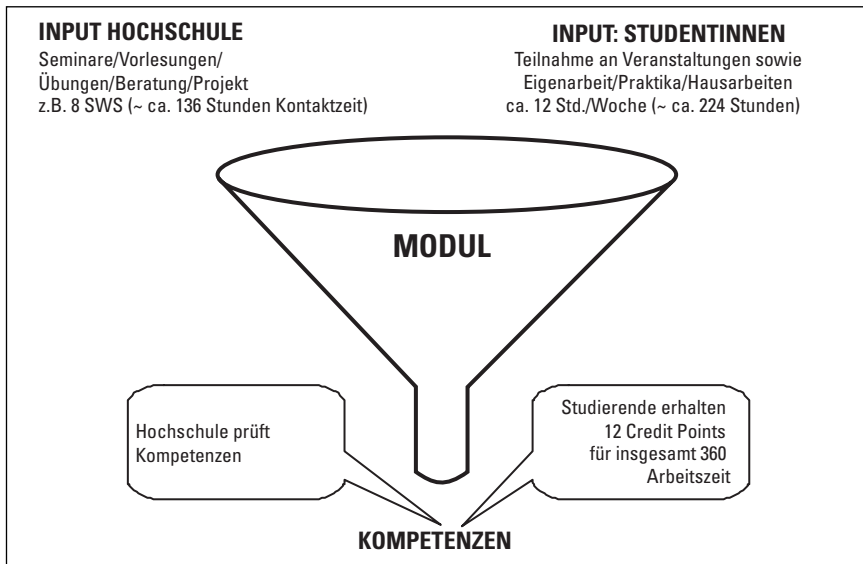


Abbildung 4: Beispiel für ein Modul

der in verschiedenen Studiengängen eingebaut werden kann. Bei der GWA wäre es z.B. denkbar, dass ein Modul Sozialraumanalyse in der Sozialen Arbeit und in der Soziologie einen Platz hat, ein Modul Beteiligung in der Sozialen Arbeit und der Stadtplanung.

Die zeitliche Reihenfolge kann festgelegt werden, wenn es aufeinander aufbauende Module sind, sie ist ansonsten dem Nutzer freigestellt. Dies soll auch Studienunterbrechungen und individuelle Studienverläufe oder den Wechsel von Hochschulen, beispielsweise durch Auslandssemester, erleichtern. Die ersten Erfahrungen allerdings zeigen, dass die Anerkennung von Studienleistungen durch eine andere Hochschulen im In- oder Ausland eher schwieriger geworden ist.

Als »Währung«, in der der Ertrag des Studiums quantitativ gemessen wird, werden Credit Points eingerichtet, die sich auf die erforderliche Arbeitszeit, das »Workload« beziehen. Ein Credit Point steht in Deutschland für 30 Arbeitsstunden; im Semester sind 30, im Jahr 60 Credit Points zu erbringen, womit man von einer Arbeitszeit von 1.800 Stunden ausgeht², eine Zeit, die die bisher für das Studium verwendete Arbeitszeit erheblich überschreitet³.

² Die effektive durchschnittliche Jahresarbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten lag 2003 unter 1.700 Stunden (IAB 2004, S. 2)

³ Eurostudent 2005, S. 133: »In all other surveyed countries, the study loads fall (...) most between 30 and 35 hours per week«

Zum Workload gehören die Kontaktzeit zur Hochschule, also vor allem die Teilnahme an Lehrveranstaltungen, das Selbststudium und Gruppenarbeit an der Hochschule und zu Hause sowie Praktika. Studium kann so als aktive Arbeit der Studierenden verstanden werden, die in der Lehre Impulse bekommt, die aber im Kern Selbsttätigkeit der Studierenden bleibt.

Ein Modul soll nicht einfach eine Lehrveranstaltung sein oder eine Zusammenfügung von zwei bis vier Seminaren, sondern es soll eine möglichst in einem Semester zu studierende größere Einheit von Kontaktzeit zur Hochschule in Lehre und Beratung sowie studentischem Workload sein; Selbststudium soll einen hohen Stellenwert erhalten. Idealerweise würden die Lehrenden die »Rolle von ›Lernprozessbegleitern‹ einnehmen. ›Studienwerkstätten‹ und Projekte würden dann den herkömmlichen Seminarbetrieb weitgehend ablösen (vgl. Pfeiffer 2004, S. 217).

Die Kompetenzen sollen beruflich verwendbar sein, anders gesagt: die »Kompetenz im Sinne von Können« soll so weit als möglich mit der »Kompetenz im Sinne von Zuständigkeit« korrelieren. Das Schaubild soll aber auch deutlich machen, dass hier ein sehr schlichtes Modell davon, wie Kompetenzen erworben werden, zugrunde liegt. Aus der zusammengeführten Leistung der Studierenden und der Hochschule sollen Kompetenzen entstehen – wie beim »Nürnberger Trichter«.

Die dreigestufte Studienstruktur

Zu den Strukturvorgaben gehören folgende Regeln:

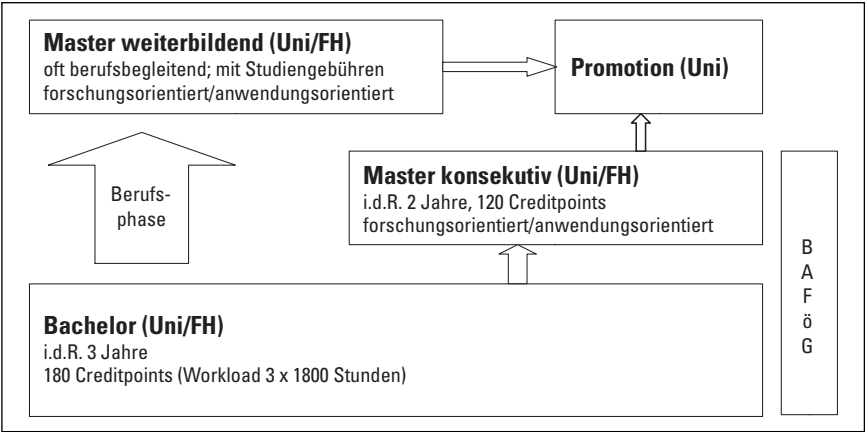


Abbildung 5: Studienstruktur

- Ein Semester entspricht 30 ECTS-Punkten (European Credits Transfer System), erforderlich sind für den Bachelor 180 bis 240 ECTS-Punkte, für den konsekutiven Master 60 bis 120, für beides zusammen 300 ECTS-Punkte.
- Ein Master-Studiengang setzt immer einen berufsqualifizierenden Studienabschluss voraus (Bachelor oder Diplom).
- Die maximale von der Hochschule vorgesehene Studiendauer des konsekutiven Studiensystems beträgt fünf Jahre, dabei umfasst der Bachelor 3 bis 4 Jahre, in der Regel 3 Jahre, der Master dementsprechend dann 1 bis 2 Jahre, in der Regel 2 Jahre; die Studierenden können länger als diese vorgesehene Zeit studieren.
- Beim Master wird zwischen einem »stärker anwendungsorientierten« und einem »stärker forschungsbezogenen« Studiengang unterschieden; dieses soll sich aber nicht auf die Bewertung des Studiengangs auswirken. Eine Arbeitsteilung liegt nahe: die Fachhochschulen werden wohl häufiger »stärker anwendungsorientierte«, die Universitäten »stärker forschungsorientierte« Master-Studiengänge anbieten. Allerdings hat diese Unterscheidung nur begrenzte Bedeutung, weil insbesondere die Promotion nicht auf einen der Master-Typen bezogen sein soll.
- Es wird zwischen konsekutiven, nicht-konsekutiven und weiterbildenden Master-Studiengängen unterschieden. Nur konsekutive Master-Studiengänge sind förderungsfähig nach BAföG – dieses allerdings nur bei vorherigem Bachelor-Studium, nicht aber nach einem Diplom –, sie sind bei den Studienbeiträgen den Bachelor-Studiengängen gleichgestellt. Während bei weiterbildende Master-Studiengänge für die Studierenden Gebühren von über 6.000 Euro anfallen können, lägen konsekutive Studiengängen je nach Landesrecht zwischen Studiengebührenfreiheit und Studiengebühren von etwa 2.000 Euro, weil sie überwiegend vom Staat finanziert werden.

3 GWA im Berufsbild und Studium der Sozialarbeit

GWA in der Internationalen Definition und den Global Standards

Die internationale Definition der Sozialen Arbeit enthält mit ihrem holistischen Verständnis der Sozialarbeit notwendigerweise eine Einbeziehung der Dimension des Gemeinwesens: »The social work profession promotes social change, problem solving in human relationships and the empowerment and liberation of people to enhance well-being. (...) social work intervenes at the points where people interact with their environments. (...)

Interventions also include agency administration, community organisation and engaging in social and political action to impact social policy and economic development.« (Global Standards 2004)

Bei der Umsetzung der Definition in »Global Standards« für die Sozialarbeiterausbildung in Adalaide im Jahr 2004 wird allerdings festgestellt, dass es historisch bedingt unterschiedliche Entwicklungen in der Abgrenzung der Sozialarbeit gibt. Ob beispielsweise Bewährungshelfer, Entwicklungshelfer, Jugendarbeiter und Gemeinwesenarbeiter Teil des Berufs Sozialarbeit seien oder eine eigene Kategorie bildeten, sei in den verschiedenen Ländern unterschiedlich festgelegt (vgl. Global Standards 2004, S. 12f). Bekanntlich gibt es z. B. in Großbritannien eigenständige Studiengänge für Jugend- und Gemeinwesenarbeit. Andererseits wird Sozialarbeit auch hier so definiert, dass das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit eigentlich Konstituens der Sozialarbeit ist. Denn Kern der Sozialarbeit ist nach diesen Standards: »Recognition of the inter-connectedness that exists within and across all systems at micro, mezzo and macro levels: An emphasis on the importance of advocacy and changes in socio-structural, political and economic conditions that disempower, marginalize and exclude people. A focus on capacity-building and empowerment of individuals, families, groups, organisations and communities through a human-centred developmental approach« (Global Standards 2004, S. 8).

GWA im Berufsbild

Sehr deutlich ist jedenfalls in Deutschland und Österreich die Gemeinwesenarbeit im Berufsbild verankert, wenn beispielsweise der DBSH (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit) das Berufsbild zu den Kernaufgaben der Sozialen Arbeit rechnet: »Einflussnahmen auf die sozialräumliche Entwicklung der Lebensbedingungen im Rahmen von Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit, um den Bewohnern/Bewohnerinnen tatsächlich menschenwürdige Lebenschancen durch Mitverantwortung und Mitentscheidung zu eröffnen«.⁴

Die Selbstorganisation der Menschen gehört nach dem Berufsbild in den seinerzeit von der Bundesanstalt für Arbeit herausgegebenen Blättern zu den Aufgaben der Gemeinwesenarbeit: »In der Gemeinwesenarbeit geht es um die Lebensverhältnisse der Menschen in ihrem Gemeinwesen, den Stadtteilen und Gemeinden, Nachbarschaften und Milieus. Zur Gemein-

⁴ Ähnliche Formulierungen sind im österreichischen Berufsbild zu finden (vgl. Österreichischer Berufsverband, o.J.)

wesenarbeit gehört die Förderung der Selbstorganisation von Menschen in ihrem Umfeld, die Förderung ihres kulturellen und sozialen Zusammenlebens, sowie die Vernetzung und Koordination von Gruppen, Institutionen und Dienstleistungen. Gemeinwesenarbeit kann sowohl eigenständiger Aufgabenbereich von SozialarbeiterInnen/SozialpädagogInnen z. B. in Obdachlosengebieten, Sanierungsgebieten und Neubauvierteln sein als auch Arbeitsprinzip z. B. im kommunalen Sozialdienst, in der Jugend- und Altenarbeit, der Erziehungshilfe oder Gesundheitsförderung« (Rothschuh 1997).⁵

GWA in den Diplom- Studiengängen

Bei einer Durchsicht der bisher geltenden Studienordnungen (vgl. Grohall. o.J.) findet man Gemeinwesenarbeit in sehr unterschiedlicher Weise, so zum Beispiel:

- als eine von drei Methoden (z. B. EFH Berlin, KFH Vechta: Einzelfallhilfe, Gruppenarbeit oder Gemeinwesenarbeit),
- als Wahlpflichtfach (Mannheim: Gemeinwesenarbeit und Familienberatung)
- mit der Formulierung »Orientierung«: (KFH Freiburg: »Gemeinwesenorientierte Arbeitsformen und Methoden der Sozialarbeit«)
- als eine Handlungsstrategie (EFH Hannover, FH Braunschweig) oder Sozialarbeiterische Interventionsform (KFH Saarbrücken)
- als Tätigkeitsbereich (FH Braunschweig: im Schwerpunkt Soziale Administration)
- als Handlungsdimension (EFH Darmstadt)

Es gab seit den 70er-Jahren eine Reihe von Versuchen, einen gemeinsamen Rahmen für die Studiengänge der Sozialarbeit/Sozialpädagogik zu schaffen. Nach einer schier endlosen Diskussion zwischen den Fachbereichen und mit den Ministerien wurde 2001 eine Rahmenprüfungsordnung von der KMK (vgl. Rahmenprüfungsordnung 2001) verabschiedet, in der Ge-

⁵ Eingeschränkter ist das dann in der Internetdarstellung zu lesen: »Außerdem arbeiten sie im Gemeinwesen. Hierbei sind vor allem die Lebensverhältnisse, das Zusammenleben und letztendlich das Zusammenbringen der Menschen in einem Stadtteil, einer Gemeinde, einer Nachbarschaft oder in einem Milieu (Neubauviertel, Obdachlosengebiet, Stadtteil mit hohem Ausländeranteil) ihr Aufgabenbereich.« (Diplom-Sozialarbeiterin, Tätigkeitsbeschreibung (Bild vom Beruf)). Der gleiche Text erscheint in der Tätigkeitsbeschreibung für die Sozialpädagogik. Auch bei den Berufsbildern von Stadt- Regional- und RaumplanerInnen klingen Kompetenzen aus der Gemeinwesenarbeit an. So heißt es z.B.: »Stadtplaner vermitteln zwischen Bürgergruppen, Interessenvertretern oder Politikern und helfen, geeignete Konfliktlösungen zu finden« (vgl. Dipl.-Ing. (FH) – Stadt- und Regionalplanung, o.J.; vgl. auch Dipl. Ing. – Raumplanung, o.J.)

meinwesenarbeit als Begriff nicht vorkommt. Hinein denken kann man Gemeinwesenarbeit allenfalls in den Bereich »Professionelles Handeln in der Sozialen Arbeit«, zu dessen Inhalten »auch die Verfahren für ein planmäßiges, systematisches Vorgehen und ein Kennenlernen verschiedener Handlungsansätze gehören« sollen. Eine direkte Wirkung hatte die Rahmenordnung nicht mehr, weil es seither um die Entwicklung von Bachelor- und Master-Studiengängen geht. Allerdings hat sie mit ihrer starken Orientierung an dem Projekt »Wissenschaft der Sozialen Arbeit« auch die ersten Stellungnahmen der Gremien, insbesondere des Fachbereichstages, zu den neuen Studiengängen geprägt.

Schwer ist es, einen Überblick über die Praxis der Ausbildung an den Hochschulen zu erlangen. Bekannt sind teils kleinere, teils umfangreiche Projekte insbesondere der kirchlichen Fachhochschulen in Hamburg, Hannover, Freiburg und Saarbrücken. Langfristig wirksam ist z. B. das von Wolfgang Hinte geleitete Institut für Stadtteilbezogene Sozialarbeit ISSAB.

Dabei sind Tendenzen erkennbar, GWA einerseits als Prinzip zu verstehen, das unter dem Label Sozialraumorientierung in der Jugend- und Sozialhilfe verankert ist, andererseits, sich als Quartiermanagement auf die Programme der sozialen Stadtteilentwicklung zu beziehen. Erst in der jüngsten Entwicklung gibt es Anzeichen, dass nunmehr auch der Begriff »Gemeinwesenarbeit« wieder stärker in den Vordergrund gerät.⁶

GWA im »Kerncurriculum« für die neuen Bachelor-Studiengänge

Zu Beginn des Jahres 2005 hat ein gemeinsames Kolloquium vom Berufsverband DBSH, dem Fachbereichstag Soziale Arbeit und dem Deutschen Verein stattgefunden, bei dem Grundsätze insbesondere für das Master-Studium formuliert wurden. Ähnlich wie die Rahmenprüfungsordnung orientieren sich diese Grundsätze zum einen an den Global Standards, zum anderen an der Formulierung einer eigenständigen Wissenschaft der Sozialen Arbeit.

In dem gleichen Zusammenhang hat eine Arbeitsgruppe der DGS (Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit) ein »Kerncurriculum« für Bachelor-Studiengänge entwickelt. Bei der Gesamtorientierung des Curriculums wird zwar deutlich Wert auf strukturelle und über den Einzelfall hinausgehende Arbeit gelegt, aber es gibt ähnlich wie bei der Rahmenprüfungsordnung kein

⁶ Dies entnehme ich beispielsweise den Texten zur Sozialen Stadt, aber auch unsystematisch gesammelten Presseartikeln zur Gemeinwesenarbeit

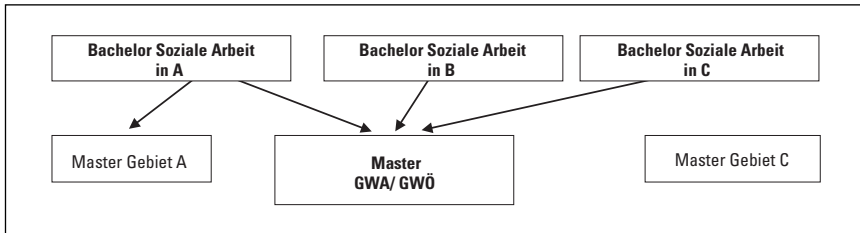


Abbildung 6: Kooperativer Master- Studiengang verschiedener Fachhochschulen der Sozialen Arbeit (Beispiel Fachhochschulen München, Zürich, Basel, Freiburg(Breisgau), Alice-Salomon Fachhochschule, Berlin)

spezifisches Modul zur Gemeinwesenarbeit. Man kann allerdings in dem »Makro-Modul 5: Allgemeine Handlungstheorie und spezielle Handlungstheorien Sozialer Arbeit« die »Methoden der Problem- und Ressourcenerfassung im Hinblick auf Individuen, Familien, Gemeinwesen, Organisationen« finden und im »Makromodul 6 Allgemeine und spezielle Handlungsfelder Sozialer Arbeit« unter vielen anderen auch die Studienrichtungen/-schwerpunkte »u. a. Sozialräumliche Differenzierung (z. B. Nachbarschaft, Stadtteil, Kommune, Nation, Europa, Weltgesellschaft)«.

GWA in den neu entwickelten Master- Studiengängen

Die ersten Master-Studiengänge wurden neben den bisherigen Diplomstudiengängen entwickelt und dienten vorwiegend der Weiterbildung von AbsolventInnen der Sozialen Arbeit mit einer zumindest gewollten, aber seltener realisierten partiellen Öffnung zu anderen Berufsgruppen. Hier hat auch das Feld der Gemeinwesenarbeit zwei spannende Angebote hervor gebracht: das internationale Kooperationsprojekt von Susanne Elsen (vgl. Master in Community Development, o.J.) und anderen, sowie den mittler-

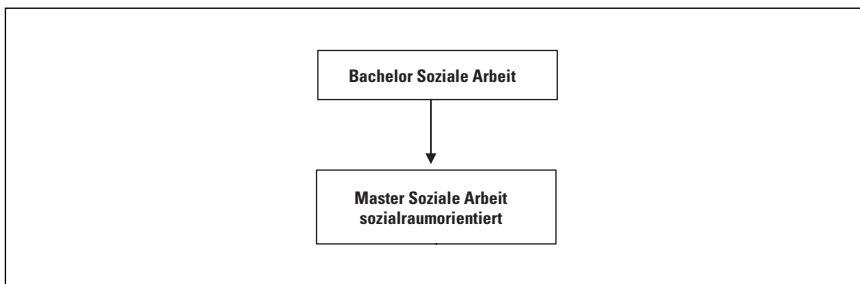


Abbildung 7: Konsekutives Master- Modell, akzentuiert auf den Sozialraum (Beispiel Hildesheim/Holzminden sowie Fulda und Wiesbaden)

weile abgeschlossenen Studiengang der Evangelischen Fachhochschule des Rauhen Hauses in Hamburg zur Gemeinwesenökonomie.

In Hildesheim und Holzminden wird ein konsekutives Modell angeboten. Der Master-Studiengang soll dabei in der gleichen Weise wie der Bachelor-Studiengang »generalistisch« sein in dem Sinne, dass er nicht auf einzelne Arbeitsfelder oder methodische Zugänge spezialisiert ist. Er soll aber dennoch akzentuiert sein in Hinsicht auf die Soziale Arbeit derzeit besonders prägende Faktoren der internationalen und sozialräumlichen Entwicklung. »Internationales« und »Sozialräumliches« wird nicht als Spezialproblem, sondern als ein oft nicht hinreichend beachteter Kern der Sozialen Arbeit angesehen. Dabei wird durch eine integrierte Praxisphase praxisbezogene Forschung ermöglicht (vgl. Studium Soziale Arbeit an der HAWK 2005).

Die Fachhochschulen Fulda, Koblenz, Potsdam, Wiesbaden und die Universität Koblenz Landau bieten einen gemeinsamen Studiengang »Advanced professional Studies (MAPS) – Masterstudiengänge Soziale Arbeit« an. In diesem Rahmen gibt es einen Wiesbaden und Fulda bezogenen Schwerpunkt »Sozialraumentwicklung und -organisation«, der u.a. so gekennzeichnet wird: »Das Masterprogramm verbindet praktische Erfahrungen und theoretische Konzepte der Gemeinwesenarbeit, des Stadtteilmanagements, der Stadt- und Raumplanung mit den Strukturelementen der Sozialen Arbeit zu einem 5-semesterigen, praxisorientierten Curriculum.« (vgl. Master of Arts: Advanced Professional Studies, o.J.).

In der Begründung zu dem geplanten Studiengang »Integrierte Stadtentwicklung« (»Social Urbanism«⁷) der FH Nürnberg heißt es: »Die Herausforderungen im Bereich der Entwicklung der Städte haben sich dahingehend verändert, dass ihre Bearbeitung nicht mehr mit der klassischen Aufga-

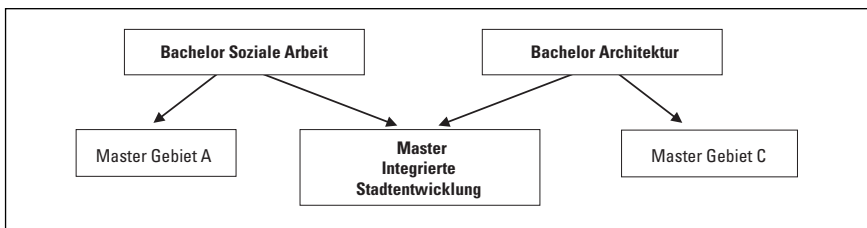


Abbildung 8: Hybrid-Master (Beispiel Nürnberg)

⁷ Das Modell ist in der Internetseite nur in groben Zügen beschrieben. Insbesondere wird nicht deutlich, ob es sich um einen konsekutiven Studiengang oder einen Weiterbildungs-Studiengang handeln soll

bentrennung nach Professionen (Disziplinen) bewerkstelligt werden kann (räumliche Entwicklung als Aufgabe der klassischen Stadtplaner/Architekten, Wirtschaftsförderung durch Fachleute aus dem Bereich der Ökonomie, Entwicklung der (psycho-)sozialen Infrastruktur durch die klassische Sozialplanung als sozialwissenschaftliche Disziplin, Prävention und Behebung sozialer Probleme durch die Soziale Arbeit). Den Absolventen soll es ermöglicht werden, sich ihrer Vorbildung entsprechend in den Bereichen der integrierten Stadtentwicklung zu bewegen« (Georg Simon Ohm Fachhochschule Nürnberg, o.J). Geplant ist ein interdisziplinärer Abschluss »Integrierte Stadtentwicklung« mit Schwerpunktsetzung auf Stadtentwicklung oder Quartiersmanagement.

4 Die Chancen nutzen

Es gibt viele Gründe, sich kritisch mit dem neuen Studiensystem auseinanderzusetzen. Im Kern droht es, die Vermarktung Sozialer Arbeit zu fördern und die Hochschulausbildung selbst marktförmig zu verändern; dies gefährdet die Freiheit von Lehre, Forschung und Studium und damit die Rolle der Hochschule als kritischer Instanz gegenüber der gesellschaftlichen Entwicklung. Hier aber sollten die Chancen und die Herausforderungen herausgestellt werden, die die Veränderung auch mit sich bringt:

- Die Hochschulen sind aufgefordert, in Kooperation von Lehrenden und Lernenden, aber auch im engen Austausch mit Trägern, Arbeitnehmern und sozialen Organisationen der Betroffenen sozialer Arbeit die Studiengänge neu zu konzipieren und ihren Beitrag zur Kompetenzentwicklung offen zu legen und kritisch hinterfragen zu lassen.
- Die Neustrukturierung des Bachelor-Studiengangs kann genutzt werden, um Gemeinwesenarbeit als konstitutiven Teil der Disziplin und der Profession Soziale Arbeit in den Studiengängen zu verankern. Ohne Gemeinwesenarbeit als Arbeit an und im gesellschaftlichen Kontext ist Soziale Arbeit keine Soziale Arbeit mit dem Ziel des social change, der gesellschaftlichen Veränderung.
- Das modularisierte Studium kann einen neuen Schwung in das Projektstudium bringen. Dabei können viel stärker als es bisher der Fall ist, von den Studierenden selbst gestaltete Projekte und Arbeitsvorhaben neben die von den Hochschulen gelenkten Projekte treten. Hochschullehrer sind dann nicht – oft in Selbstüberforderung- verantwortlich für die Inhalte von Projekten sondern für die Unterstützung der Studierenden in ihrem Lernprozess.

- Das zweistufige System gibt insbesondere den Fachhochschulen die Möglichkeit, mit bereits qualifizierten Studierenden erheblich intensiver, als es in einem Erststudium möglich ist, praxisbezogen zu forschen. In Zusammenarbeit mit Praxiseinrichtungen können Forschungs- und Evaluationsvorhaben gestaltet werden, die konkreten Nutzen für die Betroffenen Sozialer Arbeit haben.
- Neben der Verankerung der Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Arbeit bietet das System neue Möglichkeiten der inter-professionellen und interdisziplinären Praxis und Forschung. Einzelne Module im Bachelor und Master können eine solche Brückenfunktion übernehmen.
- Mit der Gleichzeitigkeit der Neuentwicklung der Studiengänge in einer Vielzahl europäischer und anliegender Staaten, die einhergeht mit Programmen der Bürgerbeteiligung und sozialen Stadtteilentwicklung auf europäischer Ebene, ergeben sich vielfältige Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit.

Dieses sind Chancen und Herausforderungen, aber keine automatisch erfolgenden Entwicklungen. Die Vertreter der Gemeinwesenarbeit können und müssen sich entscheiden, wie sie ihre Positionen aktiv in den Prozess einbringen wollen.

Literatur

- Eurostudent (2005): Social and Economic Conditions of Student Life in Europe, HIS Hochschul-Informations-System, Hannover
- Global Standards for the Education and Training of the Social Work Profession (2004): Adopted at the General Assemblies of IASSW and IFSW, Adelaide, Australia, www.iassw-aiets.org/en/About_IASSW/GlobalStandards.pdf (14.3.2006)
- Grohall, Karl-Heinz (o.J.):, Forschungs- und Dokumentationsprojekt – Studienreform der Fachrichtung Soziale Arbeit (Sammlung von Studienordnungen der Sozialarbeit/ Sozialpädagogik auf CD)
- HRK (2004): Service-Stelle Bologna, Beiträge zur Hochschulpolitik 8/2004, Bologna Reader, <http://www.hrk-bologna.de/bologna/de/home/1944.php>
- IAB-Kurzbericht (2004): Mit längeren Arbeitszeiten aus der Beschäftigungskrise, o.V., Nr. 10/2004
- International Federation of Social Workers (IFSW) (o.J.): Definition of Social Work, http://www.dbsh.de/Internationale_Definition.DOC (14.3.2006)
- Deutsche Gesellschaft für Sozialarbeit (DGS) (2005): Kerncurriculum Soziale Arbeit/Sozialarbeitswissenschaft für Bachelor- und Masterstudiengänge in Sozialer Arbeit, vorgelegt von der Deutschen Gesellschaft für Sozialarbeit (DGS) am 28.01.2005, erarbeitet von einer Arbeitsgruppe der Sektion »Theorie und Wissenschaftsentwicklung in der Sozialen Arbeit« mit den Mitgliedern
- Mohrlök, Marion/Neubauer, Michaela/Neubauer, Rainer/Schönfelder, Walter (1993): Let's Organize! Gemeinwesenarbeit und Community Organization im Vergleich, München

- Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen (o.J.): Berufsbild der SozialarbeiterInnen, <http://www.sozialarbeit.at/berbi.htm>, 7.3.2006
- Pfeiffer, Rolf (2004): Entwurf eines Modellcurriculums für Jugendarbeit in Bachelor-Studiengängen, *deutsche jugend* 5/2004, 217-222
- Engelke, Ernst/Leideritz, Manuela/Maier, Konrad/Sorg, Richard/Staub-Bernasconi, Silvia (2005): Kerncurriculum Soziale Arbeit/Sozialarbeitswissenschaft für Bachelor- und Masterstudiengänge in Sozialer Arbeit, www.deutsche-gesellschaft-fuer-sozialarbeit.de/pdf/Kerncurriculum.pdf, (19.4.2006)
- Fachhochschulen (2001): Rahmenprüfungsordnung für die Diplomprüfung im Studiengang Soziale Arbeit, <http://www.kmk.org/hschule/ros/rosozarb.pdf> (14.3.2006)
- Rothschuh, Michael (1997): Diplom-Sozialarbeiter/Diplom-Sozialarbeiterin, Diplom Sozialpädagoge/Diplom-Sozialpädagogin (Fachhochschule), hrg. von der Bundesanstalt für Arbeit., Blätter zur Berufskunde, 6. Auflage
- Schaaf, Hermann J. (o.J.): Wie werden Bewohnerschaften zu handlungsfähigen Akteuren und welchen Beitrag können sie im Rahmen des Erneuerungsprozesses leisten? [Http://www.stadtteilarbeit.de/index.html?/Seiten/Projekte/dueren/handlungsfahige_akteure.htm](http://www.stadtteilarbeit.de/index.html?/Seiten/Projekte/dueren/handlungsfahige_akteure.htm) 19.12.2005
- Stellenanzeige, 2005: www.lag-nds.de/archiv/Newsletter_03_2005.pdf ,

Studiengänge

- Master of Arts: Advanced Professional Studies (o.J.): Studienschwerpunkte an den beteiligten Hochschulen Fulda und FH Wiesbaden, <http://www.social-maps.de/index.php?typ=4>, (1.12.2005)
- Studium Soziale Arbeit an der HAWK (2005): Antrag auf Akkreditierung, Master of Arts Soziale Arbeit, «Soziale Arbeit im internationalen und sozialräumlichen Kontext», 2005, <http://www.fh-hildesheim.de/FBE/FBS/download/Aktuelles/Teil4MASozialeArbeitAkkreditierung20050523.pdf>
- Ohm Georg Simon Fachhochschule Nürnberg (o.J.): Fachbereich Sozialwesen, Masterstudiengang; »Integrierte Stadtentwicklung« (»Social Urbanism«), <http://www.fh-nuernberg.de/index.php?id=3846> (3 von 3) 12.02.2006.
- Master in Community Development (o.J.): Studiengangsleitung: Prof. Dr. Susanne Elsen, http://www.macd.fhm.edu/d_studienplan.pcms

Beschreibungen auf der Internetseite der Agentur für Arbeit

- <http://infobub.arbeitsagentur.de/berufe/search/simple/index.jsp>: dort Begriffe eingeben, 14.3.2006
- Dipl. Ing. – Raumplanung, Tätigkeitsbeschreibung (Bild vom Beruf), hrg. von der Bundesagentur für Arbeit, o.J.
- Dipl.-Ing. (FH) – Stadt- und Regionalplanung, Tätigkeitsbeschreibung (Bild vom Beruf), hrg. von der Bundesagentur für Arbeit, o.J.
- Diplom-Sozialarbeiterin, Tätigkeitsbeschreibung (Bild vom Beruf), hrg. von der Bundesagentur für Arbeit, o.J.,

Anhang: Resolution

Die Sektion Gemeinwesenarbeit der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGS) hat sich mit der Entwicklung der Studiengänge und der Bedeutung der Gemeinwesenarbeit auseinandergesetzt und die nachfolgende Resolution verabschiedet. Damit hat sie zugleich einen Auftrag der Werkstatt Gemeinwesenarbeit vom September 2005 im Burckhardthaus erfüllt, die den dringenden Appell an die Hochschulen richtet, der Gemeinwesenarbeit den für die Entwicklung der Sozialen Arbeit notwendigen Raum in den neuen Studiengängen zu sichern.

Entwürfe für mögliche Module der GWA werden skizziert (vgl. den Beitrag), die in der Sektion erarbeitet worden sind. Gemeinwesenarbeit – als Kernbestandteil professioneller Sozialer Arbeit in den neuen Studiengängen.

»The social work profession promotes social change, problem solving in human relationships and the empowerment and liberation of people to enhance well-being.« (Internationale Definition der Sozialen Arbeit)

GWA ist in den deutschsprachigen Ländern in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg integraler Bestandteil einer auf »social change« gerichteten Sozialen Arbeit geworden. Sie hat seit den 60er-Jahren den gesellschaftlichen Blick auf Obdach- und Wohnungslosigkeit grundlegend verändert, die Zusammenhänge zwischen Lebenslage und Bildungschancen verdeutlicht und wesentliche Beiträge zu einer auf Vermeidung von Wohnungslosigkeit ausgerichteten Politik geleistet. Prägend war dabei immer die Kooperation von Professionellen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern als Experten ihrer eigenen Lage und Ziele.

Sie hat seit den 70er-Jahren den Blick gelenkt auf die gesellschaftlichen Zusammenhänge der Probleme in Sanierungsgebieten und Neubausiedlungen als »sozialen Brennpunkten« (z. B. mit Auswirkung auf die Stellungen des Dt. Städtetages) sowie die Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner gefördert und zum Thema politischer und gesetzlicher Entwicklungen gemacht (z. B. im Städtebauförderungsgesetz).

Sie hat seit den 90er-Jahren in intensiver Kooperation mit Berufen der Stadt- und Raumplanung sowie in Kooperation von öffentlichen wie freien Trägern soziale Stadtteilentwicklung als integrativen Prozess von ökonomischer, sozialer, städtebaulicher und auf Bildung bezogener Entwicklung gestaltet.

Sie hat sich fachlich weiter entwickelt und unter dem besonderen Aspekt des Empowerment Handlungsansätze zu den brennenden Problemen der Zeit entwickelt und umgesetzt, wie z. B. zur demografischen Entwicklung, Migration, Armut, Lage der Jugendlichen, Bildung, Ökonomie, Stadtteilentwicklung und Stadtteilschrumpfung, Beteiligung der Menschen an ihrem Gemeinwesen (siehe hierzu u. a. die Ergebnisse der Werkstätten GWA, Berichte und Beispiele in: www.stadtteilarbeit.de, www.sozialestadt.de, www.quarternet.de).

GWA hat dazu beigetragen, dass die Verbesserung der Situation in benachteiligten Stadtteilen früher als in manchen anderen Ländern als komplexe gesellschaftliche und politische Aufgabe verstanden wurde und hat mit Sicherheit gewalt-präventive Funktion.

»Die ökonomische Misere in deutschen Brennpunkten wie Berlin-Neukölln, Duisburg-Marxloh oder Hamburg-Harburg ist mit der Hoffnungslosigkeit der Ghettos der Banlieues immer noch nicht zu vergleichen. Gegen die Segregationstendenzen in den deutschen Innenstädten wird zum Teil recht erfolgreich mit Quartiersmanagement und Nachbarschaftsarbeit vorgegangen. Es gibt hierzulande keine sich selbst überlassenen Vorstädte, die von der Mehrheitsgesellschaft aufgegeben wurden.« (DIE ZEIT, 45/2005, Französische Verhältnisse verhindern, Kommentar von Jörg Lau, http://www.zeit.de/online/2005/45/lage_deutschland [15.12.2005]).

Gemeinwesenarbeit ist in der Sozialen Arbeit nicht nur

- ein wachsendes Arbeitsfeld, häufig in Kooperation mit anderen Berufsgruppen (Quartiermanagement, Stadtteilmoderation, Lokale Ökonomie u. a.); sondern auch ein
- methodenintegrierendes Arbeitsprinzip als Handlungsorientierung für die unterschiedlichen Arbeitsfelder Sozialer Arbeit (z. B. Sozialraumorientierung der Sozialen Dienste, Sozialraumorientiertes Case Management), sowie
- ein Methodenrepertoire zur Aktivierung, Beteiligung, Selbstorganisation der Menschen, Erringung von Handlungs- und Durchsetzungsmacht (z. B. community work, community development, community organizing).

Also: Gemeinwesenarbeit ist Soziale Arbeit und Soziale Arbeit ist immer auch Gemeinwesenarbeit. Der Prozess der Entwicklung von Bachelor- und Master-Studiengängen gibt die Chance, Soziale Arbeit weiter zu profilieren. Er beinhaltet aber auch die Gefahr der Orientierung an vermeintlich

»marktgängigen« Themen und Konzepten. Soziale Arbeit muss sich an dem Auftrag orientieren, social change, gesellschaftliche Veränderung zu bewirken. Dies ist nur möglich, wenn sie einen gesellschaftlichen Blick hat. Dazu gehört ganz wesentlich die Integration von Gemeinwesenarbeit.

Jede Sozialarbeiterin und jeder Sozialpädagoge braucht Grundkenntnisse in der GWA. Deshalb ist ein eigenständiges Modul mit theoretischen und praktischen Anteilen zur GWA innerhalb jeder Bachelor-Ausbildung erforderlich.

Die Studierenden müssen in der Bachelor-Ausbildung eine Schwerpunktsetzung in den Arbeitsfeldern der GWA setzen können und brauchen dafür Wahl(pflicht)module.

Wir begrüßen die Einrichtung von spezifischen auf GWA orientierten Master-Studiengängen. Hier gibt es auch besondere Möglichkeiten enger Kooperation mit anderen Studiengängen.

Auch in den eher generalistischen Master-Studiengängen und den auf bestimmte Arbeitsfelder konzentrierten Studiengängen ist die Verankerung der Gemeinwesenarbeit und ihrer Aspekte erforderlich.

Mit Gemeinwesenarbeit Sicherheit und Ordnung schaffen?

Sabine Stövesand

Im Folgenden geht es um die Auseinandersetzung mit den Schnittstellen zwischen Gemeinwesenarbeit und aktuellen Formen der lokalen Kriminalprävention. Beides scheint, was die Schlüsselbegriffe, Anliegen und Prinzipien betrifft, manchmal fast identisch zu sein. Der Artikel geht diesen Parallelen nach und ordnet sie ein in einen größeren Zusammenhang der »Regierung von Kriminalität«¹ im aktivierenden Staat. Ein hervorstechendes Merkmal aktueller Kriminalitätsbekämpfung ist, dass sich eine zunehmend repressive Straf- und Kontrollpolitik einerseits und partizipatorische, stadtteilorientierte Ansätze andererseits nicht ausschließen, sondern ergänzen.

Die Saat geht auf – aber was kommt dabei heraus?

Die »Saat geht auf«, so der Titel der vorletzten Werkstatt Gemeinwesenarbeit². Hintergrund dieser Einschätzung war, dass GWA-Prinzipien und Methoden in den vergangenen Jahren anscheinend einen enormen Bedeutungszuwachs erfahren haben und zunehmend in anderen Bereichen Sozialer Arbeit auftauchen. Mit Blick auf die Entwicklungen in der Jugendhilfe und den Sozialen Diensten, die Programme zur sozialen Stadtentwicklung oder die Diskussion um Gemeinwesenökonomie, wo der Bezug auf die Lebenswelt, Vernetzung, Aktivierung, Empowerment oder Sozialraumorientierung Hochkonjunktur haben und mittlerweile zum »Mainstream« gehören, entsteht der Eindruck, dass sich GWA als Arbeitsprinzip tatsächlich verallgemeinert hat. Die Konjunktur dieser Begriffe und Konzepte geht jedoch weit über das Feld der Sozialen Arbeit hinaus. Von der Medizin bis zur Kriminalpolitik – der Bezug auf »community« und die Lebenswelt der Menschen, ihre aktive Einbeziehung in Präventionsstrategien und die Stimulierung von selbstregulierenden Kräften werden zu handlungsleitenden Maximen. Besonders »Aktivierung« avancierte unter der rot-grünen Bundesregierung zum neuen politischen Leitbild.

¹ Diese Formulierung nimmt Bezug auf die von Michel Foucault entwickelte theoretisch-analytische Perspektive der »Gouvernementalität«, die im Anschluss u. a. auch in der Kriminologie aufgegriffen wurde, vgl. Johnston/Shearing 2003; Krasmann 2003, Stenson/Sullivan 2001; für die Soziale Arbeit vgl. Kessl 2005

² Vom 15.-18. September 2003 im Burckhardthaus/Gelnhausen

Die Rolle nicht-staatlicher, »autonomer« sozialer Akteure, sowohl von Individuen, als auch von Organisationen verschiedener Art, wurde in den vergangenen Jahren staatlicherseits aufgewertet. Dies ist nicht zuletzt auf zahlreiche Einwände und praktische Proteste von links gegen die »Megaschmaschine« (Mumford) Sozialstaat zurückzuführen. So waren die Forderung nach Dezentralisierung, der Bezug auf Gemeinschaft bzw. Gemeinwesen und die Betonung von Selbstbestimmung und Selbstorganisation in den 1970er- und 80er-Jahren Teil der Kritik sozialer Bewegungen an bürgerferner Bürokratie, die auch in der Sozialen Arbeit ihre Wirkung entfaltete. Die etablierte Politik hat die Rhetorik sozialer Bewegungen mittlerweile in auffälliger Weise übernommen. In Reden und durch die Auslobung diverser Preise für bürgerschaftliches Engagement werden soziale Initiativen ihrer enormen Bedeutung und des gemeinsamen Interesses versichert. Auf die Forderung »Weg mit der entmündigenden, paternalistischen Sozialbürokratie« wie sie noch in den 1980er-Jahren ertönte, wird heute staatlicherseits quasi entgegnet: »Genau. Macht mal selber!«

Doch Skepsis ist angebracht. Es ist nämlich nicht mehr der keynesianische Wohlfahrtsstaat und die Verbindung zu emanzipatorischen sozialen Bewegungen, sondern der »neoliberale Wettbewerbsstaat« (Hirsch) und die behördlich verordnete Beteiligung z. B. im Rahmen von Regierungsprogrammen wie »Soziale Stadt«, die heute die Bedingungen von Gemeinwesenarbeit prägen. Der seit einigen Jahren rege Community- bzw. Sozialraum-Diskurs verweist möglicherweise darauf, dass das Soziale als übergreifende Struktur zugunsten kleinerer sozialer und lokaler Gemeinschaften in den Hintergrund rückt. Die Konjunktur von Sozialraumorientierung und Bürgerbeteiligung verläuft bemerkenswert parallel zum Abbau und zur Privatisierung staatlicher Leistungen und dem Erstarken neoliberaler Konzepte. Darin spielt die Übernahme von »Eigenverantwortung«, die neuerdings ständig beschworen wird, eine zentrale Rolle (wohl weil die BürgerInnen zuvor alle so viel in den sozialen Hängematten rumgelottert haben, jedenfalls wird dieser Eindruck gezielt erweckt). Bürgerengagement und nachbarschaftliche Netzwerke gewinnen an Bedeutung, denn sie generieren soziales Kapital, das sowohl zur Stabilisierung und Revitalisierung von Armutsquartieren als auch zur Kriminalitätsbekämpfung genutzt werden soll und wird. Diese Entwicklung führt sukzessive zur Verlagerung der Verantwortung für die »Lebensbewältigung« (Böhnisch) und kollektiver Risiken von einem übergreifenden sozialstaatlichen Gemeinwesen auf die einzelnen Menschen und ihr engeres soziales Umfeld. Der sich abzeichnende Paradigmenwechsel von der »aktiven Sozialstaatsorientierung hin

zur aktivierende(n) Sozialraumorientierung« (Kessl/Otto 2005: 59) ist von daher kritisch zu hinterfragen.

Überall kann man sich heute einbringen, hat Wahlmöglichkeiten und Handlungsoptionen, so der herrschende Diskurs, sei es indem man sich einer Initiative »wachsender Nachbarn« anschließt, die Wohnanlagen durch selbst gepflegte Gärten verschönert, eine private Rentenversicherung abschließt oder aufhört zu rauchen. Nahe gelegt wird damit zugleich, dass wer das nicht tut, der/die will wohl auch nicht und hat entsprechende Folgekosten und Konsequenzen selbst zu tragen. Bei den Grünen/Bündnis 90 hört sich das dann so an: »Ich mache mit, ich bewege mich, ich entwickle mich für und mit dem Ganzen, denn jeder und jede, die kann, *soll* einen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Ein Angebot für jeden meint Chance und Pflicht zugleich, Verantwortung für das eigene Leben wahrzunehmen und für die Gesellschaft« (Göring-Eckhardt/Dückert 2003:1, Hervh. S. St.). Hier ist deutlich zu merken, dass das Mitmachen nicht einfach freiwillig ist. Sich lediglich für sich selbst zu bewegen und zu entwickeln geht nicht mehr, es muss schon auch der Gemeinschaft dienen.³

Ausgeblendet werden in der Regel die unterschiedlichen Voraussetzungen, die Menschen haben, um das Mitmach(an)gebot der Politik anzunehmen. Da dieses unter dem Verdikt von Einsparungen bei staatlichen Sozialleistungen ausgesprochen wird, geraten nicht alle BürgerInnen gleichermaßen »in den Genuss« aktivierender Maßnahmen und Programme, sondern vor allem diejenigen, die aufgrund von Armut auf die Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen und kollektiver Sicherungssysteme besonders angewiesen sind, und/oder die in Stadtteilen leben, die als benachteiligt gelten. Zugleich handelt es sich häufig um Menschen, die von ihrer sozialen Herkunft und ihrer (Aus)Bildung her nicht über ausreichende Kompetenzen verfügen, um etwa die marktförmig organisierten Dienstleistungsangebote im Bereich der Arbeitsförderung wahrzunehmen oder sich in Stadtteilkonferenzen zu artikulieren. Ihr Selbstbild bzw. Subjektentwurf ist in der Regel eher weniger durch Erfahrungen von Autonomie, im Sinne von Handlungsfähigkeit, denn durch Erfahrungen von Unterworfenheit geprägt. Letztlich entsteht so eine Spaltung zwischen den (im Sinne der herrschenden Politik) aktiven BürgerInnen, d. h. solchen, die in der Lage sind, ihre Lebensrisiken selbsttätig zu regulieren, die Vorsorge betreiben und

³ Diese Haltung hat gerade in Deutschland einschlägige historische Bezüge. Hier begibt Politik sich auf einen schmalen Grad. Auch die Verpackung in frisch-dynamische Bewegungsparolen macht es nicht besser. Jegliche Naivität im Umgang mit diesem Thema, ob rhetorisch oder tatsächlich ist unangebracht

der Pflicht nachkommen, mit den Ressourcen der Gemeinschaft »verantwortlich« umzugehen und denjenigen, die stark risikogefährdet sind und sich damit gleichsam als unverantwortliche Individuen ausweisen. Das wiederum liefert eine Vorlage dafür, sie mehr und mehr selbst zum Risiko für die Gesellschaft zu erklären. Womit wir bei der Frage von Sicherheit und Ordnung angelangt wären.

Politik der Härte

Kaum ein Thema ist in Medien und Politik so gegenwärtig wie »Sicherheit, Ordnung und Kontrolle«. Selten vergeht ein Tag, an dem man nicht von geplanten Verschärfungen der Polizeigesetze, von der Notwendigkeit großer Lauschangriffe und der Installation von Videokameras auf Plätzen, in Straßen und U-Bahnen lesen kann. Straftaten werden medial dramatisiert und die Kriminalitätsfurcht hat, unabhängig von Schwankungen in der tatsächlichen Kriminalitätsentwicklung, stark zugenommen, so dass sie mittlerweile als eigenständige Problematik betrachtet wird. Der Schutz der Öffentlichkeit *vor* dem Staat wird zunehmend abgelöst durch Forderungen nach Schutz *durch* den Staat. In der Bundesrepublik ist das Thema wahlkampfrelevant und das nicht erst seit dem 11. September 2001. So versuchte sich die SPD im Hamburger Wahlkampf 1997 beispielsweise mit der Parole der erfolgreichen Schwesterpartei aus Großbritannien: »Law and order is a labour issue« zu profilieren. »Innere Sicherheit« avancierte spätestens im Jahr 2001 zu *dem* Hamburger Wahlkampfthema. Dabei ging es nicht immer oder in erster Linie um die Bekämpfung des Terrorismus (ganz zu schweigen von sozialer Sicherheit), stark gefährdet schien diese Sicherheit jedoch durch Drogen. Wahrnehmbar bekämpft wurden zum einen hauptsächlich die DrogenkonsumentInnen, die sich im öffentlichen Raum aufhielten und die mit Platzverweisen überzogen wurden. Zum anderen traf es die kleinen Straßenverkäufer, vornehmlich nicht-deutscher Abstammung, denen mit Genehmigung des SPD Innensenators spezielle, von Menschenrechtsorganisationen geächtete, Brechmittel verabreicht wurden. Auf diese Weise sollten verschluckte Rauschgiftpäckchen zu Tage befördert werden. Im Ergebnis nützte die geforderte Politik der Härte jedoch anderen, denn die sogenannte »Schill Partei« gewann mit ihren Parolen vom kompromisslosen Durchgreifen und mit ausländerfeindlichen Ressentiments aus dem Stand mehr als 20 Prozent der WählerInnenstimmen. Und zwar vor allem in den Stadtteilen, die als benachteiligt und »erneuerungsbedürftig« klassische Zielgebiete von Gemeinwesenarbeit und sozialer Stadtteilentwicklung sind.

Ins Visier der Ordnungspolitik geraten in den letzten Jahren zunehmend diejenigen, die zu den klassischen AdressatInnen Sozialer Arbeit gehören: MigrantInnen, Obdachlose, Suchtkranke und »auffällige« Jugendliche. Bestimmte Erscheinungsformen von Armut, wie Betteln und das »Herumlungern« im öffentlichen Raum, aber auch jugendkulturelle Praxen wie Graffiti-Sprayen, werden verschärft polizeilich geahndet (vgl. Ronneberger/Lanz/Jahn 1999, Wehrheim 2002: 27ff). Als Erscheinungen von »social disorder« beeinträchtigen ihre Gegenwart und ihr Verhalten, so wird häufig behauptet, das »subjektive Sicherheitsgefühl« der BürgerInnen. Obwohl rein subjektiv und individuell verschieden, keinen transparenten Kriterien unterliegend und mitnichten von rechtlicher Relevanz spielt die »gefühlte Sicherheit unter der Bewohnerschaft ... daher zunehmend als Kriterium eine Rolle, an dem sich politische Programme und praktische Maßnahmen auf der kommunalen Ebene ... orientieren« (Niedersächsisches Innenministerium 2002: 16). Der dominante Sicherheitsdiskurs konstruiert einen inneren Zusammenhang zwischen den genannten »disorder«-Phänomenen und der Zunahme von Kriminalität. Die Konsequenz ist die Propagierung eines niedrigschwelligen, kompromisslosen Eingreifens.⁴ Die gesteigerte Präsenz von Sicherheitsdiensten und Polizei, das Anbringen von Überwachungskameras in Bahnhöfen, U-Bahnen, in Straßen, auf öffentlichen Plätzen und das Aussprechen von Platzverweisen stehen diesem Zusammenhang. Nicht Armut oder die Drogenabhängigkeit werden so bekämpft, sondern die Armen, die »Fremden« und die KonsumentInnen illegalisierter Drogen – sie werden einem umfassenden Kontroll- und Disziplinierungsregime unterworfen.

Diese ohnehin marginalisierten Bevölkerungsgruppen sind in den letzten Jahren von mehreren Seiten großem Druck ausgesetzt: Zum einen durch die Politik, die sie als »Sozialschmarotzer«, die »unseren Reichtum verfrühstücken« (Ex-Wirtschaftsminister Clement)⁵ stigmatisiert. In die gleiche Kerbe der De-Sensibilisierung gegenüber von Armut Betroffenen schlägt die Wirtschaft mit Werbekampagnen wie »Geiz ist geil« (Saturn) oder der Forderung nach Vertreibung von Bettlern aus der Innenstadt, die schließlich »keine Sozialstation« sei, so der Präsident des Hamburger Einzelhandels, Ludwig Görtz (Hamburger Abendblatt 29.12.2005: 17). Gezielte Entsolidarisierung befördern auch die Medien, wenn sie neben den vielerorts üblichen Scharfmacherparolen ihren Mitmachaktionen Titel ge-

⁴ Vgl. Wilson/Kelling 1996, 121 ff. Ihr Aufsatz lieferte auch für die bundesdeutsche und die Legitimierung der oben beschriebenen Maßnahmen wichtige Argumente

⁵ Im Vorwort einer vom Bundeswirtschaftsministerium herausgegebenen Broschüre zum Arbeitsmarkt (2005)

ben wie »Böller statt Brot«. Das war jedenfalls Motto eines Gewinnspiels im Hamburger Lokalsender *Alsterradio* zum Jahreswechsel 2005/06. Es spielte bewusst an auf die Aktion »Brot statt Böller«, mit der die Diakonie zu Geldspenden für die Dritte Welt aufrief (vgl. Hamburger Abendblatt 30.12. 2005: 14). Der Geschäftsführer des Radios zeigte sich überrascht von kritischen Reaktionen, denn das sei »doch eine lustige Aktion« (ebd.). Auch von den MitbürgerInnen, insbesondere den Angehörigen der Mittelschichten, haben die genannten Gruppen nicht sehr viel Sympathie zu erwarten, denn sie dienen ihnen als Projektionsfläche von Abstiegsängsten und gleichzeitig zur Stabilisierung der eigenen gesellschaftlichen Position. Die Studien, die Wilhelm Heitmeyer und sein Team regelmäßig durchführen, belegen dies in eindrucksvoller Weise (vgl. ders. 2005).

Neben der gezielten Kontroll- und Vertreibungspolitik, vor allem in den Innenstadtbereichen, lässt sich ein Paradigmenwechsel von der »Hilfe zur Härte« (vgl. Wacquant 1997) an dem Niedergang des Ideals der Rehabilitation und einer Renaissance der Einschließungspraktiken, wie z. B. der Wiedereinführung der geschlossenen Unterbringung für Jugendliche in einem Bundesland wie Hamburg, ablesen (vgl. Lindenberg 2002). Während historisch die Periode zwischen 1890 und 1970 durch einen Prozess der Rationalisierung und Zivilisierung im Strafsystem charakterisiert ist, tauchen heute anti-modern wirkenden Konzepte von Vergeltung und expressive Bestrafungsgesten vermehrt wieder auf. Das Gefängnis, in den 70er-Jahren eine diskreditierte Institution, wird heute eher wieder als unverzichtbarer Pfeiler der Gesellschaft angesehen (vgl. Garland 2001: 142 ff, 176 ff, Simon 2001). Auch wenn die Verhältnisse in Deutschland noch weit von denen der USA entfernt sind, so lassen sich Tendenzen in diese Richtung deutlich feststellen. Neben den geschlossenen Heimen sind das allein im einst liberalen Hamburg z. B. die Streichung von sozialpädagogischen Maßnahmen für Inhaftierte, der demonstrative Abbau von Spritzenautomaten in Gefängnissen, der Vorschlag zur Herabsetzung des Mindeststrafalters oder die Reduzierung von Freigängen. Seine Weltoffenheit zeigt die Hansestadt neuerdings auch darin, dass der Justizsenators Kusch bis nach Arizona fliegt, um sich bei Sheriff Arpaio, der bekannt für besonders harte Maßnahmen gegenüber Gefangenen ist (unter anderem werden Häftlinge bei Außenarbeiten wieder in Ketten gelegt), über dessen Arbeitsweise zu informieren. Ein strafender, starker Staat ist allerdings nur eine Seite des aktuellen Umgangs mit Kriminalität. Gleichzeitig scheint sich der Staat an vielen Punkten zurückzuziehen und Platz zu machen für die Partizipation der BürgerInnen.

»Eigenaktivitäten auslösen – Sicherheit einlösen«

Dieses Motto, welches die sogenannte Hartz-Kommission⁶ (2002: 3) für die Arbeitsförderungs politik ausgegeben hat, bringt auch eine der dominanten Strategien der gegenwärtigen Regierung der Kriminalität auf den Punkt: die Mobilisierung der Bevölkerung für die Prävention und die Bekämpfung der Kriminalität. BürgerInnen, Vereine und lokale Institutionen sollen zu aktiven Verbündeten der Kriminalpolitik werden. Die Wahrung kollektiver Sicherheit, inklusive der Kriminalitätsbekämpfung, mittels allgemeinverbindlicher Maßnahmen (von Sozialversicherung bis Polizei), für die zuvor der Staat im Namen aller Bürger zuständig war, wird heute vermehrt sowohl privaten Sicherheitsunternehmen als auch den BürgerInnen selbst überantwortet. Dies betrifft nicht die Kernbereiche hoheitlicher Aufgaben und staatlicher Macht, aber in Gefängnissen beispielsweise sollen private Sicherheitsleute neben Beamten Dienst tun, in Hessen wurde ein freiwilliger Polizeidienst eingerichtet, in Bayern sogenannte »Bürgerwachen« (vgl. van Elsbergen 2004). Damit verbunden ist eine Ausweitung des Konzeptes der Kriminalitätsbekämpfung. Die neuen Maßnahmen überspringen die Grenze zwischen privat und öffentlich, sie sind keine Angelegenheit mehr ausschließlich von Professionellen und speziellen staatlichen Institutionen. Sie stehen für eine De-Zentrierung sowohl der zuständigen staatlichen Institutionen als auch der politischen und kriminologischen Rationalitäten, auf denen sie beruhen.

Die Neuerungen greifen häufig auf Erfahrungen und Entwicklungen aus USA zurück. Dort existieren bereits seit längerem partizipatorische Konzepte der öffentlich-privaten Ko-Produktion von »Sicherheit«⁷ (»community policing«, »Safer City programs«, »crime prevention panels«, »Environmental design«) sowie selbstorganisierte Gruppen (»neighborhood watch«). Neben wehrhaften Bürgerorganisationen in der Tradition der Vigilanten – Selbstjustiz ausübende, bewaffnete Männergruppen der Siedlerzeit (vgl. Eisfeld 2004)⁸, finden sich unter den letztgenannten auch basisdemokratisch und gewaltfrei orientierte Ansätze. So beschreibt Uwe Painke in seiner Studie zu »Neighborhood Safety in den USA« (2001) wie Menschen aus Armutsquartieren bürgernahe Polizeikonzepte, Mitsprache und Beteiligung forderten, gegen erhebliche Widerstände durchsetzen mussten und teilweise zur Selbsthilfe gezwungen waren. Im Hintergrund stand, dass die

⁶ Kommission für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

⁷ Im eingeschränkten Sinne der Kriminalitätsbekämpfung

⁸ Einen aktuellen Eindruck gewährt das »Neighborhood Watch Pistol Team« vgl. www.2ampd.net/Articles/nwpt.htm

Polizei in diesen Vierteln nicht oder nur unzureichend tätig war; sie tauchte kaum auf, wenn sie gerufen wurde. Andere Gründe, die es ratsamer erscheinen ließen, sich selbst zu organisieren oder über Sicherheitspartnerschaften Einfluss zu nehmen, anstatt sich auf die Polizei zu verlassen, waren der weit verbreitete Rassismus und die Korruption in der Polizei. Anschaulich wird von Painke zum Beispiel dargelegt, wie NachbarInnen sich zusammentaten, Begleitung und Nachtwachen zum Schutz schwarzer NachbarInnen auf die Beine stellten, die es »gewagt« hatten, in von Weißen bewohnte Quartiere zu ziehen und deshalb gefährdet waren (vgl. ebd. 58ff). An anderen Stellen wird ausgeführt, dass zu den Elementen des nachbarschaftsorientierten Sicherheitskonzepts die Organisation von Straßenfesten, die Entwicklung einer positiven Stadtteil-Identität, die Verbesserung der materiellen Infrastruktur in den Vierteln sowie Beratungs- und Kinder- und Jugendarbeit zählen. Hier lassen sich zahlreiche Parallelen zum Vorgehen in der Gemeinwesenarbeit feststellen (vgl. ebd. 137 ff).

Gemeinwesenarbeit und lokale Kriminalprävention, die siamesischen Zwillinge?

Überhaupt scheint es in der aktuellen Kriminalpolitik, in der die Prävention groß geschrieben wird, viele Überschneidungen zur Gemeinwesenarbeit zu geben. Sehr deutlich wird das an folgenden Prinzipien, die Bohn u. a. in ihrer Auswertung des bundesweiten Modellprojekts zum Thema »Gewaltprävention und Gewaltbekämpfung im kommunalen Sozialraum«, das 1995/96 in neun verschiedenen Städten durchgeführt wurde, für eine erfolgreiche Gewaltprävention formulieren:⁹

- *Lebensweltorientierung*. Diese wird gekennzeichnet durch eine Alltagsorientierung, die ganzheitlich bei den Lebensbezügen ansetzt und Angebote und Aktivitäten in den Zusammenhang der unmittelbaren Probleme, Wünsche und Interessen der AdressatInnen stellt; durch die Dezentralisierung, d. h. Vor-Ort-Angebote von Beratung, Freizeit etc.; Integration, im Sinne der Nicht-Ausgrenzung von als problematisch geltenden Personen und Gruppen; Partizipation bei der Gestaltung der Lebenswelt, z. B. auch als MultipikatorInnen bei Anti-Gewalt-Trainings; Existenzsicherung/Alltagsbewältigung z. B. durch Kooperation mit Bereichen der Jugendhilfe, Arbeitsmarkt-, Sozial-, Gesundheits- und Stadtplanungspolitik.
- durch *Vernetzung und Kooperation* vorhandene Ressourcen nutzen,

⁹ Bohn/Kreft/Segel 1997: 57 ff.

- *Empowerment*: Stärken – und nicht defizitorientiert arbeiten
- *Selbstverantwortlichkeit fördern, soziale Kompetenzen erweitern*. Setzt an den Cliquen, den Peer-Groups an, gefördert werden sollen Mitbestimmung, Übernahme von Verantwortung, Wertschätzung.
- *Geschlechtsspezifisch arbeiten*. Ursachen, Hintergründe und Erscheinungsformen von Gewaltbereitschaft- und verhalten sollen geschlechtsspezifisch differenziert betrachtet werden, z.B. sollte reflektiert werden, wie die Umgebung von Mädchen und Jungen genutzt und erobert wird. Notwendig ist die Geschlechtersensibilisierung von Fachkräften.
- *Unterstützung in Notlagen*, Entsolidarisierung entgegenreten, Zivilcourage fördern, Handlungssicherheit gewinnen, z.B. durch Opferarbeit oder auch Theaterworkshops
- *Öffentlichkeitsarbeit* entwickeln.

An anderer Stelle fassen die AutorInnen die Ergebnisse ihrer Untersuchungen in einer Art zusammen, durch die sich jede/r Gemeinwesenarbeiter/ in bestätigt fühlen könnte: »Nach den Erfahrungen in den Modellregionen des Programms müssen Aktivitäten zur kommunalen Gewaltprävention sich an den Interessen der BewohnerInnen orientieren, ihre Beteiligung ermöglichen und sie zur Umsetzung gewaltpräventiver Aktivitäten motivieren ... In einem Stadtteil, in dem die BewohnerInnen an der Gestaltung ihres Lebensraumes beteiligt sind und ein füreinander verantwortliches Zusammenleben umsetzen können, wird Gewalt und Kriminalität eingedämmt. In der Konsequenz bedeutet dies als Anforderungsprofil für kommunale Gewaltprävention: Den BewohnerInnen Verantwortung zu übertragen, ihre Identifikation mit dem Sozialraum herzustellen und sie zum Gestalten ihrer eigenen Lebensbedingungen/-welt zu motivieren.« (Bohn/Kreft/Segel 1997: 25) Wenn die geneigte LeserIn dann noch die Chance hat, einen Blick in die Dokumentation zum Präventionspreis der Polizei von 1996 – Initiativen der Nachbarschaftshilfe – zu werfen, wird auch sie bzw. er den Eindruck gewinnen, als seien Gemeinwesenarbeit und lokale Kriminalprävention Zwillinge.

Bürgeraktivierung und die »Wiederentdeckung des Lokalen« (Beste 2000), sprich Partizipation und Nahraumbezug, wurden im vergangenen Jahrzehnt zu zentralen Elementen der Kriminalprävention und fanden an vielen Stellen Eingang in politische Programme. Hingewiesen sei hier stellvertretend auf die Berliner Koalitionsvereinbarungen von 1995, in denen niedergelegt wurde, dass ortsteilbezogene Sicherheitsforen, in denen auf lokaler Ebene Bürger, Organisationen und Behörden ehrenamtlich zusammenarbeiten, um ortspezifisch Kriminalitätsbekämpfungsstrategien zu

entwickeln, als neuer Ansatz in der Kriminalprävention etabliert werden sollen. In der Praxis bedeutet das meistens die Gründung von Kriminalpräventionsräten, Sicherheitspartnerschaften und Sicherheitskonferenzen, die in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossen sind. Van Elsbergen spricht von »einem anhaltenden ›Gründungswahn‹ von kriminalpräventiv tätigen Gremien in nahezu allen Bundesländern« (2004: 21). Allein in Niedersachsen gibt es über 120 kriminalpräventive Gremien, deren Aktivitäten durch den »Sicherheitspartnerschafts-Erlass« des Innenministerium gesetzlich unterstützt werden. Ein wichtiger Partner, der immer beteiligt ist, ist natürlich die Polizei, aber der eigentliche Schlüssel zum Erfolg wird »im netzwerkartigen Zusammenwirken von lokalen Akteuren« gesehen, an erster Stelle stehen die Bürgerinnen und Bürger (Niedersächsisches Innenministerium 2002: 46).

Die Sicherheitskonferenzen bringen im Grunde die gleichen Zielgruppen an einen Tisch, wie sonst die Stadtteilkonferenzen, die im Rahmen von Gemeinwesenarbeit und Quartiermanagement stattfinden. Auch die Inhalte ähneln sich – obwohl öffentliche Sicherheit das eigentliche Thema ist, werden allgemeine Fragen der Lebensqualität in den Stadtteilen diskutiert. In der Regel geht es um die Aufwertung von Quartieren und die Verbesserung der Lebenssituation. Die initiierten Maßnahmen sind teilweise nicht von denen zu unterscheiden, die üblicherweise im Rahmen von Sozial- und Stadtteilarbeit durchgeführt wurden. Nun finden sie allerdings unter dem Vorzeichen von Sicherheit und Ordnung statt. Das hat den Vorteil, dass auf Finanzmittel aus der Justiz- und Innenbehörde zurückgegriffen werden kann. In Abwandlung eines anderen Mottos kann man sagen »Safety sells«. Jede sozialpädagogische oder städtebauliche Maßnahme, ob nun Mitternachtsbasketball für Jugendliche oder die Anlage von Mieterbeeten wird im Rahmen von Sicherheitskonferenzen zu einem Element der Kriminalprävention. Handlungsleitend ist dabei jedoch nicht die soziale Integration, sondern das Anliegen der Kriminalitätsbekämpfung; nicht die Bedürfnisse der AdressatInnen zählen, sondern die »Gefahrenabwehr«. Auf der Grundlage seiner Analyse Hamburger Sicherheitskonferenzen kommt Michael Lindenberg zum dem Schluss: »Nicht gesellschaftliche Ausgrenzung und wachsende Zukunftslosigkeit ist der Ausgangspunkt der Sicherheitskonferenzen, sondern die Auffälligkeiten einzelner Personengruppen werden durch die Betonung eines eingeschränkten Sicherheitsaspektes in den Vordergrund gedrängt«. (Lindenberg 2001: 55). Damit wird eine Entwicklung gefördert, die auf eine zunehmende Entgrenzung zwischen Sozial- und Ordnungspolitik und die Etablierung der »Kriminalpolitik als Metapolitik«

(Frehsee 1998: 150) hinausläuft. Wenn Soziale Arbeit in diese Diskurse und Politiken der inneren Sicherheit einbezogen wird, steht zu befürchten, dass ihre kontrollierenden Aspekte verstärkt werden und sie zur Legitimation sozialer Ausschließung beiträgt (vgl. Beckmann 2001: 59).

Gute Nachbarschaft, wehrhafte Nachbarschaft

Angesichts des Tenors offizieller Papiere zur nachbarschaftsbezogenen Kriminalprävention könnte man diese Einschätzung weiter daraufhin zu spitzen, dass die bürgerorientierten Ansätze Ausgrenzung nicht nur ignorieren, sondern geradezu produzieren. So ist in der Broschüre *Sicheres Wohnquartier. Gute Nachbarschaft* (Niedersächsisches Innenministerium 2002) zu lesen: »Wehrhaft« und »verteidigungsbereit« ist ein Wohnquartier nur, wenn sich die Bewohnerinnen und Bewohner »zu verteidigen« wissen. Es steigert die Lebensqualität, wenn man der Nachbarschaft vertrauen und sich darauf verlassen kann, dass sie genauso wachsam die Ereignisse im Quartier beobachtet, wie man das selber tut« (ebd.: 40). Die besagte Broschüre empfiehlt weiterhin, über den Ansatz der Territorialität eine Zonierung der Wohnumwelt anzustreben, »die gegenüber Fremden Barrieren schafft und den Bewohnern die soziale Kontrolle erleichtert« (ebd.: 6). Die BewohnerInnen werden aufgefordert, diese Zonen deutlich zu markieren, »um Zeichen des Eigentums und der Einflussnahme an einen Raum zu stellen. Mit *Zonen* sind die Unterteilungen in privaten, halbprivaten/halb-öffentlichen und öffentlichen Raum gemeint. Wenn die Zeichen der Zonierung fehlen, so wird gewarnt, setzt der Raum »Eindringlingen« gegenüber weder symbolische noch reale Barrieren.« Das Prinzip der Territorialität, bei Tieren als Revierverhalten bekannt, »fördert unter der Bewohnerschaft Verantwortung für den jeweiligen Raum und lenkt das Verhalten Fremder in die gewünschte Richtung (im Sinne eines natürlichen Leitsystems zur Verhaltenssteuerung).«¹⁰

Die Botschaft ist deutlich: Es heißt, eine klare Linie zu ziehen zwischen uns und den anderen, den fremden Eindringlingen, die nicht ins Viertel gehören. Misstrauen und Xenophobie werden so geschürt. Inhaltlich lässt sich damit der Kreis schließen zu der weiter oben erwähnten Spaltung der

¹⁰ Städtebauliche, technische Verfahrensweisen in Kombination mit Bürgeraktivierung gewinnen im Bereich der Kriminalprävention an Bedeutung und bilden ein neues Feld von Forschung und Konzeptentwicklung, vgl. den von Herbert Schubert (2005) herausgegebenen Band »Sicherheit durch Stadtgestaltung. Städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Kriminalprävention. Konzepte und Verfahren, Grundlagen und Anwendungen«

Gesellschaft in anständige, verantwortungsvolle Bürger und gefährliche, zu bekämpfende »Andere«. Der Aufbau sozialer Kontrollmechanismen innerhalb von Nachbarschaften und Gemeinden und die Förderung von Übernahme polizeilichen Verhaltens (»encourage communities to police themselves«, Garland 2001: 17) ergänzen auf diese Weise als niedrigschwellige Maßnahmen das Konzept des strafenden Staats und seine Strategien des Weg- und Ausschließens.

Was tun?

GemeinwesenarbeiterInnen müssen sich sehr genau überlegen, mit welchem Anliegen sie sich an kriminalpräventiven Maßnahmen und Gremien beteiligen. Ein Grund könnte sein, den Begriff und die Thematik der Sicherheit nicht der Innenpolitik oder der Justiz zu überlassen. Das würde unter anderem bedeuten, für einen umfassenden Begriff von Sicherheit zu streiten, der garantierte soziale Rechte, eine nachhaltige, ökologische Politik und militärische oder zumindest polizeiliche Abrüstung umfasst. Foren wie Sicherheitskonferenzen könnten genutzt werden, um gegen die Dominanz eines Sicherheitsdiskurses und einer Ordnungspolitik, die ganze Zielgruppen der Sozialen Arbeit kriminalisiert bzw. zu »gefährlichen Klassen« erklärt, Stellung zu beziehen und entsprechend auf die anderen Teilnehmenden einzuwirken. Perspektivisch sollte auf eine Trennung zwischen sozial- und/oder stadtentwicklungspolitischen Fragestellungen und der Kriminalitätskontrolle hingearbeitet werden. Es kann nicht darum gehen, die Sicherheitsbedürfnisse von Menschen zu ignorieren oder die Augen vor kriminellen Handlungen zu verschließen. Zu hinterfragen wären aber solche Konstruktionen wie die »gefühlte Sicherheit«, hinter der sich nur allzu oft Vorurteile und soziale Ängste verbergen. Das sind aber keine genuinen Gegenstände von Kriminalpolitik und sollten es auch nicht werden. Die Herausforderung, der sich Soziale Arbeit außerdem stellen muss, ist, Themen im Schnittpunkt zur Kriminalitätsprävention aufzugreifen, wie z.B. die Gewalt in der Familie und dabei die eigene berufliche Ethik und Fachlichkeit, gerade in Abgrenzung zu polizeilichen Aufgaben bzw. Herangehensweisen deutlich zu konturieren. Dies macht allerdings auch eine sehr bewusste Auseinandersetzung mit den ihr selbst innewohnenden Anteilen von Kontrolle und Repression unumgänglich.

Literatur

- Beckmann, Christoph (2001): Soziale Arbeit zwischen Prävention und Ausschluss – Über das angebliche Ende ihrer Kontrollfunktion, in: Widersprüche H. 79, S. 42-63
- Beste, Hubert (2000): Bürgeraktivierung im System »innerer Sicherheit«. Die Wiederentdeckung des Lokalen, in: Bürgerrechte und Polizei/CILIP, H. 2, 6-15
- Bohn, Irina/Kreft, Dieter/Segel, Gerhard (1997): Kommunale Gewalt-Prävention. Eine Handreichung für die Praxis. Das »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt« Bd. 5, Münster
- Frehsee, Detlef (1998): Kriminalität als Metasymbol für eine neue Ordnung der Stadt. Bürgerrechte als Privileg, Jugend als Störfaktor, in: Breyvogel, Walter, Stadt, Jugendkulturen und Kriminalität, Bonn, S. 130-152
- Garland, David (2001): The Culture of Control, Chicago
- Göring-Eckhardt, Kathrin/Dückert, Thea (2003): Solidarität in Bewegung; Chancen für alle, Bundestagsfraktion Die Grünen /Bündnis 90, Berlin
- Heitmeyer, Wilhelm (2005): Die verstörte Gesellschaft, in: Die Zeit Nr. 51 vom 15.12.2005
- Kessl, Fabian (2005): Der Gebrauch der eigenen Kräfte. Eine Gouvernementalität Sozialer Arbeit, Weinheim/München
- Johnston, Les/Shearing, Clifford (2003): Governing Security. Explorations in Policing and Justice, London/New York
- Kessl, Fabian/Otto, Hans-Uwe (2005): Soziale Arbeit angesichts neo-sozialer Transformationen, in: Thole, Werner/Cloos, Peter/Strutwolf, Volkhardt, Soziale Arbeit im öffentlichen Raum. Soziale Gerechtigkeit in der Gestaltung des Sozialen, Wiesbaden, S. 55-61
- Krasmann, Susanne (2003): Die Kriminalität der Gesellschaft. Zur Gouvernementalität der Gegenwart, Konstanz
- Kommission für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (2002): Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, Bericht, Berlin
- Lindenberg, Michael (2002): Geschlossene Unterbringung und geknechtete Pädagogik. Ein Kommentar zur Wiedereinführung der geschlossenen Unterbringung in Hamburg, Widersprüche, H. 86, S. 17-21
- Lindenberg, Michael (2001): Paradoxe Intervention. Sicherheitskonferenzen zwischen kommunaler Kriminalprävention und Quartiersbelebung, in: Widersprüche, H. 82, S. 53-66
- Niedersächsisches Innenministerium (2002): Sicheres Wohnquartier. Gute Nachbarschaft, Hannover
- Painke, Uwe (2001): Ein Stadtteil macht mobil. Neighborhood Safety in den USA, Münster
- Ronneberger, Klaus/Lanz, Stephan/Jahn, Walther (1999): Die Stadt als Beute, Bonn
- Schubert, Herbert (2005): Sicherheit durch Stadtgestaltung. Städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Kriminalprävention. Konzepte und Verfahren, Grundlagen und Anwendungen, Köln
- Simon, Jonathan (2001): 'Entitlement to cruelty': neo-liberalism and the punitive mentality in the United States, in: Stenson, Kevin/Sullivan 2001, Crime, Risk and Justice. The politics of crime control in liberal democracies, Portland, S. 125-143
- Stenson/Sullivan (2001): Crime, Risk and Justice. The politics of crime control in liberal democracies, Portland
- van Elsbergen, Gisbert (2004): Auf der Suche nach der Sicherheitswacht – Bayern

und sein Konzept zur Inneren Sicherheit, in: ders., Wachen, kontrollieren, patrouillieren. Kustodialisierung der inneren Sicherheit, Wiesbaden, S. 195-206
Wacquant, Loic (1997): Vom wohltätigen zum strafenden Staat, in: Leviathan, 1/97, S. 50-65
Wehrheim, Jan (2002): Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung, Opladen

Gemeinwesenarbeit und Nachbarschaft als Chancen für zukunftsorientierte Gemeinden und Diakonie

Stefan Gillich

Aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen und sozialrechtliche Veränderungen haben zum Teil schwerwiegende Auswirkungen auf die Arbeitsfelder und die Klientel von Kirche und Diakonie. Die Bundesrepublik nimmt Abstand vom Sozialstaat alter Prägung, der immerhin noch den Anspruch hatte, allen einigermaßen den erreichten Lebensstandard zu sichern. Von nun an wird – bei wohlfeilem Verhalten – nur noch die Untergrenze verteidigt, unter die niemand fallen soll. Die Untergrenze ist davon abhängig, wie viel an Ungleichheit an Lebenschancen und Lebensbedingungen eine Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zulässt und ab welchem Zeitpunkt das »Schämen« einsetzt, zu dem die Reißleine gezogen wird und ein gesellschaftlicher Korrektur- und Handlungsbedarf einsetzt. Bei dieser Zumutbarkeitsgrenze befinden wir uns derzeit in freiem Fall, ohne genau zu wissen, wann oder ob überhaupt ein Fallschirm aufgeht.

Zu den Modernisierungsverlierern, die einer Reißleine dringend bedürfen, gehören die Klientel von Kirche und Diakonie. Menschen werden zunehmend ausgegrenzt aus Sozialleistungssicherungssystemen und in die Arbeitslosigkeit abgeschoben, Behinderte weiter gesellschaftlich ausgegrenzt, Berufsperspektiven werden rigoros verweigert, durch Berufsfindungsprogramme bzw. Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen (sog. »Ein-Euro-Jobs«) werden Arbeitslose statistisch versorgt, Wohnungslose, Drogenkranke und weitere Gruppen werden durch Sondernutzungsverordnungen aus den Einkaufsmeilen der Republik verbannt.

So gesehen, sind wir im Sozialen tätig in einem expandierenden Markt. Die neoliberale Modernisierung fast aller Lebensbereiche schafft immer mehr soziale Ungleichheit sowohl zwischen den Einzelnen als auch innerhalb der Staaten. Das markökonomische Scheidewasser weist Kirche und Diakonie als Treibgut ihre Zielgruppen zu, deren Verliererstatus geprägt ist durch Überschuldung, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Langzeitarbeitslosigkeit, Armut, gewaltgeprägte Lebensumstände, Wohnungslosigkeit, Perspektivlosigkeit usw.

Die gesellschaftliche Reaktion auf wahrgenommene Problemlagen hat als Haltung Jahrhunderte alte Tradition. Das Grundverständnis war und ist

die Individualisierung von Problemlagen. Antworten finden sich in individuell ausgerichteten spezialisierten Fachdiensten. Damals gilt wie heute: Aus einem strukturellen gesellschaftlichen Notzustand (wie hohe Arbeitslosigkeit) wird ein individuelles Verursacherprinzip gezimmert. Millionen Arbeitslose werden stigmatisiert mit Vorwürfen wie Selbstverschulden, Faulenzerdasein oder mit einer Sozialen-Hängematte-Debatte. Die Meinungsmache gipfelt in die Strategie: Keine Unterstützung für Arbeitsunwillige. Damals wie heute wird deutlich: Im Zentrum der Bemühungen der Versorgung Armer und Arbeitsloser steht nicht ausschließlich deren materielle Absicherung, sondern der Arbeitsgedanke. Mit Arbeit ist jedoch keine existenzsichernde Lohnarbeit gemeint, sondern Arbeit um jeden Preis, Arbeit als pädagogisches Mittel, Arbeit als disziplinierende Kraft. Schon damals galt den Mächtigen: Arbeit ist genug da. Wer keine Arbeit findet, hat nicht intensiv und lange genug gesucht. Wer bettelt oder in den Innenstädten herumlungert, stellt die gerechte Ordnung der Gesellschaft in Frage. So finden sich Ausgegrenzte unversehens in der Rolle von Angreifern. Obwohl doch jeder das Gefühl hat, Opfer einer gesellschaftlichen Aggression zu sein.

Auftrag von Kirche und Gemeinde ist, Menschen zu unterstützen, damit die eigenverantwortliche Gestaltung gelingenden Lebens möglich ist. Dabei spielen Nachbarschaft und die Entwicklung von Netzwerken im Sinne eines solidarischen Miteinanders eine bedeutende Rolle (vgl. z. B. Diakonisches Werk Bayern 2006). Die Bedeutung der Gemeinwesenarbeit für Kirche und Diakonie möchte ich anhand von drei Fragestellungen beschreiben:

- Warum ist es wichtig, sich mit Blick auf eine zukunftsorientierte Gemeinde und Diakonie mit dem Ansatz der Gemeinwesenarbeit auseinanderzusetzen? Oder: Warum ist Stadtteilarbeit sinnvoll?
- Welches ist der zugrundeliegende Denkansatz der Gemeinwesenarbeit und wie kann dieser Ansatz konkret in der Praxis aussehen?
- Welches sind – mit Blick auf Kirche und Diakonie – die damit verbundenen (Konsequenzen und) Forderungen?

Um es vorweg zu sagen. Drei Schlüsselbegriffe sind für mich zukunftsweisend, an denen entlang ich versuchen werde, das Thema zu beschreiben, nämlich »Beteiligung« und »Aktivierung« (der Betroffenen) sowie »Bürgerchaftliches Engagement/Nachbarschaftshilfe«.

Warum ist es wichtig, sich mit Blick auf eine zukunftsorientierte Gemeinde und Diakonie mit dem Ansatz der Gemeinwesenarbeit auseinanderzusetzen? Oder: Warum ist Stadtteilarbeit sinnvoll?

1. Kirche braucht ihre diakonische Dimension, sonst ist sie nicht Kirche. Kirche und Diakonie haben z.T. sehr eigenständige Entwicklungen vollzogen, die nicht zwangsläufig aufeinander bezogen waren. In vielen christlichen Orts-Gemeinden ist ein diakonischer Funktions- und Bedeutungsverlust wahrnehmbar, gleichzeitig sind Gemeinden in ihrer Reproduktionskraft geschwächt. Ich verkürze: Kirchengemeinden konzentrier(t)en sich auf den Gottesdienst, während die Diakonie den Menschendienst für Hilfebedürftige professionell und effizient gestaltet(e) (vgl. Dörner 2006). Christliche Gemeinden stehen vor der Herausforderung, ihre diakonische Dimension zurück zu gewinnen. Dazu braucht Kirche einen gemeinde- und gemeinwesenorientierten Fachdienst, da solidarisches Handeln zunehmend der Anregung, Beratung und motivierenden Begleitung bedarf. Stadtteilorientierung (manche verwenden auch den Begriff der Sozialraum- oder Gemeinwesenorientierung) ist die Schnittmenge der Verknüpfung von Ortsgemeinden und Diakonie.
2. Wenn die gottesdienstlichen Versammlungen einer Gemeinde das liturgische Zentrum der Gemeindearbeit bilden, so muss der »Gottesdienst im Alltag« im Stadtteil, im Quartier oder im Dorf genauso ernst genommen werden. Auch dies ist in gleicher Weise »Gottesdienst« und nicht beliebig: Es ist das alltägliche Handeln des »Wortes«. Dabei spielen Themen des Stadtteils oder des Dorfes eine Rolle, ebenso wie die Stadt bzw. der Landkreis, der makropolitische Raum etc. Das kann z. B. beginnen bei der Kinder- oder Seniorenfreundlichkeit eines Stadtteils, bei den Einkaufs- und Begegnungsmöglichkeiten, bei der Verkehrsanbindung oder bei Formen des Zusammenlebens.
3. Zentrale sozialpolitische Zukunftsthemen wie die demografische Entwicklung, die Zukunft der Erwerbsarbeit und die Armutsentwicklung gilt es wahrzunehmen vor dem Hintergrund der Globalisierungs- und Individualisierungsprozesse. Doch klar ist, dass sich der Lebensalltag der Menschen kleinräumig abspielt. Es ist der Lebensalltag vor Ort, der »Nahraum«, der die sozialen Beziehungen der Menschen strukturiert und durch soziale Beziehungen ermöglicht, an tragenden solidarischen Netzen zu knüpfen.
4. Gemeinden und Diakonie wird manchmal unterstellt, es liege in ihrer Entscheidung, ob und inwieweit sie politisch sein wollen. Das ist

meines Erachtens falsch. Das Evangelium ist politisch. Deshalb kann auch Kirche gar nicht anders. Gemeinde und Diakonie nehmen immer eine gesellschaftspolitische Rolle wahr, indem sie z. B. diakonisch aktiv sind (offene Jugendarbeit, Beratungsdienste, Seniorentreff, Kindertagesstätten, Besuchsdienste etc). Gemeinde und Diakonie spielen auch eine gesellschaftspolitische Rolle, wenn sie nicht im Stadtteil bzw. im Dorf aktiv sind. Christliche Existenz gibt es nicht ohne politische Bedeutung. Wenn ich etwas tue, handle ich politisch, wenn ich etwas nicht tue, ebenfalls – auch durch Schweigen handle ich! Es geht folglich bei allem Handeln auch immer darum, dass Gemeinde und Diakonie sich ihrer gesellschaftspolitischen Rolle und Verantwortung bewusst sind, sie annehmen und (mit-)gestalten.

5. Das Evangelium betrifft das ganze Leben. Dies gilt für *alle Menschen*, die sich durch das Evangelium Jesu Christi treffen und betreffen lassen, die sich in seinem Namen zusammenschließen und auf den Weg machen: sie sind seine Gemeinde. Dieses Gemeinde- und Diakonieverständnis ist bezogen auf Menschen und Gruppen, die eigenständig miteinander leben, glauben und lernen, ob kirchennah oder kirchenfern. Auf die Anliegen dieser Menschen sind Ämter, Dienste und Angebote der Gemeinde und der Diakonie orientiert.
6. Für die kirchliche und diakonische Arbeit ist die Gemeinwesenorientierung von zentraler Bedeutung, weil auch soziale Probleme einen Raumbezug haben.
 - Dies wird wahrnehmbar in der Ausgrenzung der Armut in benachteiligten Wohnquartieren oder durch die Anhäufung von Problemen auf der Straße (z. B. bei Wohnungslosen oder Jugendlichen).
 - Darüber hinaus können Räume bei der Entstehung und Entwicklung sozialer Probleme eine Rolle spielen (z. B. reizarmes Milieu und hohe Wohndichte fördern soziale Konflikte)
 - Räume können Möglichkeiten und Behinderungen bei der Bewältigung sozialer Probleme darstellen (soziale Infrastruktur, Image eines Stadtteils, Räume, welche die Kommunikation und den Aufbau sozialer Netze befördern).
 - Räume bieten die Möglichkeit, soziale Probleme zu thematisieren (z. B. Stadtteilhaus, Nachbarschaftshaus, Straße als politischer Raum)
 Damit hat der Blick auf den Raum nicht nur problemlösende Funktion sondern durch die Nähe zu den Menschen in deren Lebenslagen präventive und seismographische Funktion für neue Handlungsfelder (vgl. auch Oelschlägel 2002).

7. Aktuell richten sich unterschiedliche Felder Sozialer Arbeit sozialraumorientiert aus und formulieren Bürgerbeteiligung als wesentliche Aufgabe. Von der Jugendhilfe über die soziale Stadtentwicklung bis zur Öffnung von Schulen für den Stadtteil wird von Sozialraumorientierung gesprochen. Das heißt: Arbeitsfelder richten sich sozialraumorientiert aus (in der Regel ist damit ein geografischer Raum gemeint). Einzelne Kommunen sind über die Erprobungsphase hinaus und vergeben Geld (an die freien Träger) im Rahmen einer festgesetzten Sozialraumbudgetierung, um die sich die Diakonie bewerben kann.
8. Ein Abschlussblick auf den Stellenabbau in Einrichtungen von Gemeinde und Diakonie verbunden mit der Fragestellung, ob die sozialdiakonische Arbeit zukünftig nur noch ehrenamtlich erfolgt. Ich meine: Suppenküchen als Armenspeisung können von Ehrenamtlichen als »allgemeines Diakonat aller Gläubigen« (Benedict 2004: 491) realisiert werden. Doch bleibt sie ohne ein gemeinwesenorientiertes Konzept der Gemeindearbeit zufälliger und beliebiger Ausdruck einer engagierten Nächstenliebe.

Eine Theorie besagt: Die gemeindliche Diakonie entwickelt sich dort, wo die Kirchengemeinde das soziale Feld als Herausforderung annimmt und tätig wird. Eine *diakonische Gemeinde* ist demnach eine Gemeinde, die sich betreffen lässt von dem, was Menschen beschäftigt und belastet. Auf diese Weise können sich Verkündigung und soziales (diakonisches) Handeln gegenseitig durchdringen. Damit wird die Abkoppelung des Sozialen vom Religiösen unterbrochen (Hans-Jürgen Benedict 2004: 493). Es geht konkret um Stadtteilorientierung, die angelegt ist auf die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen im Stadtteil und sich primär orientiert an den Interessen der Bewohner.

Welches ist der zugrunde liegende Denkansatz der Gemeinwesenarbeit und wie kann dieser Ansatz konkret aussehen?

Träger der Sozialarbeit werden zunehmend konfrontiert mit sozialen Desintegrationsprozessen. Dies wird deutlich an Merkmalen wie Arbeitslosigkeit, Überschuldung, Perspektivlosigkeit Jugendlicher, Spaltung der Gesellschaft, Zunahme der Kinderarmut etc. Soziale Desintegration kann durch soziale Arbeit mit einzelnen KlientInnen oder mit der herkömmlichen Gruppenarbeit nicht (mehr) ausreichend angegangen werden. Besondere Schwierigkeiten, die auch Kirche und Diakonie betreffen und »alte« Erscheinungen sind (vgl. Bergs/von Kietzell 1982), sind:

- *Die Zersplitterung der Handlungsvollzüge:*

Noch immer werden häufig Hilfeprozesse von verschiedenen Trägern oder von Abteilungen derselben Institution eingeleitet, ohne dass man voneinander weiß. Eine Aktivierung der Betroffenen in Form von Förderung von Selbsthilfe(initiativen) ist vielerorts noch nicht selbstverständlich.

- *Tendenz zur Spezialisierung:*

Statt Ganzheitlichkeit entwickelt(e) sich ein spezialisiertes Falldenken – für Hilfesuchende in vielen Fällen zu unübersichtlich. Statt notwendiger Kooperation und Koordination verschiedener sozialer Einrichtungen und Dienste im Stadtteil treten Konkurrenzverhalten und Abgrenzung von Mitarbeitenden und ihrer Träger.

- *Reaktive Hilfe als Einzelfallorientierung*

In der Sozialen Arbeit gibt es – grob vereinfacht – zwei wesentliche inhaltliche Stränge: Zur Behebung einer konkreten kritischen Lebenslage einer/s Hilfesuchenden werden Einzelhilfen angeboten, von konkreter materieller Hilfe über Beratung bis hin zu Therapie. Im Mittelpunkt steht die/der Hilfesuchende in seiner konkreten Notsituation und bedarf für einen (begrenzten) Zeitraum professioneller Unterstützung. Diese Notlage erscheint isoliert darstellbar und ist mit einem bestimmten Spektrum von Maßnahmen zu bearbeiten. Demgegenüber steht ein Verständnis einer/s Hilfesuchenden als integriertem Bestandteil eines ökologischen und sozialen Zusammenhangs. Nach diesem Verständnis ist die/der Hilfesuchende geprägt durch ihre/seine sozialen und materiellen Lebensbedingungen, ihre/seine Umwelt und die Wohnbedingungen, in denen er lebt. Gleichzeitig ist sie/er aber auch in der Lage, Einfluss auf diese Faktoren auszuüben, Entscheidungen zu treffen und das Leben selbst zu gestalten.

Ich möchte mit diesen Anmerkungen hinführen zu der Fragestellung, was mit Gemeinwesenarbeit gemeint ist. Und ich möchte zu einem kleinen Exkurs in die Geschichte einladen. Bis zu Beginn der 80er-Jahre spielte die GWA in der Sozialen Arbeit bei der Entwicklung von Gemeinwesen eine zentrale Rolle. Nicht wenige GemeinwesenarbeiterInnen verstanden sich als die Vorhut der Sozialarbeit. Die Parteilichkeit galt den (sozial) Benachteiligten und bedeutete, Menschen zu unterstützen, ihre eigenen Interessen wahrzunehmen und zu vertreten sowie sie gegen mächtigere Interessensgruppen zu unterstützen. Die Stimmen waren laut und vernehmbar. Es galt, die strukturellen Rahmenbedingungen für und mit den Menschen

zu verbessern. Die Tendenz zur Spezialisierung, ich bezeichne sie als »Therapeutisierung der Sozialarbeit«, wurde ab dieser Zeit wahrnehmbar und verstärkte die Abgrenzung der GWA und der Beratungsfaktionen voneinander. Plötzlich machten alle Beratungen. »Ich arbeite in einer Beratungsstelle« war Qualitätsmerkmal und Gütesiegel zugleich. Die Arbeit in einer (womöglich sogar therapeutisch arbeitenden) Beratungsstelle galt als das höchste Gut Sozialer Arbeit. Aus der Straffälligenhilfe wurde eine Beratungsstelle für Straffällige, stationäre Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe mutierten zu therapeutischen Einrichtungen usw. Angesagt war der »Rückzug in die Innerlichkeit«. Handeln in den Stadtteilen, das auch auf politische Wirkung abzielte, war out. GWA galt als zu aufrührerisch. Gemeinwesenarbeit führte – wie ihre Klientel – ein randständiges Dasein in sozialen Brennpunkten und benachteiligten Stadtteilen. Hier war das Betätigungsfeld der GWA verortet. Nämlich GWA als Arbeitsmethode in der Arbeit mit benachteiligten Gruppen in benachteiligten Stadtteilen – verbunden mit dem Ziel, die infrastrukturellen und materiellen Rahmenbedingungen der Bewohner zu verbessern. Zu dieser Zeit gab es vielerorts missglückte Versuche, Mitarbeitende in Beratungsstellen zu animieren, Beratung vor Ort anzubieten. Doch die Klientel passte nicht zum Selbstbild der BeraterInnen. Es gab – wie der frühere Leiter eines Diakonischen Werkes ernsthaft anmerkte – die saubere und die dreckige Sozialarbeit.

In den 80er-Jahren schließlich – und das ist unser heutiger Gewinn – setzte sich die Erkenntnis durch, dass die Aufspaltung Quatsch ist. Beides gehört zusammen – nämlich die Beratungsarbeit *und* die Arbeit in den Stadtteilen; der Blick auf das Individuum *und* der Blick auf die strukturellen Rahmenbedingungen. Die Klammer ist die Lebenswelt der Menschen. Denn die Lebenswelt ist der Ort, in der das Individuum und die Gesellschaft handeln. Sie ist der Raum täglicher Aktionen der Menschen. Damit ist die Lebenswelt Schnittpunkt von Individuum und Gesellschaft. Auftrag Sozialer Arbeit ist, die Handlungsmöglichkeiten des Individuums zu erweitern und Behinderungen zu beseitigen. Dies geschieht durch die Förderung von sozialen und personalen Ressourcen (z. B. durch Beratungsarbeit) *und* durch die Förderung von materiellen und infrastrukturellen Ressourcen (Fragestellung: Welche objektiv vorhandenen Lebensumstände haben die Menschen im Stadtteil?). Als räumliche, quartiersbezogene Kategorie findet sich die Lebenswelt wieder im Gemeinwesen (Sozialraum). Denn der Sozialraum ist immer ein Teil der Lebenswelt des Individuums, und zwar derjenige Teil, in dem ich im Kontakt mit anderen Menschen bin, in dem ich »social« bin. Es gibt einen geografischen Raum (z. B. Kirchengemein-

debezirk) und einen (individuellen) Sozialraum. Mit dem Begriff der Gemeinwesenarbeit sind folglich erstens Menschen gemeint, zweitens ein Sozialraum und drittens bestimmte handlungsleitende Grundsätze.¹

Für die Soziale Arbeit ist die sozialräumliche Orientierung von zentraler Bedeutung, weil auch soziale Probleme einen Raumbezug haben (vgl. Teil 1 des Beitrags). Das Leben im Sozialraum (Kirchengemeinde, Kirchenkreis, Gemeinwesen, Stadtteil etc.) muss – wenn wir z. B. auf Jugendliche blicken – zu Bezugspunkten werden für das Verstehen der Belastungen, Krisen und Notlagen der hier lebenden Jugendlichen. Die traditionell angebotsorientierte Sichtweise muss ergänzt – nicht ersetzt – werden durch eine sozialräumliche Sichtweise. Denn erst wenn wir lernen, die Jugendlichen in ihren Verhältnissen zu verstehen, können wir auch den Einfluss der Verhältnisse auf das Verhalten begreifen. Es wird nach Belastungen *und* nach Ressourcen im Sozialraum und der Sozialraum als eine Ressource zur Lebensbewältigung erkannt. Mit diesem Perspektivenwechsel erweitern sich die Handlungs- und Interventionsmöglichkeiten von der angebotsorientierten, institutionell orientierten Arbeit hin zu Konzepten der Gestaltung von Lebensräumen im Sinne der Klientel. Diese Perspektive sieht die Zielgruppen eingebettet in soziale Beziehungen, Institutionen, Wohnumfeld und Arbeitswelt.

Sozialer Arbeit geht es um die Bearbeitung sozialer Probleme. Gemeinwesenarbeit geht es um die Verbesserung der Lebensbedingungen in sozialen Räumen im Sinne der dort lebenden Menschen. Gemeinwesenarbeit ist eine sozialräumliche Strategie, welche sich ganzheitlich auf den Stadtteil und nicht pädagogisch auf einzelne Individuen richtet. Sie arbeitet mit den Ressourcen des Stadtteils und seiner BewohnerInnen und fördert Selbstorganisation und Selbsthilfe. Wenn von Gemeinwesenarbeit gesprochen wird, dann ist damit nicht zwangsläufig ein ausgewiesenes Tätigkeitsfeld ausgedrückt, sondern vielmehr ein Arbeitsprinzip, eine Grundhaltung, ein Blickwinkel, eine bestimmte Form der Herangehensweise an Themen- und Problemstellungen. Insofern geht nicht darum, dass Gemeinwesenarbeit als bloße Methode für kirchliche/diakonische Interessen instrumentalisiert wird, sondern dass die Grundhaltung verstanden und Methoden in diesem Sinn umgesetzt werden. Die Gemeinwesenarbeit bietet das Grundverständnis und das notwendige Methodenrepertoire, um qualitative Beiträge zur Aktivierung, Beteiligung und Selbstorganisation der Menschen im Stadtteil zu leisten – im Sinne diakonischer und kirchengemeindlicher Arbeit.

¹ Weiterführend: Hinte/Oelschlägel/Lüttringhaus 2001; Gillich 2004

Im Gegensatz zu klassischen Beratungsansätzen Sozialer Arbeit verlagert die sozialräumliche Sichtweise ihr Hauptaugenmerk von den KlientInnen auf deren direkte Lebensumwelt und versucht, auf der Ebene der kleinräumigen, überschaubaren Strukturen, gemeinsam mit Betroffenen, Veränderungsprozesse zu erreichen. Auf dieser Ebene ist auch das Handlungsfeld einer Kirchengemeinde und der Diakonie.

Diakonische Angebote im Stadtteil im Sinne der Gemeinwesenarbeit

- sind am Willen der Menschen orientiert
- sind auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort zugeschnitten
- sind aktivierend und fördern Beteiligung
- müssen gut zugänglich sein
- haben ressourcenorientierten Charakter
- sind koordiniert.

Handlungsleitende Grundsätze

In der Gemeinwesenarbeit wurden viele Methoden entwickelt, um in einem räumlich begrenzten Gebiet die Sichtweisen, Interessen und Bedürfnisse der dort lebenden Menschen zu erfahren. Darin hat die Gemeinwesenarbeit jahrzehntelange Erfahrungen. Ausgehend von der Erkenntnis, dass Menschen nur bereit sind, sich für etwas zu engagieren, wenn es in ihrem eigenen Interesse ist und sie von der Notwendigkeit überzeugt sind, gilt es herauszufinden, was die Menschen denken und fühlen, was sie als veränderungswürdig ansehen und was sie selber bereit sind zu tun, damit sich etwas verändert. Die grundlegende Programmatik der Gemeinwesenarbeit lässt sich konkretisieren anhand der folgenden *sieben handlungsleitenden Grundsätze*.

Orientierung an den Themen und Interessen der Menschen:

In der Gemeinwesenarbeit, mit einer jahrzehntelangen Tradition der Entwicklung von Beteiligungsformen, geht es grundsätzlich zuerst darum, die Themen der Menschen zu ermitteln und zu verstehen. Das bedeutet nicht, dass ich als Mitarbeiter der Kirchengemeinde oder Diakonie dann alles selber mache. Doch ich nehme Themen wahr, stelle z.B. in Einzelgesprächen fest, dass es im Stadtteil keine Angebote für allein erziehende Frauen gibt, dass für ältere Bewohner kein Treffpunkt zur Verfügung steht usw. Ich nehme Überschneidungen von Themen wahr, frage Menschen, ob und was sie zur Veränderung des beschriebenen Problems beitragen können. Evtl. kann die Kirchengemeinde einen Raum zur Verfügung stellen,

in dem Menschen an ihren eigenen Netzen stricken können, im Stadtteil hat sich eine Gruppe zu einem ähnlichen Thema getroffen oder eine andere Institution hält ein Angebot bereit. Das erfahre ich, wenn ich Bescheid weiß über Möglichkeiten und Ressourcen, die es im Stadtteil gibt: was z. B. Institutionen vorhalten, welche besonderen Qualifikationen Menschen aus dem Stadtteil und/oder Mitglieder aus der Kirchengemeinde oder Diakonie besitzen. Es kann ebenso sein, dass Jugendliche sich langweilen und das Interesse haben, Sport zu betreiben und ich von einem ehemaligen Fußballtrainer weiß, der die Bereitschaft hat, sich zu engagieren. Dann kann es ausreichen, die Menschen zusammenzubringen.

Nachgedacht wird nicht (nur) darüber, was die Zielgruppe(n) interessieren könnte, sondern sie werden direkt nach ihren Wünschen und Bedürfnissen gefragt. Der Ausgangspunkt ist nicht, was sie (vermeintlich) brauchen, sondern was sie vor dem Hintergrund ihrer Lebenslage wollen. Die Menschen sind ExpertInnen ihrer eigenen Lebenswelt. Es geht folglich darum, sich auf die Suche zu machen und die Motivation der Menschen nach Veränderung wahrzunehmen.

Das heißt: Fachkräfte, mit ihrer Institution Teil eines Sozialraums, müssen vor Ort erreichbar sein, Kontakte pflegen und Vertrauen schaffen durch niederschwellige Arbeit. Nur durch die Verortung im Sozialraum mit dem Ohr an den Themen der Menschen können informelle soziale Netzwerke wahrgenommen und erschlossen werden. Gelebte Vorurteilstrukturen und Konflikte, Prozesse von Verarmung und Ausgrenzung können kenntlich gemacht werden ebenso wie das Gelingende, die Stärken und die Alltagssolidarität der Menschen. Beispiele sind Sozialraumerkundungen oder Stadtbegehungen; Untersuchung und Mitgliederbefragung in der Kirchengemeinde, in Einrichtungen etc.; Einrichtungen fragen z. B. ihre Besucher, welche Öffnungszeiten sie wollen.

Förderung der Selbstorganisation und der Selbsthilfekräfte:

Gemeinwesenarbeit ermutigt und unterstützt Menschen, ihre Themen selbst anzupacken. Unterstützung bedeutet, dass Gemeinwesenarbeit den »Rest« macht, also nicht *für* Menschen handelt, sondern – wo immer möglich – *mit* ihnen. Beispiele: Gemeinsam Sozialausschusssitzungen/Gemeinderatssitzungen besuchen; zum Besuch von Kirchenvorstandssitzungen ermuntern; Arbeitsprojekte (z. B. Fahrradwerkstatt) in eigener Verantwortung der Bewohner/Besucher ermöglichen; Einführung von Bewohnerversammlung, -vertretung oder -beirat mit Entscheidungsbefugnis in Einrichtungen

Nutzung der vorhandenen Ressourcen:

Ressourcen werden nicht erst dann zur Verfügung gestellt, wenn Probleme überhand nehmen. Vorhandene Potenziale des Stadtteils wie Nachbarschaften, Wohnräume, spezielle Fähigkeiten einzelner Bewohner oder kommunale Dienstleistungen werden gesucht, gefördert, vernetzt, aktiviert und für bestimmte Projekte nutzbar gemacht. Beispiele: Anlegen von Karteikarten mit einer Übersicht über Ressourcen im Stadtteil; Öffnung von kirchen- oder diakonieeigenen Räumen für den Stadtteil als niederschwellige Kommunikationsräume, z. B. als Stadtteilladen oder Stadtteilcafé.

Verbesserung der materiellen/immateriellen Situation und der infrastrukturellen Bedingungen:

Gemeinwesenorientiertes Handeln bedeutet, einen Beitrag zu leisten zu einer aktiven Stadt(teil)-Entwicklung. Die Förderung neuer Ressourcen orientiert sich am Bedarf des Sozialraums, z. B. durch den Ausbau der ökonomischen und baulichen Strukturen (wie adäquater Wohnraum, Arbeitsplätze, Räume), durch Schaffung von Arbeitstätigkeiten oder durch Angebote wie günstiges Essen oder Second-Hand-Kleidung. Gemeinwesenarbeit konfrontiert Politik, Verwaltung und Gesellschaft beharrlich mit den Lebensbedingungen der Menschen im Stadtteil – von der sachlichen Darstellung über einen fachlichen Diskurs bis zu skandalisierenden Aktionen mit allen zur Verfügung stehenden Elementen nachdrücklicher Öffentlichkeitsarbeit. Gemeinwesenarbeit unterstützt die Entwicklung des sozialen und kulturellen Lebens, des »unsichtbaren Gemeinwesens«, wie soziales Klima, bürgerschaftliches Engagement, Alltagskontakte etc. Beispiel: Tauschbörse.

Zielgruppenübergreifendes Handeln:

Gemeinwesenarbeit beschränkt sich nicht auf eine Zielgruppe (z. B. arbeitslose Jugendliche), sondern stellt Zusammenhänge her zwischen den Gruppen im Wohnquartier und versucht, deren Kooperation zu fördern. Aktivitäten werden aus einem Bedarf, um ein Thema herum organisiert, das in der Regel nicht nur eine Zielgruppe betrifft. Natürlich kann es Themen geben, die nur eine bestimmte Bevölkerungsgruppe betreffen und sich »zielgruppenspezifisch« organisieren. Gleichwohl ist die Betrachtungs- und Herangehensweise grundsätzlich sozialraumbezogen. Praktische Beispiele: Kochkurs in einer zielgruppenspezifischen Institution oder in der stationären Einrichtung, die offen ist für Bewohner aus dem Stadtteil; Filmabende für Stadtteilbewohner in Räumen der Kirchengemeinde oder Diakonieeinrich-

tungen; Mittagstisch im Stadtteilcafé; Arbeitslosenfrühstück; muttersprachliches Angebot (Kultur, Schriftwechsel, Landsleute, Sprachkurs).

Ressort- und methodenübergreifendes Handeln:

Um die Lebensbedingungen im Sozialraum zu verbessern, wird eine bereichsübergreifende Kooperation mit anderen Feldern kommunaler Politik wie Beschäftigungspolitik, Wohnungspolitik, Wirtschaftsförderung, Gesundheitspolitik, Stadtentwicklung usw. gesucht und gefördert. Eine so verstandene Gemeinwesenarbeit kann nicht im Alleingang des »Sozialen« gelingen. Wenn Veränderung gelingen soll, braucht sie Partner in Politik und Verwaltung. Dazu gehört, fallübergreifende (zielgruppenübergreifende) Gemeinsamkeiten von Lebenslagen zu erkennen; mit (bürgerschaftlichen) Organisationen (Nachbarschaften) zusammenzuarbeiten und nicht nur »fallorientiert (zielgruppenorientiert)« zu kommunizieren; Entscheidungsträger in Institutionen und Politik zu erreichen. Beispiele: Moderation von Veranstaltungen als Präventionsrunden über den Bereich des »Sozialen« hinaus.

Vernetzung und Kooperation:

Gemeinwesenarbeit kann nicht von einer Person gemacht werden, wenn das Gemeinwesen als handelndes Subjekt gesehen wird. Vernetzung und Kooperation möglichst vieler Akteure ist nötig. Dabei zielt Vernetzung in zwei Richtungen: Vernetzung der Menschen im Gemeinwesen (Bürger, Betroffene von einem Thema etc.) und Vernetzung der »Professionellen«. Eine wesentliche Aufgabe für Soziale Arbeit besteht schlechthin darin, den Menschen Ressourcen für das Überleben oder für ein besseres Leben zur Verfügung zu stellen bzw. deren Nutzung zu ermöglichen. Diese Arbeit ist Netzwerkarbeit. Räume zur Verfügung stellen, wo die Menschen an ihren eigenen Netzen stricken können: Gleichgesinnte, Nachbarn, Professionelle. Das Gemeinwesen wird zu einem Netzwerk formeller und informeller Beziehungen. Die Bedeutung für Einzelne besteht u. a. darin, dass Unterstützung und Solidarität zu mobilisieren ist. Beispiele wie Stadtteilcafé oder Mehrgenerationenhaus sind niederschwellige Formen, denen als Vernetzungsmöglichkeit eine zunehmende Bedeutung zukommt. Dies setzt niederschwellige Zugangsmöglichkeiten voraus.

Welches sind die damit verbundenen (Konsequenzen und) Forderungen?

Der Blick von Gemeinde und Diakonie muss notwendigerweise auf die Quartiere geworfen werden, in denen Probleme wachsen, in denen Armut,

Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, Wohnungsnot, Überschuldung etc. beheimatet sind und in zu Armutsstadtteilen zusammengewachsenen »Armutsinseln« sichtbar wird. Der Sozialraum ist als Ort des Wohnens, der Existenzsicherung durch Arbeit, des sozialen Austauschs, des bürgerschaftlichen Engagements oder der Teilhabe an gesellschaftlichen Einrichtungen der zentrale Ort der Lebensbewältigung. Die Öffnung von Einrichtungen in und für den Stadtteil als niederschwellige Kommunikationsräume z.B. als Stadtteilladen, Bürgerhaus oder Stadtteilcafé mit der Förderung von Selbsthilfeformen und -initiativen kann eine Möglichkeit sein, nützliche Dienstleistungen anzubieten, und reicht bis zur Suche nach Bündnispartnern im Gemeinwesen. Es müssen Räume sein, wo Menschen sich wohlfühlen können, keine »pädagogische« Bearbeitung zu befürchten haben und an ihren sozialen Netzen stricken können – ohne an eine Dienstleistung als Gegenleistung gekoppelt zu sein.

Dabei geht es zentral um befähigendes Handeln, also um Beteiligung und Aktivierung der Menschen. Denn Beteiligung muss daran orientiert sein, Menschen mit allen zur Verfügung stehenden Mittel zu unterstützen, für die eigenen Belange aktiv zu werden. Dafür benötigen wir neben den notwendigen Strukturen das bürgerschaftliche Engagement oder die Nachbarschaftshilfe, die für sich und für andere Verantwortung übernimmt.

Was bedeutet Beteiligung von Menschen im Stadtteil konkret? Gesellschaftlicher Auftrag ist es, dazu beizutragen, für Menschen und Familien positive Lebensbedingungen zu schaffen, und Sorge zu tragen z.B. für die Erhaltung und Herstellung einer kinder- und familienfreundlichen Umwelt. Das geschieht am einfachsten und am sinnvollsten durch Beteiligung der Menschen. Denn platt formuliert: Was bringt es, wenn ich mir die schönsten Angebote z.B. für die Zielgruppen ausdenke und niemand nimmt die Angebote an? Dies ist häufig die Crux der angebotsorientierten diakonischen und kirchlichen Arbeit. Alle wollen das Beste für die Klientel. Doch die Menschen bleiben fern, weil die Angebote nicht ihren aktuellen Themen entsprechen. Es geht folglich darum, herauszufinden und zu verstehen, welches die Themen der Menschen im Stadtteil sind – was sie bewegt und beschäftigt und woran sie gegebenenfalls bereit sind, etwas zu verändern. Konkret: Wir brauchen zukünftig weniger eine angebots- als vielmehr eine beteiligungsorientierte, Räume anbietende Diakonie.

Ein Beispiel: Einst trauten sich Polizisten nur zu zweit in die Wormser Boostraße, die Hand an der Pistole. Die frühere »Barackensiedlung«, eingezwängt zwischen einer Durchgangstraße und einer Bahnlinie, war ver-

schrien als »Indianerviertel«. Dreihundert Menschen leben in der Wohninsel, ein Drittel von ihnen stammt aus dem Ausland. Arbeitslosigkeit und Armut sind überdurchschnittlich hoch. Heute vermutet niemand mehr Indianer im Wormser Süden. Das Projekt »Soziale Stadt« der Diakonie beteiligt die Bewohner beim Wandel zu einem anerkannten Bürgerquartier. Beim Bewohnertreffen beschließen die Bewohner, was sie ändern wollen. Die ersten Ergebnisse: Jugendliche packen beim Bau eines Bolzplatzes mit an. Kinder und Eltern beteiligen sich an der Planung eines Spielplatzes. Verhandlungen zu einer besseren Busverbindung sind angelaufen. Mit den Erlösen einer Tombola richteten Bewohner sogar ein Gemeinschaftskonto für das Viertel ein: Die Veränderung beginnt im Kleinen, wenn es gelingt, Bewohner an der Entwicklung ihres Stadtteils zu beteiligen (vgl. epd 2006).

Aktivierende Beteiligung ist mehr als eine einmalige Beteiligungsform. Das Methodenrepertoire der Gemeinwesenarbeit hierzu ist üppig. Doch wie schnell stößt Beteiligung an ihre Grenzen. In der Regel dort, wo es um Mit-Entscheiden geht oder um ein »Veto-Recht« bei materiellen Ernstfragen, also dort, wo es um das Verlassen von demokratischen Sandkastenspielen geht. Zum Beispiel bei Öffnungszeiten von Einrichtungen, Umfang und Verwendung von Finanzen und Sachmitteln, bei der selbstbestimmten inhaltlichen Programmgestaltung usw. Beteiligung bedeutet, dass Menschen sich angenommen und ernst genommen fühlen (und werden), das Ergebnis *ihr* Produkt ist, mit dem sie sich identifizieren können, und sie damit offen werden für weitere Themen. Darüber hinaus wird durch Beteiligung der Menschen die Lebensqualität im Stadtteil verbessert, Ressourcenmobilisierung und Ressourcenaufbau werden gestärkt, das soziale Netz wird entwickelt und erweitert, Hilfen und Beteiligung, die an den vorhandenen Ressourcen aus der Lebenswelt der Betroffenen angebunden werden, sind mittel- und langfristig wirksamer. Ehrenamtliches Engagement in Kirchengemeinden oder in der Diakonie ist nicht zuletzt entstanden durch Betroffenheit oder den Willen, zu einem bestimmten Thema etwas zu verändern.

Gemeinde und Diakonie sind zentrale zivilgesellschaftliche Akteure in einem Stadtteil. Sie müssen – gerade als sozialpolitische Akteure – das Bewusstsein haben, Träger öffentlicher sozialer Belange im Quartier sein. Bundesprogramme wie Soziale-Stadt-Strategien oder Mehrgenerationenhäuser sind umzusetzen mit besonderem Blick auf benachteiligte Wohngebiete. Dazu gehört auch auf der Handlungsebene, Ressourcen, welche Gemeinde und Diakonie zu bieten haben, für den Stadtteil zugänglich zu machen.

In Zeiten zunehmender Individualisierung ist es notwendig, in der Diakonie und in den Gemeinden vor Ort Plattformen für Initiativen und Allianzen auf- und auszubauen, in denen Menschen Platz finden für Engagement und Teilhabe. Dazu gehören niederschwellige Orte der Begegnung im Stadtteil. Nur über geschaffenes Vertrauen sind diese Menschen auch für weitere, evtl. auch spirituelle Themen ansprechbar. Die haupt- und ehrenamtlichen Kräfte von Diakonie und Kirchengemeinde bzw. Kirchenkreis sind neben der Bereitstellung von infrastrukturellen und materiellen Ressourcen auch eine wichtige soziale Ressource. Es ist die Realisierung der Nächstenliebe unter den Bedingungen des Stadtteils, die umso gravierender sind, je benachteiligter ein Stadtteil ist. In benachteiligten Stadtteilen leben Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die von gesellschaftlicher Teilhabe weitgehend ausgeschlossen sind. Das Offen-Sein für Ausgegrenzte und Benachteiligte ist ein zentrales Anliegen des christlichen Glaubens. Liebe deinen Nächsten wie dich selbst: Dazu gehört auch gesellschaftspolitisches Engagement, um die Rahmenbedingungen für Benachteiligte und Ausgegrenzte zu verbessern. In Ansätzen ist in der Praxis eine sozialräumlich orientierte Gemeindeentwicklung (Öffnung der Gemeinde für Menschen im Stadtteil, Gemeindediakonie etc.) zu erkennen und weiterzuentwickeln, nicht zuletzt, um Menschen zu erreichen, die für die Kirche ansonsten verloren gehen.

Auch armutsorientierte nützliche Dienstleistungen sind als tathafte Ausdrucksform nicht zu verachten: Suppenküchen, Tafeln, Umsonstläden, Kleiderkammern, Tauschbörsen etc. helfen Menschen in schwierigen Lebenslagen. Sie sind Begegnungsraum für Bessergestellte und Arme. Entscheidend ist, ob wir die Menschen wahrnehmen als Subjekte, die geachtet und respektiert werden wollen. Und ob wir, mit dem zwingenden Blick auf die Würde und die Selbstachtung, Menschen beistehen, ihre Rechte einzufordern.

In der täglichen Arbeit werden Gemeinde und Diakonie sich von den Betroffenen auch weiterhin fragen lassen müssen, was sie, orientiert an deren Bedürfnissen, praktisch zu bieten haben, ob sie diejenigen, die sie vorgeben zu erreichen, auch tatsächlich erreichen und effizient auf das Ziel der Normalisierung der Lebenslage hinarbeiten. Dabei werden Hilfeangebote außerhalb der angestammten Einrichtungen vonnöten sein. Der verstärkte Einsatz von Streetwork wird sich als zentrales Arbeitsfeld weiter entwickeln müssen, um auch diejenigen anzusprechen, denen der Zugang zu möglichst niederschweligen Einrichtungen und sozialen Diensten verwehrt ist. Dabei spielen Nachbarschaft und bürgerschaftliches Engagement eine zentrale Rolle spielen.

Menschen sind zunehmend existentiell auf die Entwicklung und den Aufbau von Netzwerken angewiesen. Die Diakonie muss sich verstärkt in die wohnungs- und arbeitsmarktpolitischen Zieldiskussionen einmischen. Geboten ist eine Öffnung der Diakonie in das soziale und sozialpolitische Gemeinwesen. Gemeinwesenorientierung ist insofern eine zwingende Handlungsebene bei dem Ziel, zum Wohl von Menschen Teil eines tragenden sozialen Netzes zu werden. Dann gibt es Räume, von denen Menschen sagen: Hier kann ich hingehen, hier hört man mir zu, hier treffe ich andere mit ähnlichen Schwierigkeiten. Da gibt es Beteiligungsmöglichkeiten für MigrantInnen, für Menschen aller Altersgruppen. Und es gibt einen hohen Anteil an Menschen, die sich engagieren, dort, wo sie einen Sinn erkennen können und wo die Unterstützung konkret fassbar ist.

Literatur

- Benedict, Hans-Jürgen (2004): Die Kirche und das soziale Handeln in der Stadt. Eine Ortsbestimmung am Beispiel Hamburgs, in: Pastoraltheologie 93, S. 482-498
- Bergs, Manfred/Kietzell, Dieter von (1982): Gemeinwesenarbeit und Kirchengemeinde. Ein Plädoyer für ein Verbundsystem sozialer Arbeit im Wohnbereich, in Pastoraltheologie 71, Heft 3, S. 119-126
- Diakonisches Werk Bayern (2006): Nachbarschaftsbuch vom Zusammenleben. Wir AG
- Dörner, Klaus (2006): Kirche und Diakonie in der Effizienzfalle. Die Zivilgesellschaft durch einen Teilrückzug der professionellen Hilfe stärken, in: epd Dokumentation 13/2006
- Evangelischer Pressedienst (3.03.2006): Vom »Indianerviertel« zum Bürgerquartier, S. 9
- Gillich, Stefan (2004): Gemeinwesenarbeit: Die Saat geht auf, Grundlagen und neue sozialraumorientierte Handlungsfelder, Gelnhausen
- Hinte, Wolfgang/Lüttringhaus, Maria/Oelschlägel, Dieter (2001): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit, Münster
- Oelschlägel, Dieter (2001): Lebenswelt oder Gemeinwesen? Anstöße zur Weiterentwicklung der Theorie-Diskussion in der Gemeinwesenarbeit, in: Hinte, Wolfgang/Lüttringhaus, Maria/Oelschlägel, Dieter (2001): a.a.O., S. 38-43
- Oelschlägel, Dieter (2002): Grundlagen der Gemeinwesenarbeit, Internet: www.quarternet.de, 03/2002

Integrierte Angebote brauchen einen Ort – die Idee lokaler Zentren

Reinhard Thies

Das Thema¹ unterstellt die These, nach der es zur Gestaltung von integrierten Angeboten im Gemeinwesen *einen* Ort im Stadtteil bzw. Quartier geben soll. Die Frage ist aber: Brauchen wir nicht nur nicht einen Ort, brauchen wir nicht vielmehr verschiedene Orte als Sozial- bzw. Nachbarschaftszentren, die sich für die unterschiedlichen Bürgergruppen im Gemeinwesen öffnen und die trotzdem den besonderen Anforderungen der einzelnen Zielgruppen und Aufgabenstellungen vor Ort gerecht werden? Oder stellt sich vielmehr die Frage, ob wir in einem dieser Orte/Zentren oder darüber hinaus noch mal einen besonderen Schlüssel- und Kristallisationsort als lokales Gemeinwesenzentrum brauchen, der sozusagen als Ort des »gemeinsamen Handelns im Stadtteil/Quartier« alles zusammenführt und »abbildet«? Ich halte es für wichtig und richtig, in diesem Sinne die Idee lokaler Zentren als neuen Impuls für Gemeinwesenarbeit weiter zu entwickeln, das »versäulte« Handeln zu überwinden und Orte der Nachbarschaftsentwicklung bzw. zur Milieuvernetzung zu kreieren. Im Folgenden werde ich dazu vor allem Rahmenbedingungen aus der Sicht eines Trägers beschreiben, der sich über seine lokalen und regionalen Diakonischen Werke und Mitgliedsorganisationen bundesweit in der Sozialarbeit nicht nur in Sozialen Brennpunkten engagiert, der aber auch Nachholbedarf hinsichtlich der Zuwendung zum Arbeitsprinzip der Gemeinwesenarbeit und Gemeinwesenorientierung seiner Einrichtungen und Dienste hat.

Örtliche Kirchengemeinden haben in den Quartieren in Partnerschaft mit Diakonischen Werken vor Ort durchaus Schlüsselstellungen. Beide sind mit ihren Einrichtungen und Angeboten in Quartieren vor Ort, mit ihrem Personal und ihrer Eingebundenheit in die lokale Zivilgesellschaft sind sie darüber hinaus Kenner der örtlichen »öffentlichen Belange« und oftmals »anwaltliche Instanz« für durchsetzungsschwache Gruppen im Quartier. Mit ihren Liegenschaften, sprich Kirchengebäuden und Gemeindehäusern sowie Infrastruktureinrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, sind sie

¹ Der Beitrag ist ein überarbeiteter Vortrag, den der Autor auf der E&C-Konferenz »Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche – Zukunftsfähige Konzepte sozialer Koproduktion in sozialen Brennpunkten« gehalten hat, die am 11. und 12. Mai 2006 in Leipzig stattgefunden hat

starke Partner in der Stadtteilentwicklung. Allerdings sind sie in den Prozessen der Stadtteilentwicklung nur mehr oder weniger stark einbezogen.

Ich stelle immer wieder fest, dass auch Kirche und Diakonie – wie fast alle Akteure aus dem sozial-kulturellen Sektor – nur unzureichend an integrierter Strategieentwicklung beteiligt sind. Das hat mit der mangelnden Kooperationserfahrung und -bereitschaft von Politik und Planungsinstanzen zu tun, aber ebenso auch mit den nach wie vor sehr versäulten Arbeitsstrukturen in der sozial-kulturellen Arbeit. In allen Verbänden haben wir diese Strukturen (»wir sind zuständig für die Kinder«, »wir sind zuständig für die Jugend«, »wir sind zuständig für Beratungsdienste bei Migrant*innen« usw.) ebenso wie in den öffentlichen Verwaltungen. Insofern ist es schon bemerkenswert, dass das Diakonische Werk der EKD die Projektstelle »Soziale Stadt« eingerichtet hat, die diese integrierte Programmstrategie auf Bundesebene begleitet und unterstützt. Zu den Aufgaben gehört, Landesverbände, örtliche Träger und Partner zu unterstützen, ihr Gemeinwesenprofil und ihr Gewicht in der »Sozialen Stadt« und in sozialen Brennpunkten zu stärken, das Thema Armut in den sozialräumlichen Kontext zu stellen und neue Formen der Kooperation oder Koproduktion in den Quartieren zu organisieren.

Nun ist diese Erkenntnis eigentlich nicht neu. Durch E&C (Entwicklung und Chancen junger Menschen), Soziale Stadt und LOS (Lokales Kapital für soziale Zwecke) hat der Sozialraumansatz eine deutliche Renaissance erfahren, und das ist auch gut so. Es ist weiterhin wichtig, dass wir durch die entsprechenden Programme auf Bund- und Länderebene starke Unterstützung für diese Standorte finden. Die Förderung von Sozialer Stadtentwicklung in kommunalen Brennpunkten muss als dauerhafte Gemeinschaftsaufgabe verstanden werden. Wir haben inzwischen gute Beispiele, von denen man in allen Bereichen viel lernen kann, ob in der öffentlichen Verwaltung oder in den Verbänden oder bei Projektansätzen vor Ort, aber es ist noch kein Flächenphänomen. Ich will darauf aufmerksam machen, dass es derzeit auf Bundesebene um die Erweiterung des Programms Soziale Stadt geht. Wir haben dort in den letzten Jahren von Bundesseite 70 Millionen Euro Förderung, die sich ergänzt durch ein Drittel Land und ein Drittel Kommunen, also wurden bis heute 210 Millionen Euro für Soziale Stadt aus dem Städtebau eingesetzt. Der Bund will im laufenden Haushaltsjahr 40 Millionen Euro mehr einsetzen, was sich durch die Komplementärfinanzierung der anderen Ebenen auf 110 Millionen Euro verdreifacht. Es sollen insbesondere Modellvorhaben im nicht-investiven Bereich gefördert werden. Es geht dabei schwerpunktmäßig um Fragen der Bildung im Stadt-

teil, der Integration im Stadtteil und der lokalen Beschäftigung/Ökonomie, also um drei Bereiche, die den Schwerpunkt Städtebau ergänzen, stärker »in die Menschen zu investieren« und die Kritik im Ansatz aufgreifen, dass bisher der Städtebau (»Investition in die Steine«) dominiert hat. Es wird jetzt darauf ankommen, innovative Maßnahmen zu entwickeln, die lokale Zentren mit Leben erfüllen, Partizipation ermöglichen sowie Kooperation und Know-how bündeln. Die örtlichen Netzwerke sind herausgefordert, entsprechende Modelle zu kreieren und zu gestalten. Es besteht vielleicht die einmalige Chance, Investitionsvorhaben mit passgenauen lokalen beschäftigungswirksamen und sozialpolitischen Projekten zu koppeln.

Im Folgenden werde ich mich beschäftigen:

1. Mit einem Beispiel, in dem eine Kirchengemeinde sich aufmacht, ein traditionelles evangelisches Gemeindehaus zu einem geöffneten Nachbarschaftszentrum zu entwickeln, wodurch die Beteiligten neue Rollen und Funktionen erkennen müssen.
2. Mit Orten der Nachbarschaften, in denen Ansatzpunkte integrierten Handelns zu finden sind.
3. Mit Rahmenbedingungen zum Ausbau lokaler Zentren
4. Mit Anknüpfungspunkten zur Entwicklung von Gemeinwesenzentren.
5. Mit den Rollen und den Beiträgen von Kirche und Diakonie zur Verwirklichung dieses Ansatzes.

1 Vom Gemeindehaus zum Nachbarschaftszentrum (NBZ)

In einer mittelhessischen Kreisstadt hat sich eine Kirchengemeinde auf den Weg gemacht, Kirchenarbeit, Gemeindegemeinschaft neu zu verstehen. Es handelt sich dabei um ein Soziale-Stadt-Gebiet, in dem durch Migration und Armutsentwicklungen und Veränderung in dem Industriestandort viele Armutsprobleme aufgetaucht sind. Dort hat man gesagt: Wir krepeln auch das Kirchengebäude um, den sakralen Raum reduzieren wir auf eine ganz kleine Einheit und öffnen das Kirchengebäude für Angebote des Stadtteiles; wir wollen unser Profil als diakonische Gemeinde stärken und schärfen. (»Unsere Kirche zu einer Herberge für alle machen«, so definieren es die Beteiligten). Das heißt, sie kümmern sich nicht mehr nur um den »Verein der Christen«, der sich bisher in und um das Kirchengebäude gruppierte, sondern man hat gesagt, wir wollen neben unserem Kirchengebäude auch unser Gemeindehaus zu einem Nachbarschaftszentrum (NBZ) für alle öffnen. Schlüsselpersonen aus dem Stadtteil haben sich zusammen mit

der Kirchengemeinde bei der Stadtpolitik und beim Land dafür eingesetzt, dass dieser Standort in das Programm Soziale Stadt aufgenommen wurde. Es hat sich also über einen starken Impuls aus der örtlichen Kirche eine breite Lobby im und für den Stadtteil entwickelt. Die Kirchengemeinde hat inzwischen zusammen mit einem Planungsbüro das Quartiermanagement übernommen. Nicht irgendein Externer, der mit dem Stadtteil erst mal gar nichts zu tun hat, hat hier den Zuschlag bekommen, die Kirche als ein vor Ort relevanter Partner hat das Quartiermanagement mit Fachpersonal besetzt. Nun wird damit begonnen, das angrenzende Gemeindehaus, das in die Jahre gekommen und für kirchliche Bereiche überdimensioniert ist, zum Nachbarschaftszentrum zu entwickeln und dort verschiedene Projekte und Dienste für den Stadtteil vor Ort anzusiedeln. Von Diakonie bis Arbeiterwohlfahrt (AWO), von interkulturellen Vereinen über Bildungsträger bis zur Kirche selbst, aber insbesondere auch Bürgergruppen und Selbsthilfeinitiativen sollen dort Gestaltungs- und Entfaltungsmöglichkeiten erhalten. Die Kirchengemeinde bringt ihre angesparte Renovierungs-Rücklage ein und die Öffentliche Hand setzt über das Programm »Soziale Stadt« den Anteil für dieses Leuchtturm-Projekt Nachbarschaftszentrum ein. Der Umbau zum Nachbarschaftszentrum ist so gut wie beschlossen, über neue Trägermodelle wird unter den Beteiligten heftig diskutiert, eine »Treuhänder«-Trägerschaft durch das örtlich Diakonische Werk oder eine Trägerverbundlösung ist nicht ausgeschlossen.

Natürlich lief und läuft nicht alles widerspruchsfrei unter den Beteiligten. Der Kirchenvorstand musste sich mit der Frage befassen, was denn wirklich Schwerpunkt der Gemeindearbeit ist oder sein soll. Es gibt Kräfte, die sagen, wir sollten uns auf unser Kernaufgaben besinnen (»taufen, verheiraten, beerdigen und die pastorale Arbeit«, »was haben wir eigentlich mit diesen Dingen alles zu tun?«, »was hängen wir uns hier alles ans Bein?«) Im Kirchenvorstand hat sich die Haltung durchgesetzt, neben der »Verkündigungsgemeinde« (durch das Wort) auch das Profil der »diakonischen Gemeinde« (durch die Tat), nämlich sich der Gemeinwesenauflage in einer kulturell vielfältigen und vom wirtschaftlichen Wandel stark beanspruchten Gemeinde zu stellen. Auf den nächsten Ebenen mit dem Kirchenkreis und der Landeskirche gab es ähnliche Diskurse, aber auch die Frage, ob man nicht durch die Förderung durch die Öffentliche Hand Nutzungsaufgaben erhält, die eigene Handlungsspielräume preisgeben.

Im interkulturell geprägten Stadtteil wurde und wird diskutiert, ob durch die Bindung an die Kirche tatsächlich ein Ort für alle entsteht. Die Muslime und Moschee-Vereine im Stadtteil thematisierten ihre Option auf

Nutzung der Räume. Es gibt nach wie vor Debatten zu Nutzungsrahmen, Vertragsgestaltung und gemeinschaftlicher Trägerschaft. Schon heute wird das Gemeindehaus von der örtlichen »Tafel« genutzt. Neben der Verteilung von Lebensmitteln an Bedürftige wird über eine Stadtteilküche Mittagsversorgung im Stadtteil organisiert. Inzwischen sind mehr als fünfzig Arbeitsgelegenheiten entstanden, die überwiegend von ALG II-Empfängern wahrgenommen werden. Auf Selbsthilfebasis werden Integrationskurse angeboten und vieles mehr.

Für einige Gemeindemitglieder »wird es manchmal zu viel«. Sie beklagen den Verlust ihrer Traditionsgemeinde; manche empfinden die Öffnung zu den Armutsfragen als stigmatisierend für den Stadtteil und die Gemeinde und wenden sich von der Gemeinde ab. Aber es gibt auch neues Interesse am Gemeinwesen. Für die Kirchengemeinde wird ein neues Gemeindeleben auch außerhalb des traditionellen Gottesdienstes wahrgenommen, das viele Christen und Nichtchristen an das entstehende lokale Zentrum (Nachbarschaftszentrum) inmitten einer vielfältigen lokalen Infrastrukturlandschaft über Kindertagesstätte, Jugendzentrum, Schule, Sportlerheim, Moschee und so weiter hinaus bindet. Ein spannender Prozess, der noch nicht zu Ende ist.

2 Orte der Nachbarschaften in Sozialen Brennpunkten

Soziale Brennpunkte haben ein Imageproblem, sie werden von innen und außen als unattraktiv wahrgenommen. Deshalb brauchen sie attraktive öffentliche Räume und Orte und eine differenzierte sozial-kulturelle Infrastruktur. Den Beteiligten muss klar sein, dass eine Imageverbesserung und Wertsteigerung in einem solchen Stadtteil nur dann entsteht, wenn Dienstleistungs- und Infrastrukturangebote für die Menschen vor Ort und auch für Auswärtige, die nicht in diesem Stadtteil wohnen, interessant werden. Es muss Aufmerksamkeit auf diese Stadtteile gelenkt werden, die auch in den Quartieren verankert ist, indem dort vorhandene Potenziale besonderes gefördert und als »Highlights für die Gesamtstadt« herausgestellt werden. Dies kann auch ein Beitrag zur Verhinderung von Abwanderungsprozessen sein und die Bindung der Anwohnerschaft an ihren Stadtteil stärken. Notwendig sind qualifizierte Angebote für *alle* Zielgruppen, die für diese auch niedrigschwellig erreichbar sind. Diese müssen für und mit den spezifischen Zielgruppen gestaltbar sein, damit sich die Nutzergruppen diese auch aneignen können. Damit das gelingt, ist eine enge Abstimmung durch die Sozial- und Raumplanung notwendig.

Eine erfolgreiche Partizipation der beteiligten Akteure macht es zwingend notwendig, dass schon bei der Planung die potenziellen Nutzergruppen einbezogen werden. Die Akteure der Sozialarbeit müssen dazu mit den Architekten und Fachplanern Hand in Hand arbeiten, es geht um Abwägung von sozialen und räumlichen Belangen bzw. Rahmenbedingungen und in der Regel geht es um zwei Etatbereiche (Investitions- und Verwaltungsbereich), die hier verzahnt werden müssen. Hier muss für alle Beteiligten weitgehende Transparenz auch bei den Kosten und vor allen Dingen Klarheit über die Perspektiven der Investitionsentscheidungen hergestellt werden. Es muss in diesem Zusammenhang auch über »den Masterplan« für die Stadt(teil)entwicklung gesprochen werden und über die Wirkungen einzelner Vorhaben auf das betreffende Stadtgebiet/Quartier, die die Förderzeiträume übersteigen. Oft sind Planungshorizonte von fünf bis zehn Jahren zu kurz, um Auswirkungen und Bindungen aus den Planungsentscheidungen beurteilen zu können.

2.1 Orte der Zielgruppen und Handlungsfelder

Unterschiedliche Zielgruppen in Sozialen Brennpunkten brauchen spezifische Orte und Räume zur Gestaltung und Aneignung. Das gilt sowohl für die verschiedenen sozialen Infrastruktureinrichtungen, die sich an verschiedene Zielgruppen richten, als auch für Bürgergruppen und Vereine, die sich selbst organisieren. Man kann nicht alles unter ein »Dach« bringen. Zum Beispiel kann sich die Schule im Stadtteil zu einem Bildungszentrum entwickeln, sie wird aber ihren Grundcharakter als Ort der Bildung für die Zielgruppe der Schülerinnen und Schüler in bestimmten Altersgruppen zunächst nicht überwinden. Auch wird eine Kindertagesstätte als Tagesbetreuungseinrichtung für Kinder im Vorschulalter ihren Kernauftrag erfüllen, sie kann sich aber zu einem Kinder- und Familienzentrum entwickeln und weitergehende Aufgaben als Familienbildungsstätte und Beratungszentrum mit einbeziehen. Auch Alteinrichtungen und Sozialstationen können sich zu Orten der Begegnung in Nachbarschaften weiterentwickeln, ohne dass sie die Grundversorgung im Alter und bei Krankheit aufgeben. Das heißt, dass jeder »Ort der Zielgruppe« sich zu einem spezifischen sozialkulturellen Zentrum der lokalen Infrastruktur entwickeln kann, wenn er sich für andere Zielgruppen und als Raum und Ort für Selbstorganisation, Begegnung, Kommunikation und Vernetzung öffnet. Es wird spannend, wie sich Zielgruppenorte zu Gemeinwesen-Stützpunkten und neuen zielgruppenübergreifenden Kooperationen organisieren lassen.

Gleiches gilt für unterschiedliche Interessensgruppen, Communities und Gruppen der Ortspolitik. Lokales Vereinsleben braucht geeignete und ausreichende Räume zur eigenständigen Entfaltung. Zum Beispiel braucht jeder Sportverein seinen Raum und seine Gelegenheiten zur Gestaltung seines Vereinslebens; er ist nicht einfach in irgendein Schul- oder Kindertages- oder sonst wie Zentrum zu integrieren. Sicher gibt es Verbindungslinien, wie man verschiedene Aktivitäten und unterschiedliche Gruppen miteinander zusammen bringen kann.

Einrichtungen für Zielgruppenprojekte müssen offen sein für Nachbarschaften, damit (auch Konflikt-) Erfahrungen unter den Gruppen im Sinne einer Milieuvern计时ung möglich sind, indem verschiedene zielgruppenspezifische Orte Verbindungen untereinander haben. Sonst entwickeln sich tatsächlich Parallelgesellschaften, denen im Übrigen nicht nur die muslimischen, sondern auch die christlichen Gemeinschaften Vorschub leisten. Darüber hinaus ist mit den Zielgruppen abzuwägen, welche Räume im Stadtteil selbst beziehungsweise noch kleinräumiger im Quartier vorzuhalten sind, oder wie man das auch in einen größeren räumlichen Kontext stellen kann und muss. Ich glaube, das sind wichtige Aspekte, die man auch mit den Akteuren und Zielgruppen klar besprechen muss.

Ähnliches gilt auch für die verschiedenen Arbeitsbereiche und Handlungsfelder. Soziale Brennpunkte brauchen geeignete Orte zum Ausgestalten der Aufgaben, die sich im Stadtteil stellen, die niedrigschwellig, aneignungsfähig und bedarfsgerecht sind. Dazu gehören insbesondere lebensweltbezogene Zentren und Räume zur Ausgestaltung gemeinwesenbezogener Projekte u.a. in den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe; Familienbildung; Seniorenarbeit; sozial-kulturellen Arbeit; Integration; Bildungsarbeit; Qualifizierung; lokale Beschäftigung; Sport und Gesundheit; Ökonomie/Gründerzentern; Politikgestaltung/ politischen Bildung. Wie sich dafür Orte und Räume finden und organisieren lassen, ist stadtteil- und quartiersspezifisch zu klären. Wichtig ist nur, vorhandene Arbeits- und Organisationsstrukturen immer wieder auf ihre Wirkung hin zu überprüfen und arbeitsbereichs- und handlungsfeldübergreifende Projekte im Sinne einer sachgerechten Kooperation/Koproduktion zu entwickeln.

2.2 Orte des bürgerschaftlichen Engagements

Es bedarf öffentlicher Räume und Orte zur Entfaltung von bürgerschaftlichem Engagement. Ich will noch einmal betonen, wir brauchen Orte, an denen Kommunikation, Versammlung von BürgerInnen und von Nachbar-

schaften selbst organisiert stattfinden kann, im Gegensatz zu Orten, an denen öffentliche Verwaltung, freie Träger oder wer auch immer »Angebote macht«. Notwendig sind die klassischen Formen der Selbstorganisation/-verwaltung, wie zum Beispiel das Sportlerheim, das vom Sportverein wohlmöglich mit »Muskelhypothek« selber gebaut und gestaltet wurde sowie in Eigenregie bewirtschaftet wird. Oder auch die moslemische Gemeinde, die in ihren Gebets- und Versammlungsräumen eigenes Vereins- und Gemeinschaftsleben organisiert. Es müssen Räume und Orte entstehen, die auch geeignet sind zur Animation von bürgerschaftlichem Engagement »im Kellergeschoss der Gesellschaft«. Hier ist Förderung und Unterstützung notwendig im Sinne einer »Kultur des Ermöglichens«, die nicht nur die traditionell Starken im Stadtteil erreicht, sondern die ganz bewusst die Fähigkeiten und Potenziale von Gruppen fördert, denen sich Wege und Ressourcen aus den Bereichen der Sport-, Kultur-, Bildungs-, Wirtschaftsförderung und so weiter nicht sofort erschließen.

Diese sind Voraussetzungen für Community-Entwicklung, Partizipation, Selbstverwaltung. Die Stärkung von Gruppen-, Vereins- und Netzwerkentwicklung vor Ort und die Bildung von Foren ist Voraussetzung für die Gestaltung von Ortpolitik und für die Vitalisierung lokaler Demokratie. Gegebenfalls müssen neue Ansätze gefunden werden, die nicht von vornherein bei einem etablierten öffentlichen oder freien Träger angesiedelt sind; vielmehr müssen mit den Menschen vor Ort Nachbarschaftsvereine, nachbarschaftliche Bürgerstiftungen, Freiwilligen-Agenturen/-Börsen, Fördervereine und so weiter gegründet werden, die neue Formen der Selbstorganisation und Eigenverantwortung entwickeln, die von klassischen Akteuren lediglich unterstützt und ermöglicht werden. Insofern stellen sich neue Fragen, wie Gemeinwesenzentren als Orte und Zentren der Nachbarschaften in bürgernahe Träger- und Nutzungsorganisationen verwaltet und geleitet werden.

3 Rahmenbedingungen zum Ausbau lokaler Zentren

Die Idee der Gründung lokaler Zentren braucht die Unterstützung aller Akteure des sozialen Netzwerkes im Quartier. Es geht insbesondere um die Akzeptanz der Bürgerschaft, die Aufmerksamkeit und Förderung von Politikverwaltung, Verbänden, Kirchen und, ich betone es ausdrücklich, der örtlichen Wirtschaft sowie der Wirtschaft darüber hinaus, denn, das scheint mir wichtig, mit diesen Akteuren muss man auch ins Gespräch

kommen, weil sie ja auch ein unmittelbares Interesse haben müssen, dass Stadtteilentwicklung in diesen Quartieren funktioniert und dass Wertschöpfungsketten, von denen sie profitieren, in den Stadtteilen aufrechterhalten bleiben. Insofern entwickeln sich lokale Zentren im Verbund zu Gemeinwesenzentren und es entstehen Orte zur Bearbeitung der Lokalen Agenda. Diese bilden ein – vielleicht auch virtuelles – Dach für Akteure im Stadtteil, sind Orte für Netzwerke auch unterschiedlicher Communities, schaffen Foren für Projektentwicklung, erproben neue Wege und schaffen neue Spielräume. Sie sind ständige Planungswerkstatt mit den Beteiligten. Gemeinwesenzentren sind Orte der interkulturellen Nachbarschaftshilfe, des bürgerschaftlichen Engagements vor Ort, sie sind Orte für formelle und informelle Bildung, Partizipation, Einmischung, Lobby, Politikgestaltung und zur Identitätsentwicklung im Gemeinwesen.

Die Weiterentwicklung von Einrichtungen zu lokalen Zentren und die Gründung von Gemeinwesenzentren braucht auch ein handlungsfähiges Management in der Koproduktion und Kooperation, was dann auch die Fragen nach Quartiermanagement aufwirft. Mit dem Konzept und der Förderung von »Soziale Stadt« ist man dazu deutlich vorangekommen. Oft haben sich Gemeinwesenzentren als räumlich eigenständige Quartierszentren oder spezifische Orte und lokale Zentren zu einem Netz von Nachbarschaftsagenturen entwickeln lassen, die durch die Organisationseinheit eines »Stadtteil-/Quartierbüros« Ressourcen bündeln und verschiedene Akteure, von Schule bis Kindertagesstätte, von Jugendeinrichtung bis Kirchengemeinde unter einen gemeinsamen strategischen Ansatz stellen.

3.1 Abgestimmte Rahmenkonzepte

Abgestimmte Rahmenkonzepte sind Voraussetzung für das Entstehen von Gemeinwesenzentren. Sie basieren im Wesentlichen auf der Initiative von Schlüsselakteuren in den Quartieren und Stadtteilen, die fähig und in der Lage sind, Initiative zum gemeinsamen Handeln zu entwickeln. Die Schlüsselpersonen müssen ihr Eigeninteresse einem Gemeinschaftsinteresse zuordnen können und darauf abstellen, dass Win-Win-Situationen entstehen. Es geht um das Herausfinden von Bedarfslagen in einer Quartiers- oder Stadtteilsituation, die sich für alle Partner gleichermaßen darstellen und die jeder Einzelne für sich nicht bearbeiten kann. Es müssen Lösungen produziert werden, die nicht von Misstrauen und Konkurrenz dominiert sind, sondern Gemeinsames herausstellen und Aufgaben- und Ressourcenteilung planvoll miteinander verbinden.

In Kapitel 1 ist das Beispiel aus Mittelhessen beschrieben. Akteure aus dem Stadtteil haben sich zusammengefunden, um gemeinsam das Programm Soziale Stadt in diesen Stadtteil holen; was ein Akteur allein gar nicht geschafft hätte. Schon dieser gemeinsame Erfolg schafft die Grundlage zu einem Kooperationsansatz, um ein – auch kostenintensives – Nachbarschaftszentrum gemeinsam zustande zu bringen. Die Idee von Gemeinwesenzentren betont auch die Idee der gemeinsamen Planung, Konzeptentwicklung und Umsetzung; womöglich auch von gebietsbezogenen gemeinsamen »Leuchtturm«-Projekten. Sie baut auf die Bereitschaft zum trägerübergreifenden Handeln im Hinblick auf Vertragsmanagement, Finanzmanagement und Nutzungsmanagement und konstituiert damit lokale Entwicklungspartnerschaft.

3.2 Belastbare Trägerstruktur

Das Management von Gemeinwesenzentren fordert eine belastbare und handlungsfähige Trägerstruktur, die von Schlüsselakteuren gestützt wird. Akteure aus allen Bereichen, also auch aus der öffentlichen Verwaltung und Politik, aus Wirtschaft und dem dritten, zivilgesellschaftlichen Sektor müssen eingebunden werden. Ich schlage vor, die Favorisierung eines intermediären Trägers vorzusehen, der zwischen Bürgerschaft und Öffentlicher Hand agiert. Dies kann nur gelingen, wenn sich eine faire Nutzungspartnerschaft konstituieren lässt, die sich nicht nach dem Motto organisiert, »ich hab jetzt den Fisch gefangen und ihr müsst euch nach meiner Vorgabe richten«. Dieser Findungsprozess ist oft nicht einfach, er basiert auf gegenseitigem Respekt und Vertrauen, aber auch auf einer soliden Grundfinanzierung des Gemeinschaftsprojektes. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass nur umgeschichtet wird und jeder ein Bisschen abgibt. Es muss für jeden wahrnehmbar werden, dass etwas Neues entsteht, das nicht nur unter quantitativen, sondern vielmehr auch unter qualitativen Aspekten neue Gestaltungsspielräume schafft.

Als mögliche Träger- und Bewirtschaftungsstruktur bieten sich Trägerverbünde der Akteure an. Es gibt gute Beispiele, wo sich Stadtteilkonferenzen neu konstituiert bzw. Planungsgruppen nach § 78 des SGB VIII gegründet haben. Daraus sind gemeinsame Trägerschaften entwickelt worden, die als eingetragene Vereine im Sinne von Trägerverbünden für solche Gemeinschaftseinrichtungen und Gemeinwesenzentren Verantwortung übernommen haben. Es gibt andere Modelle, die davon ausgehen, dass man sich einig ist, dass einer der Beteiligten treuhänderisch beziehungsweise feder-

führend für die Gemeinschaft aktiv wird und wohlmöglich auch das Quartiermanagement übernimmt. Es gibt auch Beispiele für bürgerschaftliche Trägermodelle; wo sich z.B. Nachbarschaftsvereine, also Akteure aus Bewohnerschaft und Schlüsselakteure aus dem Umfeld dieser Siedlungen beziehungsweise Quartiere zivilgesellschaftliches Engagement, bündeln. Oft sind hier »starke Partner« zur Unterstützung nötig, die professionelles Wissen und eigene Ressourcen einbringen können. Auch bieten sich genossenschaftliche Modelle oder Nachbarschaftsstiftung als geeignete Organisationsformen an. Dazu gibt es einige Pilotprojekte, die unter Einbeziehung von Bürgerstiftungen zukunftsweisend Wege aufzeigen, neue Ressourcen zu erschließen und kooperative Organisationsformen zu schaffen.

3.3 Kompetentes Stadtteil-/Quartiermanagement

Als dritte Rahmenbedingung ist ein kompetentes, auch auf Nachhaltigkeit angesetztes Quartiermanagement bzw. Stadtteilmanagement notwendig. Ein Quartier-/Stadtteilbüro als Anlauf- und Koordinationsstelle im Quartier wäre als Minimum zu organisieren. Dieses hat themen- und handlungsfelderübergreifende Aufgaben zu bearbeiten. Es muss eine Kernorganisationseinheit entstehen, die sich für alle Beteiligten als Unterstützungsfunktion für Gemeinwesenaufgaben darstellt und für diese im Sinne einer Ergänzung wahrgenommen werden kann. Mit dem Stadtteilbüro entsteht ein Kompetenzzentrum der Gemeinwesenakteure, das vor Ort eine Info- und Beratungsbörse und eine Schaltstelle für Kommunikation und Moderation in den Quartieren darstellt. In diesem Gemeinwesenarbeitszentrum entsteht die »Geschäftsstelle der lokalen Entwicklungspartnerschaft« im Sinne einer Agentur für Empowerment für bürgerschaftliches Engagement. Hier ist der Ort für partnerschaftliche Projektentwicklung und lokale Impulssetzung.

Insofern bieten Gemeinwesenzentren Räume und Gelegenheiten für die Gestaltung von Aufgaben und Projekten, die an Schnittstellen zwischen Bürgerschaft, Stadtteilakteuren, Verwaltung und Politik zu verorten sind. Darüber hinaus ist es notwendig, die Akquise von neuen Ressourcen und die Einwerbung von einer Vielzahl von Programmmitteln zu professionalisieren. Hier stellt sich im Rahmen von Quartier- und Stadtteilmanagement eine große Zukunftsaufgabe. Es gilt, Kapazitäten vorzuhalten, die ständig neue »Projektförderungen« aufspüren, um diese für die Umsetzung von Vorhaben abrufbar zu machen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, neben der Notwendigkeit, Dienste und Einrichtungen der Grundversor-

gung im Stadtteil über »Pflichtleistungen« und ergänzende (präventiv wirkende) »Stadtteilbudgets« zu sichern beziehungsweise weiterzuentwickeln. Dazu ist es zwingend, dass in der Kommunalverwaltung »Gebietsbeauftragte« als Ansprechpartner und zur Koordination der Fachämter zu Verfügung stehen. Hier kommt der externe Akteur an Grenzen, die nur überwunden werden können, wenn auch die lokale Politik den Sozialraum- und Gemeinwesenansatz nachhaltig unterstützt und zur Handlungsmaxime des Verwaltungshandelns aufwertet.

3.4 Projektentwicklung in Koproduktion

Im Gemeinwesenzentrum laufen die Fäden zur »Erdung« von Integrierten Handlungskonzepten und Lokalen Aktionsplänen für die Stadtteil- und Quartierentwicklung zusammen, wie es die Konzeption »Soziale Stadt« und »LOS« vorsehen. Die Gemeinwesenakteure sind wichtige Transporteure von Einschätzungen, die in der Quartiersgemeinschaft wahrnehmbar sind. Auch sind sie Partner für Planungsinstanzen innerhalb von Verwaltung und Politik. Gemeinwesenakteure sind Schlüsselakteure bei der Erarbeitung und partizipativen Umsetzung von Integrierten Handlungskonzepten und Lokalen Aktionsplänen (auch im Sinne von § 78 SGB VIII, wo die Abstimmung von Vorhaben ja vorgesehen ist).

Die Gemeinwesenzentren sind Orte der Kooperation, schaffen Gelegenheit zum gemeinsamen Planen und Entwickeln, Durchführung von Projekten und bilden den Rahmen für die Bildung von Lobby für den Stadtteil und seine Quartier. Auch bei der Projektentwicklung in Koproduktion muss, wie bei der Entwicklung von Gemeinschaftszentren, das Prinzip des fairen Interessenausgleichs unter den Beteiligten gelten, wobei ein »Wettbewerb der Ideen« und die Eigeninteressen der einzelnen Projektträger als kreatives Moment zu werten sind. Wichtig ist allerdings, dass die Beteiligten gemeinsame Ziele für die soziale Stadtteilentwicklung definieren und bei der Entwicklung von Einzelprojekten weitgehende Transparenz gesichert ist.

3.5 Stabile Finanzierungsbedingungen

Als entscheidende Rahmenbedingung für das Gelingen von Gemeinwesenarbeit ist die politische Verständigung auf stabile Finanzierungsbedingungen zwingend. Es ist zukünftig nicht davon auszugehen, dass für Gemeinwesenarbeit bzw. Quartiermanagement eine stetige Förderung gesichert ist.

Vielmehr wird dafür immer wieder aufs Neue ein Finanzierungsrahmen zu schaffen sein. Wichtig ist, dass sich die Stadtteilakteure auf ein gemeinsam abgestimmtes »Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit« verständigen. Für die Finanzierung heißt das, die Grundversorgung im Stadtteil muss im hohen Einvernehmen sichergestellt werden. Es muss deutlich werden, dass insbesondere in Sozialen Brennpunkten über die Pflichtleistungen zum Beispiel der Jugendhilfe im Kindertagesstätten-, Schul- und Jugendbereich hinaus weitere »verpflichtende freiwillige Leistungen« zur Prävention erbracht werden müssen. Bei jedem gemeinwesenbezogenen Fachdienst muss definiert werden, ob und welche Anteile neben der fall- und fallübergreifenden Arbeit für fallunspezifische Aufgaben im Gemeinwesen bereitgestellt werden. Hinzu kommt die wichtige Frage, ob und wie viel Kapazität für übergreifende Gemeinwesenarbeit – beziehungsweise Quartiermanagement – und für die Arbeit der Bürgerorganisation notwendig ist. Hierzu bedarf es der Lobbyarbeit für die Belange des Stadtteils, die sich ständig in den (fach-)politischen Prozess einmischt und die finanzielle Absicherung in einem Quartiers- oder Stadtteilbudget einfordert und sichert.

Gleiches gilt für alle weiteren Fachpolitiken. Es ist zu klären, was zum Beispiel im Rahmen der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung stadtteilspezifisch einzusetzen ist; auch muss dieses im Rahmen der Kultur-, Sport- und Gesundheitsförderung und so weiter geschehen. Man muss sich perspektivisch auf einen (integrierten) Stadtteilhaushalt verständigen, der die spezifischen Lebens- und Standortbedingung berücksichtigt.

Es wäre ein weiterer Schritt, zu überlegen und sicherzustellen, wie man Verfügungsfonds oder Bürgerbudgets entwickelt, die in die Eigensteuerung der Bewohnerschaft vor Ort übergehen. Man braucht eine Struktur zur dauerhaften Einwerbung von Fördermitteln und einen Rahmen zum Aufbau einer Nachbarschafts- und Bürgerstiftung. Zu verweisen ist auf ein Beispiel in Köln-Kalk, wo über eine Bürgerstiftung in einem Brennpunktgebiet mittlerweile ca. sieben Millionen Euro zusammengekommen sind; hier engagieren sich »starke Partner«, insbesondere auch lokale Unternehmen und Handwerker, auch aus dem Umfeld des Stadtteils, mit Beiträgen für die Quartiersentwicklung. Mit dem Erlös aus der Stiftung werden zusätzliche Projekte realisiert, die der Nachbarschaftsentwicklung dienen. Insofern ist hier die Einbindung der lokalen Wirtschaft ein ganz entscheidender Punkt.

Bei einem anderen Standort ist eine größere private Erbschaft in einen Sozialen Brennpunkt gegeben worden. Es konnte eine Nachbarschaftsstiftung

gegründet werden, in der Bürgergruppen aus der ehemaligen Obdachlosensiedlung selber steuern, wie jährlich für ca. 15.000 Euro Kleinstprojekte durchgeführt werden, die aber für die Identitätsentwicklung dieser Siedlungsgemeinschaft und für das Bewusstsein zur Mitgestaltung große Bedeutung haben.

4 Anknüpfungspunkte zur Entwicklung von Gemeinwesenzentren

Derzeit gibt es einige Anknüpfungspunkte, die durch übergreifende Kampagnen und Strategien gestützt werden können. Wir haben die »Lokale Agenda« in fast allen Städten. Meine Wahrnehmung ist, dass diese nur in den seltensten Fällen einen Bezug zu Soziale-Brennpunkte-Quartieren herstellen konnten. Gleiches gilt für die »Lokalen Bündnisse für Familien«. Es muss vor Ort geprüft werden, wie man diese Mainstream-Strategien bzw. Kampagnen auch in diese Quartiere/Stadtteile bringen kann und die öffentliche Aufmerksamkeit auch über diese nicht stigmatisierenden Ansätze für ausgegrenzte Bereiche nutzen kann. Wir haben die Gemeinschaftsinitiative »Soziale Stadt«, die mit dem Bund-Länder-Programm neue Förderimpulse setzt, die viel stärker als bisher von den Akteuren der Zivilgesellschaft und der Sozialen Arbeit genutzt werden können. Die oben genannten zusätzlichen 40 Millionen Euro des Bundes schaffen dafür neue Handlungsspielräume, die insbesondere für Modellprojekte genutzt werden sollten, die auf Nachhaltigkeit und Bündelung setzten. Mit der Verankerung der »Soziale Stadt« im Baugesetzbuch (§171e) ist integrierte soziale Stadtentwicklung als ständiger Auftrag und eine Verstetigungsoption formuliert.

Wir können anknüpfen an soziale Integrations- und Beschäftigungsstrategien, die über das erfolgreiche LOS-Programm wichtige Impulse setzen beziehungsweise gesetzt haben. Hier ist besonders deutlich geworden, dass Einbindung der Akteure vor Ort, also die Steuerung im Quartier, die Menschen auf eine besondere Art herausfordert, ihre Potenziale einzubringen. Wir knüpfen an Partizipations- und Empowerment-Strategien an, die wir über Ansätze von Community Organizing kennen und weiter entwickeln können.

Es gibt unterschiedliche Ansätze zur Entwicklung von Familien- beziehungsweise Eltern-Kind-Zentren, die Kinderbetreuung unter anderem mit Familienberatung und -bildung verbinden. In diesem Zusammenhang ist auch die vom Bundesfamilienministerium vorgesehene Förderung von Mehrgenerationenhäusern zu nennen. Hier sind für alle Landkreise und

größeren Städte für fünf Jahre je 40.000 Euro für Modellvorhaben vorgesehen, die insbesondere die Einbindung der Potenziale von älteren Menschen für generationsübergreifende Nachbarschaftsentwicklung einbeziehen sollen. Ich kann nur hoffen, dass von dieser Förderung insbesondere auch Soziale Brennpunkte profitieren können, da hier besondere Impulse zur Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur notwendig sind. Dies gilt insbesondere für die sozialräumliche Familien- und Jugendarbeit.²

Darüber hinaus könnten durch die zusätzliche Förderung von Kompetenzagenturen unter anderem für die Entwicklung von lokalen Bildungs- und Qualifizierungszentren neue Impulse ausgehen. Wir wissen, dass vorgesehen ist, die Anzahl der vom Bund geförderten Kompetenzagenturen auf 200 zu erweitern. Es ist zu hoffen, dass »formelles« und »informelles« Lernen durch eine bessere Kooperation von Jugendhilfe und Bildungseinrichtungen verbessert wird. Die dazu in einer der Arbeitsgruppen aufgezeigten Wege der Zusammenarbeit von Schulen, Beschäftigungs-, Qualifizierungsprojekten und so weiter haben Anknüpfungspunkte für Überlegungen dieser Art aufgezeigt.

5 Beitrag von Kirche und Diakonie zur Verwirklichung von Gemeinwesenzentren

Zusammen mit der Diakonie sind Kirchengemeinden starke Partner in den Kommunen, im Stadtteil und Quartier, wenn sie als Träger öffentlicher Belange – das scheint mir wichtig zu sein – das Mandat zur Einmischung im Gemeinwesen auch wahrnehmen und damit auch Mitverantwortung für die soziale Stadtentwicklung übernehmen. Am Beispiel der mittelhessischen Kirchengemeinde habe ich das ausgeführt. Kirchengemeinden als lokale Akteure sollten ihre räumlichen und personellen Ressourcen zur Gestaltung von lokalen Aktionsplänen und Gemeinwesenzentren einbringen. Hier geschieht noch zu wenig. Vor dem Hintergrund, dass gerade in Sozialen Brennpunkten und benachteiligten Stadtteilen christliche Kirchengemeinden schrumpfen und es die Tendenz gibt, dort Personal abziehen, muss auch in den eigenen Reihen dafür geworben werden, dieses

² Anknüpfungspunkte bietet der von Matthias Bruckdorfer vom Diakonischen Werk auf der E&C-Konferenz 2006 »Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche – Zukunftsfähige Konzepte sozialer Koproduktion in sozialen Brennpunkten« dargestellte Ansatz neuer Akzente in der Kooperation von Mobiler Jugendarbeit mit Aufsuchender Familientherapie im Rahmen des Bundesmodellprojektes Sozialräumliche Familien- und Jugendarbeit (SoFJA)

zu überdenken. Vielmehr sollten Kirche und Diakonie hier Schwerpunkte setzen und gerade diese Stadtteile begleiten.

Durch ihre starke zivilgesellschaftliche Bindung können insbesondere Kirchengemeinden Potenziale für Nachbarschaftsentwicklung einbringen, die zusammen mit der örtlichen Diakonie zusätzliche fachliche Kompetenz und räumliche Kapazitäten erschließen lassen. Diese wiederum bilden eine gute Ausgangslage zur Realisierung von Gemeinwesenzentren.

Kirche und Diakonie müssen sich bei der Gestaltung und Nutzung solcher Zentren auf neue Trägerkooperationen einlassen. Mir erscheint wichtig, bei der gemeinsamen Nutzung von lokalen Zentren vorhandene Rollenmuster im lokalen Netzwerk neu zu definieren und wahrzunehmen. Ich gehe davon aus, dass alle Partner, also auch Kirche und Diakonie, loslassen und sich auf neue Verbund- und Kooperationsstrukturen einlassen müssen. Das gilt für alle Träger und Akteure der Sozialarbeit, deren Aufgaben, Rollen und Einbindung in einen auf Partizipation ausgerichteten »lokalen Sozialstaat« neu überdacht werden müssen.

Insofern sehe ich einerseits die Chance, aber andererseits auch noch viele Aufgaben auf die Beteiligten zukommen, lokale Zentren trägerübergreifend sowie akteursübergreifend gemeinsam zu gestalten, um insbesondere in Stadtteilen mit besonderem sozialen Entwicklungsbedarf bzw. Sozialen Brennpunkten Orte und lokale Zentren zu entwickeln, die den vielfältigen Nachbarschaften und Zielgruppen, aber auch den dringend zu bearbeitenden Handlungsfeldern gerecht werden können.

Thérapie Sociale – Kreative Auswege für Frust, Zorn und Ohnmacht in der Gemeinwesenarbeit

Aus den brennenden Vorstädten in Frankreich lernen

Gudrun Knittel

Thérapie Sociale (TS) ist ein praktischer, systemischer Ansatz zur Konfliktbearbeitung in schwierigen Gemeinwesen, der in Frankreich entwickelt wurde (Rojzman 1997; Rojzman/Pillods 1999). Auf der Basis von Wertschätzung und Anerkennung werden alle relevanten Konfliktparteien einbezogen, um ein gegenseitiges Kennenlernen der verschiedenen Erfahrungen, Sichtweisen und Bedürfnisse zu ermöglichen und so von der Gewalt zur konstruktiven Konfliktbearbeitung zu gelangen. Grundlegende Prinzipien der TS, wie die »Kollektive Intelligenz«, werden vor dem Hintergrund der Ausschreitungen in Frankreich Ende 2005 erläutert, Stimmen von beteiligten AkteurInnen einander gegenübergestellt und einige konkrete Erfahrungen mit TS in diesem Feld geschildert. Abschließend werden kurz die konzeptionellen Wurzeln der TS in Bezug gesetzt zu sozialwissenschaftlichen Konflikttheorien und Ansätzen der zivilen Konfliktbearbeitung.

Was war in den französischen Vorstädten geschehen? Am 27. Oktober 2005 starben ein 15- und ein 17-Jähriger, als sie sich vor der Polizei in ein Hochspannungsgebäude flüchteten. In den nächsten zwei Wochen brannten über 6.000 Autos in mehr als 300 Städten, 10.000 Polizisten nahmen über 1.500 Personen fest und Ausgehverbote in der Nacht wurden erlassen.¹ Ein Rentner kam ums Leben.

Wer sind die Täter, wer die Opfer, wer ist verantwortlich? Die Probleme und Konfliktlinien sind komplex und die Einschätzungen und Interpretationen der Betroffenen höchst unterschiedlich: Geht es um die Zukunftschancen von jungen MigrantInnen in den Vorstädten, um die männliche Gewalt gegen Autos, Polizei, Kindergärten und Frauen, um die Stabilität der staatlichen Ordnung und die Bekämpfung von Kriminalität? Oder geht es eher um das Fehlverhalten innerhalb der Polizei, eine Überforderung staatlicher Institutionen, um rassistische Diskriminierung und die Auswirkungen wirtschaftlicher Globalisierung? Geht es womöglich um uni-

¹ Laut AFP, Taz 9.11.05. Allein im Jahr 2003 gingen 21.500 Autos in Flammen auf (60 pro Nacht). Le Monde Diplomatique, Dezember 2005, S. 19

verselle Werte und Kultur, oder eher um Liberalismus und Laizismus als Herrschaftsideologien zur Unterdrückung ehemaliger Kolonisierter? Welche Rolle spielen dabei die Medien, die Nachrichten und die Bilder nicht nur über Frankreich, sondern auch weltweit, zum Nahen Osten und der internationalen Politik?

Diese sicher noch nicht vollständige Aufzählung zeigt schon, dass einfache Antworten wie ›mehr Geld für Soziales‹ oder ›härtere Gesetze‹ zu kurz greifen. Die dramatischen Entwicklungen in Frankreich ließen Charles Rojzman, den Begründer der TS, deshalb warnen: »... ohne eine Demokratisierung der Auseinandersetzung und ohne die Nutzung der Intelligenz aller Beteiligten gehen wir direkt in Richtung Bürgerkrieg, der bereits in den Köpfen existiert, genährt durch gegenseitige Anklagen, Missverständnisse und das Fehlen von Beziehungen« (Rojzman 2005).

Die verschiedenen Milieus kennen sich nicht. Die einzige gemeinsame Information wird von oben ausgestrahlt, durchsetzt mit Ideologie, einerseits einer Sicherheitsideologie, in der kein Platz ist für Prävention oder die Lösung sozialer Probleme (straffällige Banden sind schuld), andererseits einer Ideologie der Opfer (Arbeitslosigkeit ist schuld). Weder MitarbeiterInnen von Institutionen noch BewohnerInnen trauen sich, über Mängel und Verfehlungen öffentlich zu sprechen, sei es aus Angst vor Vergeltung oder verordneter Schweigepflicht. Beamte sind weder ausgebildet, noch werden sie darin unterstützt, in schwierigen Situationen zu arbeiten. Dazu kommt die anachronistische Arbeitsweise der Institutionen, die weder die Intelligenz noch die Kreativität der Menschen an der Basis nutzt.

Nach Rojzman ist die Gewalt hauptsächlich ein Symptom von Ohnmacht sowohl weiter Kreise der Bevölkerung als auch der Institutionen. Deshalb fragt er: Was haben uns die sogenannten »Gewalttätigen« und »Rassisten« zu sagen? Welche Erfahrungen, Bedürfnisse und Anliegen stehen dahinter?

Ähnliche Fragen lassen sich auch für Deutschland stellen. Es gibt viel soziales Engagement und Ereignisse wie die brennenden Vorstädte im Frankreich sind in Deutschland in diesem Ausmaß noch unvorstellbar. Dies kann und sollte aber nicht verdecken, dass auch bei uns die gesellschaftlichen Umbrüche, Massenarbeitslosigkeit und finanziell enger werdende Spielräume für Soziales zu tiefer Verunsicherung und zunehmender Fremdenfeindlichkeit bzw. zu verstärktem Rassismus in allen Schichten der Ge-

sellschaft führen.² Die TS bietet Anregungen, wie die Gemeinwesenarbeit diesen Herausforderungen begegnen könnte.

Thérapie Sociale und Gemeinwesenarbeit

Das Ziel der Thérapie Sociale liegt darin, Menschen mit verschiedenen Werten, kulturellen Hintergründen und aus unterschiedlichen sozialen Schichten zum Zusammenleben und Arbeiten zu befähigen. Der Ansatz von Rojzman beruht auf seinen Erfahrungen in den Banlieues seit den achtziger Jahren. Er arbeitete unter anderem auch mit multikulturellen Krankenhausbelegschaften und bildete die französische Polizei für den Einsatz in sozialen Brennpunkten aus. Der Fernsehsender Arte berichtete in zwei Filmen über diese Arbeit in den Vorstädten und in der Polizeiausbildung. In Deutschland fand mittlerweile eine vierjährige Ausbildungsgruppe und ein erstes größeres Projekt der TS in Germersheim bei Karlsruhe im Jahr 2004 statt. Daran nahmen sowohl Jugendliche und Eltern mit verschiedenen kulturellen Hintergründen teil, als auch VertreterInnen von Institutionen wie Schule und Polizei, aber auch leitende Personen aus der kommunalen und Kreisebene.

Die Fragestellungen und die Arbeitsweise der Thérapie Sociale eignen sich sowohl als Arbeitsmethode, die GemeinwesenarbeiterInnen in ihrer Arbeit einsetzen können, als auch zur Reflexion der eigenen beruflichen Rolle

² Dies wirkt zusammen mit historisch gewachsenen Dominanzeinstellungen und politischen Institutionen, deren Strukturen den beschleunigten demografischen Veränderungen nicht angepasst sind. Schon 2010 werden in den großen Städten etwa die Hälfte der unter 40-Jährigen einen Migrationshintergrund haben. »Das bedeutet, wir können dort nicht mehr von Mehrheit und Minderheit ausgehen. Das bedeutet auch, dass wir zu einem wirklichen Miteinander kommen müssen.« So die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer (CDU) (Taz 13.2.06, S. 3). Gegenwärtig leben ein Drittel der EinwanderInnen seit über zwanzig Jahren hier und 1,5 Millionen dürfen nicht wählen (taz 21.2.06) Die aktuelle Studie von Wilhelm Heitmeyer stellt fest, dass die Fremdenfeindlichkeit seit vier Jahren kontinuierlich steigt. Über 61 Prozent der Deutschen stimmen heute der Aussage ganz oder eher zu: »Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.« Im Jahr 2002 waren es noch etwa 55 Prozent. Der NPD Forderung »Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat schicken« stimmen über 36% zu, 2002 waren es noch 27%. Der Anteil der Menschen, die sich politisch machtlos fühlen, nahm von 2002 auf 2005 um 9% auf 66% zu (Taz 16.12.05). »Die Ereignisse von Clichy-sous-Bois hätten niemals diesen Widerhall gefunden, wenn in den sogenannten sozialen Brennpunkten nicht drei extreme Krisen zusammenkämen: eine soziale Krise, eine postkoloniale Krise und eine Krise der politischen Repräsentanz.« (Dominique Vidal, stellvertretender Chefredakteur von Le Monde Diplomatique, Dez. 2005, S. 18). Klaus Farin veröffentlichte 1991 ein Buch über Jugendgangs mit dem Titel »Krieg in den Städten«, das gleichnamige Hörspiel von 1992 trug den Untertitel: Jugendliche zwischen Gewalt und Sprachlosigkeit

und Handlungsspielräume. Gerade in Gemeinwesen, in denen die sozialen Spannungen, der Verlust an Perspektive, sozialen Bindungen und sozialem Zusammenhalt am stärksten zu beobachten sind, geht es darum, an den Ressourcen der BewohnerInnen und des Sozialraumes anzusetzen, um die Beziehungen zwischen Bewohnergruppen untereinander zu fördern, das Verhältnis zwischen BewohnerInnen, Polizei und Behörden zu verbessern, und um gemeinsam mit den Betroffenen Lösungen für die vielschichtigen Problemfelder zu finden. Gemeinsame Fragestellungen sind zum Beispiel:

- welche kreativen Wege zur Aktivierung und Beteiligung der BewohnerInnen durch die Gemeinwesenarbeit eröffnet werden können, seien es Frauen, Jugendliche, Männer oder auch bildungsferne Gruppen, die bisher wenig Zugang zu demokratischen kommunalen Verfahren finden
- wie eine wirkliche Verständigung ermöglicht werden kann, so dass der Druck abnimmt, Orientierung, Zugehörigkeit und Sicherheit in fundamentalistischen oder totalitären Einstellungen und Gruppen zu suchen
- wie Opferhaltungen und Feindbilder überwunden werden können in einem Spannungsfeld, in dem einerseits von Eltern, LehrerInnen oder VertreterInnen von Behörden, also den »zuständigen Autoritäten«, erwartet wird, dass sie durchgreifen, helfen und die Richtung vorgeben, während die gleichen Autoritäten aber andererseits auch zunehmend infrage gestellt werden bzw. sich selbst ohnmächtig oder als Opfer fühlen
- welche Haltungen und Maßnahmen die Entwicklung einer kollektiven Intelligenz und Verantwortung innerhalb der Gemeinwesenarbeit fördern und welche sie eher behindern.

Diese Fragen hängen auch zusammen mit existentiellen Bedürfnissen nach Sicherheit, Zugehörigkeit und Anerkennung und sie sind eng verknüpft mit der zentralen Rolle und der Macht der Gefühle. Die *Thérapie Sociale* beruht deshalb auf einem entängstigenden Dialog, in dem auch Misstrauen, Widerstand und Zweifel willkommen geheißen werden. Selbsterkenntnis, Selbstvertrauen und Würde werden gestärkt. Indem sich die Teilnehmenden bewusster werden, wie sie Gewalt erfahren, aber auch selbst ausüben, und wie sie Ohnmacht und Opferrollen überwinden können, entstehen Voraussetzungen für Prozesse lebendiger Demokratie auf der Graswurzelebene und auch zwischen der Führungsebene und der Basis. Vier Kernpunkte prägen den Ansatz.³

- Motto: die »ExpertInnen« sind die Leute vor Ort
- Begegnung: die Förderung eines Rahmens, der es erlaubt, dass sich Menschen aus den unterschiedlichsten Gruppen begegnen

³ Aus einem Vortrag von C. Rojzman bei der UNESCO, Paris 24. November 2005

- Konflikt: akzeptieren, dass Konflikte, Unterschiede, Auseinandersetzungen ausgelebt werden können, um die Entstehung von Gewalt zu vermeiden
- Verantwortung: herauszukommen aus dem »Ich war es nicht! Er war es!«

Der besondere Beitrag der TS für die Gemeinwesenarbeit liegt meines Erachtens in ihrem systemischen Zugang, der an gesellschaftlichen Strukturen ansetzt, und in einer Arbeitsweise, die der Gefühlsebene ausreichend Rechnung trägt. Hier liegt der entscheidende Unterschied zu anderen Ansätzen von Bürgerbeteiligung und sozialer Arbeit. In der Regel reichen Einladungen und Appelle eben nicht, um die starken Ängste, Ohnmachts- oder Wutgefühle zu überwinden, die eine wirkliche Begegnung und Zusammenarbeit innerhalb eines Gemeinwesens oder einer Organisation verhindern. Entweder wirken die Widerstände versteckt unter der Oberfläche, Rückzug oder glatte Fassaden sind die Folge, oder sie zeigen sich offen als Aggression, Misstrauen oder Resignation. Es geht also darum, einen geschützten Raum zu schaffen, der die jeweiligen sozialen, beruflichen und kulturellen Hintergründe so einbezieht, dass die eigentlichen Dinge und auch die Vorbehalte auf den Tisch kommen können. Folgende Arbeitsprinzipien der TS tragen dazu bei:

- ein prozesshaftes Vorgehen, mit genügend Zeit für die Vertrauensbildung, die Wahrnehmung von Ängsten, und die aktive Beteiligung der TeilnehmerInnen, unabhängig davon, ob die Maßnahme ein Workshop von 2–3 Stunden ist oder ein kommunales Projekt von 5 mal 2 Tagen Gruppenarbeit, das sich über einige Monate verteilt
- ein vertraulicher Rahmen, bei dem TeilnehmerInnen geschützt sind vor persönlichen Nachteilen, die sie eventuell durch KollegInnen, Vorgesetzte oder LehrerInnen befürchten, wenn sie sagen würden, was sie wirklich denken. Mit den Leitungspersonen von Institutionen, die meist die Auftraggeber sind, wird häufig ebenfalls in dieser Art gearbeitet und erst dann punktuell ein Dialog zwischen der sogenannten Kooperationsgruppe an der Basis und der Pilotgruppe der Auftraggeber hergestellt, um die erarbeiteten Lösungsvorschläge auszutauschen
- eine Arbeit am Vertrag, die so gründlich ist, dass die gemeinsam vereinbarten Ziele, Regeln und Bedingungen für die Zusammenarbeit tragen, d.h. die Ängste beruhigt, die Vorbehalte und Zweifel aus dem Weg geräumt sind. Diese Arbeit dient auch als Spiegel für die Schwierigkeiten des Zusammenlebens im Gemeinwesen. Die Auseinandersetzung mit Rückzug, Opferhaltungen und Erwartungen an die Autoritäten und

damit mit der eigenen Verantwortung und Einflussmöglichkeit werden zum Thema

- Hilfestellungen, die die Individuen unterstützen, sich über die unbewussten und irrationalen Aspekte bewusst zu werden, die sie behindern sich auszudrücken und miteinander zu kooperieren. Dazu gehören ein einführendes Nachfragen und Zuhören, viel Kleingruppenarbeit, Übungen, die auf kreative Weise Gefühle und verdrängte Persönlichkeitsanteile wahrnehmen helfen, sowie das Bewusstmachen von aggressiven Übertragungen auf die Seminarleitung und von Projektionen.

Voraussetzung für eine solche Art der Arbeit ist eine Gruppenleitung, die weder den Einzelnen noch der Gruppe Lösungen vorgibt, zum Beispiel schon, wenn es ein Problem mit dem Zuhören, dem »zu Wort« oder mit »zu spät« Kommen geben sollte. Es ist eine Gradwanderung zwischen Sicherheit und Orientierung geben zum Beginn der Zusammenarbeit und einem Reifungsprozess, in dem es auf der Grundlage des gemeinsam erarbeiteten Vertrages auch zu Frustrationen und zum Herumirren der Gruppe kommen kann. Dann ist die Fähigkeit der Gruppenleitung gefordert, Erwartungen nach Rettung oder Durchgreifen zu enttäuschen, damit wesentliche Lernerfahrungen für die Einzelnen und die Gruppe möglich werden. Die Aufgabe liegt in diesen Momenten unter anderem darin, authentisch zu sein, die eigene Wahrnehmung von dem, was gerade passiert, der Gruppe mitzuteilen, und evtl. Wechselwirkungen von Unterwerfung und Aufbegehren in der Gruppe bewusst zu machen. Dies sind entscheidende Phasen, in denen spürbar und offensichtlich wird, wie sehr es von allen abhängt, dass und wie es weiter geht in der Zusammenarbeit und dass es nicht von der Macht eines Experten oder einer Expertin, also einer äußeren Autorität abhängt, ob es zu wirklicher Kooperation untereinander kommt.

Banlieues

Was ist zum Beispiel den Jugendlichen wichtig? Welche persönlichen Geschichten von jungen Männern stecken hinter dem Zorn und den Forderungen nach Respekt? Was haben SozialarbeiterInnen zu erzählen, was Leute, deren Autos verbrannten, oder Mütter und Väter? Was erleben PolizistInnen in ihrem Arbeitsalltag? Sind die aufgebrachten Jugendlichen arme Opfer, gute Rebellen oder böse unkontrollierbare Randalierer? Wer schließt wen aus, die Mehrheitsgesellschaft die Minderheit, oder diese sich selbst?

Die nun folgenden Stimmen der Hauptakteure auf der Straße, die der Jungen, der jungen Männer und der Polizei, die der muslimischen »großen Brüder« und von Nachbarschaftsinitiativen werden ergänzt durch die Sichtweisen von LehrerInnen und SozialarbeiterInnen, die auf der Graswurzelebene arbeiten. Auch kulturelle, insbesondere Gender-Aspekte, politische und ökonomische Gesichtspunkte fließen ein.⁴

AkteurInnen auf der Straße

Für männliche Jugendliche und junge Männer sind manche Wohngebiete geprägt von über 50 Prozent Arbeitslosigkeit. Die prekären Beschäftigungsverhältnisse nehmen zu, Diskriminierungen auf der Straße durch polizeiliche Kontrollen gehören zum Alltag. Im November 2005 waren acht Polizisten von einem Fernsighteam bei gewalttätigen Übergriffen gegen Jugendliche gefilmt und daraufhin vom Dienst suspendiert worden. Auffällig war, dass an den Ausschreitungen so gut wie keine Mädchen beteiligt waren. Dazu erklärt der Soziologe Michel Pialoux: »Mädchen aus dem Einwanderermilieu sind in der Schule und beim Einstieg in die Arbeit erfolgreicher. Die männliche Arbeitslosigkeit ist höher. Das nährt die Verzweiflung und zugleich den Machismo der Jungen in der Vorstadt. Hinzu kommt, dass die Kultur der Straße etwas typisch Männliches ist.« (Taz 12./13.11.2005). Zwei von vielen Beispielen machen anschaulich, wie die Würde und der Selbstwert von Jungen bzw. jungen Männern angegriffen werden.

Ein junger Mann, Hoang, möchte mit seiner Freundin zusammenziehen. Er schaut sich verzweifelt die Anzeigen für die billigen Wohnungen an für die Zeit nach den Serien von Zwischenkursen und anderen Überbrückungsbeschäftigungen. Solange muss er bei seinen Eltern ausharren. Er ist schon 26, vor seinem Vater fühlt er sich gedemütigt.

Ein Schüler erzählte seinem Lehrer: »Seit diesem Tag weiß ich, dass ich fähig wäre zu töten, wirklich zu töten.« Im letzten Herbst geriet er in eine

⁴ Quellen: Internet-Beiträge der französischen TS-Diskussionsgruppe und der Website der Uni Kassel. Sie enthielt Zeitungsartikel aus Neues Deutschland/ l'Humanité, 11. Nov. 05, und den Aufsatz: Frankreichs Vorstädte brennen wieder – Kommt die Bewegung nach Deutschland? Ein Analyseversuch in acht Punkten, Johannes M. Becker, Uni Marburg 12. Nov. 2005. <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Frankreich/becker.html>, und [.../Frankreich/staedte.html](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Frankreich/staedte.html). Sicherlich spiegelt diese Zusammenstellung und Auswahl wider, welche Gruppen in den Medien, wie Zeitungen und Internet zu Wort kommen, bzw. von mir oder anderen ForscherInnen zur Kenntnis genommen, bzw. gefragt werden, und welche Lücken es gibt.

Straßenkontrolle und wurde von Polizisten mit Gewalt entkleidet, bis auf die Unterhosen. Und gedemütigt. Am Hintern getätschelt mit ungefähr den Worten: »Na mein Kleiner, das magst du doch! Hau ab, heul ein bisschen mit deinen Kumpeln!« David hatte wirklich geweint. Man hatte Drogenhandel im Viertel vermutet. Es folgte nichts auf diese Personalienfeststellung. Sein Arzt verschrieb Beruhigungsmittel. Von dem, was in den heißen Novembernächten passiert, weiß David wenig. Er schaut kein Fernsehen, weil er sonst nicht schlafen kann, sondern riskiert, auch auf die Straße zu gehen. Er will sein Abitur machen.

PolizistInnen, die in den Vororten arbeiten, machen ihrerseits schlimme Erfahrungen. Sie werden beleidigt und bedroht. In den ersten zehn Monaten im Jahr 2005 waren ca. 9.000 Polizeiwagen zerstört und während der Ausschreitungen im November Dutzende von Polizeibeamten mit scharfer Munition beschossen worden.

Die Lebensgefährtin eines Polizisten äußert sich, »weil ich seit zwei Jahren den Alltag eines Polizeibeamten miterlebt habe, Hüter des Friedens, der seinen Beruf liebte, der bei der Polizei war mit dem wirklichen Wunsch zu dienen, Personen zu helfen, die zu Opfern geworden sind, die Gesellschaft zu schützen. Und in all dem Leiden höre ich nichts von dem ihren. Alles, was sie täglich einstecken müssen an Beleidigungen und misstrauischen Blicken, ihre Enttäuschungen, ihre Ohnmacht, ihre tagtäglichen Demütigungen. In dieser kleinen Nachricht geht es mir nicht um das Vergleichen der Leiden. Ich wollte einfach eine Sicht teilen.«

Eine Anwältin bringt die Kluft zwischen den Sichtweisen der Jugendlichen und denjenigen der PolizistInnen auf den Punkt: »Selbst wenn sie, die Jugendlichen, nichts tun, werden sie als »Banden« bezeichnet. Sie fühlen sich schikaniert, diskriminiert und verachtet. In Seine-Saint-Denis glauben die jungen Polizeibeamten aus der Provinz, dass sich die Bewohner der Vorstädte um jeden Preis prügeln wollen. Meist stimmt das keineswegs. Und wie die PolizistInnen ihr Bild von den Menschen am Stadtrand im Kopf haben, so haben die Jugendlichen ihre Meinung über die Polizei.«

Ein Berufsschullehrer bezieht sich ebenfalls auf diese Erfahrungen und Bilder, wenn er sagt: »Doch wenn mir meine 20-jährigen Schülerinnen und Schüler sagen, dass sie die Flucht ergreifen, sobald sie einen Polizisten sehen, ist das ein Problem. Die gesellschaftlich Handelnden, die Beschäftigten in den Institutionen und die Parteien müssen sich zusammensetzen und Vorschläge machen, damit die sozialen Beziehungen in den Stadtvierteln wieder geknüpft werden.«

Zahlreiche Bürgerinitiativen riefen in diesem Sinne zu Verständigung und Beruhigung auf und organisierten Demonstrationen von AnwohnerInnen. Manche Gruppen zogen umher, um aufgebrachte Jugendliche von Brandstiftungen oder Auseinandersetzungen mit Polizeikräften abzuhalten. Außerdem wurden abendliche Feste in Kindergärten und Schwimmbädern gefeiert, um diese zu schützen.

Prominente Mütter aus dem Einwanderermilieu, die z.B. als Buchautorinnen oder Vertreterinnen in migrationsspezifischen Organisationen bekannt geworden sind, waren auch darunter und riefen zu einem Ende der Gewaltakte auf: »Frankreich ist unser Land, zerstört nicht das, was uns Hoffnung gibt.«

SozialdemokratInnen, KommunistInnen und Grüne forderten eine »Rückkehr zum Dialog« sowie »Botschaften und Akte der Solidarität«. In den sozialen Brennpunkten sollen die Schülerzahlen auf 15 pro Klasse gesenkt werden, und der soziale Wohnungsbau soll gerade in den »zones sensibles« intensiviert werden. Einer der möglichen Präsidentschaftskandidaten der sozialistischen Partei forderte die sofortige Schaffung von 50.000 Arbeitsstellen für Jugendliche und darüber hinaus einen 12-monatigen »Zivildienst«; beides sollte durch einen Verzicht auf die von der Rechtsregierung geplante Reduzierung der Einkommens- und Vermögenssteuer finanziert werden.

Die »großen Brüder« mit muslimischem Hintergrund bildeten eine weitere Gruppe. Sie versuchten auf ihre Weise Einfluss auf ihre jüngeren Brüder zu nehmen. Nach einer der Unruhenächte zogen sie in ihren Dschellabahs durch Clichy-sous-Bois, jener Vorstadt, von der aus der Aufruhr seinen Anfang nahm. Sie wollten die Gemüter der Jugendlichen beruhigen und riefen »Allah ist groß«. Und aus den Fenstern der Hochhäuser schallte hundertfach der Ruf zurück. Eine einflussreiche islamische Organisation, die UOIF (Union des organisations islamiques de France) veröffentlichte eine Anti-Gewalt-Fatwa auf ihrer Internetseite. Dieser religiöse Aufruf der UOIF, die den Moslembroderschaften nahe steht, verbietet es »jedem Moslem, der die göttliche Gnade anstrebt, sich an Aktionen zu beteiligen, die in blinder Weise öffentliches oder privates Eigentum zerstören oder das Leben eines Dritten gefährden könnte.« Der Sprecher der Organisation betonte, dass damit nicht das islamische Recht an die Stelle der Rechtsprinzipien der Republik treten soll (FR 08.11.2005).

Politische Institutionen

Die Assoziation der BürgermeisterInnen erarbeitete am 15. November 2005 Vorschläge, die sowohl die sozialen und wirtschaftlichen Nöte der BewohnerInnen mildern sollten als auch die Herstellung der öffentlichen Ordnung mit verstärkten Polizeikräften zum Ziel hatten: Wiedereinführung der Nachbarschaftspolizei und bessere Verteilung der Polizeikräfte; mehr finanzieller Lastenausgleich für Gemeinden; Einhaltung der Verordnung, dass alle Kommunen eine Quote von mindestens 20 Prozent Sozialwohnungen erfüllen und sich diese nicht in bestimmten Gebieten konzentrieren; Präsenz öffentlicher Dienste in Vierteln mit Problemhäufungen; ein Gesetz für eine Präventionspolitik unter Federführung der BürgermeisterInnen; staatliche Entwicklungsgelder für lebensfähige Kommunen mit Arbeitsmöglichkeiten; mehr Mittel für das Ministerium zur Förderung der Chancengleichheit und damit zur Bekämpfung von Diskriminierungen.

Ein Bürgermeister: »Wir, die Bürgermeister, rackern Tag um Tag, doch was wir auf lokaler Ebene bieten können, löst das Problem nicht auf Dauer. Es sind die großen Probleme der Gesellschaft, die zu lösen sind. Ganz unmittelbar brauchen wir mehr Personal an den Schulen, mehr Geld für Sportvereine und Verbände.«

Für Innenminister Sarkozy setzte auf Recht und Ordnung. »Wenn wir heute die Brutalität entschuldigen, müssen wir morgen die Barbarei gewärtigen!« (Taz 23.11.06). Die Souveränität des Staates durfte nicht in Frage gestellt werden. Ein hartes polizeiliches Durchgreifen und eine Verschärfung der Gesetze waren angesagt. Nächtliche Ausgangssperren wurden möglich. Damit kam er seinen WählerInnen und der extremen Rechten entgegen, die teilweise als patrouillierende Milizen im Quartier ihr Eigentum und öffentliche Einrichtungen bewachten.

Soziale und pädagogische Institutionen

In pädagogischen, beratenden und therapeutischen Einrichtungen im Bereich Kinder, Jugendliche und Familie stellen sich die Probleme noch mal anders dar. Die Gewalt, die Kinder und Jugendliche erleiden, Jungen wie Mädchen, die Ausstattung von Schulen und Jugendschutz sowie die Bedingungen des familiären Umfeldes stehen hier im Vordergrund.

Eine Angestellte einer städtischen Familienplanungsstelle mit arabischem Hintergrund, Sérénade Chafik, fügt der Diskussion eine spezifische Sicht

von Frauen hinzu: »Die Mütter lehnen die Gewalt ab, aber sie verstehen sie. ... Sie sind enttäuscht, weil sich der französische Traum, ein besseres Leben für ihre Kinder, nicht erfüllt. Die Frauen, die zur Beratung oder zum Gespräch kamen, weigerten sich, Französisch zu sprechen. Zuerst habe ich ohne zu überlegen auf Arabisch geantwortet. Später habe ich verstanden, dass es ein Misstrauen gab. Sie wollten wissen, ob ich, die ich arabisch bin, für oder gegen sie sei. Es war nötig, dass ich den Beweis antrat, ihr Vertrauen zu verdienen.«

Aus ihrer Sicht werden viele Jungen hier dazu erzogen, dominant zu sein. Es sind diese Jungen, denen die Eltern die Rolle anvertrauen, ihre Schwestern, Kusinen zu kontrollieren und auf die Nachbarin zu achten. Auf dieser Basis entfaltet sich die familiäre Gewalt, die Gewalt in der Schule oder auf der Straße, die eheliche Gewalt, deren Zeugen die Kinder manchmal sind, und die Gewalt der Sprache, die in den Städten gesprochen wird. Gewalt und Dominanz lassen keinen Platz für Schwache. Diejenigen, die sich nicht an der Gewalt beteiligen, werden unsichtbar. Sie wissen nicht, wie sie sich ausdrücken können. Während der Ereignisse hat sich die Gewalt gegen die Autos gerichtet, aber im täglichen Leben richtet sie sich gegen die Mädchen, die Ersten der Klasse, gegen alle die, die anders sind. Neben einer sozialen Antwort auf die Arbeitslosigkeit, hält sie auch eine erzieherische Antwort in Bezug auf Mädchen- und Jungen-Rollen für notwendig.

Eine Kinderpsychiaterin und Leiterin des Jugendhauses im Krankenhaus Avicenne in Bobigny lenkt den Blick ebenfalls auf die Gewalt, die Jugendliche selbst erfahren: »In Avicenne erlebe ich das tägliche Leid selbstzerstörerischer Jugendlicher, die alle Verbindungen zu ihren Eltern kappen. Ich versuche, wieder aufzubauen, Vorschläge zu machen, die alle Seiten respektieren. Seit einigen Tagen richtet sich diese destruktive Kraft, die die Jugendlichen normalerweise an sich selbst auslassen, gegen andere, nach außen. Doch es sind die gleichen Jugendlichen. Es ist die gleiche Gewalt, ob gegen sich selbst oder gegen andere.«

Die Erfahrungen und Sichtweisen der Eltern stehen dem gegenüber. Die Stimmen der Eltern selbst finden bisher kaum einen öffentlichen Ausdruck. Wie prägen die Traditionen und der Wandel die Väter- und Mutterbilder in der Mehrheitsgesellschaft und unter den Zugezogenen, welche Auswirkungen hat das auf ihren Erziehungsstil und ihre Beziehungen zu pädagogischen Einrichtungen? Zum Autoritätsverlust der Väter in Immigrantenfamilien sagt Dounia Bouzar, die als einziges weibliches Mitglied im »Islamrat« war, der von Innenminister Sarkozy gegründet worden war:

»Es ist keine Kleinigkeit, in das Land des ehemaligen Kolonisators zu gehen, um dort zu arbeiten. Wenn der Vater dann Langzeitarbeitsloser wird, stellt das grundsätzliche Lebensentscheidungen für die ganze Familie in Frage.« (Taz 12./13.11.2005)⁵

»**Frauen, sehr oft alleinstehende Mütter**, werden für die Gewalttätigkeit der Jugendlichen verantwortlich gemacht, weil sie sich angeblich nicht genügend um ihre Kinder kümmern. Die Opfer werden so zu Schuldigen. Dabei wird verschwiegen, dass die meisten Mütter unter furchtbaren Bedingungen versuchen zu überleben. Oft haben sie schlecht bezahlte Teilzeitjobs zu ungünstigen Tageszeiten. Nicht selten kommen Fahrtzeiten bis zu vier Stunden täglich hinzu. Wie sollen sie also für ihre Kinder da sein?«⁶

Ein Bürger thematisiert in einem Zeitungsartikel neben der Verantwortung der Eltern auch die der LehrerInnen: Die Schule sollte eine Grundlage vermitteln, die Welt zu verstehen und eine klare Orientierung an den laizistischen Grundprinzipien der französischen Republik geben, auch um der Gefahr von totalitären, fundamentalistischen Entwicklungen entschlossen entgegenzutreten. Laschheit und moralische Zweifel von LehrerInnen, klare Grenzen zu setzen, aus Angst, anderen ihre universalistischen Werte überzustülpen, ständen einer Kultur des Ressentiments von Eltern gegenüber, die ihre Würde durch ihren Widerstand gegen alles Französische, gegen die nationalen Regeln gewannen, die durch ein religiöses Erscheinungsbild Rache für die Unterdrückung ihrer Kinder und die frühere Kolonisierung nahmen.

Eine Integrationsberaterin nähert sich dieser Auseinandersetzung auf andere Weise: »Niemand hat diesen Jugendlichen je zugehört. Von Kindheit an hören sie nichts als Befehle. Und dann kommt der Tag, an dem sie nicht mehr können und wollen. Wir schlagen eine andere Sprache vor. Wir möchten vermitteln, was es heißt, Bürger zu sein.«

⁵ Leider stieß ich bei meinen Recherchen nicht auf Stimmen von Vätern. Wie ist es möglich, sie zu hören? Was ist mit ihrer Autorität, ihrem Einfluss, welche Erfahrungen machen sie? Wie verändern sich die Elternrollen unter den modernen und oft harten Lebensbedingungen, sowohl der autochthonen als auch der zugewanderten? Wie sehen das Väter, Mütter, Kinder, LehrerInnen, SozialarbeiterInnen? Welche unterschiedlichen Lebensentwürfe und Lebensstile treffen in den Vorstädten zusammen? An welche (strukturellen) Grenzen stoßen die Eltern, welche Möglichkeiten haben sie?

⁶ <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Frankreich/frauen.html>, »Ursachen werden negiert« ein Interview mit Ernestine Ronai, verantwortliche Koordinierungsfrau des Observatoriums »Gewalt gegen Frauen« im Pariser Département Saint-Denis, aus: junge Welt, 16. Dezember 2005

Ein Berufsschullehrer, Départementsssekretär der Lehrgewerkschaft FSU, problematisiert außerdem die Ausstattung von Schulen: »Seit Jahren wissen wir, dass der Abriss aller sozialen Brücken in diesem Département enorm riskant ist. Der Staat ist immer weniger präsent. Die Schule wird vernachlässigt, es sind immer weniger Lehrer fest angestellt. 1998 wurden 3.000 Lehrerstellen geschaffen, und wir hatten den Eindruck, man hätte begriffen, welche Rolle die Schule spielt. Doch dann wurde alles aus Geldmangel revidiert.«

Ein Sekretär des Nationalen Verbandes der Jugendgerichtshelfer und Erzieher berichtet aus seinem Bereich von ähnlichen Entwicklungen: »Im kommenden Jahr soll die Zahl der gerichtlichen Maßnahmen zum Jugendschutz um 20 Prozent gesenkt werden. ... Gleichzeitig steigt der Druck auf die Verbände, die in diesem Bereich üblicherweise einspringen. 2004 war ihre Finanzierung nur bis zum Oktober gesichert. 2005 lief sie bereits im September aus. Wie sieht die Zukunft der Wohlfahrtsverbände aus? Einige Einrichtungen mussten bereits aus Geldmangel schließen.«

Wirtschaftliche Hintergründe und Entwicklungen

Drei ganz unterschiedliche Einschätzungen, die die wirtschaftlichen Entwicklungen, Kriminalität und Armut in den Fokus nehmen, sollen den Blick auf die Probleme in den Banlieues abrunden.

Anders als die letzten beiden Stimmen geht ein anonym er Autor im Rahmen einer Internet-Diskussion⁷ davon aus, dass die staatlichen Unterstützungsleistungen an die Vororte aufgrund kolonialer Schuldgefühle erfolgten. Sie seien ineffektiv und zu hoch. Er kritisiert, dass sich wesentliche Teile der Bevölkerung davon abhängig gemacht und darin eingerichtet hätten. Unterstützt würde diese Haltung einerseits durch einen Antirassismus von wohlmeinenden UnterstützerInnen der jugendlichen Delinquenten, der alle Gewalttaten legitimiere, und auf der anderen Seite durch einen neuen Rassismus von radikalen VertreterInnen »der sichtbaren Minderheiten«, also der Zugewanderten, gegenüber denen mit französischem Ursprung, die sich in den Vorstädten eher in der Minderheit befinden. Die oben erwähnte Abhängigkeitsökonomie wird nach seiner Einschätzung ergänzt durch illegale Einkommen aus der Schattenökonomie, wie z.B. dem Drogenhandel und der Hehlerei, dem Handel mit Zigaretten und Spielen, Erpressungen und Diebstählen mit

⁷ »Unkorrekte Gedanken« von Anonym innerhalb der TS Diskussionsgruppe

oder ohne Gewalt. Diese Schattenwirtschaft sei eng verzahnt mit den noch bestehenden legalen Wirtschaftskreisläufen in den Vorstädten. »Sicher wäre es ungerecht zu sagen, dass 100 Prozent einer modernen Großstadt so lebe; aber es ist vollkommen illusorisch so zu tun, als glaube man, dass das nur einige wenige Prozent der Einwohner in den Brennpunkt-Städten betrifft.«

Eine völlig andere Gewichtung des Themas erfolgt durch Peter Lock, der die globalen Dimensionen von Stadtentwicklung thematisiert: »In weiten Teilen der Welt kann man die Situation eines großen Teils junger Menschen als intergenerationelle Apartheid umschreiben, die zunehmend die rasch wachsenden Armutsgürtel der Megastädte dominieren. Sie haben keine politische Repräsentation in den bestehenden staatlichen Strukturen und politischen Verbänden. Wirklich wahrgenommen werden sie nur als Kriminalitätsrisiko. ... Spitzt sich die Situation der Ausgeschlossenheit zu, tritt an die Stelle der verweigerten Beteiligung an der gesellschaftlichen Produktion der Einstieg in ›Gewaltproduktion‹, durch die man Selbstwertgefühl und gesellschaftliche Anerkennung erfährt und sich Zugang zur Sphäre des Massenkonsums verschaffen kann.« (Lock 2003)

Ähnlich argumentiert Eberhart Seidel: »Nicht die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert, sondern die soziale Integration einer Unterschicht mit geringer beruflicher Qualifikation. Der Strukturwandel der Wirtschaft mit dem einhergehenden Abbau unqualifizierter Arbeitsplätze auf Grund von Automatisierung und Standortverlagerungen seit den Achtziger Jahren trifft die Migranten bis heute mit voller Wucht. ... Bereits vor zehn, zwanzig Jahren arbeitete eine von der Globalisierung bedrohte Arbeiterschaft ihre sozialen Abstiegsängste an den Ausländern ab. ... mit dem radikalen Umbau des Sozialsystems in den letzten Jahren hat diese Stimmung die Mittelschichten erreicht. Ihre Angst vor Statusverlust und ihre Orientierungslosigkeit wächst.« (Seidel 2005).

Diese Zusammenstellung der verschiedenen Stimmen und Aspekte verweist auf die gesellschaftliche Dimension und Komplexität der Probleme, auf die Gleichzeitigkeit von Opfer- als auch Täter-Sein. Sie spiegelt teilweise konträre Sichtweisen einzelner Gruppen, manche fehlen sicherlich noch, nicht mehr und nicht weniger. Und sie lässt offensichtlich werden, dass sich die Ursachen für die Gewalt und die Ausschreitungen weder auf die Familie noch auf die männlichen Jugendlichen reduzieren, noch mit mehr Polizei oder mehr Geld für die Banlieues aus der Welt schaffen lassen. Wie ein alternatives Vorgehen aussehen kann, soll anhand einer *Thérapie Sociale* Gruppe anlässlich dieser Entwicklungen skizziert werden.

Thérapie Sociale mit LehrerInnen, Eltern und PolizistInnen

Anfang 2006 setzten sich die öffentlichen Diskussionen zum Thema Gewalt in den Vorstädten auch in Bezug auf das Bildungswesen fort. Die Reaktionen einer TS-Gruppe auf die Sicht des französischen Ministers für Bildung und Schulwesen, Gilles de Robien, vermitteln einen ersten Eindruck von der Arbeitsweise in der Thérapie Sociale.⁸

Ende Januar hatte der Minister im Fernsehen erklärt, dass die LehrerInnen Wissen vermitteln können, sie aber nicht darauf vorbereitet sind, Gewalt entgegenzutreten. Vorschläge, LehrerInnen in Thérapie Sociale, gewaltfreier Kommunikation oder Konfliktlösung fortzubilden, lehnte er ab. Für den Umgang mit Gewalt seien Polizeibeamte ausgebildet. Man werde sie in jeder Schule benötigen und Polizeibüros einrichten. Dort könnten LehrerInnen ihre Ratlosigkeit äußern und Hilfe finden.

Der Minister bestand also auf von oben verordneten Maßnahmen und erachtete die Polizei für zuständig und in der Lage, das Problem der Gewalt zu bearbeiten. Im Rahmen der TS wurden dagegen die Erfahrungen und Sichtweisen der Betroffenen an der Basis einbezogen, sowohl um das Problem überhaupt angemessen zu verstehen, als auch um ein Verständnis und Beziehungen unter den Beteiligten entstehen zu lassen und auf dieser Basis gemeinsam praktikable und realistische Lösungen zu finden. Die Thérapie Sociale Gruppe setzte sich dementsprechend aus Polizeibeamten, Eltern und LehrerInnen zusammen, unter anderem diskutierten sie auch den geplanten Einsatz von Polizei in den Schulen:

Aussagen der PolizistInnen: »Es ist nicht unsere Arbeit, die Kinder der anderen zu erziehen!« – »Man ließ die Bedingungen verkommen. Alle Städte haben dieselben Probleme. Was mich schockiert, ist, dass man die Schattenwirtschaft bestehen ließ, um den sozialen Frieden zu bewahren. Es ist eine Vogel-Strauß-Politik.« – »Man macht immer mehr eine Art von Sozialarbeit! Weil man uns die Arbeit der anderen machen lässt, wird die Straße vernachlässigt! Unsere Arbeit besteht darin, Straftäter zu verfolgen, nicht die sozialen Probleme!« – »Wenn Menschen einsam sind, rufen die Leute

⁸ Die folgenden Informationen und Auszüge sind aus einer Mail von C. Rojzman direkt nach der Fernsehendung und einem Beitrag einer laufenden TS-Projektgruppe dazu im Newsletter der TS-Diskussionsgruppe kurze Zeit später. In vergleichbaren Projekten sind sonst auch die SchülerInnen vertreten. Diese Fernseh-Anekdote erzählte die Autorin noch am gleichen Tag einer deutschen Kollegin, die häufig Konflikttrainings für LehrerInnen und auch für Schulklassen gibt. Ihre spontane Antwort auf die französische Geschichte war: »Da kann man ja die Polizei gleich vor die Klasse stellen und unterrichten lassen.«

bei der Polizei an. Wir sind die einzigen zusammen mit den Feuerwehrleuten, die 24 Stunden lang erreichbar sind. Man bekommt das ganze soziale Elend zu hören.« – »Die Abgeordneten müssten ihre Elfenbeintürme verlassen. Es ist Inkompetenz oder Verantwortungslosigkeit. Sie müssen wieder Kontakt mit den Leuten vor Ort aufnehmen, es sind immerhin die Wähler!« – »Man sage mir nicht, dass man Versammlungen machen müsse, dass man Erzieher und Sozialarbeiter brauche usw. Man muss wieder an der Basis anfangen, und das ist nicht unser Problem. Andernfalls nimmt man sich morgen die Knarre und gibt sich die Kugel. Es gibt Leute, die für so etwas da sind. Meine Arbeit besteht darin, Polizeibeamter in einem Kraftfahrzeug zu sein, ich muss nicht viel weiter gehen.« – »Heute muss der Polizeibeamte alles können, aber nichts wirklich!«

Eine Schulleiterin aus dem Wohnviertel: »Wenn es eine Festnahme an der Schule gibt, ist man nicht immer sehr erfreut. Man ist doch keine Außentelle des Kommissariats! Das dürfte man nicht so machen in der Schule, aber es kommt vor.«

Eine Lehrerin: »Man fühlte sich verpflichtet mit der Polizei zusammenzuarbeiten, aber das machte man ohne jedes Nachdenken. Wie spricht man darüber mit den Kindern, wie kann man das machen? Polizeibeamte sind in die Klassen gekommen, alle waren in Verteidigungshaltung, es war gänzlich kontraproduktiv.« – »All das schafft eine gefährliche Verwirrung, man arbeitet mit Kindern, das sind gewaltförmige Bilder für sie.«

Die Mutter einer Familie aus dem Viertel: »Die Polizeibeamten gehören nicht in die Schule, sie dürfen die Eltern nicht ersetzen, es ist nicht an ihnen, meine Kinder zu erziehen! Sie sind dort in der Schule, um zu lesen und zu schreiben, nicht, um auf die Polizei zu treffen.« – »Es ist wahr, dass es Eltern gibt, die der Polizei erlauben, sich in die Erziehung einzumischen. Es ist notwendig, dass die Eltern schnell reagieren, schon zu Hause ist Respekt notwendig.« »Es ist keine Schule mehr, es ist ein Gericht!«

Eine Lehrerin: »Ich respektiere die Polizei, aber ich mag es nicht, wenn sie mich ersetzen. Mir geht es nicht gut damit, die Eltern dürfen das nicht akzeptieren! Wo ist mein Platz in all dem? Ich gebe ihn der Polizei und gehe nach Hause?« – »Warum lassen es die Eltern soweit kommen? Wie kann man das vermeiden?«⁹

⁹ Diese Mail endete mit den Worten der TS-Anleiter: »Eine kleine Werbung, aber es ermutigt: Ein Polizeibeamter, der zu Beginn sehr skeptisch gegenüber der Thérapie Sociale war, sagte: »Das, was wir dort gemacht haben, ist die beste Ausbildung der Welt.« »Ohne Kommentar!«

Die Sichtweisen der SchülerInnen würden noch weitere wesentliche Facetten, Nöte und Zwänge zum Vorschein bringen und sicher auch eigene Lösungspotenziale. Dafür bräuchte es Zeit und ein respektvolles Miteinander. Es müsste erst ein Vertrauen wachsen, dass es sicher genug ist, von Erfahrungen, Ärger und Ängsten in Zusammenhang mit Polizei, Eltern und LehrerInnen aber auch unter Jugendlichen zu sprechen. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass es im Rahmen der TS möglich wird, zu verstehen, wie unzufrieden, ratlos und hilflos alle Parteien sind und dass nicht die anderen das Problem sind, sondern dass es ein gemeinsames Problem gibt. Es ist ein Erfahrungsraum, in dem sich die Beteiligten mal anders kennenlernen, nämlich als Menschen hinter den verschiedenen Rollen, deren Ansicht und Expertise gefragt sind. Und es ergeben sich weiterführende Fragen, die eben auch Gruppen, wie zum Beispiel die Eltern, ganz anders einbeziehen, um Lösungen zu finden.

Konzeptionelle Wurzeln der Thérapie Sociale

Die Methode der TS ist ein ganzheitlicher Ansatz, der die unterschiedlichen Aspekte und Ebenen von Konflikt- und Gewaltvorgängen einbezieht. In ihr verbinden sich praktische Erfahrungen mit Erkenntnissen aus Psychotherapie, Psychosynthese, Sozialpsychologie, Soziologie und systemischer Organisationsentwicklung. Es ist wie in der Geschichte mit den Schaulustigen, die im Dunkeln den riesigen Elefant ertasten. Jede Theorie für sich kann nur Ausschnitte der Wirklichkeit erfassen. Die einen, die ein Bein erwischten, hatten den Eindruck, der Elefant sei wie eine starke Säule, diejenigen, die an die Stoßzähne gerieten, beschrieben ihn als einen spitzen Gegenstand. Andere meinten, er sei einem Fächer nicht unähnlich, weil sie ein Ohr erwischte hatten, oder wieder andere, die über den Rücken strichen, gingen davon aus, ein Elefant sei so gerade und flach wie eine Liege (Peseschkian 1979: 73). In diesem Sinne werden im Folgenden verschiedene Zugänge kurz beleuchtet.

Psychoanalyse und Psychotherapie

Die Thérapie Sociale hat sich aus der Psychotherapie entwickelt. Charles Rojzman beschäftigte die Frage nach der Entstehung von Hass und Verachtung. Dabei waren für ihn die Psychoanalyse Sigmund Freuds und die Soziologie der Frankfurter Schule mit ihren Studien zu Antisemitismus

und autoritärem Charakter prägend. Andere wichtige Wurzeln liegen in den Werken von A. Adler, E. Fromm, K. Horney, C.G. Jung, A. Mitscherlich, A. Gruen, und auch in der Psychosynthese von R. Assagioli. Weil die sozialpsychologischen Voraussetzungen für totalitären Wahn, für Faschismus, Destruktivität und Extremismus viel zu tun haben mit Kindheitserfahrungen, seelischen Verletzungen, mit Entwertung, Gehorsam und Autorität setzt Rojzman auf kollektive Erfahrungen, die Selbstachtung und Selbstvertrauen in die eigene Intelligenz und Urteilsfähigkeit ermöglichen. Es geht ihm auch darum, Ängste abzubauen, so dass Konflikte, Widersprüche, Ungewissheiten, persönliche Schwächen und Fehler nicht mehr so bedrohlich erscheinen, sondern einfach dazu gehören können. Rojzman wiederholt unermüdlich, wie beeindruckt er ist von der Intelligenz der Mütter in den Familien, der Polizeibeamten, der Jugendlichen, die aus dem Schulsystem ausgeschlossen sind. Er ist überzeugt, dass eine Intelligenz, die aus Verachtung oder aus Blindheit nicht beachtet wird, hervorgehoben werden muss, weil sie durch Ängste und Vorurteile blockiert wurde. Eine von der interministeriellen Städteaufsicht beauftragte Evaluatorin beschreibt Rojzmans Vorgehen folgendermaßen: »Seine ganze Person ist in dem, was er macht. ... Er ist talentiert, es ist nicht nur eine Gruppenleitung. Es findet wirklich eine therapeutische Arbeit statt. Er ist der tiefen Überzeugung, dass nicht er es ist, der Bescheid weiß. Er lässt die Gruppe umherirren, bis zum Ende ihres Weges gehen« (Subtil 1998), weil er weiß, dass sie selbst Lösungen findet.

Systemtheorie

Auch das systemische Denken, wie es zum Beispiel im Buch von Peter M. Senge »Die fünfte Disziplin« entwickelt wurde, ist eine wesentliche Inspiration und Grundlage der TS. Eine langfristige Perspektive wirkt zusammen mit Erkenntnissen wie die, dass Strukturen das Verhalten beeinflussen, dass die »Lösungen von gestern« die Probleme von heute sind, oder der Frage, wie es kommt, dass anscheinend »niemand schuld« ist. »Das Systemdenken zeigt uns, dass es kein ›draußen‹ gibt, dass wir und die Ursachen unserer Probleme Teile desselben Systems sind. Der Schlüssel zum Verständnis ist unsere Beziehung zum ›Feind‹.« (Senge 2001). Notwendig sind also lernende Organisationen, dialogische Prinzipien und zirkulierende Informationen, die zu kollektiver Intelligenz führen. Soziologen wie N. Luhmann und R. Dahrendorf sprechen von »dynamischer Stabilität« oder von der »Stabilitätsfunktion von Konflikten«. Diese Zusammenhänge lassen

sich auch auf kommunale Organisationen und Gemeinwesen übertragen. Systeme bzw. Institutionen, die in diesem Sinne dysfunktional sind, drohen zusammenzubrechen und haben zur Folge, dass die Angestellten sich ohnmächtig fühlen und krank werden. So ist es auch nicht verwunderlich, wenn in Frankreich Institutionen wie Schulen oder öffentliche Verkehrsmittel wie Busse sowie Feuerwehr und Polizei angegriffen werden, weil sie den Staat verkörpern. Für die TS bedeutet dies, dass sowohl Entscheidungsträger als auch Gruppen einbezogen werden, die bisher völlig aus demokratischen Verfahren herausfallen.

Ein Beispiel soll das Systemische an der TS erhellen. Ein Mann berichtet, dass er eines Abends auf der Straße festgenommen worden war, als zwei Polizisten gerade jemand anderes verfolgten, der ihnen allerdings entkam. Die Polizisten hätten ihn übel zugerichtet, über Nacht inhaftiert und bewusste Falschaussagen über ihn gemacht. Statt nur das Verhalten einzelner Polizisten zu verurteilen, lädt Rojzman zu einer umfassenderen Sicht ein¹⁰: »Aber das wahre Problem ist der Hass. Und der Hass kann zu allem führen, zu Ungerechtigkeit, Gewalt und dazu, anderen ihre Rechte zu verweigern. Der Hass ist eine Folge des Ohnmachtgefühls. (Warum fühlen sich einige Polizeibeamte in der Ausübung ihrer Arbeit ohnmächtig?) Der Hass ist eine Folge der Verteufelung des anderen. (Wie kommt es, dass Polizeibeamte die Einwohner der Viertel verteufeln?) Der Hass entsteht, wenn es keine Möglichkeit gibt, Gefühle und Ressentiments zu äußern. Der Hass der einen ist eine Antwort auf den Hass der anderen. (Was ist das Huhn und was ist das Ei?) Eine gewaltlose Antwort würde meines Erachtens darin bestehen, von diesen Fragen auszugehen. Man würde sich nicht darauf beschränken, das Verhalten einiger Polizeibeamter in Frage zu stellen, sondern man müsste dahin gelangen, unter anderem das institutionelle Funktionieren der Polizei, der Justiz, des Bildungs- und Schulwesens in Frage zu stellen ... Man würde genauer hinschauen, was man sich in den Familien im Wohnviertel sagt. Man würde die Polizeibeamten darin ausbilden zu verstehen, was ein Wohnviertel ist, wie bestimmte Verhaltensweisen andere hervorrufen, deren Opfer sie dann werden ... Ein gewaltloser Ansatz würde darin bestehen, die Gesamtheit der Probleme auf den Tisch zu legen, die sich durch die Intervention der Polizeikräfte in einem Viertel stellen, ohne Vorurteile irgendeiner Art und mit dem Willen, alle Informationen zu hören.«

¹⁰ E-mail im TS-Verteiler vom 21.2.06, die den Bericht dieses Mannes und die hier wiedergegebene Antwort von Rojzman darauf enthielt

Normative soziologische Ansätze

Weitere Bezüge lassen sich zwischen TS und normativen soziologischen Ansätzen, wie zum Beispiel der Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas, der Anerkennungstheorie von Axel Honneth und der Desintegrationstheorie von Wilhelm Heitmeyer finden. Was brauchen die Menschen, um integriert zu sein? Welche Integrationsleistungen müsste die Gesellschaft erbringen, um Phänomene wie Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu verhindern? Es geht um Anerkennung der personalen Identität durch das Kollektiv und die soziale Umwelt und die Anerkennung und Akzeptanz kollektiver Identitäten und ihrer jeweiligen Symboliken durch andere Kollektive. R. Anhut und W. Heitmeyer haben dazu eine Reihe von Faktoren herausgearbeitet, die Einfluss auf die Verarbeitungsmuster von Desintegrationserfahrungen haben, mit anderen Worten, darauf, ob gewaltförmige Reaktionen erfolgen oder eher nicht (vgl. Anhut 2005). Im Rahmen der TS kommen alle diese Faktoren in einer gewaltreduzierenden Weise zum Tragen, zum Beispiel die Förderung sozialer Kompetenzen, die es ermöglichen, erlittene Frustrationen leichter zu ertragen, abzuwehren oder umzuwandeln, oder die Arbeit an Zurechnungsformen darüber, wer oder was verantwortlich ist. Zu den sinnvollen Interventionen zählen die Autoren z. B. auch paritätisch besetzte runde Tische, in denen nicht durch Organisationen gebundene Vertreter von Mehrheit und Minderheit in strittigen Fragen versuchen, für beide Seiten tragfähige Konfliktregelungen und Verhandlungsergebnisse zu erzielen. Auch das Herstellen eines Hintergrundkonsenses als entscheidende Voraussetzung, dass Konflikte nicht in zerstörender Weise ausgetragen werden, findet sich in der TS. Was ist vernünftig, wie sollte es sein? In Projekten der TS werden die Bewohnergruppen, aber auch die EntscheidungsträgerInnen eingeladen, sich diese Frage zu stellen. Dies geschieht in der Regel in Form einer auf die Zukunft gerichteten Frage, die alle integriert, einlädt und nicht im Vorhinein als Schuldige an den Pranger stellt. Als Beispiel kann der Titel des TS-Projektes 2004 in Germersheim dienen: Wie kann das Zusammenleben gelingen? Welche Chancen und Gefahren gibt es für die Jugend in Germersheim? Dieses Vorgehen ermöglichte nicht nur eine Integration auch von Gruppen, die sonst schwer mit demokratischen Beteiligungsangeboten zu erreichen sind, sondern beinhaltete auch eine Wertschätzung ihrer spezifischen Erfahrungen und Potenziale zur Lösung komplexer Probleme.

Machtasymmetrien, Identität, Gender

Darüber hinaus bieten auch andere soziologische Gesellschaftstheorien, wie die kollektiver Akteure von Amitai Etzioni, die feministischen Theorien mit ihrer Genderperspektive und die Theorie symbolischer Kämpfe von Pierre Bourdieu, wertvolle Anregungen und Begründungen für die Vorgehensweise der TS. Sie helfen Machtasymmetrien zu verstehen und zu überbrücken. Theorien sozialer Identität und postmoderne konstruktivistische Zugänge können außerdem helfen, vereinfachende, statische Gruppenzuordnungen zu hinterfragen und Mehrfachidentitäten wahrzunehmen. Sie helfen beim Entmonstern von Gruppen und machen wie die TS den Chor der Einzelstimmen wieder hörbarer. Das soll ein kleines Beispiel veranschaulichen: Yazid Kherfi, ein Schüler aus Anfangszeiten von Rojzman, arbeitet heute als Sozialarbeiter in Chanteloup-les-Vignes (Yvelines). Er erscheint regelmäßig im Verlauf von Seminaren. Dort erzählt er den FunktionärInnen und Beamten der Kommunalverwaltung etwas über seine zehn Jahre in der Kriminalität: Manchmal trauere er diesem Leben nach, er sei viel gereist, hatte viele Freundinnen und schöne Autos. Er erzählt, »wie sehr du anerkannt wirst, wenn du ein Rumtreiber bist«, dass »es einen Spaß an der Gewalt gibt«, dass »man mit den Jugendlichen reden muss, ihnen guten Tag sagen muss«, dass »die Vororte nicht Milliarden benötigen, sondern einen anderen Blick«. Manchmal applaudieren die Zuhörer ihm. Oft sagt man ihm: »Ja, aber die Jugendlichen mögen uns nicht.« Dann fragt er ins Leere: »Und Sie, mögen Sie sie?« (Subtil 1998).

Erfahrungslernen in der Gruppe

In dieser Art der Vermittlung gelingt es Rojzman nicht nur, zu Entmonstern und konkrete Menschen mit spezifischen Erfahrungshintergründen einander näher zu bringen. Er erreicht es auch, dass die Bedürfnisse und Gefühle nachvollziehbar werden. Erfahrungen aus der internationalen Versöhnungsarbeit, mit kreativen Methoden aus der Psychotherapie und bewährten Methoden wie der gewaltfreien Kommunikation nach Marshall Rosenberg bestätigen die starke Bedeutung der Gefühle und Bedürfnisse und die Möglichkeit, konstruktiv mit ihnen zu arbeiten. Neben dem sensiblen Ernstnehmen von Widerständen und Ängsten in der TS sind es vor allem die Art des akzeptierenden Zuhörens, die Zeit und Hilfestellungen für Gruppenbildungsprozesse, die die Entwicklung von Vertrauen und Offenheit ermöglichen.

Direkte, strukturelle und kulturelle Gewalt

Auch Erkenntnisse über direkte, strukturelle und kulturelle Gewalt und friedensfördernde Prozesse, wie sie zum Beispiel die international anerkannten Friedensforscher Johan Galtung oder Jean Paul Lederach vermitteln und praktisch anwenden, fließen in der TS ein. Dies geschieht z.B., wenn die Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit innerhalb einer TS-Gruppe als Spiegel genutzt werden, um ähnliche Probleme mit Kooperation und Mechanismen von Ausgrenzung im Gemeinwesen bewusst zu machen. Die Interdependenzen in den Beziehungen zwischen Grassroots, mittlerer und Top Führungs-Ebene der Gesellschaft werden ebenfalls gestärkt. Es können sich veränderte Strukturen entwickeln, die den Verständigungsprozess weiterhin fördern. Als ein Beispiel sei ein Postamt in einem sozialen Brennpunkt genannt, das ursprünglich ganz geschlossen werden sollte. Resultate der TS-Arbeit waren neben dem Erhaltenbleiben des Amtes, neue Beförderungskriterien, die nun neben Wirtschaftlichkeitsdaten auch das Eingehen der Angestellten auf die lokale, arme Kundschaft enthielten. Im Bereich Schule führten die Vorschläge von Eltern dazu, einen Raum für Mütter und Väter an der Schule einzurichten. Die Betroffenen bekommen eine Stimme. Sie werden sich ihrer gemeinsamen Bedürfnisse bewusster und können selbst zunehmend Einfluss darauf nehmen, mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen (vgl. Lederach 1996; Knittel 2005).

In der Vergangenheit richtete sich der Blick von Friedens- und Konfliktforschung häufig auf Länder in Lateinamerika, Afrika oder Ex-Jugoslawien. Mit dem Anwachsen der sozialen Probleme in den europäischen Ballungszentren gewinnen nun die Erfahrungen aus der Entwicklungszusammenarbeit auch immer mehr Bedeutung im Inland, wie aus dem folgenden Zitat, das aus diesem Kontext stammt, deutlich wird: »Die Menschen müssen befähigt werden, in sozialen Konflikten für ihre eigenen Interessen eintreten und an Entscheidungen mitwirken zu können.« Statt Almosen sind demokratische Strukturen und die Beteiligung der Stadtbewohner an kommunalen Prozessen notwendig, »zuerst jedoch «eine Vision von Gesellschaft und Stadt, die für alle da ist.« (Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit 2005: 14-15).

Wer eine Kultur menschlicher Sicherheit nachhaltig fördern will, muss sowohl die physische als auch die psychosoziale und sozioökonomische Dimension von Sicherheit berücksichtigen. Dies kann nur gelingen, wenn Partizipation und Empowerment den gebührenden Platz im öffentlichen Leben haben. Krisen sind immer auch Chancen. Und oft müssen das Leid

und die Kosten sehr hoch werden, bevor die Notwendigkeit präventiver Schritte gesehen und dieselben auch finanziert werden. Ohne sie werden die menschlichen und auch monetären Kosten für uns alle noch wesentlich höher werden. Das Beispiel der brennenden Vorstädte, die flächendeckend Frankreich erfasst haben, hat ein deutliches Zeichen gesetzt.¹¹

Literatur

- Anhut, Reiner (2005): Die Konflikttheorie der Desintegrationstheorie, in: Bonaker, Thorsten (Hrsg.): a.a.O., S. 381-408
- Becker, Johannes M. (2005): Frankreichs Vorstädte brennen wieder – Kommt die Bewegung nach Deutschland? Ein Analyseversuch in acht Punkten, Uni Marburg 12. Nov. 2005. <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Frankreich/becker.html>
- Bonaker, Thorsten (Hrsg.) (2005): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien, Lehrbuch Friedens- und Konfliktforschung, Wiesbaden
- Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit GTZ (2005): Brennpunkt – Faszination – Chance: Die Stadt von morgen, Eschborner Fachtage, S. 14-15
- Knittel, Gudrun (2005): Hass – Angst – Ohnmacht und Demokratie, Therapie Sociale, ein systemischer Ansatz zur Transformation gesellschaftlicher Konflikte, in: Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (Hrsg.): Schriftenreihe ZFD impuls Band 3, Zur Psychologie in der Friedensarbeit, S. 82-91
- Lock, Peter (2003): Vom Umgang der Friedensforschung mit bewaffneter Gewalt im 21. Jahrhundert, in: Michael Berndt, Ingrid El Masry (Hrsg.) Konflikt, Entwicklung, Frieden, Emanzipatorische Perspektiven in einer zerrissenen Welt, Kassel, S. 199-223.
- Lederach, J.P. (1994): Building Peace. Sustainable Reconciliation in Divided Societies, United Nations University, Tokio
- Lederach, J.P. (1996): Preparing for Peace, Conflict Transformation across Cultures, Rethinking Approaches of Training, New York, S. 37-70
- Peseschkian, Nossrat (1979): Der Kaufmann und der Papagei, Orientalische Geschichten in der Positiven Psychotherapie, Frankfurt/M., S. 73
- Rojzman, Charles (1997): Der Hass, die Angst und die Demokratie, Einführung in eine Sozialtherapie des Rassismus, München, (franz. Ausgabe 1992)
- Rojzman, Charles/Pillods, Sophie (1999): How to live together, a new way of dealing with racism and violence, Melbourne
- Rojzman, Charles (2005), Zwischen Ohnmacht und Verantwortungslosigkeit, in Le Monde, 09.11.05.
- Seidel, Eberhard (2005): in: Taz 20.01.2005
- Senge, Peter M. (2001): Die fünfte Disziplin, Stuttgart
- Subtil, Marie-Pierre (1998): Charles Rojzman, Therapeut der Vororte, in: Le Monde 12.03.1998

¹¹ Weitere Informationen unter: www.therapie-sociale.com oder knittel.gudrun@gmx.de

Zielvereinbarungen in der Sozialen Arbeit: Wo kein Wille ist, ist auch kein Weg!

Maria Lüttringhaus/Angelika Streich

In der Gemeinwesenarbeit gehört die konsequente Orientierung an den Interessen und am Willen der Betroffenen zu den Kernstandards des Arbeitsfeldes. Zunehmend etablieren sich diese Leitlinien auch in anderen Bereichen – wie beispielsweise in der Jugendhilfe. Im folgenden Beitrag werden die Unterschiede zwischen Zielen, Wünschen, Aufträgen, Maßnahmen und Anweisungen beleuchtet, die Bedeutung der Orientierung am Willen der AdressatInnen betont und Kriterien für Zielformulierungen vor allem für die einzelfallorientierten Dienste aufgezeigt.

Menschen kommen häufig mit der Erwartung zu den MitarbeiterInnen Sozialer Dienste, dass dort ExpertInnen sitzen, die ihr derzeitiges Problem beheben können. Etwa so, wie auch eine Autowerkstatt ein Problem mit dem Auto regelt. Schließlich sind dort die Fachleute. Wenn ich mein Auto später abhole, gehe ich davon aus, dass es wieder problemlos läuft. So werden die Sozialen Dienste nicht selten aufgefordert, Lösungswege aus der Tasche zu zaubern oder dafür zu sorgen, dass ein Problem beseitigt wird (z. B. dass ein Kind wieder in der Schule klar kommt bzw. überhaupt wieder zur Schule geht). Im Alltagsleben sorgen schließlich immer wieder ExpertInnen dafür, dass Probleme behoben werden, ob nun beim Arzt, beim Masseur, beim Friseur, beim Schuster usw. So ist es nicht verwunderlich, dass nun die AdressatInnen Sozialer Arbeit mit diesem Modell im Kopf erscheinen, gleichgültig ob in der GWA oder beim Allgemeinen Sozialdienst (und nicht nur die, sondern auch andere Institutionen). Aufgabe sozialer Dienste ist es entgegen dieser Erwartung gerade nicht, den Hilfesuchenden Ziele und Lösungen von sich aus anzubieten. Sie haben sich vielmehr im Freiwilligenbereich darauf zu beschränken, die eigenen Ziele der Betroffenen herauszuarbeiten und dementsprechend gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Bei dem hier dargestellten Prozess der Zielerarbeitung beziehen wir uns schwerpunktmäßig auf die Arbeit mit Einzelnen im Freiwilligenbereich. Wichtig ist uns, darzustellen, dass während des gesamten Prozesses der Zielerarbeitung die Verantwortung für Inhalt und Prioritätensetzung bei den AdressatInnen Sozialer Arbeit verbleibt. Professionelle leisten hierbei Unterstützungsmanagement und tragen die Verantwortung für Inhalt und Prioritätensetzung bei den AdressatInnen Sozialer

Arbeit verbleibt. Professionelle leisten hierbei Unterstützungsmanagement und tragen die Verantwortung für Gestaltung und Klarheit des Beratungsprozesses.

Der Prozess der Zielerarbeitung

Hauptaufgabe der Beratungsarbeit bei der Zielerarbeitung ist, differenziert deutlich zu machen, dass MitarbeiterInnen Sozialer Dienste zwar ExpertInnen für die Unterstützung bei der gemeinsamen Suche nach Zielen und Problemlösungen sind, letztlich jedoch die Mitarbeit der hilfesuchenden Menschen die Grundlage für das Gelingen eines jeden Schrittes darstellt (vgl. Herriger 1991). Menschen kommen in Krisen zu ExpertInnen, weil sie aus der Krise heraus wollen; es soll wieder »anders« werden. Häufig wissen Menschen relativ genau, was sie nicht mehr wollen, doch die Vorstellung, was sie stattdessen wollen, was sie zukünftig erreichen wollen, ist zu Beginn des Beratungsprozesses oft unklar.

Nach dem Erfassen der Situation, einschließlich der vorhandenen Probleme und Ressourcen, erfolgt die Festlegung der zu bearbeitenden Themen und Prioritäten durch die AdressatInnen (»Was liegt mir am meisten am Herzen? Was soll als erstes vom Tisch?«). Dann wird der Verände-

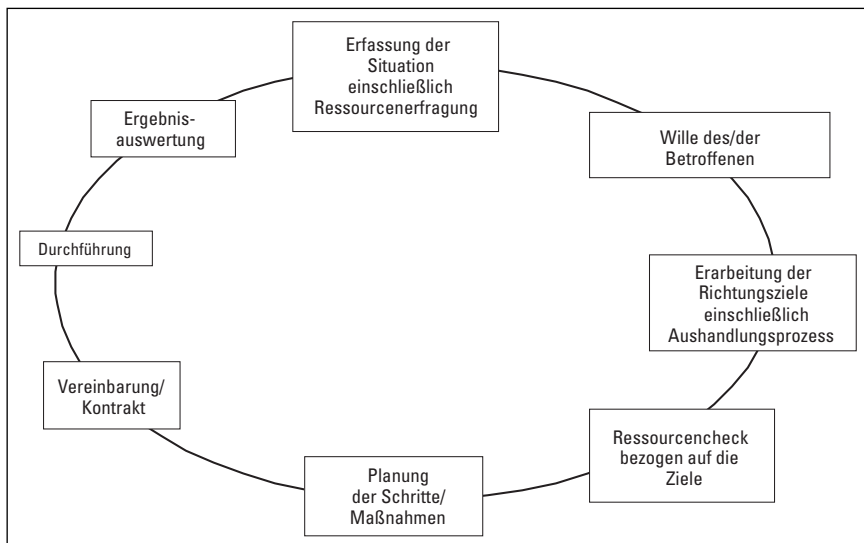


Abbildung 1: Ressourcenorientiertes Vorgehen im Leistungsbereich, Streich/Lüttringhaus/Welbrink, Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung der Universität Duisburg-Essen (ISSAB) 2000

rungswille geklärt. Wille wird hier verstanden als: »Ich will alles dafür tun, alle meine Möglichkeiten einsetzen und ausschöpfen, um eine Veränderung herbeizuführen«. Im Willen steckt die eigene Motivation und damit die Zugkraft zur Veränderung. Nur wenn dieser vorhanden ist, gilt es, die AdressatInnen weiter zu unterstützen und das zumeist verschwommene Bild des geäußerten Willens zu konturieren (»Ich will auch mal meine Ruhe haben!«). Sind diese Vorstellungen nach bestimmten Standards klar erarbeitet (Richtungsziele), wird geklärt, welche Ressourcen für die Zielerreichung gestärkt, aktiviert und genutzt werden können. Erst dann können individuelle und maßgeschneiderte Lösungswege bzw. Maßnahmen geplant werden.

Der Weg vom Willen zum Ziel

Wenn Professionelle mit Menschen in einem Arbeitskontakt stehen, klären sie zunächst, ob diese etwas verändern wollen. Wie zuvor beschrieben, ist hier mit »Wille« die eigene Wichtigkeit und Einsatzbereitschaft zur Erreichung eines angestrebten Zustandes gemeint. Handlungsleitend sind hierbei die Vorstellungen der AdressatInnen und nicht der Professionellen. Professionelle suchen nicht heraus, was ihnen am wichtigsten ist, sondern ihre Aufgabe besteht darin, herauszufinden, was zum jetzigen Zeitpunkt für die KlientInnen Priorität hat. Wenn nicht der Wille der Betroffenen sondern der Wille von Professionellen oder anderen – wie z.B. Institutionsvertretern – handlungsleitend für Zielerarbeitung und Lösungswege ist, wird dies häufig zu einem späteren Zeitpunkt ersichtlich, nämlich bei der praktischen Umsetzung. Es fehlen der eigene Antrieb und die Durchsetzungskraft. Sand ist im Getriebe. Die Zielerreichung rückt in weite Ferne. Wenn Betroffene einem Willen nachgehen, der eigentlich der Wille anderer Personen ist dann verringert sich die Chance, dass später Ziele auch erreicht werden, sie versuchen z.B., die Wünsche anderer zu erfüllen, weil sie vielleicht die Professionellen ganz nett finden, ihre Ruhe von anderen haben wollen oder sich vermuteter Macht beugen. Ergebnis: Misserfolg für alle Beteiligten. Nicht umsonst heißt es im Volksmund: »Des Menschen Wille ist sein Himmelreich«. Die Konsequenz für professionelles Handeln heißt entsprechend: »Wir versuchen nicht, Menschen zu etwas zu motivieren, nach dem Motto: *»Wo mein Wille ist, ist dein Weg«*, sondern gehen auf die Suche nach den eigenen Motivationen der Menschen und setzen dort an! Was ist für Betroffene wichtig und von Bedeutung? Professionelle sind darauf angewiesen, dass Betroffene ihnen ihre Sichtweisen und Deutungen, also ihre Lebenswelt eröffnen. Denn der *eigene* Wille der Betrof-

fenen ist die wichtigste Ressource (französisch: Quelle) im Prozess der Zielerarbeitung.

Da die Zielerreichung nicht selten harte Arbeit erfordert und daher mit Anstrengung verbunden ist, bedeutet dies, dass ohne Willenskraft nichts geht. Willenskraft bedeutet Tatkraft, Tatendrang, Schaffenskraft. Mit diesem Schwung werden Reserven mobilisiert, um eventuelle Hürden bei der Zielerreichung zu überwinden, Stolpersteine aus dem Weg zu räumen und am Ball zu bleiben. Die Entscheidung darüber, ob ich etwas will oder nicht will, gibt die entsprechende Energie und den Antrieb zum Handeln in die eine oder andere Richtung. Solche Entscheidungen fallen leichter, je klarer das Bild dessen ist, was ich erreichen will. Methodisch ist besonders wichtig, in der Gesprächsführung bei der Zielerarbeitung keine eigenen Themen und Prioritäten vorzugeben, da diese meist nur der eigenen Lebenswelt der Professionellen entspringen und damit die KlientInnen lenken.

Aus den zunächst unscharfen und diffusen Willensäußerungen (»Ich will, dass das Chaos aufhört!«) versuchen Professionelle, mit entsprechender Unterstützung, zunächst den konkreteren oder auch den dahinterliegenden Willen zu erkunden. Sie ebnen durch offene Frageformen (»Wie stellen Sie sich das konkret vor? Können Sie mir das genauer beschreiben?«) den Weg zu den Zielvorstellungen der/des Betroffenen. Je konkreter und differenzierter der Wille der/des Betroffenen beschrieben wird, desto klarer zeigt er die Richtung der zukünftigen Veränderung an. Damit geht die Bewegung weg von dem Problem, hin zu einem Ziel, also einem positiv formulierten und konkreten, zukünftigen Zustand. Weil Soziale Arbeit Menschen darin unterstützt, ihren Alltag besser zu bewältigen, ist es wichtig, die Vorstellungen auf konkrete Bereiche und Situationen im Alltag der Betroffenen zu beziehen (»Sie wollen also wieder ein besseres Verhältnis zu ihrer Tochter. Um welche Bereiche und Situationen geht es Ihnen dabei vor allem?«). Sonst bleiben Zukunftsvorstellungen auf einer globalen und damit oft zu allgemeinen Ebene. Damit werden konkretere Handlungsmöglichkeiten im Hinblick auf die Zielerreichung verhindert.

Die Suche nach dem Willen von Betroffenen bedeutet nicht, dass Professionelle jeden Willen erfüllen! Wenn sie unterstützend tätig werden, muss die Voraussetzung gegeben sein, dass der Wille des Gegenübers mit Funktion und Auftrag des Professionellen vereinbar ist. Zudem sind Profis nicht der »Weihnachtsmann« oder der »Supermarkt« für soziale Leistungen! Aus einer Übereinstimmung von Wille und Auftrag können jedoch Lösungswege entwickelt werden, welche die Ziele der Betroffenen unterstützen. Ledig-

lich im gesetzlich definierten Gefährdungsbereich oder im durch ein Regelwerk geklärten Sanktionsbereich (Jugendgerichtshilfe, Hausordnungen von Einrichtungen etc.) werden dem Willen der KlientInnen konkrete Anweisungen bzw. Auflagen der Institution vorgeschaltet. Hier können die MitarbeiterInnen der Sozialen Dienste den KlientInnen also Anweisungen erteilen.

In der Arbeit mit den AdressatInnen Sozialer Arbeit ist des Weiteren zu unterscheiden zwischen den geteilten Zielen der verschiedenen Betroffenen und ihren individuellen Zielen, die nicht übereinstimmen müssen. Im Zentrum der Zielfindung steht dann ein Aushandlungsprozess, der nicht in Konsensziele münden muss, aber von wechselseitiger Akzeptanz getragen sein sollte. Ohne diese Akzeptanz kann im jeweiligen System nicht erfolgreich gearbeitet werden, da die Zielarbeit innerhalb des Systems gestört wird. Die Frage ist dann, ob es nicht sinnvoller ist, die Systemebene (z. B. von der Arbeit mit einem Jugendlichen im Familiensystem hin zur Arbeit im System Sozialraum) zu wechseln.

Außerdem geben wir für den Prozess der Erkundung des Willens zu bedenken, dass allzu oft der Wille der Kinder und Jugendlichen übergangen wird (vgl. dazu Schwabe 2000). Man sucht allenfalls den »Willen der Familie«, der in dieser Form selten existiert. Es gibt immer nur den Willen der einzelnen Beteiligten, aus dem sich möglicherweise die soeben angesprochenen Kompromisse, Absprachen oder Vereinbarungen ergeben, auf die sich die beteiligten Akteure verständigen. Bei dem jedoch häufig auftauchenden »Willen der Familie« ist in Wirklichkeit zumeist der Wille eines dominanten Elternteils gemeint. Das kann bei Kindern dazu führen, dass sie ein weiteres Lebensmuster bestätigt sehen: Nämlich in vielen Lebenssituationen nicht ernst genommen und erniedrigt, erleben sie nun auch noch einen institutionell geprägten Kontext, der diese Erfahrungen bestätigt und die erwachsenenzentrierte Sichtweise (sozialarbeiterisch abgesichert!) in den Vordergrund stellt.

Zusammenfassend heißt dies: Ist bei den KlientInnen kein Wille zur Veränderung vorhanden, gibt es auch keine Ziele. Die MitarbeiterInnen der Sozialen Dienste können dann zum einen versuchen, Möglichkeiten ihrer Unterstützung aufzuzeigen, um die Mitarbeit der KlientInnen zu fördern. Sie können zum anderen darüber hinaus ihre Funktion erklären, indem sie durch die Beseitigung eventuell vorhandener falscher Vorstellungen über die Arbeit der Sozialen Dienste den – vielleicht doch vorhandenen Veränderungswillen – bei den KlientInnen erkunden. Bis auf die Ausnahme im

Fall von Kindeswohlgefährdung ist und bleibt die Leistung Sozialer Dienste eine freiwillige Leistung, auf die KlientInnen ebenso freiwillig zurückgreifen oder aber auch freiwillig verzichten dürfen. MitarbeiterInnen der sozialen Dienste haben lediglich die Möglichkeit, förderliche Bedingungen für die Willens- und Zielerkundung zu schaffen, indem sie ihre Funktion – d.h. ihre Unterstützungsmöglichkeiten – transparent und nachvollziehbar darstellen (um evtl. »falschen« Vorstellungen über die Arbeit sozialer Dienste entgegenzuwirken), und mit entsprechenden Methoden unklare Ausgangslagen in konkrete und realistisch handhabbare Bilder befördern. Die letztendliche Entscheidung, ob diese dann auch für KlientInnen handlungsleitend werden, entscheiden diese im Freiwilligenbereich selbst.

Standards von Zielen

Ziele sind positiv formulierte Zustände. Positiv ist hier nicht als eine Bewertungskategorie von gut oder schlecht zu verstehen, sondern bedeutet, dass Zielformulierungen keine »Nicht«-Formulierungen enthalten (z. B.: Steffi klagt nicht mehr). Vielmehr beschreiben sie klar, was stattdessen sein wird. Ziele sind subjektiv wichtig für die Betroffenen. Sie sind verhaltensbezogen, realistisch, konkret, klar und in ihrer Sprache formuliert. Sie sind terminiert, und die Zielerreichung liegt in der Hand der Betroffenen (vgl. auch Spiegel von 2004, S. 191ff.; Lotmar/Tondeur 1989, S. 53ff.).

Definition: Ziele sind positive zukünftige Zustände

Zentrale Standards wohlgestalteter Ziele:

- Sie sind wichtig und bedeutungsvoll für die Betroffenen
- Sie sind positiv formuliert
- Sie sind konkret und klar formuliert (bezogen auf konkrete Bereiche und/oder Situationen)
- Sie sind realistisch (erreichbar – ausgehend vom Stand der Person)
- Sie sind terminiert
- Die Zielerreichung liegt in der Hand der Betroffenen
- Die Ziele sind in der Sprache der Betroffenen formuliert

Ziele und Handlungen im plausiblen Zusammenhang

Zu den häufigsten Stolpersteinen bei Zielformulierungen zählen abstrakte, unklare Aussagen (z. B.: Steffi ist selbstständig. Der Alltag von Frau Müller ist strukturiert. Die Erziehungsfähigkeit von Herrn Meier ist gestärkt. Die

soziale Kompetenz von Marcel ist erweitert). Nebulöse Zielformulierungen geben keinem der Beteiligten eine Handlungsorientierung. Sie sind nicht selten so allgemeingültig formuliert, dass vermutlich auch jede/r von uns in unterschiedlicher Form lebenslang an solchen Themen arbeitet. Ziele werden daher in zahlreichen theoretischen Konzepten in verschiedene Rubriken »heruntergebrochen«, z. B. Fernziele und Nahziele, Endziel und Prozessziele, Grobziele und Feinziele usw. (vgl. auch Spiegel von 2004, S. 179 ff.).

Wir nennen ein Ziel, das in eine bestimmte Richtung weist und in der Sozialen Arbeit in der Regel in einem Zeitraum von bis zu 6 Monaten erreicht werden kann, ein *Richtungsziel* (z. B. entsprechend dem zeitlichen Planungshorizont in der Jugendhilfe bei Wiedervorlagen von Fällender Hilfe zur Erziehung/HzE). Um diesen Zustand nicht in einer »Grundsätzlichkeit« zu belassen (z. B. »Frau xy kann in einem halben Jahr ihren Kindern Jan, 6 Jahre, und Imke, 4 Jahre, Grenzen setzen«), regen wir an, ihn zu konkretisieren. Damit Betroffene sich nicht »verzetteln«, kann geklärt werden, in welchen konkreten Bereichen und Situationen Frau xy ihren Kindern Grenzen setzen will (z. B. a. dass die Hausaufgaben bis zum Abend, spätestens 18.00 Uhr, gemacht sind und b. die Kinder um spätestens 20:30 Uhr im Bett sind.)

Beispiele für Richtungszielepraxis

- Sabine (16 Jahre): Ich kann in 6 Monaten Termine im Bereich (Arzt, ...) selbst ausmachen und einhalten.
- Tobias (17 Jahre): Ich habe bis ... (in 6 Monaten) mindestens sechs verschiedene Möglichkeiten in den Bereichen Bewerbungsschreiben und persönliche Vorstellung aktiv genutzt, um eine Arbeitsstelle als Schreiner im Umkreis von 40 km zu finden.
- Melanie (16 Jahre): Am 01. Juli ... stelle ich mich auf die Waage und wiege höchstens 70 Kilo. Ich habe mein Gewicht von 75 Kilo auf 70 Kilo reduziert.
- Frau Lehnert (28 Jahre): In 6 Monaten kann ich alleine (ohne Sozialpädagogische Familienhilfe) meine Tochter Sabrina (8 Jahre) bei den Hausaufgaben begleiten und ihr in Konfliktsituationen bei Tisch- und Fernsehzeiten klare Grenzen setzen.
- Thomas (13 Jahre): Ich kann in drei Monaten gesundheitlich auf mich achten, indem ich rechtzeitig Bescheid sagen kann, wenn ich nach Absetzen meines Medikamentes eine negative Veränderung an mir erkenne, d. h. wenn ich unruhiger werde oder mich im Unterricht schlechter konzentrieren kann.
- Jessica (14 Jahre): Ich will meine schulischen Lücken schließen (in Mathe, Englisch, Deutsch), so dass ich im Herbst 2005 in die achte Klasse der Hauptschule versetzt werde, d. h. ich habe in allen Hauptfächern mindestens eine Vier.

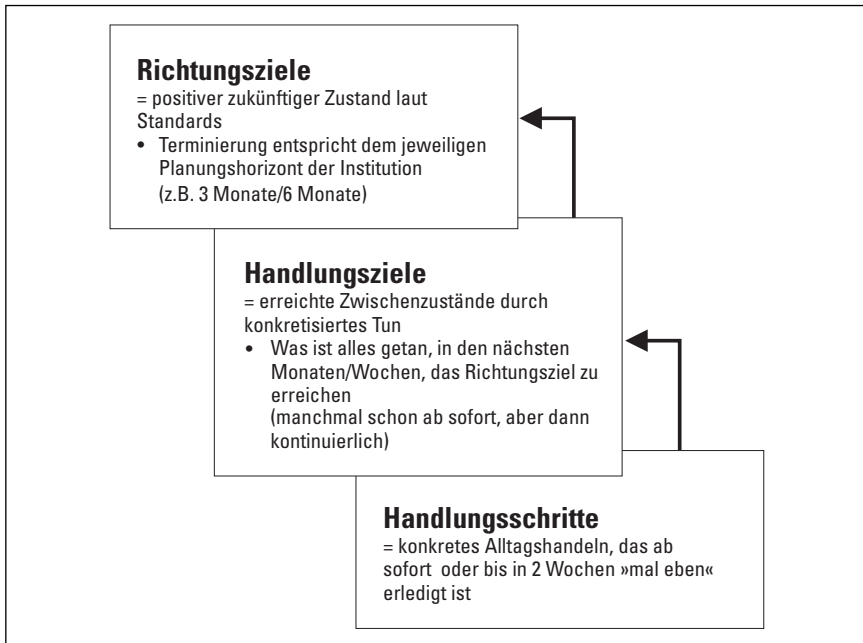


Abbildung 2: Stufenmodell zur Zielerreichung, Lüttringhaus/Streich ISSAB 2006

Da Richtungsziele durch vorheriges Handeln erreicht werden, haben wir uns entschieden, die Zwischenzustände, *Handlungsziele* zu nennen, weil hier gehandelt und auch ausprobiert wird. Insbesondere Handlungsziele unterliegen häufig einem Veränderungsprozess. Den Handlungszielen ordnen wir *Handlungsschritte* unter, die sehr konkret helfen, die wichtigen Kleinigkeiten ernst zu nehmen, an denen große Ziele scheitern können. Richtungsziel, Handlungsziele und Handlungsschritte stehen somit in einem plausiblen Zusammenhang. Sie werden immer konkreter und die Erreichung eines angestrebten (Zwischen-)Zustandes steht in einer zeitlichen Reihenfolge (s. nachfolgendes Praxisbeispiel).

Ziele im Unterschied zu Wünschen, Aufträgen, Anweisungen und Maßnahmen

Zu den weiteren »Fallen« bei der Zielerarbeitung zählt die Verwechslung von Zielen mit Wünschen, Aufträgen, Anweisungen und Maßnahmen.

Wünsche liegen dann vor, wenn es unrealistisch ist, den zukünftigen Zustand in einem Zeitraum von sechs Monaten mit all den zur Verfügung

Ein Praxisbeispiel mit Richtungsziel, Handlungsziel und Handlungsschritten

Silke ist eine 16jährige Punkerin, die bei ihrer Mutter wohnt. Die Familie ist schon länger dem Jugendamt bekannt, denn die Mutter ist seit Jahren Alkoholikerin und kümmert sich mittlerweile so gut wie überhaupt nicht mehr um Silke und gemeinsame Angelegenheiten. Silkes Vater wohnt in Norwegen. Seit Jahren hat Silke keinen Kontakt mehr zu ihm gehabt. Silke wünscht sich eine Ausbildungsstelle, denn sie merkt, dass mittlerweile fast alle ihre Freunde in irgendeiner Form einer Arbeit nachgehen. Vor allem, dass ihre Freundin Sandra nun auch in einer Bäckerei angefangen hat, hat sie dazu veranlasst, dass sie »die Kurve kriegen will«. Silke hat in den letzten anderthalb Jahren bereits drei Jobs bzw. angefangene Ausbildungen abgebrochen. Dabei war es immer wieder das Problem, dass sie laufend verschlafen hat. Sie hat derzeit überhaupt keine »Tagesstruktur«. Es ist für sie völlig ungewohnt, an bestimmte Zeiten gebunden zu sein, denn das ist bei ihr zu Hause seit Jahren nicht üblich gewesen. Sie hat – das würden Freunde von ihr sagen – »ein gutes Herz«, denn immer, wenn jemand krank ist oder Hilfe braucht, ist Silke zur Stelle. Sie mag Kinder sehr und erinnert sich gerne an ein Praktikum während der Schulzeit, als sie im Kindergarten einmal drei Tage lang in einem Projekt mitgearbeitet hat. Silke hat in der gemeinsamen Wohnung mit der Mutter ein eigenes Zimmer. Sie liest gerne und sie bastelt gerne. Da sie wenig Geld hat, wird sie zum Geburtstag ihrer Freundinnen immer kreativ, denn sie möchte immer eine Kleinigkeit verschenken. Freitag-, Samstag- und Sonntagabend geht sie immer in dieselbe Disco, weil sich da auch die Clique trifft. »Und da häng ich ab, bis morgens der erste Bus kommt – oder wir gehen noch irgendwo frühstücken«.¹

Richtungsziel (in 6 Monaten):

- a) Ich habe meinen Tag so eingeteilt, dass er einem normalen Arbeitsablauf von ca. 8.00 – 16.30 Uhr entspricht, um die Chance zu haben, einen Ausbildungsplatz zu erhalten
- b) Ich weiß, in welchem Arbeitsbereich ich was gern erlernen will, welchen Ausbildungsplatz ich gerne hätte.

Handlungsziel (zu a):

- Der Praktikumsplatz in der Kindertagesstätte (Kita) Beerengrund wird in den ersten vier Wochen zu mindestens 80 Prozent pünktlich um 8.00 Uhr angetreten.
- Der Praktikumsplatz in der Kita Beerengrund ist ab Montag in zwei Wochen für zwei Monate genutzt, um das Einhalten der Arbeitszeiten von 8.00 bis 16.00 Uhr zu üben.
- Wenn ich verpenne und die Kita um 8.00 Uhr anruft, springe ich in meine Klamotten und bin bis halb neun da.«
- Ich benutze ab sofort für die nächsten sechs Monate auf dem Rückweg von der Disco spätestens den letzten Nachtbus.
- Ich stelle mir ab morgen den lauten Wecker meiner Oma auf den Fenstersims – »ganz weit weg vom Bett« auf 6.45 Uhr jeden Tag.

¹ Anmerkung: In einem Gespräch wurde bereits eine erste Idee entwickelt. Die Sozialarbeiterin hatte die Ressource von Silke – Spaß an der Arbeit mit Kindern – aufgegriffen und Silke konnte mit einer bekannten Kindergartenleiterin im Stadtteil klären, dass sie dort ein Praktikum machen kann. Die Leiterin kennt die Ziele von Silke und ist bereit, Silke dabei zu unterstützen. Das kleine Praktikumgehalt (um die Hilfe möglichst lebensweltnah einzuleiten) würde vom Jugendamt übernommen werden

- Ich stelle ab morgen das Telefon jeden Abend direkt neben mein Bett.
- Ich bitte ab sofort jeden Sonntag meine Freundin Sandra (»auf die ist Verlass«), mich immer zum Nachtbus mitzunehmen.

Handlungsziel (zu b):

- Ich habe mich bis in drei Wochen (Freitag) beim Arbeitsamt über mögliche aussichtsreiche Ausbildungsstellen erkundigt, kenne die Anforderungen und Arbeitsbereiche und habe mir dort Stellenbeschreibungen geholt. Ich habe meine Interessen in dem Gespräch dargelegt.
- Ich habe bis in zwei Monaten bei meinen vier Freundinnen und deren Geschwister genauer nachgefragt, wie ihre Arbeit ist

Handlungsschritte (zu a):

- Der »Hilfe-zur-Erziehung«-Antrag wird von mir und meiner Mutter unterschrieben bis ...
- Ich stelle mich bis zum ... in der Kita vor.
- Ich bitte nächste Woche zusammen mit meiner Patentante meine Nachbarin Frau Zimmer, morgens um 7.00 Uhr anzuschellen, wenn sie mit ihrem Hund Pedro Gassi geht (dreimal lang schellen).

Handlungsschritte (zu b):

- Ich vereinbare zusammen mit Frau xy (Sozialarbeiterin) diese Woche noch einen Beratungstermin beim Arbeitsamt.
- Ich schreibe mir vor dem Besuch beim Arbeitsamt zusammen mit meiner Tante nächste Woche auf, »was ich so ganz gerne mache, weil ich immer sprachlos bin, wenn ich auf'm Amt sitze«.
- Ich schicke meinen Freundinnen eine SMS und frage, ob sie gemeinsam mit ihren Geschwistern mal Zeit für mich haben über ihre Jobs zu reden.

stehenden Möglichkeiten zu erreichen (sie können auf realistische Ziele heruntergebrochen werden). Es gilt dann, den Teil herauszuarbeiten, der realistisch erreichbar ist, damit Ziele formuliert werden können. Immer vorausgesetzt, eine Person *will* diesen Zustand auch erreichen. Von einem Wunsch sprechen wir auch, wenn die Person *nicht* all ihre Möglichkeiten zur Erreichung des angestrebten Zustandes einsetzen will, da dann zu diesem Zeitpunkt die subjektive Wichtigkeit nicht vorhanden ist. Aussagen wie: »Es wäre schön, wenn andere dafür sorgen können, dass ...« sollten Professionelle hellhörig machen, und überprüfen lassen, ob zum jetzigen Zeitpunkt Wunsch oder Wille die Ausgangslage ist. Wünsche sind auch dann vorhanden, wenn sie in Abhängigkeit von anderen Personen stehen (z. B.: »Ich möchte mit meinem 13-jährigen Sohn am Wochenende mehr unternehmen«. »Ich möchte, dass mein Mann mir im Haushalt hilft«. »Ich möchte eine Freundin«). Die Erreichung solcher Zustände liegt nicht allein in der Hand der Betroffenen. Wenn jedoch das, was in der Hand der Be-

troffenen liegt, herausgearbeitet wird, dann können Ziele mit den Betroffenen erarbeitet werden (z.B. Richtungsziel Daniela, 15 Jahre: »Daniela kennt und nutzt bis in sechs Monaten mindestens sechs Möglichkeiten, um Kontakte zu Gleichaltrigen aufzubauen«; oder: »In 2 Monaten habe ich mit meinem 13-jährigen Sohn geklärt, ob er mit mir etwas unternehmen will und wenn ja, was wir machen können«). Ob der jeweilige Wunsch eventuell in Erfüllung geht, ist unklar. Aber es liegt zumindest auf der Hand, was der/die Betroffene selbst dafür tun kann, damit die Chance sich erhöht, dass der Wunsch in Erfüllung geht. Ein Wunschzettel allein hilft oft nicht weiter. Es geht um den eigenen Spielraum, den Menschen ausnutzen können! Klar ersichtlich werden so die eigenen Möglichkeiten der Mitwirkung, aber auch Grenzen und damit der Bereich, für den jede/r selbst die Verantwortung übernehmen kann.

Aufträge sind *an andere gerichtet*. Jemand anderes *soll* etwas tun. Aber *Aufträge können abgelehnt* werden. Zum Beispiel: »Marc, 16 Jahre, soll sein Zimmer aufräumen.« Marc will aber nicht und es ist schon viel versucht worden. Aus Aufträgen wird nicht deutlich, was sich die Person, die ihn formuliert, dadurch für sich selbst erhofft. Der Weg von einem formulierten Auftrag an eine andere Person, hin zu einem persönlichen Ziel, das für sie selbst bedeutsam ist, kann z.B. durch Fragen erkundet werden (z.B.: »Was ist dann für Sie anders, wenn Marc sein Zimmer aufgeräumt hat?«, »Was bringt es Ihnen, wenn Marcs Zimmer aufgeräumt ist?«). Antworten können beispielsweise sein: »Dann habe ich nicht mehr so viel Stress mit dem Aufräumen, Zeit für mich, um mal ein wenig Luft zu schnappen«. Solche konkret formulierten eigenen Interessen können Ausgangspunkte für Richtungsziele sein.

Anweisungen werden (auch gegen den Willen der AdressatInnen) von den MitarbeiterInnen der Sozialen Dienste oder vom Gericht in Form von Auflagen erteilt. Das geschieht in der Jugendhilfe im Gefährdungsbereich oder z.B. in der Jugendgerichtshilfe bzw. in der Sozialhilfe im Sanktionsbereich. Hier *muss* jemand konkrete Auflagen erfüllen, da aufgrund der gesetzlichen oder institutionellen Grundlagen ein Hierarchieverhältnis besteht. Werden diese nicht erfüllt, dann hat das Konsequenzen! Es liegt ein Hierarchieverhältnis vor, das der Fachkraft ermöglicht, konkrete Auflagen – bezogen auf die vorhandene Gefährdung oder die gesetzlichen Vorgaben – zu erteilen.

Maßnahmen sind konkrete Aktionen, Handlungen und Schritte, die eingeleitet werden, *um ein Ziel zu erreichen*. Häufig sind sie an der Endung

»-ung« zu erkennen oder an Formulierungen wie »Steffi braucht z.B. Unterstützung bei ...; Hilfe bei ...; Begleitung bei ...«; »Steffi besucht die Hausaufgabenbetreuung«; »Sabine macht eine Therapie« usw. Wird eine Maßnahme genannt, stellt sich im Rahmen der Zielerarbeitung immer die Frage: Welchen zukünftigen Zustand (Ziel) will jemand durch die Maßnahme erreichen? (Steuerungsfrage: »Wenn die Unterstützung erfolgreich abgeschlossen ist, was haben Sie dann erreicht?«; »Was ist dadurch für Sie anders?«).

Die Erarbeitung von klaren Zielen ist harte Arbeit für alle Beteiligten. Für die KlientInnen ist es oft befremdlich, die eigenen – oft diffusen – Vorstellungen zu konkreten Bildern zu entwickeln. Für die Professionellen ist es nicht selten schwierig, sich von dem Druck zu verabschieden, sofort Lösungswege einzuleiten und stattdessen zunächst einmal zu klären, wohin die Reise überhaupt gehen soll. Dabei gilt es, die Beteiligten als ExpertInnen für ihre Vorstellungen und ihre individuelle Lösung zu sehen (Sie sind Kundige und nicht Kunden!). Natürlich braucht man Mut, die bislang so geschätzte und Ansehen verleihende Rolle einer/s FachexpertIn zu verlassen, die Lösungswege präsentiert. Auf einmal ist man nicht mehr ExpertIn für flächendeckend gelingendes Leben und hat somit auch nicht mehr die Aufgabe, auf ein ganz bestimmtes Verhalten zu drängen oder gar zu versuchen, selbst aufgestellte Ziele durchzusetzen (vgl. auch Herriger 2005). Professionelle stellen in einem solchen akzeptierenden Kontakt ei-

Hier einige unserer Lieblings(abwehr)sätze, gesammelt bei Fachkräften von Jugendämtern und freien Trägern quer durch Deutschland:

- »Wir als Amt müssen doch auch Ziele für KlientInnen benennen können!«
- »Das ist viel zu schwierig für unsere Klientel, das können die doch gar nicht.«
- »Kinder und Jugendliche wissen doch gar nicht, was sie wollen. Außerdem haben heute viele Jugendliche gar keinen Willen mehr.«
- »Immerhin haben wir einen gesellschaftlichen Auftrag und müssen deshalb Jugendliche nach bestimmten Normen und Werten erziehen!« (Die unter den Professionellen keineswegs einheitlich sind).
- »Ich muss doch den Aufträgen anderer Institutionen nachkommen.«
- »Wir müssen doch Menschen dazu motivieren, sich anders zu verhalten.«
- »Man muss erst mal in Ruhe Beziehungsarbeit leisten, bevor man mit den Leuten an ihren Zielen arbeiten kann.«
- »Zielerarbeitung ist mittelschichtorientiert!«
- »Ich kann doch nicht jeden Willen von Menschen erfüllen.«
- »Was heißt denn hier »Wille der Betroffenen?« Hier im Amt ist ja mein Wille auch nicht gefragt.

gene Sichtweisen, Wissen und Erfahrungswerte zur Disposition, aber akzeptieren die freie Entscheidung des Gegenübers im Freiwilligenbereich (Ausnahmen: Gefährdungs- und Sanktionsbereich).

Zielerarbeitung erfordert Kreativität

Die Kreativität der Fachkräfte ist gefordert, um den Such- und Verhandlungsprozess mit den Beteiligten in Bewegung zu halten und sie darin zu unterstützen, ihre Vorstellungen von einer besseren Zukunft zu entwickeln. Theoretisches Wissen über die Grundlagen gelungener Zielgestaltung ist dabei erst der Anfang. Etwas zu »kennen«, heißt nicht automatisch es auch zu »können«. Es ist deshalb wichtig, dass wir auch praktische konzeptionelle, kommunikative und organisatorische Kompetenzen durch gezieltes Training auffrischen bzw. vertiefen und erwerben. Wichtig ist dabei insbesondere methodisches Wissen zur lösungs- und ressourcenorientierten Gesprächsführung (vgl. Kim Berg 1995), zur respektvollen Erkundung von unterschiedlichen Lebenswelten und zur kreativen Gestaltung von Rahmenbedingungen bei der Zielerarbeitung. Vor allem in der Arbeit mit

Warum es sinnvoll ist, die subjektiv bedeutsamen Ziele der Betroffenen konkret, klar, terminiert und in der Sprache der Betroffenen zu erarbeiten:

- Ziele geben Orientierung im Veränderungsprozess
- Durch konkrete (handliche) Formulierung werden sie handhabbar
- Individuelle konkrete Ziele sind Voraussetzung für die Gestaltung individueller, maßgeschneiderter und sozialraumorientierter Lösungswege
- Sie werden zum Arbeitsinstrument und zum roten Faden, weil aus ihnen konkrete Maßnahmen abgeleitet werden
- Die Zielerreichung ist überprüfbar, dadurch sind Erfolge messbar
- Die Sichtbarkeit von Erfolgen kann bei den Adressaten Selbstbewusstsein und Kompetenzzuwachs und bei den Profis Steigerung der Arbeitszufriedenheit bewirken. Innerhalb der eigenen Institution führen sie zu Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Arbeit und bei anderen Institutionen zur Klarheit des Arbeitsauftrages und bewirken eine bessere Überprüfbarkeit der Arbeit
- Kleinteilige Ziele haben einen Entlastungseffekt und vermindern den Druck, dass man den »großen Wurf« hinbekommen muss
- Die Identifikation der Betroffenen mit den Zielen wird erhöht. Das Verantwortungsbewusstsein der Betroffenen wird gestärkt. Die Motivation zum Handeln und eine positivere Grundstimmung werden bei allen Beteiligten befördert. Die Verbindlichkeit der Ziele für die Betroffenen wird gesteigert
- Adressatengerechte Ziele verbessern den Dialog zwischen Profis und Adressaten (Weg vom Fachjargon – hin zu lebensweltorientierten Formulierungen)

Kindern und Jugendlichen, MigrantInnen und Menschen, die sich schwer tun, ihren Willen zu äußern. Für unsere Fortbildungen haben wir die notwendige Kreativität bei der Gestaltung von Rahmenbedingungen und den Einsatz von vielfältigen Methoden immer wieder aus dem reichhaltigen Fundus der Gemeinwesenarbeit geschöpft.

Wer ressourcenorientiert und sozialraumorientiert arbeiten will, kommt an Zielen, die nach den zuvor beschriebenen Standards erarbeitet werden, nicht vorbei. Nur aus konkret formulierten Zielen, lassen sich flexible maßgeschneiderte Lösungswege entwickeln, die dann gezielt die Ressourcen der Person, der Familie und die Ressourcen des Sozialraumes einbinden können. Nur mit konkreten Zielen kann ein »Fall im Feld« (vgl. Hinte 2001) gelöst werden.

Literatur

- Hinte, Wolfgang (2001): Der Fall im Feld, in Sozialmanagement 6/2001, S. 10-13
- Hinte, Wolfgang/Lüttringhaus, Maria/Streich, Angelika (2001): »Wissen ist noch nicht Können« – Fortbildung in flexiblen Jugendhilfe-Einheiten, in: Früchtel, Frank/Lude, Werner/Scheffer, Thomas/Weißenstein, Regina (Hrsg.): Umbau der Erziehungshilfe – Von den Anstrengungen, den Erfolgen und den Schwierigkeiten bei der Umsetzung fachlicher Ziele in Stuttgart, S. 89-102
- Herriger, Norbert (1991): Empowerment – Annäherung an ein neues Fortschrittprogramm der sozialen Arbeit, in: Neue Praxis 3/1991, 20. Jg., S. 221-229
- Herriger, Norbert (2005): Sozialräumliche Perspektive und Empowerment. Plädoyer für eine Ressourcenperspektive, in: Deinet, Ulrich/Gilles, Christoph/Knopp, Reinhold (Hrsg.) (2005): Neue Perspektiven der Sozialraumorientierung. Planung – Aneignung – Gestaltung, Berlin (s. unter www.empowerment.de/materialien)
- Kim Berg, Insoo (1995): Familien-Zusammenhalt(en). Ein kurz-therapeutisches und lösungs-orientiertes Arbeitsbuch, Dortmund
- Lüttringhaus, Maria (2004): Erfolgsgeschichte Gemeinwesenarbeit – die Saat geht auf?, in: Gillich, Stefan (2004) (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit: Die Saat geht auf. Grundlagen und neue sozialraumorientierte Handlungsfelder, Gelnhausen, S. 16-26
- Löcherbach, Peter/Klug, Wolfgang/Rommel-Fassbender, Ruth/Wendt, Wolf-Rainer (Hrsg.) (2003): Case-Management. Fall- und Systemsteuerung in der Sozialen Arbeit, Darmstadt
- Lotmar, Paula/Tondeur, Edmond (1989): Führen in sozialen Organisationen, Bern
- Schwabe, Matthias (2000): Das Hilfeplangespräch zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in Jugendhilfe 38 4/2000, S. 195-204
- Spiegel, Hiltrud von (2004): Methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit. Grundlagen und Arbeitshilfen für die Praxis, München
- Spiegel, Hiltrud von (2000): Methodische Hilfen für die Gestaltung und Evaluation des Prozesses der Zielfindung und Zielformulierung im Hilfeplanverfahren. Expertise zum Projekt Familiäre Bereitschaftsbetreuung, DJI-Arbeitspapier, München

- Springer, Werner/Welbrink, Andrea (1996): Offene Kontaktformen im beruflichen Handeln in sozialen Diensten: Elemente einer Fortbildungskonzeption, in: ÖTV (Hrsg.): Soziale Dienste – Soziale Arbeit – Neuorganisation und Weiterentwicklung, Stuttgart
- Wendt, Wolf Rainer (2001): Case-Management im Sozial- und Gesundheitswesen. Eine Einführung, Freiburg im Breisgau

III. Kreative Handlungsmöglichkeiten in der Praxis

Das Forster Tuch – eine Stadt webt an der gemeinsamen Zukunft

Ein Stadtentwicklungsprojekt mit künstlerischen Methoden im südbrandenburgischen Forst (Lausitz)

Peter Grünheid/Markus Kissling (SPACEWALK)

Vergessen Sie Kreativität!

Die Definitionen von Kreativität sind ebenso zahlreich wie vielfältig: »Kreativität ist die Fähigkeit, Neues zu schaffen« – »Selbstverwirklichung« – »eine Eigenschaft des Lebendigen« – »Kreativität heißt Kribbeln im Kopf« – »ist die wertvollste Ressource und wird dringend benötigt« – »Kreativität ist die Fähigkeit, Wissen und Erfahrungen aus verschiedenen Lebens- und Denkbereichen unter Überwindung verfestigter Struktur- und Denkmuster zu neuen Ideen zu verschmelzen« und »kreativ ist auch, wer in der Lage ist, innerhalb kürzester Zeit äußerst viele Verwendungsmöglichkeiten für einen Ziegelstein zu finden« oder schlicht aus dem Chaos Ordnung zu schaffen.

Welcher der Definition von Kreativität man nun folgen mag, ist in den SPACEWALK-Projekten nicht entscheidend. Auch wenn nicht jeder ein Genie ist, ist Kreativität eine Fähigkeit, die jeder zum Überleben braucht, also hat auch jeder das Potenzial zu gestalten. Ausgehend von dieser These erscheint es nur sinnvoll, zu versuchen, an die vorhandene eigene Kreativität anzuknüpfen, sie zu fördern und zu trainieren. Dafür kann Kunst ein wunderbarer Trainingsraum sein. Kunst nicht verstanden als Arbeit von Spezialisten/innen an einem möglichst schönen und beeindruckenden Produkt für eine Elite, sondern als einen jedem zugänglichen Prozess, dessen Anliegen es ist, Menschen nicht an der Kunst, sondern am Leben zu interessieren. Wenn jemand in einem »künstlerischen Projekt« eine starke Erfahrung mit seiner eigenen Kreativität gemacht hat, dann wirkt diese Erfahrung aus dem »Trainingsraum« wie ein Referenzbeispiel, das auf ein anderes Feld übertragen werden kann.

Das im Folgenden beschriebene SPACEWALK-Projekt wird die in dem Kulturprojekt erfahrene Gestaltungskraft auf den komplexen Vorgang der Stadtentwicklung übertragen. Ganz im Sinne des Beuys'schen Diktums »Jeder Mensch ist ein Künstler«, heißt das, jeder Mensch hat das Potenzial, selber zu schaffen, selber zu treiben und nicht nur getrieben zu wer-

den. Für die gemeinsame Gestaltung der Gesellschaft sind die Sichtweise und der kreative Beitrag jedes Einzelnen ebenso wichtig wie einzigartig. Mit diesem Ansatz realisiert SPACEWALK seit 1993 Projekte in sozialen Brennpunkten.

Das Forster Tuch – eine Stadt webt an der gemeinsamen Zukunft

Die Stadt Forst (Lausitz), östlich von Cottbus an der Grenze zu Polen gelegen, ist wie zahlreiche andere Kommunen in früheren Industrieregionen mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert: Das drängendste ist der Niedergang der einst blühenden Textilindustrie und der damit verbundene Bevölkerungsschwund. Seit der Wende hat das frühere ostdeutsche »Manchester Deutschlands« annähernd zwanzig Prozent seiner Bevölkerung verloren und die derzeitige Arbeitslosenquote von gut einem Viertel wird noch mehr Menschen ihr Glück andernorts suchen lassen.

Forst ist eine schrumpfende Stadt

Eine der sichtbaren Folgen der Abwanderung ist der Wohnungsleerstand, ganz besonders in den Plattenbauten Am Markt. Mit dem Abriss dieser Gebäude im früheren Zentrum der Stadt wurde im Herbst 2003 begonnen. Doch was soll geschehen mit der innerstädtischen Freifläche? Pläne für eine neue Bebauung erfordern Finanziers, aber die sind nicht in Sicht. Ein Areal, das unter anderen Umständen als »Filetstück« schnell den Besitzer gewechselt hätte, droht zur Brache zu werden. Mit Investitionen von außen ist nicht zu rechnen – die Initiative muss von der Stadt, von den Bürgerinnen und Bürgern selbst ergriffen werden. Diese Notwendigkeit offenbart ein weiteres Problem, mit dem viele schrumpfende Städte zu kämpfen haben: Wer nicht geht, zieht sich aus dem öffentlichen Leben zurück. Dem Abriss preisgegeben werden nicht nur Gebäude, auch die Strukturen des Gemeinwesens zeigen bald tiefe Risse.

Dem Schrumpfungsprozess wird in absehbarer Zeit nicht Einhalt zu gebieten sein. Daher ist es umso wichtiger, dass die Bürgerinnen und Bürger sich wieder als Mitglieder eines funktionierenden Gemeinwesens wahrnehmen und nicht als eine zufällige »Notgemeinschaft« derjenigen, die den Weggang nicht geschafft haben. Die Stadt soll wieder eine Identität gewinnen – mit dem Engagement ihrer Bewohner/innen. Ein erstes sichtbares Ziel liegt darin, eine Nutzung zu finden für die innerstädtische Brache. Diese muss noch nicht einmal den Gesetzen der Ökonomie gehorchen, die

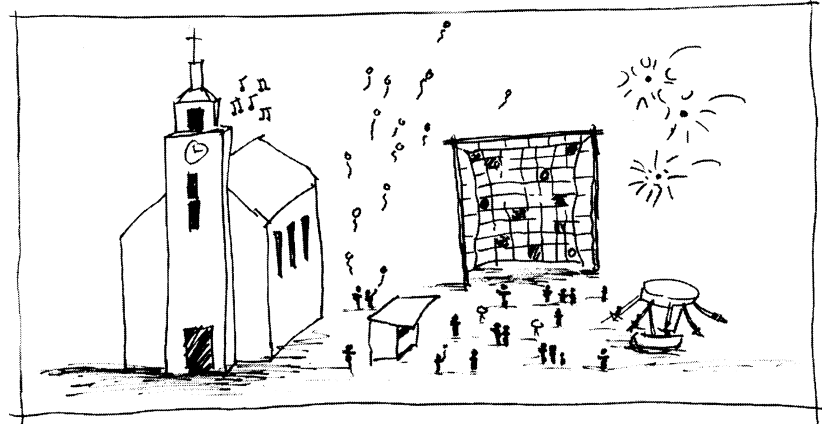
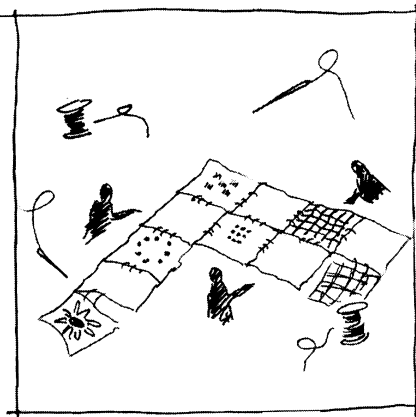
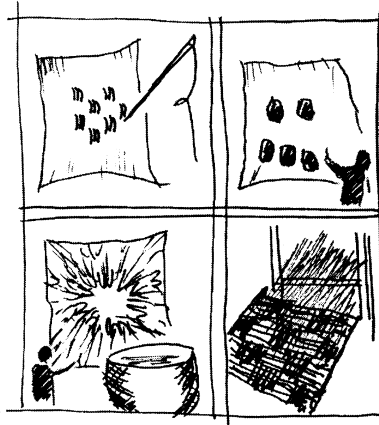
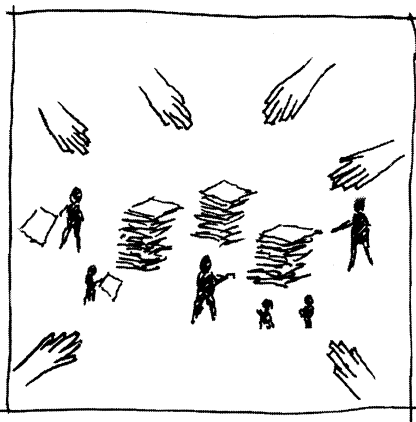
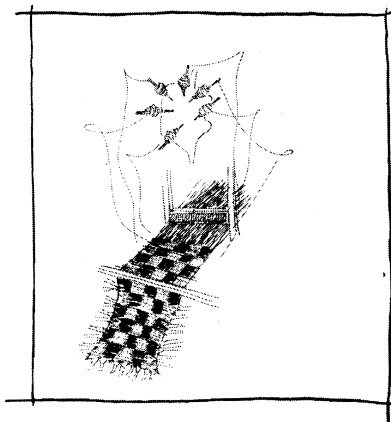


in Ermangelung des Wachstumskatalysators »Nachfrage« ohnehin längst ausgehebelt sind. Vielleicht ist es Zeit für ein Experiment? Was wünschen sich Menschen, die über eine zentrale Fläche in ihrer Stadt frei verfügen dürfen? Gibt es vielleicht sogar einen »Luxus der Leere«?

In diesem Spannungsfeld realisierten SPACEWALK und die Gruppe Planwerk im Auftrag der Stadt Forst das Kunst- und Beteiligungsprojekt »Das Forster Tuch – eine Stadt webt an der gemeinsamen Zukunft«. Alle Einwohner/innen der ehemaligen Tuchmacherstadt waren eingeladen, am »Forster Tuch« mitzuwirken – in einem symbolischen Akt des gemeinsamen Engagements für ein lebendiges Gemeinwesen. Jede Forsterin, jeder Forster, Kinder und Jugendliche, Gewerbetreibende, Gemeinden, Vereine – sie alle konnten alleine oder gemeinsam ihr Stück »Tuch« gestalten, ein 1 m x 1 m großes Stück Leinwand, das bemalt, beklebt, bestickt oder besprüht werden konnte, der Freiheit in der Gestaltung waren keine Grenzen gesetzt. Tücher und Farben wurden vom Projekt bereitgestellt, am Ende des Projektes sollte das Tuch zusammengesetzt und auf der Brachfläche im Zentrum präsentiert werden.

Ziel war es, das Grundprinzip: »Jeder gibt seinen Teil zu einem gemeinsamen Ganzen« im Rahmen des Kunstprojekts für alle Bürger der Stadt sichtbar zu realisieren und nicht nur auf die Stadtentwicklung und die Bebauung der innerstädtischen Brache, sondern auch auf zentrale Bereiche des sozialen Lebens und der Entwicklung von Forst zu übertragen. In acht Monaten gestalteten Tausende ihren Quadratmeter Stoff. Im August 2004 war es dann so weit: Das Forster Tuch – bestehend aus dreitausend Einzeltüchern – wurde zum »Forster-Tuch-Festival« im Zentrum der Stadt aufgestellt.

In Bürgerforen, Arbeitsgruppen, Befragungen und in unterschiedlichen Projekten hatten sich von Sommer 2003 bis Sommer 2004 über achttau-



send Forster/innen engagiert. Die Ergebnisse dieser breiten Bürgerbeteiligung beinhalteten die Gestaltung der Freifläche Am Markt, neue Impulse für den Textilstandort Forst, Initiativen wie Kneipennacht, Bauernmarkt oder Kinderforum, den ehrenamtlichen Einsatz bei SPACEWALK und die Einführung des Forster Tuches als Marke und Plattform für Stadtmarketing.

Zum Ansatz des Projektes

Das Projekt verbindet die beiden großen Potenziale der Stadt, die lange Tradition von Tuchmacherei und Textilindustrie sowie die Phantasie, Vitalität und Schaffenskraft der dreiundzwanzigtausend Forster/innen. Die Grundidee des »Forster Tuches« ist einfach: Jede/r gibt seinen Teil zu einem gemeinsamen Ganzen. Jede/r gestaltet einen Quadratmeter Stoff und die einzelnen Stücke werden zu einem großen Tuch zusammengesetzt. »Das Forster Tuch« bildet eine konkrete Aufgabe und ihr sichtbares, fassbares Resultat. Der Vorgang, dass eine ganze Stadt gemeinsam ein Tuch schafft, hat vielfältigen Einfluss auf das soziale Leben in Forst und wirkt weit über die Stadt hinaus. Aber vor allem dient das Projekt als Modell und Training für zahlreiche Aspekte der räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Stadtentwicklung. Es stellte ein Angebot bereit, das jede/r entsprechend ihren/seinen Voraussetzungen wahrnehmen kann, und bereitet den Boden für ein integriertes Verfahren, in dessen Zentrum die Bewohner/innen stehen. »Das Forster Tuch« lebt davon, dass die Akteure die Fäden selbst aufnehmen und die einfache Grundidee mit ihren Themen und Interessen verweben konnten. Entscheidend war, dass der Prozess, das Schaffen des gemeinsamen Tuches, auf alle Aspekte der städtebaulichen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung übertragen wird.

Die mit dem Ansatz verbundenen Ziele lassen sich wie folgt beschreiben:

- Die Bürger/innen werden zu Mitgestalter/innen und Anwälten in eigener Sache.
- »Das Forster Tuch« ist ein Modell dafür, wie eine Stadt und eine ganze Region die eigenen Potenziale verbinden und gemeinsam etwas Besonderes schaffen.
- Der Prozess, das »Weben« des gemeinsamen Tuches, wird auf vier zentrale Handlungsfelder der Stadtentwicklung übertragen: *Stadtumbau, Wirtschaft, Jugend/Bildung und deutsch-polnische Beziehungen*.
- Das Forster Tuch gibt Impulse für weitere Aktivitäten aus der Region heraus.

Zum Ablauf

Nach einer Anfrage der Stadt Forst (Lausitz) entwickelte SPACEWALK im Frühjahr 2003 das Konzept des »Forster Tuches«. Nach der Vorstellung und Abstimmung des Konzeptes in der Stadtverwaltung, wurden in der Vorbereitungsphase zwischen April und August 2003 ca. sechshundert Gespräche mit Multiplikatoren aus zwölf Akteursgruppen geführt. Ihnen wurde das Projekt detailliert vorgestellt, ihre Ideen und Einwände aufgenommen und ihre grundsätzliche Bereitschaft an einer Teilnahme abgefragt. Im September 2003 wurde im Zuge der ersten Abrissmaßnahmen der Plattenbauten im Zentrum die Projektidee einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt. In einer dreitägigen Veranstaltung mit insgesamt ca. dreitausend Besuchern wurde mittels Großbildprojektion auf den zum Abriss präparierten Plattenbau das Projekt dargestellt. An der Präsentation waren bereits zahlreiche Forster Vereine und Institutionen beteiligt. Inhalte der Präsentation waren mit einem Gremium Forster Bürgerinnen und Bürger abgestimmt.

Die Finanzierung des Projektes gestaltete sich komplex, da die Stadt Forst (Lausitz) nur einen Teil aus Stadtumbaumitteln für Öffentlichkeitsarbeit finanzieren konnte. Der Großteil wurde parallel bei mehreren Förderstif-



tungen beantragt, die Teilprojekte des »Forster Tuches« fördern sollten. Es konnten u.a. Kulturland Brandenburg, die Stiftung Demokratische Jugend, Aktion Mensch und Jugend für Europa für eine Projektförderung gewonnen werden.

Im Januar 2004 wurde schließlich das erste Tuch bemalt. Beim Neujahrsempfang des Bürgermeisters wurde das Projekt offiziell eröffnet. Von da an waren die Tuchsammler ständig unterwegs: in Schulen, bei Workshops, in den polnischen Partnerstädten, in Unternehmen und bei Vereinen. Zu Festen brachten sie Farben und Tücher mit, informierten über das Projekt und luden zu weiteren Veranstaltungen ein. Über Fragebögen wurden die Ideen zur Freiraumgestaltung erfragt und weitere Ideen für die anderen drei zentralen Handlungsfelder der Stadtentwicklung gesammelt. Zum EU-Beitritt am 1. Mai 2004 wurde ein großes grenzüberschreitendes Festival in den Neiße-Auen veranstaltet. Eine deutsch-polnische Jugendgruppe mit über zweihundert Teilnehmer/innen tanzte um Mitternacht über eine Behelfsbrücke, welche die polnische Armee für diesen Anlass gebaut hatte. Zahlreiche Forster Vereine und Initiativen präsentierten sich.

Beim abschließenden zehntägigen Forster-Tuch-Festival im August 2004 wurden die ca. dreitausend entstandenen Tücher auf der durch den Ab-



riss entstandenen Freifläche präsentiert. Für zehn Tage wurde das Forster Stadtzentrum auch zum gesellschaftlichen Mittelpunkt. Neben den abendlichen Großbildprojektionen aus dem im Verlauf des Projektes gesammelten Material, gab es zahlreiche Veranstaltungen wie einen zweitägigen Kongress zum Thema »städtische Kreativität«, Live-Konzerte, einen »Sound-Clash«-Musikwettbewerb, Kino, den ersten Forster Bauernmarkt mit Teilnehmern aus Deutschland und Polen, den Forster Vereinstag, Kinderolympiade und vieles mehr.

Die Methode »Das Forster Tuch« als Modell für Demokratie

Gestalten, Mit-Gestalten der räumlichen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwelt einer Stadt, will gelernt sein. Soll Partizipation gelingen, muss zuerst eine gemeinsame Sprache, ein gemeinsamer Boden entwickelt werden. »Das Forster Tuch« entwarf einen neutralen Übungsraum, der jeder/m Akteur/in einen individuellen Zugang ermöglichte, entsprechend ihrer/seiner Voraussetzungen. Jede/r, wirklich jede/r konnte mitgestalten. Schritt für Schritt wurde nicht nur geredet, sondern umgesetzt und dadurch, dass immer mehr ihren Teil dazu gaben, entstand nach und nach ein spektakuläres Resultat: »Das Forster Tuch«. Entscheidend für das Gesamtprojekt war es, die innerhalb des Prozesses entwickelten Kommunikations- und Organisationsstrukturen auf alle Aspekte der Stadtentwicklung zu übertragen. In den vier gemeinsam abgestimmten Handlungsfeldern wurden im Rahmen von Arbeitsgruppen mit den jeweiligen Bereichen der Verwaltung Handlungskonzepte erarbeitet und schrittweise umgesetzt.

Im 1. *Handlungsfeld Stadtumbau/Freiraumgestaltung* war das Ziel, die Diskussion über den Stadtumbau weg von der verfahrenen Situation des aus den Fugen geratenen Wohnungsmarktes zu bringen und die anstehenden Maßnahmen als Teil eines umfassenden gesellschaftlichen Prozesses zu begreifen, bei dem es im Grunde um die kollektive öffentliche Suche nach neuen Perspektiven für Städte – unter diesen veränderten Rahmenbedingungen – geht. Es ist offensichtlich, dass der Abriss ganzer Stadtteile ohne gleichzeitige Förderung neuer gesellschaftlicher Werte und ohne intensive Beteiligung der Bewohner an diesem Prozess die Gefahr weiterer sozialer Erosionen und neuer Abwanderungen birgt. Durch den beabsichtigten Abriss von ca. eintausendeinhundert leer stehenden Wohnungen in den kommenden Jahren in Forst – ein Teil davon mitten in der Innenstadt – wird der dramatische Einwohnerverlust und seine negativen Auswirkungen auf

das städtische Leben überdeutlich sichtbar. Die Bewohner/innen sind auf diesen Prozess bisher nicht oder nur unzureichend vorbereitet, da bislang nur für die städtebauliche Entwicklung Konzepte vorliegen, nicht aber für die gesellschaftliche Konsolidierung und Weiterentwicklung.

Mit dem Beginn des Abrisses der leer stehenden Plattenbauten am Grundstück Am Markt 9-16 – mitten im historischen Zentrum der Stadt – stellte sich die Frage, wie diese Brachfläche an dieser exponierten Lage genutzt und gestaltet werden soll. Die Entwicklung dieses Grundstücks war die zentrale städtebauliche Aufgabe im Rahmen des Beteiligungsverfahrens »Das Forster Tuch«. Hier war einerseits das Ziel, die städtebauliche Entwicklung des Stadtumbaus in einen größeren gesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen, andererseits die Belebung des Zentrums durch die Aufwertung und Gestaltung des Grundstücks Am Markt 9-16 zu bewirken und eine dem Ort angemessene Gestaltungsqualität mit attraktiven, neuen Nutzungen für verschiedene Altersgruppen zu entwickeln.

Ergebnisse im Dezember 2004

In mehreren Workshops mit dem Planungsbüro Gruppe Planwerk suchten Bewohner/innen der Stadt Forst gemeinsam nach Lösungen für eine Belebung des Zentrums und die Gestaltung und Nachnutzung des Grundstückes. Das Beteiligungsverfahren ist seit Anfang Dezember 2003 eines von elf Projekten des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg im Rahmen des Modellvorhabens »Stadtumbau – Städtebauliche Aufwertung«. Bei diesem Beteiligungsverfahren wurde der Prozess des »Tuchmachens« auf die Freiraumgestaltung im Zentrum von Forst übertragen. Der Boden wurde in Parzellen eingeteilt und wie für das Tuch, gab jede/r seine/ihre eigenen Vorstellungen für die Nutzung und Gestaltung der Fläche. Aus den Ideen und Entwürfen wurden gemeinsam städtebaulich tragfähige Konzepte für die Flächennutzung und -gestaltung entwickelt. Anschließend wurde das Konzept im Sinne einer Vorplanung durchgearbeitet und abgestimmt. Die Forster Wohnungsgesellschaft war als Eigentümerin des Grundstückes von Anfang an in den Planungsprozess einbezogen. Aktuell prüft das Unternehmen seine Möglichkeiten bei der erforderlichen Mitfinanzierung und Umsetzung der Maßnahmen.

Die Ziele im 2. *Handlungsfeld Wirtschaft* waren die Stärkung und Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Forst (Lausitz) in zwei zentralen Bereichen: Zum einen war Forst ein herausragender Standort der Textilindustrie.

Zehn Jahre später sind von den ehemaligen Betrieben nur noch unbedeutende Reste übrig geblieben. Fünfzig Prozent der Erwerbstätigen der Stadt mussten sich in den letzten Jahren neu orientieren. Andere Industriezweige haben sich kaum angesiedelt. Doch ist die Textilindustrie wirklich völlig ohne Potenzial, wie immer angenommen wird? Im Rahmen des »Forster Tuches« erfolgte eine Bestandsaufnahme und Evaluierung von Potenzialen für Nischenproduktion sowie die Entwicklung eines gemeinsamen Labels als Plattform für alle Aktivitäten im Textilbereich. Hier ergab sich, dass es in Forst entgegen aller Vermutungen durchaus und auch zunehmend Chancen für die Herstellung und den Vertrieb von Nischenprodukten gab. Das mündete in die Gründung eines Vereins zum Aufbau eines »Zentrums für individuelle Maßkonfektion«. Dabei geht der Kunde, z. B. in Berlin, in ein Geschäft und lässt seine Maße per Laser aufzeichnen. Die Daten werden über Internet nach Forst gesandt. In Forst werden durch qualifizierte Näherinnen Konfektionsteile individuell angepasst. Der Vertrieb von Textilprodukten (Arbeitskleidung, Flachgewebe) wird aufgebaut durch einen deutsch-polnischen Produzenten unter dem Forster Label. Zur Einführung des Namens »Das Forster Tuch« wurden zum Festival im August 2004 eine ganze Reihe von Werbeartikeln hergestellt: T-Shirts, Mützen, Regenschirme etc. mit Aufdrucken von »Forster Tüchern«. Zum anderen schien die landschaftlich schöne Lage der Stadt mit verschiedenen landwirtschaftlichen Großbetrieben in der Nähe ein viel versprechender Ansatz zu sein. Im Bereich »Lokale Produkte« gehörte eine Bestandsaufnahme und Evaluierung von Potenzialen im Bereich Nahrungsmittel und Landwirtschaft ebenfalls zum Maßnahmenkatalog. Dazu wurde ein Konzept zur Vermarktung von lokalen Produkten und Erzeugnissen nach dem Prinzip »jeder gibt seinen Teil zu einem gemeinsamen Ganzen« entwickelt, das von den landwirtschaftlichen Betrieben und regionalen Lebensmittelerzeugern übernommen wurde und sehr schnell zu weiterer Planung und konkreten Schritten führte. Das langfristige Ziel ist die gemeinsame Vermarktung von lokalen Produkten unter einem gemeinsamen Label, das auch die polnische Seite mit einbezieht. Ein erster Schritt war die gemeinsame Vorbereitung und Durchführung des 1. Forster Bauernmarktes mit regionalen Produkten im Rahmen des Forster Tuch Festivals im August 2004, an dem sich auch polnische Gewerbetreibende beteiligten.

Im 3. *Handlungsfeld Jugend/Bildung* lag der Schwerpunkt darin, den mit Wegzug, Arbeitslosigkeit, Perspektiv- und Orientierungslosigkeit verbundenen Auflösungstendenzen entgegenzuwirken (Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Drogenmissbrauch scheinen unausweichliche

Folgen dieser Erosion. Entweder man flüchtet in den Westen, in Drogen, oder Feindbilder. Damit »Schrumpfende Stadt« nicht zu »Schrumpfende Demokratie« wird, lag das Ziel in diesem Handlungsfeld darin, die vorhandenen Ressourcen im Bereich Jugend und Bildung zu bündeln und Kooperationen zwischen Schulen, Jugendeinrichtungen, Vereinen und Eltern zu installieren. Zentrale Punkte waren hierbei: Die Öffnung von Schul- und Jugendeinrichtungen für das Gemeinwesen; das Thematisieren von Jugend/Bildung in gesamtstädtischer Öffentlichkeit. Jugend und Bildung geht alle an!; ein mit allen Akteuren aus Jugend/Bildung und der Gesamtstadt erarbeitetes Leitbild zu Jugend und Bildung in Forst sowie der Aufbau von multifunktionalen »Bildungs- und Freizeitorten« durch Integration von Schule, Jugend- und Vereinsarbeit.

An diesem Vorhaben beteiligten sich alle Schulen und Jugendeinrichtungen. In zahlreichen Veranstaltungen wurden alle Akteure aus dem Bereich Jugend/Bildung in das Projekt miteinbezogen: Eltern, Lehrkräfte und Mitarbeiter/innen von Jugendeinrichtungen und Vereinen. Aus diesem Prozess heraus entstand eine ganze Reihe von eigenständigen Projekten. So entwickelte sich auf Initiative von Eltern das Kinderforum, und in Zusammenarbeit mit über dreißig Vereinen wurden der 1. Forster Kindertag und eine Kinderolympiade vorbereitet und erfolgreich durchgeführt. Auf Initiative junger Menschen aus Forst entstanden der SoundClashAward, ein Musikerwettbewerb und die BorderLAN.

Im 4. *Handlungsfeld Deutsch-Polnische Beziehungen* sollte das Projekt über die polnische Grenze hinweg ausgedehnt werden. Die Situation in der polnischen Grenzregion Lubsko-Brody ist noch schwieriger als in Forst. Auch dort war die Textilindustrie bis in die achtziger Jahre der Hauptarbeitgeber. Durch den EU-Beitritt Polens hat sich mittlerweile eine spürbare Aufbruchsstimmung entwickelt, wenn auch kaum vergleichbar mit der Situation in den großen Zentren wie Warschau oder Poznan. Die Vorteile in der Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen ist unzweifelhaft eine große Chance für die Region. Allerdings ist sie durch eine ganze Reihe von geschichtlichen Ereignissen, auch nach dem Krieg, erschwert. Dazu gehört die Zerstörung des Forster Stadtteils Berge auf der östlichen Neiße-Seite oder auch die abgebrochenen Beziehungen zu Polen in der Zeit von Solidarnosc in den achtziger Jahren. Ängste, Vorurteile oder schlicht Desinteresse bestimmten das Verhältnis.

Die Beziehungen normalisieren sich allmählich und in den letzten Jahren gibt es zunehmend Kontakte zwischen Verwaltung, Institutionen, Vereinen

und Privatpersonen auf beiden Seiten der Neiße. Die Ziele für diesen Bereich waren:

- Verwebung und Verdichtung der Beziehungen zwischen Deutschen und Polen in der Region Lubsko-Brody-Forst.
- Deutsche und Polen schaffen etwas Gemeinsames. Auf dem Weg zu diesem gemeinsamen Ziel entstehen auch über die Sprachgrenzen hinweg Begegnungen und damit neue Verbindungen und Möglichkeiten.
- Intensive Begegnungen durch gemeinsames Gestalten der Tücher von Partnerschulen, Vereinen und Institutionen.
- Vernetzen von Institutionen, Vereinen, Schulen, Unternehmen und Verwaltung über die Landesgrenzen hinweg.
- Eine gemeinsame Veranstaltung zum EU-Beitritt Polens am 1. Mai.

Das Projekt wurde auch auf polnischer Seite in allen Schulen und Jugendeinrichtungen vorgestellt. Daraus entwickelten sich wöchentliche Workshops im Gymnasium von Brody und im Kulturhaus in Lubsko (Musik, Tanz, Akrobatik). Eine Gruppe von über zweihundert jungen Menschen aus Lubsko, Brody und Forst trat bei verschiedenen Veranstaltungen in beiden Ländern auf. Ein Höhepunkt war die Vorbereitung und Durchführung des Europafestes zum EU-Beitritt Polens am 1. Mai 2004. Auf Initiative des »Forster Tuches« hat die polnische Armee eine Pontonbrücke am Rosengar-



ten zwischen Forst und Zasieki errichtet. Für zwei besondere Tage wurde diese Brücke zum Mittelpunkt der Region. Mehrere tausend Menschen aus beiden Ländern nutzten die Brücke zu vielfältigen Begegnungen. Aufgrund dieser Kontakte beteiligte sich eine Gruppe von polnischen Gewerbetreibenden am ersten Forster Bauernmarkt im Rahmen des Forster-Tuch-Festivals.

Rückblick

Die besondere und in verschiedenen Zusammenhängen erfolgreich umgesetzte Methode von SPACEWALK besteht darin, zusammen mit allen Beteiligten ein gemeinsames Drittes – ein kulturelles Projekt – zu entwerfen. Dieses Projekt dient als Basis und Training für Eigeninitiative und bürgerschaftliches Engagement in verschiedensten Bereichen (sozial, städtebaulich, wirtschaftlich). Mit diesem ungewöhnlichen Ansatz ist es gelungen, neue Impulse in unterschiedlichste gesellschaftliche Felder zu bringen.

Die Arbeit von SPACEWALK wurde von verschiedenen Ministerien unterstützt und vom damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vor dem deutschen Bundestag als richtungsweisend bezeichnet (Projekt »Einhorn«, 1994). Roman Herzog unterstützte insbesondere das deutsch-tschechische Projekt »Grenzreise« (1996). Das SPACEWALK-Projekt »Wege ins Zentrum« erhielt 2002 vom damaligen Bundespräsident Johannes Rau »eine besondere Anerkennung für vorbildliches Engagement bei der Integration von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland«.¹

¹ SPACEWALK ist ein international tätiges Netzwerk von Künstlern, Wissenschaftlern und Pädagogen aus verschiedenen Kulturkreisen. SPACEWALK entwickelt und realisiert seit 1993 erfolgreich Projekte im öffentlichen Raum, vorwiegend in sozialen Brennpunkten. Mehr Informationen über das »Das Forster Tuch« oder SPACEWALK im Internet: www.das-forster-tuch.de und www.space-walk.com

Veränderte Lebensbedingungen in schrumpfenden Städten und Stadtteilen: Handlungsmöglichkeiten für die Gemeinwesenarbeit

Manuela Lehnert/Dieter Oelschlägel

Zwei Problembereiche stehen seit einiger Zeit im Mittelpunkt der Städtebau- und Stadtentwicklungspolitik: Zum einen die zunehmende Konzentration von sozialen Problemen in bestimmten Stadtteilen (Segregation), zum anderen das Phänomen der »schrumpfenden Stadt«. Mit den »Problemstadtteilen« befasst sich die Gemeinwesenarbeit (GWA) von Beginn an, sieht dies als ihr ureigenstes Arbeitsfeld an. Auch Bund und Länder reagieren seit 1999 mit dem Programm »Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – die Soziale Stadt« darauf. Das Problem der schrumpfenden Städte hat die Förderprogramme Stadtumbau Ost und Stadtumbau West provoziert, eine breite Diskussion darüber in der GWA ist uns nicht bekannt.

Wir greifen das Thema auf zweierlei Weise auf. Zunächst in Form allgemeiner Aussagen über das Phänomen »schrumpfende Städte«, die in der Kürze der Zeit das komplexe Thema nur antippen können (Teil 1 Dieter Oelschlägel). Danach wird das konkrete Beispiel Chemnitz-Hutholz beschrieben, mit dem Fokus, wie das Schrumpfen und der Stadtumbau in einer ostdeutschen Plattensiedlung aussieht, und wie im GWA-Projekt Hutholz mit der Entwicklung umgegangen wird (Teil 2 Manuela Lehnert).

Teil 1: Schrumpfende Städte und Stadtteile – Bedeutungen, Ursachen und Handlungsoptionen

Schrumpfende Städte oder Stadtteile sind solche, die sowohl Einwohner als auch Arbeitsplätze verlieren. Damit gehen Wohnungsleerstände größeren Umfangs einher, Abwanderung des lokalen Einzelhandels; die technische und soziale Infrastruktur »läuft ins Leere« mit der Folge, dass Einrichtungen geschlossen werden, es entstehen innerstädtische Brachflächen. Das Schrumpfen der Städte ist kein neues und auch kein (ost-)deutsches Phänomen. Zwischen 1960 und 1990 ist dies in USA und in Westeuropa zu beobachten. In den 70er Jahren gab es in Westdeutschland die Diskussion um die »Stadtflucht«, viele Familien zogen aus den Kernstädten ins Umland, in den achtziger Jahren verloren vor allem Städte im Ruhrgebiet auf-

grund des ökonomischen Strukturwandels Bevölkerung und Arbeitsplätze, ein Trend der sich bis heute fortsetzt.

In die öffentliche Diskussion geraten sind die »schrumpfenden Städte« allerdings erst mit den gravierenden Bevölkerungsverlusten der meisten Städte in den neuen Bundesländern. Man kann allerdings nicht sagen – dieser Eindruck wird oft erweckt – dass alle ostdeutschen Städte schrumpfen – auch hier existiert ein Nebeneinander von Schrumpfung und punktuelltem Wachstum.

Was bedeutet das Schrumpfen von Städten?

Mit dem Verlust von Bevölkerung und Arbeitskraft sinkt die Nachfrage nach privaten Gütern und Diensten. Das führt zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten von Einzelhandel bis hin zu den freien Berufen. Machen Poststellen, Läden und Arztpraxen zu, sinkt in den betroffenen Stadtteilen die Attraktivität und das Image, das ja auch ein Standortfaktor ist. So sinken die Chancen, neue Arbeitsplätze schaffen zu können, was noch mehr Menschen zum Weggehen bringt. Es gehen die, die mobiler, risikofreudiger, qualifizierter sind, zurück bleiben die Schulabgänger mit schlechten Zeugnissen, die älteren und wenig qualifizierten ArbeitnehmerInnen.

Öffentliche Infrastruktur (Wasser, Strom, Straßenbeleuchtung etc.) muss weiter vorgehalten werden, aber die Pro-Kopf-Ausgaben wachsen rasch und belasten die öffentlichen Haushalte. Es droht die Schließung von Bädern, von Schulen und anderen Einrichtungen. Rückläufige Bevölkerungszahlen bedeuten auch rückläufige Steuereinnahmen für die Städte. Über die Gewerbesteuer sind sie an die lokale Wirtschaftskraft gebunden und über den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer und über den kommunalen Finanzausgleich an die Zahl der Einwohner. Die mit dem Bevölkerungsrückgang verbundenen ökologischen Entlastungen fallen demgegenüber wohl nur wenig ins Gewicht. Ich fasse das thesenartig zusammen:

- Massive Arbeitsplatzverluste gehen mit einer Ausdünnung der Beschäftigtenbasis einher, die Arbeitslosigkeit pendelt sich auf einem hohen Niveau ein
- Die soziale und demografische Zusammensetzung der betroffenen Städte und Stadtteile verändert sich, weil die Abwanderungen selektiv verlaufen
- Es kommt zu einer Unterauslastung der technischen und sozialen Infrastruktur, die Kosten für den einzelnen Verbraucher steigen. Eine schrumpfende Stadt ist eine teure Stadt

- Sinkende Steuereinnahmen und steigende Kosten des ökonomischen und sozialen Wandels verstärken die kommunale Finanzkrise
- Die Schrumpfungsprozesse führen zu Nutzungs- und Funktionsverlusten größerer innerstädtischen Flächen (perforierte Stadt)

Da sich diese Prozesse wechselseitig verstärken können, kommt es – besonders in ostdeutschen Städten – oft zu einer Abwärtsspirale, »die als strukturelle Schrumpfung alle städtischen Lebensprozesse erfasst. Ostdeutsche Städte stehen (dabei) für einen Typ der Stadtentwicklung, für den es keine hergebrachten, erprobten und belastbaren Bevölkerungsstrategien gibt« (Krautzbeger 2001: 40).

Was sind die Ursachen für das Schrumpfen der Städte?

Das Schrumpfen einer Stadt oder eines Stadtteils hat immer vielfältige Gründe, die sich oft auch überschneiden. Dennoch nennt die stadtsoziologische Forschung übereinstimmend drei Gründe:

1. Stadtumlandwanderung oder Suburbanisierung.

Die Bevölkerung zieht in die Vororte, Trabanten-siedlungen und ins Umland, Handel und Dienstleistung ziehen der Bevölkerung hinterher, die Zuwanderung in die Städte stagniert. Hinzu kommt auch die Krise der industriellen Stadt: auch die Produktion wandert aus. Unter *Suburbanisierung* wird demnach die »Verlagerung von Nutzungen und Bevölkerung aus der Kernstadt, dem ländlichen Raum oder anderen metropolitanen Gebieten in das städtische Umland bei gleichzeitiger Reorganisation der Verteilung von Nutzungen und Bevölkerung in der gesamten Fläche des metropolitanen Gebietes« (Friedrichs 1995: 99) verstanden. Das ist der »normale« Stadtentwicklungsprozess in Westeuropa und den USA seit den 60er Jahren.

2. Abwanderung der Bevölkerung in entfernte Regionen.

Aufgrund des Abbaus und des Fehlens von Arbeits- und Ausbildungsplätzen gehen die Menschen, besonders die jungen und mobilen, dorthin, wo sie Arbeits- und Ausbildungsplätze vermuten. Das ist eine Folge der Deindustrialisierung. Der Begriff Deindustrialisierung wird in zwei Zusammenhängen verwendet. Zum einen versteht man darunter den Ersatz traditioneller Produktionsbereiche (Bergbau, Maschinenbau etc.) durch Bereiche des Dienstleistungssektors (Tertialisierung). Dies beobachten wir in vielen Gegenden Westdeutschlands, besonders in den altindustriellen Regionen – zumindest als Strategie. Zum anderen heißt Deindustrialisierung Rückgang traditioneller Produktionsbereiche

ohne den Ersatz durch moderne Dienstleistungen. Das sehen wir in den neuen Ländern. Deshalb ist hier das Problem der schrumpfenden Städte gravierender, weil wir hier nicht mehr von einem Strukturwandel sprechen können, sondern von einem Strukturbruch sprechen müssen. Der Kapazitätsabbau der ostdeutschen Betriebe fiel viel rascher aus als in den alten Ländern seit 1980. Hinzu kommt im Unterschied zu Westdeutschland noch ein umfassender Stellenabbau in der Land- und Forstwirtschaft, in Verwaltung und Militär, so dass es Wissenschaftler gibt, die von Deökonomisierung sprechen.

3. Rückgang der Bevölkerung insgesamt (demografischer Wandel). Es wird prognostiziert, dass die deutsche Bevölkerung von jetzt 82 Millionen bis zum Jahr 2050 auf 65 Millionen zurückgehen wird, und das trotz Zuwanderungsgewinnen. Das bedeutet zusätzlich zu den vorgenannten Entwicklungen Bevölkerungsverluste für die Städte sowie ländlichen Regionen und es macht deutlich, dass das Schrumpfen der Städte ein gesamtdeutsches Problem ist bzw. sein wird.

Handlungsoptionen für schrumpfende Städte und Stadtteile

Bei allen Überlegungen dazu muss man allerdings sehen, dass es keine Handlungsrichtlinien oder -anweisungen gibt, die für alle Städte passen. Jede Stadt hat ihr eigenes Profil an Ressourcen und Defiziten, an Bedingungen und Möglichkeiten, so dass auch für jede Stadt, jeden Stadtteil ein eigenes Konzept geschneidert werden muss. Wir haben in der Gemeinwesenarbeit in diesem Zusammenhang immer von der »lokalen Richtigkeit« gesprochen.

Grundsätzlich sehe ich zwei Richtungen der Reaktion auf das Schrumpfen von Städten: Die betroffenen Städte können die Entwicklung negieren oder in gewisser Weise uminterpretieren, indem sie weiter auf Wachstum hoffen. Das tun viele westdeutsche Städte, die Schrumpfungsprozesse mit einer »unternehmerischen Wachstumspolitik« beantworten: Ausweisung von Gewerbegebieten, Initiierung städtebaulicher Großprojekte, Wirtschaftsförderungsgesellschaften etc. »Stadtpolitik ist hier vornehmlich Wirtschaftspolitik und auf wenige Erfolg versprechende Projekte mit Leuchtturmfunktion gerichtet, was mit einer Vernachlässigung solcher Politikbereiche einhergeht, von denen man sich keinen direkten Standortvorteil verspricht. Das hat zur Folge, dass sozial Marginalisierte oder Einkommensschwache noch zusätzlich an den gesellschaftlichen Rand gedrängt werden« (Glock 2002: 7). Die andere Option besteht darin, die Bedingungen des Schrumpfens

zu erforschen und Strategien zu entwickeln, mit denen das Schrumpfen gesteuert werden kann. In vielen Städten der neuen Bundesländer hat man sich – notgedrungen – von der Vorstellung eines möglichen erneuten Wachstums verabschiedet und Strategien entwickelt, die das Schrumpfen von Städten und Stadtteilen akzeptieren.

Da wäre zuerst das Bund-Länder-Programm »Stadtumbau Ost« zu nennen, das nicht zuletzt auf Druck der großen kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsverbände vergleichsweise schnell aufgelegt worden ist. Die Lobbyarbeit der Wohnungsbaugesellschaften hat wohl auch bewirkt, dass vorrangig der Wohnungsleerstand ins Auge gefasst wurde mit dem Programmbegriff »Rückbau«, als Abriss leer stehender Wohnungen und Gebäude. Aufgrund der homogenen Eigentumsverhältnisse in den Großwohngebieten (»Plattenbau«) sind dort die Gestaltungsmöglichkeiten am größten. Deshalb liegt auch das Schwergewicht der Rückbaumaßnahmen bisher in diesen Gebieten. Inzwischen wird dazu übergegangen selbst denkmalgeschützte jedoch marode, leer stehende Siedlungs- bzw. Gründerzeithäuser abzureißen. Es wird kritisiert, dass hier weder ganzheitliche, gesamtstädtische Interessen (z.B. Verödung von Innenstädten) noch demografische Entwicklungen (z.B. Zunahme von Einpersonenhaushalten) ins Auge gefasst werden, sondern wohnungswirtschaftliche Interessen das größere Gewicht haben. Hartmut Häußermann nennt Stadtumbau Ost »ein Abrissprogramm zur Marktbereinigung«. Und Peter Franz weist auf das Risiko hin, »dass sich Stadtumbaumaßnahmen primär auf städtische Teilgebiete richten, die für städtische Gesamtentwicklung eher von geringer Bedeutung sind« (Franz 2005:14). Der Rückbau – auch darauf muss hingewiesen werden – wird bisher weitgehend »von oben« geplant und durchgeführt.

Eine dazu alternative Strategie – auch innerhalb des Umbau Ost Programms möglich und an einigen Orten schon entwickelt und erprobt – nennen Albrecht Goeschel u. a. die »perforierte Stadt«, eine Stadt geringer Dichte und offener Strukturen (Goeschel 2005). Statt ausschließlich Rückbau steht hier Stärkung der Stadt als Wohn- und Lebensort zur Diskussion. »So zum Beispiel durch Entdichtung und Begrünung ehemals hoch verdichteter innerstädtischer Gründerviertel oder durch Zusammenlegen von Wohnungen für Selbstnutzer sowie Stadthäuser mit kleinen Gärten auf innerstädtischen Brachflächen – mit der Schrumpfung sollen neue Qualitäten in der Stadt Einzug halten« (Glock 2002:9). Allerdings stehen solchen Strategien Verwertungsinteressen von (Einzel-)Eigentümern entgegen, die aufgrund illusionärer Erwartungen Leerstand so lange hinnehmen, bis die

Immobilie zusammenfällt. Auch die Strategie der »perforierten Stadt« ist eine Strategie »von oben«, bei der die Bevölkerungsbeteiligung – so sie denn vorgesehen ist – im Wesentlichen auf Akzeptanzsicherung zielt.

Eine ganz andere Blickrichtung nehmen einige Stadtsoziologen und Stadtplaner wie Häußermann ein: Die Bewohner und Bewohnerinnen »sind das eigentliche Kapital für die zukünftige Entwicklung von Städten, bei denen die überkommene ökonomische Grundlage stark abgeschmolzen ist. Von ihren Bedürfnissen und ihren Ressourcen wird es in den meisten Fällen letztlich abhängen, welchen Weg eine Stadt gehen kann. Insofern birgt die gegenwärtige Krise auch die Chance für eine tatsächlich von den Bürgerinnen und Bürgern getragene Entwicklung« (Häußermann 2005: 5), zumal die Planer selbst nicht wissen oder wissen können, wohin die Reise geht. Andere Autoren sprechen von »schwacher Planung«, die sich weniger auf die bauliche Gestaltung denn auch kulturelle Entwicklung, Formen von Kommunikation oder die von sozialen Netzwerken richtet. Denn die wesentliche, wenn nicht die einzige Ressource, die schrumpfende Städte haben, sind ihre Menschen, ist das lokale Sozialkapital.

Ich stelle Ihnen dazu zwei Positionen vor. Die eine ist in der Gemeinwesenarbeit schon bekannt, zumindest seit den Schriften von Susanne Elsen u. a.: Lokale Ökonomie wird als Chance schrumpfender Städte und Stadtteile gesehen. »Ausgehend von der Annahme, dass Schrumpfung sowohl ein demografisches als auch ein ökonomisches Problem ist, sind in stark schrumpfenden Städten alternative Wirtschaftsformen zu entwickeln, die der bleibenden Bevölkerung zumindest als Ergänzung zum Arbeits- und Warenmarkt alternative Wirtschaftsformen ökonomischer Eigenleistung und Selbsthilfe ermöglichen, basierend auf einem ›sozialen Grundgehalt‹ oder anderen Transfereinkommen« (Goeschel a.a.O.). Es gibt dazu noch wenige Beispiele, die über den Einzelfall hinausgehen. Es bedarf eines hohen Maßes an zivilgesellschaftlichem Engagement, um Strategien in diese Richtung zu entwickeln.

Ein anderer Vorschlag richtet sich auf das kulturelle Potenzial schrumpfender Städte. Er wird von Karl-Dieter Keim unter dem Stichwort »Kreative Stadt« vorgetragen (Keim 2004). Die Städte sollen ihre kulturellen Identitäten und ihr kulturelles Erbe wieder entdecken. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang gern auf Manchester, das geprägt ist von massiver Deindustrialisierung mit allen Folgen. Hier habe sich eine vitale und junge Subkultur aus Musikern, Künstlern, Designern, Architekten etc. gebildet, die wesentlichen Anteil daran habe, dass sich Manchester seit den 90er

Jahren zu einer Kultur- und Dienstleistungsstadt entwickelt hat. Solche Entwicklungsoptionen würden allerdings ein Umdenken in Stadtentwicklungsstrategien bedeuten, weg von den vorrangig wohnungswirtschaftlich und baulich-räumlich orientierten Konzepten hin zu Prozessen, die den Menschen Gelegenheit zur Identifizierung, Mitwirkung und Entfaltung bieten (was baulich-räumliche Maßnahmen natürlich nicht obsolet macht).

Dem steht – so Keim – ein Dilemma entgegen, das er das kognitive Dilemma schrumpfender Städte nennt: »Seit Jahren beobachten wir in den ost-deutschen Ländern (*nicht nur dort! Anm. Oelschlägel*) eine Denkweise, die relativ statisch erscheint und angesichts erlebter Erfahrungen und Enttäuschungen häufig zu kulturellen Abschirmungen führt. Solche Haltungen sind nicht nur in der Bevölkerung weit verbreitet, sondern prägen auch vielfach das kommunalpolitische Klima. Noch immer werden Lösungen vom Staat erwartet. Da man sich gleichzeitig mit anderen europäischen Regionen vergleicht, denen es anscheinend besser ergeht, ergibt sich die Selbstwahrnehmung einer ›relativen Deprivation« (Keim 2004:18). Zu einer kommunalen Strategie, mit Schrumpfung umzugehen, gehört deshalb, »solche Überzeugungssysteme durch Lernprozesse« (ebd.) zu verändern. Dies kann besonders durch die Mitwirkung an Projekten im Quartier geschehen, die konkrete Verbesserungen anzielen und gemeinsame Erfahrungen vermitteln. Diese Vorschläge, so realistisch sie auch immer sein mögen, verweisen auf die Chancen und Möglichkeiten, die Gemeinwesenarbeit auch in schrumpfenden Städten und Stadtteilen haben könnte.

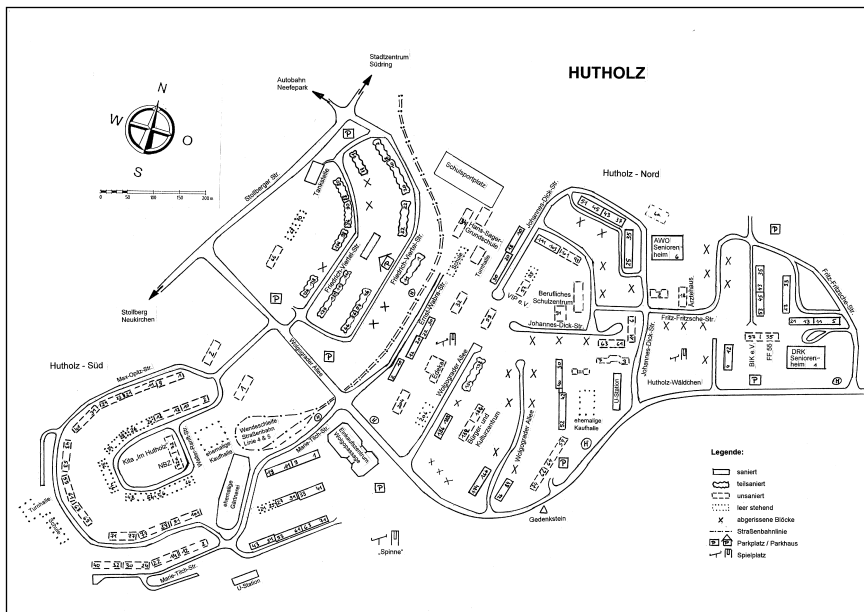
Teil 2: Chemnitz-Hutholz – Ein Schrumpfungsprozess im Überblick

In Teil 1 wurde theoretisch verdeutlicht, welche Ursachen und Auswirkungen Schrumpfung für einen Stadtteil bzw. eine Stadt haben. Anhand des Stadtteiles Chemnitz-Hutholz wird im Folgenden aufgezeigt, was Schrumpfung real bedeuten kann und mit welchen Handlungsschritten GWA darauf reagieren kann.

Der Chemnitzer Stadtteil Hutholz wurde in den Jahren 1985-1989 als Baugebiet VIII der drittgrößten Plattenbausiedlung Ostdeutschlands, dem Wohngebiet »Fritz-Heckert«, erbaut. Er befindet sich am südlichen Rand von Chemnitz und ist einer der jüngsten Chemnitzer Stadtteile. Konzipiert wurde er als »reine« Wohnsiedlung mit überwiegend sechs- und elfgeschossigen sowie vereinzelt altersgerechten Gebäuden. In die Planungen wurden die Infrastruktur, d.h. die Versorgungseinrichtungen, die grundle-

genden sozialen Einrichtungen (Kindergärten, Schulen) sowie die Nahverkehrsanbindung, eingebunden. Die zu diesem Zeitpunkt begehrten Wohnungen wurden von Personen aus allen Bevölkerungsgruppen und zum großen Teil von jungen Familien bezogen. Der Bevölkerungshöchststand, gleichzeitig die Planungsvorgabe des sozialistischen Wohnungsbaus, wurde 1992 mit ca. 17.000 Einwohnern erreicht. Die mit der politischen Wende eintretenden Veränderungen, der Zerfall der traditionellen Chemnitzer Industriezweige (Textilindustrie und Maschinenbau) und die damit einhergehende hohe Arbeitslosigkeit sowie die beginnende Sanierung von bisher marodem Altbau in innerstädtischen Gebieten und der Bau neuer Einfamilienhaus-Siedlungen im ländlichen Bereich, wurden auch im Hutholz spürbar. Bis 1997 hatten fast 5.000 EinwohnerInnen den Stadtteil verlassen, bis Ende 2004 waren es mehr als 11.000 EinwohnerInnen.

Mit der sinkenden Bevölkerungszahl gingen auch Veränderungen der sozialen Infrastruktur einher – bis Ende 2005 schlossen sieben Kindertagesstätten, zwei Grundschulen, zwei Mittelschulen, ein Jugendklub, eine Seniorenbegegnungsstätte sowie ein Wohnheim für Aussiedler ihre Pforten. Der Leerstand in den Wohngebäuden stieg auf teilweise mehr als 30 Prozent und die Wohnungsbaugesellschaften bzw. -genossenschaften reagierten mit verschiedenen Strategien. Noch vor dem Entwurf eines städtebaulichen Quartierskonzeptes riss die Wohnungsbaugenossenschaft »Einheit« e.G. im





Jahr 2000 – als erster Vermieter in Chemnitz – einen Wohnblock ab und baute einen weiteren teilweise zurück. Weitere Wohnungsunternehmen reagierten erst einmal, indem sie nicht agierten, sondern abwarteten. Doch auch die Kommune musste aufgrund der geschilderten Entwicklungen eigene Handlungsstrategien entwerfen. Bereits in der »Sozialstudie zum Fritz-Heckert-Gebiet« von 1996, im Auftrag der Stadt Chemnitz vom Stadtbüro Hunger entwickelt, waren Empfehlungen für städtebauliche Taktiken, aber auch Herangehensweisen im sozialen Bereich gegeben worden. Die Realität überholte jedoch die Entwicklungsprognosen der Planer und Analytiker und machte eine Korrektur der Handlungsmodelle dringend erforderlich. Dies war jedoch nicht nur ein Phänomen dieses Stadtteils, Chemnitz verlor auch als Gesamtstadt mehr als 20 Prozent seiner EinwohnerInnen und es erhöhte sich in Alt- und Neubaugebieten der Wohnungsleerstand. Vor dem Hintergrund der noch jungen »Geschichte« von Hutholz und durch die geringe Verbundenheit der BewohnerInnen mit ihrem Wohngebiet wurden die Veränderungen hier besonders stark sichtbar. Bis ca. 1998 versuchte die Stadt Chemnitz diesen Entwicklungen insbesondere mit Verbesserungen im Wohnumfeld und damit einer Aufwertung des Gebietes zu begegnen.

Aufgrund der Fördermittelrichtlinien und des, insbesondere aus Sicht der Wohnungswirtschaft, drängenden Problems des leer stehenden Wohnraums wurde auch in Chemnitz ein »Integriertes Stadtentwicklungspro-



gramm« (InSEP) entwickelt und beschlossen. In diesem wurde die Weiter- oder auch Rückentwicklung der einzelnen Stadtteile dargestellt und der notwendige Rahmen für den Stadtumbau geschaffen. Infolgedessen wurden erste Quartierskonzepte entwickelt, u. a. für Hutholz-Nord. Im Zusammenhang mit diesen beiden Plänen unterstützte GWA eine aktive Bürgerbeteiligung im Stadtteil Hutholz. Mehr dazu in der folgenden Darstellung der Arbeit des Stadtteilprojektes. Als weiteren Schritt in der Entwicklung des Stadtteiles ist die Zuordnung zum »Stadtumbaugebiet I« als Fördergebiet im Rahmen des Programms »Soziale Stadt« zu werten, wobei bis auf die zusätzlichen Förderungen durch das Programm »Lokales Kapital für soziale Zwecke« und den Abriss einzelner leer stehender öffentlicher Einrichtungen (z. B. ehemalige Grundschule) bisher kaum Auswirkungen deutlich wurden.

Wie reagiert Gemeinwesenarbeit in Hutholz auf diese Entwicklungen?

Das Stadtteilprojekt »Hutholz« wurde im April 1998, mitten im beginnenden Schrumpfungsprozess, mit der Zielstellung der Verbesserung der Lebensumstände für die im Stadtteil Hutholz lebenden BewohnerInnen gegründet. Gerade in der Anfangsphase des Projektes unterschieden sich die Arbeitsinhalte kaum von anderen Gemeinwesenarbeitsprojekten. Die Aktivierung von BürgerInnen und die Vernetzung innerhalb des Stadtteiles standen im Vordergrund. Schnell wurde deutlich, dass sich akti-

vierte BewohnerInnen in ihrem Wohnumfeld, aber auch an den Stadtteil betreffenden Prozessen beteiligen wollten. Sie wurden von der Projektmitarbeiterin bei der Gründung einer Bürgerinitiative unterstützt und ihnen wurden Kontakte zu Ämtern, Vermietern und Planern vermittelt. Gemeinsam mit den BürgerInnen wurde die Beteiligung an Prozessen der Stadtentwicklung und des Stadtumbaus eingefordert und begleitet. In diesem Zusammenhang war es der Projektmitarbeiterin jedoch stets bewusst, dass sie in der Rolle eines Prozessbegleiters den Stadtumbau nicht verhindern kann und die Bürgerbeteiligung aktiv begleiten muss, damit die Sicht der lokalen Akteure Einfluss finden kann.

Positiv wirkte sich die, durch das Projekt unterstützte, zunehmende Identifikation der BewohnerInnen mit ihrem Stadtteil aus. Von den anfänglich auf das kleinräumige Wohnumfeld gerichteten Interessen und Aktivitäten entwickelten sich die Blickwinkel der BewohnerInnen und der Gemeinwesenarbeiterinnen weiter. Aufgrund der Veränderungen des Stadtteiles musste man sich mit Ansätzen der Stadtplanung sowie wirtschaftlicher Belange wie z.B. Kosten- und Nutzen verschiedener Rückbaumethoden oder den Folgen im Bereich der Ver- und Entsorgung (Wasser, Abwasser etc.) auseinandersetzen. Ebenso galt es, den Blick auf die Gesamtstadt nicht zu verlieren. Aus anfangs noch relativ zurückhaltenden Mitgliedern der Bürgerinitiative wurden BürgerInnen, die bei Verwaltung und Vermietern Beteiligungsmöglichkeiten einforderten. Wenn in Chemnitz öffentlich über Stadtumbau gesprochen wurde, meldeten sich Hutholzer zu Wort und vertraten ihren Standpunkt.

In dieser Phase der Entwicklungen war es Aufgabe der Mitarbeiterinnen des GWA-Projekts, gemeinsam mit den aktivierten Personenkreisen »eigene« Methoden und Möglichkeiten der Beteiligung zu entwickeln bzw. diese Prozesse zu moderieren und den BürgerInnen mögliche Herangehensweisen aufzuzeigen. In diesem Zusammenhang entstand die Arbeitsgruppe Hutholz in der, initiiert von der Bürgerinitiative Hutholz, Vertreter von Ämtern, Stadtplaner, Politiker, Vermieter, BürgerInnen und Vertreter von Einrichtungen gemeinsam das vorhandene Quartierskonzept überarbeitenden. Vertreter der Bürgerinitiative hatten die Baubürgermeisterin von ihrer Idee der Beteiligung überzeugt und erhielten von ihr aktive Unterstützung u.a. durch ihre Teilnahme an vier größeren Zusammenkünften und der Finanzierung dieses Prozesses. Gemeinsam wurde das überarbeitete Quartierskonzept weiteren BürgerInnen des Stadtteiles in einer Bürgerversammlung, die durch Vertreter von Bürgerinitiative und GWA moderiert wurde, vorgestellt. Leider war eine Folge des Stadtumbaus der

Wegzug aktiver BürgerInnen bzw. Schlüsselpersonen, die keinen adäquaten Wohnraum im Stadtteil finden konnten.

Parallel zu Prozessen der Stadtentwicklung wurden von den Mitarbeiterinnen des Stadtteilprojektes weitere Möglichkeiten der Schaffung eines Identitätsgefühls bzw. der Auseinandersetzung mit dem Gemeinwesen genutzt. So wurden u. a. gemeinsam Filme über den Stadtteil, an dem Jugendliche, aber auch Vertreter von Einrichtungen beteiligt waren, gedreht und öffentlich vorgeführt. Kooperative Projekte mehrerer Einrichtungen des Stadtteiles führten zudem zu einer immer stärkeren Orientierung der professionell Tätigen an den vorhandenen Ressourcen und deren Nutzung. Wie bei den BürgerInnen wurde die Identifizierung weiterer Akteure mit »ihrem« Stadtteil stärker. Dies verdeutlicht, wie GWA durch die Schaffung von Strukturen in einem sich verändernden Stadtteil die Stadtteilentwicklung, zu der nicht nur der Stadtumbau gehört, positiv beeinflusst und dazu die vorhandenen Ressourcen nutzt und weiterentwickelt.

Mit Aktionen, Ansätzen und verschiedenen Teilprojekten (z. B. Stadtteilzeitung) wird der immer noch stark verbreiteten Anonymität entgegengewirkt. Dies wird natürlich durch sich aufgrund des Stadtumbaus verändernde Nachbarschaften erschwert. Hinzu kommt, dass sich BewohnerInnen aufgrund der mit dem Stadtumbau verbundenen Belastungen und der damit verbundenen »Begleiterscheinungen« – Befragungen, Fragebögen und Interviews – verstärkt ins Private zurückziehen. Es wird zunehmend schwerer, die Ansprache-Resistenz und die damit verbundenen Ängste zu durchbrechen. Hinzu kommt, dass im Stadtteil die Bevölkerungsgruppe der 45- bis 55-Jährigen besonders stark vertreten ist, die von Biografiebrüchen und Arbeitslosigkeit auffällig häufig betroffen ist.

Aufgrund der Entwicklungen, insbesondere dem Bevölkerungsverlust und den damit verbundenen Schließungen von sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen, schrumpfen die im Stadtteil vorhandenen Ressourcen. Zum Erhalt der Grundversorgung des Stadtteiles werden daher zunehmend Aspekte der lokalen Ökonomie wichtig, wobei Aktivitäten in diesem Bereich nicht als Konkurrenz zu vorhandenem Kleingewerbe entwickelt werden sollten. Deshalb wird in diesem Bereich derzeit insbesondere durch die Schaffung einer Gewerberunde und der Vernetzung der Gewerbetreibenden mit anderen Akteuren des Stadtteiles gearbeitet.

Handlungsoptionen für Gemeinwesenarbeit

Handlungsoptionen für Gemeinwesenarbeit¹ angesichts schrumpfender Städte und Stadtteile müssen vor dem Hintergrund der Einflüsse des Schrumpfens gesehen werden:

- es verändern sich soziale Netze
- demografische Veränderungen sind gravierend (z.B. Überalterung). Allerdings kann es infolge von Leerstand auch zum Zuzug neuer Bevölkerungsgruppen kommen
- es führt zu einer veränderten räumlichen Situation: Brachen und Leerstände entstehen, Flächen und Räume stehen zur Verfügung. Die Nutzung der Brachen und Leerstände bieten Chancen, z.B. Schrebergärten auf ihnen anlegen, einen Streichelzoo einrichten oder Gelegenheiten für Trendsportarten bieten, sofern die lokalen Bedingungen das zulassen.

Solche räumlichen Entwicklungen können es notwendig machen, das Gemeinwesen neu zu definieren, seine bisherigen Grenzen zu überschreiten. GWA muss »hinter den Leuten hergehen«. Es reicht offenbar nicht mehr aus, dass sich GWA nur um den eigenen Stadtteil, um das eigene Gemeinwesen kümmert. Sie muss sich im Zusammenhang der Gesamtstadt bzw. der Region sehen. Das bedeutet auch Einmischung in gesamtstädtische Planungen und Entwicklungen.

Gemeinwesenarbeit kann helfen, Perspektiven für schrumpfende Städte und Stadtteile zu entwickeln, denn »Gemeinwesenarbeit hat das Ohr an den Leuten«. Sie geht dorthin, wo die Menschen sind. Deswegen kann sie herausbekommen, was die Menschen wollen, was passieren soll und dies in die Entwicklungsaktivitäten einbringen. GWA kann auch verstanden werden als Begleitung des Schrumpfungsprozesses, der von der GWA nicht aufzuhalten ist.

Ein weiterer Aspekt, der in der GWA mehr berücksichtigt werden sollte, ist die Stimmungslage der Menschen in schrumpfenden Stadtteilen. GWA sollte sich gegen Resignation stemmen. Das könnte sie mit identitätsstiftenden Projekten. Sich gemeinsam mit der Geschichte des Stadtteils beschäftigen, schafft Identifikation und Motivation zur Auseinandersetzung mit der Gegenwart. Und wenn der Stadtteil keine Geschichte hat, dann müssen wir eben die Geschichten der Menschen aufgreifen, durch identitätsstiftende

¹ Wir beziehen uns auf die Diskussion in der beschriebenen Arbeitsgruppe, die stark geprägt war vom Erfahrungsaustausch der Gruppenmitglieder, insbesondere von den anschaulichen Beispielen aus den ostdeutschen Städten Wolfen und Weißwasser. Handlungsoptionen für Gemeinwesenarbeit wurden aus dem Kreis der Teilnehmenden zusammengetragen

Aktivitäten wie z.B.: Jugendliche und Senioren drehen gemeinsam einen Film über ihren Stadtteil, der dann auf dem Stadtteilstfest gezeigt wird.

Literatur

- Franz, Peter (2005): Regionalpolitische Optionen für schrumpfende Städte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2005/3, S. 10-16
- Friedrichs, Jürgen (1995): Stadtsoziologie, Opladen, S. 99
- Glock, Birgit (2002): Schrumpfende Städte, in: Berliner Debatte Initial 13/2002/2, S. 3-10
- Goeschel, Albrecht (2005): Schrumpfende Städte: Planerische Reaktionen auf den Leerstand. URL: http://www.irs-net.de/download/RG17_Goeschel.pdf (12.12.2005)
- Häußermann, Hartmut (2005): Umbauen und Integrieren – Stadtpolitik heute; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 2005/3, S. 3-8
- Keim, Karl-Dieter (2004): Ein kreativer Blick auf schrumpfende Städte, in: Siebel, Walter (Hrsg.): Die europäische Stadt, Opladen, S. 208-218
- Krautzberger, Michael (2001): Wohnungsleerstand und Rückbau: die ostdeutschen Stadtentwicklung, in: Raum 44/2001/40

Lokale Beschäftigung als Chance für die Nachbarschaften

Heike Binne/Regina Weber

*»Die Arbeitslosigkeit betrifft bestimmte Gruppen und Schichten überproportional, und diese leben wiederum in bestimmten Quartieren konzentriert. Da vor allem Arbeiterhaushalte und Zuwanderer von den Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt betroffen sind, ergeben sich in den traditionellen Arbeiter- und Zuwandererquartieren heute hohe Arbeitslosenquoten, eine direkte Folge der sozialen Segregation, die der Arbeitslosigkeit vorgelagert ist.«
(Kapphan 2002)*

Die Förderung von Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung ist ein Schwerpunkt im Bremer Landesprogramm »Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln«, wie auch im Bund-Länder-Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt« und im Bundesprogramm »Lokales Kapital für Soziale Zwecke (LOS)«. Aufgrund der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und der damit einhergehenden Verarmung wird die Lebenssituation für viele Menschen in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf schwieriger. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist stark eingeschränkt, unter anderem bedingt durch die Verringerung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel. Menschen ohne Arbeit verbringen die meiste Zeit in ihrem Stadtteil; sie werden sozusagen auf ihr Quartier verwiesen.

Die von Dieter Oelschlägel verfassten Arbeitsprinzipien und von Maria Lüttringhaus weiterentwickelten Leitstandards der Gemeinwesenarbeit (GWA) beschreiben die gemeinwesenorientierte Arbeitsweise. Für die Entwicklung unseres Praxisprojektes haben wir uns von zwei Leitstandards (von acht) leiten lassen: »Orientierung an den Bedürfnissen und Themen der Menschen« GWA kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie die Menschen im Quartier uneingeschränkt als »*ExpertInnen ihrer Lebenswelt*« anerkennt und sich dementsprechend an deren Bedürfnissen und Interessenlagen orientiert. Und weiterhin war uns wichtig, mit dem Projekt an einer »Verbesserung der immateriellen Faktoren« zu arbeiten. Durch die Bereitstellung von personellen Ressourcen, die vor allem beratende, qualifizierende aber auch mediative Aufgaben erfüllen, strebt die GWA eine Verbesserung des sozialen Klimas, des kulturellen Lebens und des nachbarschaftlichen Engagements an (vgl. Hinte/Lüttringhaus/Oelschlägel (2001)).

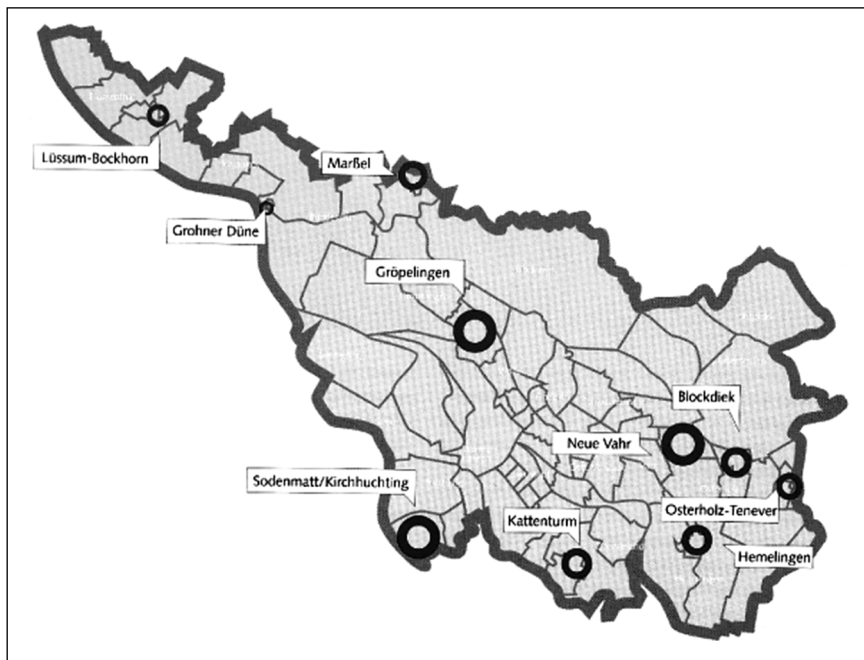
Aus den Erfahrungen der Gemeinwesenarbeit sind darüber hinaus für den Aufbau eines Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojektes bestimmte Kriterien für ein Gelingen notwendig. Dazu gehört u. a. Transparenz der Angebote für beide Seiten, Selbstsuche vor Zuweisung! Vielfalt der Angebote – kein Einheitsbrei! Festhalten am Anspruch der Integration in den Erwerbsarbeitsmarkt, um ein »Abschreiben« ganzer Bevölkerungsgruppen zu verhindern. Nicht zuletzt geht es um die öffentliche Diskussion der Wertschätzung geleisteter Arbeit.

Anhand eines Praxisbeispiels sollen Möglichkeiten für den Umgang mit den sog. Ein-Euro-Jobs im Quartier aufgezeigt und die psychosozialen Effekte für die Beschäftigten dargestellt werden. Doch zunächst wird der Rahmen beschrieben – mit den unterschiedlichen Förderprogrammen – in dem die Arbeit im Quartier Lüssum-Bockhorn stattfindet.

1 Das Bremer Senatsprogramm »Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln« in Ergänzung zum Bund-Länder-Programm »Soziale Stadt«

Das 1998 vorgelegte Programm »Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln« ist Teil einer lang angelegten, integrierten Stadtentwicklungspolitik für die Stadtgemeinde Bremen und wird von allen Senatsressorts getragen. Der Anlass für das Programm WiN ist die unterschiedliche Entwicklung der Quartiere in Bremen, und damit die Gefahr der Polarisierung sowie Probleme in Großsiedlungen des Sozialen Wohnungsbaus der 60er/70er Jahre. Ziele des WiN-Programms sind die Verbesserung der Lebensqualität in den Gebieten, die Steigerung von Bürgerengagement und -mitwirkung, die Vernetzung von Partnern und die Kombination des Mitteleinsatzes aus verschiedenen Quellen. WIN funktioniert, indem ein/e Quartiersmanager/in die Beteiligten aktiviert und koordiniert. Jedes Gebiet erhält pro Jahr ca. 150.000 € für Projekte (Finanzierung zu 50 Prozent) und ca. 100.000 € für Bauinvestitionen aus dem Programm Soziale Stadt. Über den Mitteleinsatz entscheiden die Beteiligten (auch Bürger/innen) im Konsens.

Markiert sind diejenigen Gebiete, die (seit 1999) in der Förderung des Landesprogramms »Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln«, des Bund-Länder Programms die »Soziale Stadt« und (seit 2004) im EU-geförderten Programm »Lokales Kapital für Soziale



Zwecke« (LOS) sind. Im folgenden Beitrag geht es um das Gebiet Lüssum-Bockhorn im Bremer Norden.¹

Das Projektgebiet Lüssum-Bockhorn ist von vielfältigen Problemlagen geprägt. Jede/r zweite Bewohner/in hat einen Migrationshintergrund. Mehr als die Hälfte der Zuwanderer kommen aus der Türkei. Der Aussiedleranteil ist durchschnittlich und weitgehend von den Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion geprägt. Das Programmgebiet ist mit einem hohen Kinderanteil als ausgesprochen »jung« zu bezeichnen. Extrem hoch ist die Quote der Alleinerziehenden. Hinsichtlich der Arbeitslosigkeit und des Bezuges von Geld aus der Grundsicherung weist Lüssum die höchsten Anteile aller Soziale Stadt-Gebiete in Bremen auf. Jedes zweite Kind ist vom Arbeitslosengeld II bzw. Grundsicherung abhängig. Aber auch bei den älteren Menschen nimmt die Grundsicherungsabhängigkeit den höchsten Wert aller Programmgebiete ein (vgl. Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik/Forschungsinstitut Stadt und Region 2004).

¹ Dieses Gebiet wurde dargestellt auf der Werkstatt Gemeinwesenarbeit, die vom 19.–22. September 2005 im Burckhardthaus/Gelnhausen stattfand und unter dem Motto stand: »Gemeinwesen im Umbruch: Kreativität der Gemeinwesenarbeit im Spannungsfeld von Fordern, Fördern, Sanktionen und Schrumpfungsprozessen«

Wenn auch die dringlichsten baulichen Mängel behoben sind, bestehen aufgrund des hohen Ausländeranteils weiterhin große Integrationsprobleme. Jugendcliquen von Aussiedlern und Kurden und die Jugendkriminalität stellen besondere Problemschwerpunkte dar, ebenso wie Alkohol- und Drogenmissbrauch. In Lüssum-Bockhorn wohnen viele arme Menschen. Viele Alleinerziehende und viele kinderreiche kurdische Familien prägen die soziale Struktur. Auffallend ist auch ein niedriges Bildungsniveau. Im Vergleich zur Situation Ende der 1990er-Jahre hat sich die Lage im Quartier aber deutlich beruhigt.

Neben dem in Teilen negativen Image Lüssum-Bockhorns sind wesentliche Probleme des Ortsteils seine randständige Lage und das Fehlen wohnortnaher Arbeitsplätze, die den Wohnstandort Lüssum-Bockhorn attraktiv machen könnten. Nicht zuletzt das »Aus« der Vulkanwerft hat dazu beigetragen, dass die Arbeitslosigkeit im Projektgebiet deutlich über dem Bremer Durchschnitt liegt.

2 Ressourcen im Gebiet



Das Haus der Zukunft – Quartierszentrum

Das Haus wurde von Arbeitslosen aus dem Stadtteil und Firmen gemeinsam errichtet.

Es waren Menschen aus sechs Nationen beteiligt. Im Juli 1997 wurde das Haus eingeweiht.

Im Haus arbeiten kommunale, soziale, kirchliche und sportliche Träger mit engagierten Bürger/innen zusammen, um die dringend erforderlichen positiven Akzente zu setzen. Träger des Hauses ist der gemeinnützige Verein Haus der Zukunft e.V. Im Haus sind das Projektbüro des Quartiermanagements und auch die »Nachbarschaftsbörse Lüssum« untergebracht.

3 Zusatz-Jobs – das Bremer Modell

Mit den Zusatz-Jobs sind Arbeitsgelegenheiten nach SGB II § 16.3 gemeint. Im Folgenden wird erläutert, wie das Instrument in Bremen eingesetzt wird. Die sog. Zusatz-Jobs bzw. Ein-Euro-Jobs (des vierten Gesetzes für soziale Dienstleistungen am Arbeitsmarkt) werden in Bremen »In-Job« genannt, eine Abkürzung für »Integrations-Job«. Für sie gelten folgende Kriterien:

- *Primat der Integration:* Der Name Integrations-Job (In-Job) steht für einen programmatischen Anspruch der »Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales« (BAGIS), dem Träger des SGB II in Bremen. Auch dieses Instrument soll in erster Linie der Integration in den Arbeitsmarkt dienen. Es ist – bei aller Begehrlichkeit – nicht dazu gedacht, die Personalprobleme von kommunalen oder freien Trägern zu lösen, sondern soll zunächst einmal das Ziel unterstützen, den individuellen Zugang zum Arbeitsmarkt zu verbessern. Erstes und wichtigstes Prüfkriterium bei allen In-Job Angeboten ist deshalb die arbeitsmarktbezogene Angemessenheit der beschriebenen Tätigkeiten. Zudem sind vor diesem Hintergrund unterschiedliche Programmsegmente für verschiedene Zielgruppen entwickelt worden, die deren besondere Ausgangslage berücksichtigen (z.B. Sprachförderung, berufsbezogene Qualifizierung etc.).
- *Unabhängige Prüfung:* Integrations-Jobs sollen reguläre Arbeitsplätze nicht verdrängen, den Wettbewerb am Markt nicht verzerren und müssen deshalb den Kriterien der Zusätzlichkeit und des öffentlichen Interesses entsprechen. In Bremen wird jeder angebotene Platz geprüft – und zwar von der bremer arbeit GmbH. Damit erfolgt die Prüfung unabhängig von den Interessen der BAGIS (möglichst viele und möglichst rasch zur Verfügung stehende Plätze). Dieses Verfahren soll eine strenge Prüfung garantieren und die Chance erhöhen, dass tatsächlich alle Kriterien und Fallstricke bedacht werden.
- *Integrationsbegleitung in Netzen:* Eine breite Angebotspalette, vielfältig wie die Menschen, um die es geht, das ist das eine Ziel. Dafür soll die ganze Bandbreite möglicher Anbieter mobilisiert und genutzt werden,

von der kleinsten Selbsthilfeinitiative bis zum großen (gemeinnützigen) Betrieb. Das andere Ziel: Mindeststandards bei der Integrationsbegleitung in jedem In-Job, egal wie klein oder groß der Anbieter ist. Um beides sicherzustellen, werden Integrationsjobs in Bremen in Netzen gebündelt. Thematische oder regionale Anbieter-Netze, die im Rahmen wettbewerblicher Verfahren unter Qualitätsgesichtspunkten ausgewählt werden, verständigen sich über Profil und gemeinsame Standards. Sie werden durch einen professionellen »Netzknoten« gemanagt, der für Integrationsbegleitung und Verwaltung des Kontingentes verantwortlich ist.

- *Transparenz durch ina online:* Alle In-Job Angebote sind per Mausklick einzusehen auf der Angebotesdatenbank ina online unter www.bremerarbeit.de sowie über www.lernportal.bremen.de. Arbeitssuchende sollen auf diese Weise die Möglichkeit haben, selbst aktiv zu werden und sich ein für sie passendes Angebot zu suchen. Dies soll die passgenaue Zuweisung erleichtern und soll ein Beitrag zur Aktivierung sein. Zugleich kann die Öffentlichkeit (Arbeitgeber- sowie Arbeitnehmerorganisationen überprüfen, ob bei der Prüfung von Zusätzlichkeit und öffentlichem Interesse Fehler aufgetreten sind und entsprechende Hinweise geben.

4 Integrationsjobs (In-Jobs) in Bremen – Wer macht was in Bremen?

Die Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (BAGIS) ist zuständig für alle Arbeitslosengeld II (ALG II) Empfänger/innen in Bremen. Unter anderem finden hier Leistungsgewährung und Zuweisung von ALG II Empfänger/innen in geeignete Angebote (Qualifizierungsangebote, ABM, Integrationsjobs, etc.) statt.

Die bremer arbeit gmbh (bag) ist beauftragt, über Wettbewerbsaufrufe geeignete Anbieter von Qualifizierungsangeboten, In-Job-Netzwerken, Strukturhilfen etc. zu ermitteln. Ferner prüft die bag individuell einzureichende Angebote (z. B. auf In-Jobs) und stellt diese der BAGIS und interessierten Menschen mittels der Datenbank ina online zur Verfügung. Für das im Folgenden beschriebene Praxisbeispiel geht es um In-Job Angebote U 65 (für alle ALG II Empfänger/innen zwischen 25 und 65 Jahren).

Zur Absicherung von Minimalstandards in der Integrationsbegleitung sind In-Jobs in der Regel in Netzen angesiedelt. Der jeweilige Netzwerkträger erledigt alle für die Administration und Integration notwendigen Arbeiten im Zusammenhang mit einem besetzten In-Job:

- Auszahlung der Mehraufwandentschädigung an die zugewiesenen Personen

- Erstellung individueller Förderpläne
- Generelle Integrationsbegleitung
- Qualifizierungsangebote
- Krisenintervention
- Abrechnung mit der bag (bremer arbeit GmbH)

Ein unbegrenztes Angebot ist hilfreich, damit das Angebot vielfältig, unterschiedlich, regional und branchenmäßig verteilt sein kann. Jedes geprüfte und gesiegelte Angebot wird in ina@online aufgenommen und kann besetzt werden, wenn sich eine »passende« Person findet und sie zugewiesen wird. Daneben gibt es eine begrenzte Platzzahl: Festgelegt durch die BAGIS im Rahmen des Arbeitsmarktpolitischen Programms, begrenzt durch das zur Verfügung stehende Budget. Diese Plätze werden finanziert. Belegt werden kann nur in diesem Umfang.

Integrationsjobs sollen auch in regionalen Netzwerken angeboten werden. Regionale Netze sollen in besonderer Weise fach- und ressortübergreifende Prozesse initiieren und Aktivitäten in Bezug auf Arbeit und Integration bündeln. Dazu gehören eine sozialräumlich angelegte professionelle Kooperation sowie die Berücksichtigung regionaler Bedarfe und Bedürfnisse (vgl. bremer arbeit 2005).

5 Praxisbeispiel »Nachbarschaftsbörse Lüssum«

Die Nachbarschaftsbörse Lüssum konnte durch das Landes-LOS-Programm finanziell unterstützt werden. Im Rahmen des Landes-Programms LOS (Lokales Kapital für Soziale Zwecke) können auch sogenannte Mikroprojekte bis zu Euro 20.000 gefördert werden. Dadurch war es möglich, eine Sozialpädagogin in einem Umfang von sechzehn Stunden pro Woche für den Aufbau und die Durchführung des Projektes beim Haus der Zukunft e.V. zu beschäftigen. Laufzeit ab Mitte August 2004 für ein Jahr.

Die Nachbarschaftsbörse hat sich mit ihren Angeboten an dem Lebensumfeld der Bewohner/innen orientiert, denn das Gemeinwesen, als der konkrete Lebensraum der Menschen, bietet die Möglichkeit, die Bedarfe der dort lebenden Menschen aufzudecken, vorhandene Potenziale zu erkennen und verschüttete Ressourcen wieder zu entdecken. Mit diesem Projekt sollten langzeitarbeitslose und bildungsungewohnte Menschen erreicht werden. In der Zusammenarbeit sollte das Selbstvertrauen der Menschen gestärkt und die eigenen Kräfte und Fähigkeiten erkannt werden. Erfahrungen zeigen, dass Angebote in dem Bereich von Arbeit, Beschäftigung

und Qualifizierung von den betroffenen Menschen insbesondere dann angenommen werden, je lebensraumorientierter sie angelegt sind.

Im Quartier wurde ein Pool von Teilnehmer/innen aufgebaut (ehemalige Sozialhilfe-Empfänger/innen, ab 2005 ALG II-Bezieher/innen), die einerseits hilfebedürftige Menschen unterstützen und andererseits auch in gemeinwesenbezogenen Stadtteilkulturprojekten mitarbeiten sollten. Die Teilnehmer/innen sollten dabei Schlüsselqualifikationen wie Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Durchhaltevermögen, Verantwortung (wieder) erwerben. Es sollte ihr Interesse an der Aufgabe geweckt, die Kommunikationsfähigkeit dadurch unterstützt und das Selbstwertgefühl gestärkt werden. Durch die sinnvolle Beschäftigung sollten möglicherweise auch berufliche Perspektiven entwickelt werden.

Die Menschen in den Sozialen Stadt-Quartieren sind in vielfacher Weise von Benachteiligung betroffen, insbesondere im Bereich von schulischer Bildung, beruflicher Qualifikation und der Teilhabe am Arbeitsprozess sind dauerhafte Defizite erkennbar. Die Fähigkeiten im Umgang mit anderen selbsttätig die gemeinsamen Angelegenheiten zu organisieren und wahrzunehmen, ist vielen Menschen verloren gegangen. Die Wiedergewinnung von Handlungsfähigkeit soll als Lernprozess gestaltet, gemeinsame Selbsthilfe als Prozess der Ermächtigung konstruiert werden, in dem die Menschen im Gemeinwesen ihre unterschiedlichen Potenziale erkennen und entfalten und dequalifizierende Erfahrungen überwinden können. Diese Effekte sollten auch in Lüssum-Bockhorn erzielt werden.

Neun ALG II Empfänger/innen zwischen 26 und 65 Jahren hatten in der *Nachbarschaftsbörse Lüssum* die Möglichkeit, auf Prämienbasis – später Ein-Euro-Job (In-Job) – wohnortnah zu arbeiten. Die Teilnehmer/innen wurden integrativ und sozialpädagogisch betreut. Es wurden mehrere Tätigkeitsfelder entwickelt: Hilfen im Haushalt und Garten; Begleitung bei Arzt- und Behördenbesuchen und Spaziergängen; Hilfe bei Einkäufen sowie kleine handwerkliche Arbeiten.

Der Aufbau einer *Nähwerkstatt* im Quartier ermöglichte es den Frauen unter Anleitung einer Schneiderin, die im In-Job arbeitet, Bekleidung zu nähen oder auszubessern. Die Selbsthilfekräfte wurden gestärkt. Darüber hinaus hat sich die Nähwerkstatt zu einem integrativen Treffpunkt entwickelt. »*Frauen in Bewegung*« ist ein Angebot, dass sich auf Wunsch der Frauen aus dem Projekt heraus entwickelt hat. Einmal wöchentlich treffen sich auch nach Abschluss des Projektes Frauen zu Gymnastik und meditativem Tanz im Haus der Zukunft.

Die Unterstützung der *Stadtteilkulturarbeit/Gemeinwesenarbeit* erfolgte durch die Vor- und Nachbereitung von Festen und Veranstaltungen im Quartier, durch die Teilnahme an Planungen für die Gestaltung des Wohnumfeldes sowie durch die Einbindung in Stadtteilgruppensitzungen und andere Veranstaltungen im Rahmen der Gemeinwesenarbeit.

Weiterhin wurden Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt wie Coaching (Erstellen einer Bewerbungsmappe, Rollenspiele zur Stärkung der Selbstsicherheit, Orientierung auf den Arbeitsmarkt) und Schuldnerberatung. Dazu gehörten auch Seminare, an denen einzelne Teilnehmer/innen je nach Interesse teilgenommen haben. Seminarthemen im Einzelnen: Sicherheit auf Spielplätzen; »Wahrnehmungsstörungen bei Kindern« durch EPSYMO (Elternverein für psychomotorische Entwicklungsförderung); Elternbildung »Eltern lernen miteinander«; Planung eines internationalen Bewohnerfestes nach der Methode »Appreciative Inquiry« (wertschätzende Erkundung) sowie ein Seminar zum Erwerb eines Übungsleiterschein durch den Landessportbund.

An ein bis zwei Tagen in der Woche trafen sich die Teilnehmer/innen mit der Anleiterin zur Teamsitzung. Hier ging es neben den oben aufgeführten Qualifizierungsanteilen auch um die *Förderung sozialer Kompetenzen*. In regelmäßigen Team- und Einzelgesprächen wurden Schlüsselqualifikationen eingeübt wie Erlernen und Anwenden von Kommunikationsregeln; Prozesse im Umgang mit den Hilfesuchenden erkennen und steuern; Stärkung der Teamfähigkeit; Artikulierung von Konflikten und Arbeiten an Lösungen; Sensibilisierung der Selbstwahrnehmung; Verbesserung des Selbstwertgefühls; Förderung von Toleranz und Kreativität; Umgang mit (eigenen) Grenzen; Reflexion des eigenen Handelns.

Die Teilnehmer/innen hatten außerdem noch *Arbeitsbegleitende Tätigkeiten* wahrzunehmen. Dazu gehörten: Wochenpläne schreiben; Stundenzettel ausfüllen; Tagebuch führen; Führen der Kaffee- und Spendenkasse sowie die Übernahme der Verantwortung für die Sauberkeit der von der Nachbarschaftsbörse genutzten Räumlichkeiten.

Ziele des Projekts

Die Bewohner/innen des Quartiers erleben ihr Umfeld oft als sehr belastend. Die Kommunikation untereinander findet häufig kaum statt oder bleibt auf Beschwerden und Klagen begrenzt. Die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung sind für die Menschen und ihre Familien in vielen Lebens-

bereichen spürbar. Das Projekt der »Nachbarschaftsbörse« ist zugeschnitten auf die Bewohner/innen des Stadtteils, denn wer Menschen befähigen will, ihre Möglichkeiten zu erweitern, muss innerhalb ihrer Lebenswelt agieren (vgl. Hinte/Lüttringhaus/Oelschlägel 2001). Dazu gehören:

- Wege aus Isolation und Resignation ermöglichen
- Gefühl von Sinn- und Nutzlosigkeit abbauen
- Psychosoziale Belastungen aufgrund von Arbeitslosigkeit abmildern
- Lebensqualität verbessern
- Bewusstwerdung eigener Fähigkeiten und Stärken
- Strukturierung des Alltags
- Einüben von Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit
- Erleben des Gebrauchtwerdens
- Zukunftsperspektiven erarbeiten
- Eigeninitiativen entwickeln
- Verantwortung für Lebensplanung entwickeln und stärken
- Vertrauensvollen Umgang in der Gruppe erlebbar machen
- Selbsthilfekräfte und Eigeninitiative stärken
- Isolation (bei den Hilfebedürftigen) abbauen
- Soziale Kontakte aufbauen und pflegen
- Identität mit dem Stadtteil fördern
- Soziale Netzwerke aufzeigen

Durchführung und Ablauf der »Nachbarschaftsbörse Lüssum«

Vorbereitung

- Kontaktaufnahme mit einem Bremer Quartier, in dem bereits eine Nachbarschaftsbörse aufgebaut worden ist
- Grundlagen für die (sozialpädagogische) Arbeit mit den Teilnehmer/innen erarbeiten
- Kontakte zu den Stellen aufnehmen, die die Teilnehmer/innen qualifizieren sollen
- Flyer erstellen
- Projekt im Stadtteil bekannt machen
- Bewerbungsgespräche führen
- Hilfe Suchende erfassen und Bedarfe abklären

Die Bewerber/innen

Gesamt	25	Davon im Projekt 9
Frauen	21	7
Männer	4	2
alleinstehend	15	4

Nationalität Bewerber/innen

Gesamt	25	Davon im Projekt 9
deutsch	13	6
deutsch/russisch	9	2
syrisch	1	1
türkisch	1	-
jugoslawisch	1	-

Zwei Frauen haben eine Zeit lang ehrenamtlich im Projekt mit gearbeitet. Eine hat nach einigen Wochen aufgehört, weil sie mit dem Nachholen des Realschulabschlusses begonnen hatte und die andere, weil sie mit den Einsätzen überfordert war.

Evaluation des Projektes

Nach einem Jahr Laufzeit wurde eine Befragung der Teilnehmer/innen durchgeführt. Wir wollten wissen, ob wir mit diesem Projekt die angestrebten Ziele erreichen konnten, wie es den Teilnehmer/innen während diesen einen Jahres ging, wie die Qualifizierung aus ihrer Sicht gelaufen ist, was sich in ihrem Leben verändert hat und welche Ziele sie für ihre Zukunft haben.² Mit jedem/r Teilnehmer/in wurde die Befragung einzeln durchgeführt, dafür war eine Stunde eingeplant, die auch in den meisten Fällen ausgereicht hat. Der Einstieg begann mit *allgemeinen Fragen*, wie z.B. »Was haben Sie unmittelbar vor der Arbeit im Projekt gemacht?« Sieben Personen waren im Sozialhilfebezug gewesen und zwei waren im Arbeitslosenhilfebezug. Eine weitere Frage war: »Wie haben Sie von der Nachbarschaftsbörse erfahren?« Genannt wurden die drei Kontaktformen Kindertagesheim, Kontakte im Stadtteil und Kontakte zur Anleiterin.

Ein weiterer Fragenkomplex beschäftigte sich mit der *Qualifizierung im Team* (wöchentliche Teamsitzungen). Hier war eine der Fragen: »Was haben Sie durch die Auseinandersetzung im Team gelernt?« Es wurden mehrfach genannt eine differenzierte/sensiblere Selbst- und Fremdwahrnehmung, eine größere Offenheit sowie eine Verbesserung der Kommunikationsfähigkeit. Auf die Frage »Wie sind Sie mit den Teamkollegen/innen zurechtgekommen?« verteilten sich die Antworten von (sehr) gut (8), gutes Frauen-Team (3), manchmal nervig (2), große Toleranz (1) bis zu »Sprachprobleme, war aber nicht schwierig« (1).

Neben der Qualifizierung im Team wurden auch *Qualifizierungsmaßnahmen* wie Coaching (Erstellen einer Bewerbungsmappe, Bewerbungs-

² Die Befragung der Teilnehmer/innen beinhaltete insgesamt 40 Fragen. Hier wird nur ein kleiner Ausschnitt wiedergegeben

training) und Schuldnerberatung durchgeführt. Zu diesem Bereich lautete eine der Fragen: »Denken Sie, dass die Qualifizierung ein wichtiger Baustein für Ihre Zukunftschancen ist?« Die Teilnehmer/innen antworteten fast alle mit ja und gaben an, dass ihr Selbstbewusstsein gestärkt wurde, die Reflexion ihres Verhaltens verbessert und ihre Fähigkeiten weiter entwickelt wurden. Die Fragen zum *Arbeitseinsatz* in der Nachbarschaft waren u. a. »Stehen Sie hinter dem, was Sie hier tun?« Hier haben alle neun Teilnehmer/innen mit ja geantwortet. Bei der Frage »Wie gefällt Ihnen die Arbeit in der Nachbarschaftsbörse?« haben acht mit gut und eine Teilnehmerin mit nicht so gut geantwortet. Auf die Frage »Bekommen Sie Anerkennung für Ihre Arbeit?« antworteten alle mit ja und nannten z. T. mehrere Stellen von denen sie Anerkennung bekommen, wie von den Einsatzstellen, der Anleiterin, aus dem Stadtteil, der Presse.

Die Abschlussfragen richteten sich auf die *Lebenssituation* der Teilnehmer/innen und deren *weitere Perspektiven*. »Hat sich seit Beginn der Prämiendarbeit etwas in Ihrem Leben verändert?« Die Mehrheit bestätigte Veränderungen. Benannt wurden:

- ich habe eine Struktur in meinen Alltag bekommen,
- ich komme raus,
- ich mache Arbeit, die mir Spaß macht,
- ich achte mehr auf mein Äußeres,
- es ist gut für meine Psyche,
- ich habe mehr Kontakte mit anderen,
- ich habe eine bessere Alltagsorganisation,
- ich bin ausgeglichener,
- meine Kreativität blüht.

Die Antworten machen deutlich, dass durch die Mitarbeit in der Nachbarschaftsbörse Effekte erreicht wurden, die auch in der Arbeitslosenforschung beschrieben werden: Arbeit strukturiert den Tagesablauf und auch die Freizeit, Arbeit bildet einen wichtigen Orientierungsrahmen, Arbeit führt dazu, sich nützlich für die Gesellschaft zu fühlen, Arbeit ist eine wesentliche Grundlage zur Entwicklung kooperativer Fähigkeiten, Arbeit stellt ein wesentliches soziales Kontaktfeld dar. Die negativen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit, wie z. B. psychische Belastungen, konnten abgemildert werden. Soziale Netze und Beziehungen konnten durch die Arbeit in der Nachbarschaftsbörse aufgebaut werden. Auf die Frage »Wenn Sie an Ihre Zukunft denken, was stellen Sie sich vor?« wurde geantwortet: Ausbildung/Umschulung (4), Arbeiten (3), Selbstständig machen (1), Schulabschluss machen (1).

Hier zeigt sich, dass alle Teilnehmer/innen sich weiter qualifizieren oder arbeiten möchten und für sie die Teilnahme an dem Projekt der Einstieg bzw. Wiedereinstieg in eine Berufstätigkeit ist. Auf die Frage »Verstehen Sie die allgemeinen Zusammenhänge im Stadtteil jetzt besser als vorher?« antworteten sechs Teilnehmer/innen mit ja, zwei mit nein und einer waren die Strukturen, z. B. des WiN-Programms mit der gemeinsamen Entscheidung über Projekte auf den Stadtteilgruppensitzungen bereits bekannt. Es wurde aber auch genannt, dass sie mehr Leute kennen gelernt haben und jetzt wissen, wo sie Hilfe bekommen können.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Arbeit in einem In-Job in Lüssum-Bockhorn eine Chance für die Bewohner/innen und das Quartier darstellt. Die Umsetzung des Projektes nach den Standards Ressourcenorientierung und Vernetzung sowie die Orientierung an den Interessen und Bedürfnissen der Bewohner/innen tragen auch zur Entwicklung und Wiedergewinnung der Nachbarschaften bei. Die für das Projekt entwickelten Ziele, die sehr auf das soziale Lernen und die Kommunikationsfähigkeit der Teilnehmer/innen ausgerichtet waren, konnten durch die intensive Begleitung gut erreicht werden. Von politischer Seite wird immer wieder darauf verwiesen, dass die Arbeitslosigkeit durch ein hohes Wirtschaftswachstum wieder in den Griff zu bekommen sei, doch diese Entwicklung ist nicht absehbar. Mehr als 10 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung ist ohne Beschäftigung. Die Aussicht auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist für viele auf absehbare Zeit relativ gering. Vor allem für Menschen mit geringer Qualifikation, für ältere Menschen und für Langzeitarbeitslose bestehen kaum Chancen auf dem »ersten Arbeitsmarkt«. So konnten die meisten Teilnehmer/innen des Projektes ihre Ziele leider nicht gleich verwirklichen, da es an Ausbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten fehlt, bzw. entsprechende Arbeitsplätze nicht vorhanden sind.

Rückblick

Einige Teilnehmer/innen des Projekts haben vor der Prämienarbeit jahrelang nicht (mehr) gearbeitet. Für sie waren die Einsätze eine starke Herausforderung. Die *sozialpädagogische Betreuung und Begleitung* war allen fremd. Die Mehrzahl der Teilnehmer/innen konnte sich auf diesen Prozess einlassen und ihn als eine Chance zur Selbstentwicklung und Stärkung der Teamfähigkeit annehmen. Das wurde durch die intensive Arbeit in der Gruppe deutlich. Die Qualifizierungsmaßnahmen wurden von den Teilnehmer/innen überwiegend als eine Bereicherung angesehen. Für einige haben sich die besseren Chancen für ihren weiteren (beruflichen) Werde-

gang ganz konkret gezeigt. Durch die Prämienarbeit hat sich der *Status* der Teilnehmer/innen in ihren Familien und in ihrem Umfeld positiv verändert. Wenn sie oder ihre Kinder z. B. krank waren, ließen sie sich »stolz« eine Krankmeldung ausstellen, weil sie ja nun in einem »Arbeitsverhältnis« standen. Auch wenn die *Bezahlung* von den meisten als zu gering angesehen wurde, so waren den Teilnehmer/innen der Zuverdienst – zusammen mit der Monatskarte – eine große Hilfe, sich »Extras« leisten zu können. Eine Teilnehmerin hat sich einen Teil des verdienten Geldes beiseite gelegt, um sich den langgehegten Wunsch zu erfüllen, ihre Großeltern im Osten Deutschlands, zu denen sie eine starke Bindung hat, zu besuchen. Auffallend war, dass der *Krankenstand* sehr gering war und mit zunehmender Dauer der Teilnehmer/innen im Projekt mehr und mehr abnahm. Durch den Einsatz in den Haushalten wurden die *Nachbarschaften* gestärkt. Profitiert haben sowohl die Teilnehmer/innen als auch die Nachbarschaften. Den Hilfe Suchenden wurde ein Weg aus der Isolation ermöglicht, den diese sehr dankbar annahmen. Auch mit dem Tod eines »Klienten« mussten sich die Teilnehmer/innen auseinandersetzen.

Wie geht es für die Teilnehmer/innen weiter?

Zwei Frauen werden für die Hilfe bei der Betreuung von je einem Kind mit Behinderung im Hort eingesetzt (In-Job für ein Jahr), zwei Teilnehmer/innen bekommen eine Verlängerung für die Stadtteilkulturarbeit, ein Teilnehmer macht eine Ausbildung zum Sozialassistenten. Drei Frauen können aus persönlichen Gründen nicht weiter beschäftigt werden. Bei einer Teilnehmerin wurde deutlich, dass sie aufgrund ihrer psychosozialen Verfassung nicht in der Lage ist, in einem »Betrieb« zu arbeiten.

Literatur

- Bremer Arbeit GmbH (2005): Informationen zum Verfahren und zu den Angebotsarten
- Hinte, Wolfgang/Lüttringhaus, Maria/Oelschlägel, Dieter (2001): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit, Münster
- Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (IfS) und Forschungsinstitut Stadt und Region (ForStaR) (2004): Evaluation der Programme »Wohnen in Nachbarschaften – WiN« und »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt« in Bremen
- Kapphan, Andreas (2002): Das arme Berlin: Zu Entstehung und politischem Umgang mit Armutskonzentration, in: Walther, Uwe-Jens (Hrsg.): Soziale Stadt – Zwischenbilanzen, Opladen

Modellprojekt »Vernetzte Sprachförderung und Elternbildung in Hannover Linden-Süd«

Wolfgang Prauser

1 Die Ausgangssituation in Linden-Süd

1.1 Linden-Süd: Vom Arbeiterstadtteil zum Sanierungsgebiet

Das heutige Linden entstand im Laufe des 19. Jahrhunderts aus einem kleinen Bauerndorf vor den Toren der Residenzstadt Hannover. Innerhalb weniger Jahrzehnte wuchs es zu einer bedeutenden Industrie- und Arbeiterstadt. Eine Voraussetzung für die rapide Industrieentwicklung war eine stetig wachsende Anzahl verfügbarer Arbeitskräfte – die Einwohnerzahl stieg rapide an. Nach dem beständigen Aufschwung begann in den Jah-



ren etwa ab 1960 ein sehr starker Abwanderungsprozess, der nur teilweise ausgeglichen wurde durch den Zuzug von Bevölkerungsgruppen, die auf billigen Wohnraum angewiesen sind – insbesondere ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien, die 1972 bereits einen Anteil von 18 Prozent hatten und deren

Anteil ständig weiter anstieg. Aufgrund der insgesamt schlechten Stadtteilsituation (Bausubstanz, Wohnumfeld, Grünflächen) beschloss im gleichen Jahr der Rat der Stadt Hannover die Einleitung der städtebaulichen Sanierung. Diese Sanierung wurde mit dem Ziel durchgeführt, die ursprünglich im Stadtteil wohnende Bevölkerung im Stadtteil zu halten. Der so entstandene hohe Anteil des sozialen Wohnungsbaus wurde mit dem Rückgang industrieller Arbeitsplätze zum Problem: In den ehemaligen Arbeiterwohnungen wohnten nunmehr Arbeitslose, sogenannte Modernisierungsverlierer und MigrantInnen.

1999 waren 30 Prozent der Wohnungen im Stadtteil Belegrechtwohnungen. Daneben existiert noch eine größere Anzahl von Wohnungen mit geringem Standard. Der Anteil von Arbeitslosen und Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) liegt deutlich über dem Stadtdurchschnitt, der hohe



MigrantInnenanteil führte zu sprachlichen Problemen an den Schulen. Sozial stabilere Familien begannen, den Stadtteil zu verlassen. Angesichts eines starken Wechsels der Bewohnerschaft drohte der traditionell gute und von Toleranz geprägte soziale Zusammenhalt der Einwohner zu

zerbrechen. Eine im Januar 2000 initiierte »Stadtteilwerkstatt« legte den Grundstein für den Prozess »Soziale Stadt« mit entsprechenden Anträgen (bisher leider erfolglos) auf Aufnahme in das Bund/Länder Programm »Soziale Stadt«.

1.2 Geringere Bildungschancen der Kinder

Am 01.01.2004 waren in Linden-Süd 953 Kinder im Alter von 0-9 Jahren gemeldet, das entspricht 10,1 Prozent der Stadtteilbevölkerung (gegenüber 8,6 Prozent im Stadtdurchschnitt) und rund 100 Kindern pro Geburtsjahrgang – mit abnehmender Tendenz. 63,7 Prozent dieser Altersgruppe im Stadtteil haben einen Migrationshintergrund (»Nichtdeutsche« plus »Deutsche mit doppelter Staatsbürgerschaft«) gegenüber 40,3 Prozent im Stadtdurchschnitt.

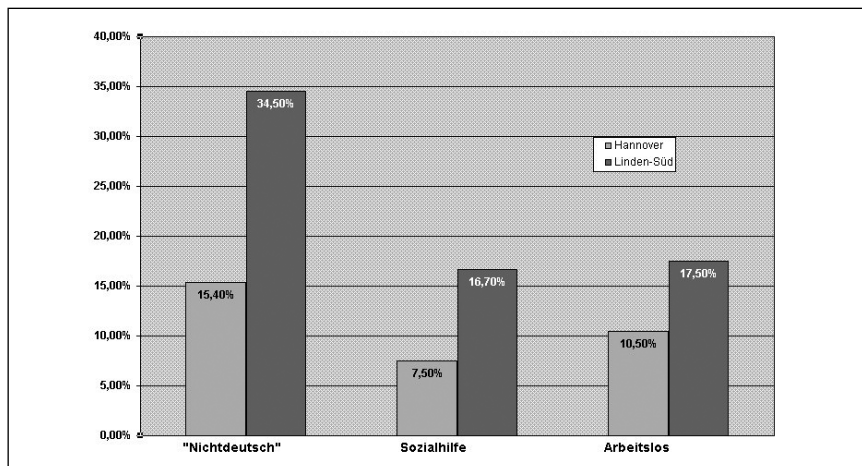


Abbildung 1: Bevölkerungsstruktur in Linden-Süd (Stand 01.01.2003)

Bundesweit wird festgestellt, dass zunehmend weniger Eltern eigene Erziehungsleistungen erbringen, sondern oft vollständig darauf vertrauen, dass die Förderung und Erziehung ihrer Kinder in den Kindertagesstätten (KiTas) und in der Schule zu erfolgen hat. Zusätzlich bedingt durch die vergleichsweise hohe soziale Belastung der Familienhaushalte in Linden-Süd, verbunden mit einem oftmals geringen Bildungsstand der Eltern, werden in diesem Stadtteil bei vielen Kindern bereits im Vorschulalter deutliche Defizite in fast allen Entwicklungsbereichen festgestellt. Nach Berichten aus den Kitas besteht ein Großteil der täglichen Arbeit darin, mit ständigen »Feuerwehraktionen« den Betrieb der Einrichtung aufrechtzuerhalten. Mit vielen Kindern (und deren Eltern) ist eine Verständigung überhaupt nicht (oder nur sehr begrenzt) möglich, aufgrund der vorliegenden Erziehungsdefizite ist ein nennenswerter Anteil der Kinder in einer Gruppe nur schwer zu begleiten – eine intensive persönliche Förderung der Kinder bleibt da oft auf der Strecke!

Die soziale Selektion setzt sich später in der Grundschule fort: Von 356 in Linden-Süd gemeldeten Kindern im Grundschulalter besuchen lediglich rund 75 Prozent die regional zuständige Grundschule Egestorffschule, der Rest (immerhin 25 Prozent) wurde aktiv per schriftlichem Elternantrag auf andere Schulen umgemeldet – die hohe soziale Belastung vieler SchülerInnen der Egestorffschule und das deshalb von den Eltern unterstellte niedrige Niveau des Unterrichts ist in nicht unmaßgeblichem Umfang Grund für viele dieser Anträge. Während der Anteil der ausländischen Kinder (ohne Aussiedler!) in der Altersgruppe der 6- bis 9-jährigen Kinder am 01.01.2004 in Linden-Süd eigentlich bei 46,3 Prozent lag, liegt dieser Anteil in der 4. Klasse der Grundschule bereits bei 75 Prozent – ein nicht unerheblicher Anteil vor allem der deutschen Eltern scheint ihre Kinder nicht in der Grundschule Egestorffschule beschulen zu lassen! Deutliche Unterschiede in den Schulempfehlungen für die SchülerInnen beim Übergang nach der 4. Klasse der Grundschule machen die strukturelle Benachteiligung im Bereich der Bildungschancen deutlich:

	Hauptschule	Realschule	Gymnasium
Stadtteil Linden-Süd	48 %	23 %	29 %
Hannover (gesamt)	29 %	27 %	43 %

Abbildung 2: Schulempfehlungen nach der 4. Klasse der Grundschule

Bei der Aktualisierung des ersten Handlungsprogramms für den Stadtteil Linden-Süd aus dem Jahr 2000 haben hauptamtliche MitarbeiterInnen öffentlicher Einrichtungen, engagierte BürgerInnen und VertreterInnen von Vereinen und Verbänden Anfang 2004 das Themenfeld »Elternbildung«/»Sprachförderung«/»Verwahrlosung« in vielen Formulierungen erwähnt und bei der Priorisierung der Problematiken sehr deutlich als dringendstes Aufgabenfeld benannt. Dies war der Ausgangspunkt für die Erstellung des Konzeptes für eine »Vernetzte Sprachförderung und Elternbildung in Linden-Süd«.

2 Auf der Suche nach Lösungen

Aufgrund der gemeinsamen Priorisierung des Bereiches Sprachförderung & Elternbildung als vordringlichste Aufgabe im Stadtteil, begab sich das örtliche Quartiermanagement auf eine bundesweite Recherche nach bewährten Lösungsansätzen für die skizzierte Aufgabe. Die im Folgenden beschriebenen Programme wurden in die Diskussion um ein Gesamtkonzept für Linden-Süd einbezogen.

2.1 *Vernetzte Sprachförderung Herten*

»Die Stadt Herten will erreichen, dass alle Kinder in Herten die deutsche Sprache so gut beherrschen, dass sie ihrem Begabungspotenzial entsprechend allgemeine Schulabschlüsse erwerben können« – so lautet der einvernehmliche Ratsbeschluss als Auftakt zu einem vernetzten Vorgehen, an dem sich schließlich fast alle Schulen und Kindertagesstätten, sowie etliche sonstige Einrichtungen der Stadt Herten beteiligen (<http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Projekte/herten/sprachfoerderung.htm>). Angeregt und moderiert durch die Stadtverwaltung geht es vorrangig darum, deutsche Sprachkenntnisse zu vermitteln und dadurch die Bildungschancen von Kindern aus MigrantInnenfamilien deutlich zu erhöhen. Die Vermittlung der deutschen Sprache erfolgt – je nach Einrichtung – mit verschiedenen Programmen. Zusätzlich interessant ist die aufsuchende Beratung der Familien, sowie die Öffentlichkeitsarbeit und Aktivierung, die u. a. auch die örtlichen Vereine, die Moscheen etc. mit einbezieht.

2.2 *Gruppenverfahren »Rucksack«, »Griffbereit« & »Rucksack II«*

Einen anderen Ansatz verfolgt das Programm »Rucksack«, das die Essener »Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen

aus Zuwandererfamilien in NRW« (RAA, <http://www.raa.de/>) nach einem holländischen Vorbild entwickelt hat: Nicht das Erlernen der deutschen Sprache, sondern die Förderung der sprachlichen Entwicklung steht im Mittelpunkt. »Rucksack« ist – neben diesem Sprachförderaspekt – aber vor allem ein Elternbildungskonzept für die Personengruppen, die von den klassischen Familienbildungsstätten nicht erreicht werden – nicht nur MigrantInnen, sondern auch bildungsfernere deutsche Familien. Die Durchführung der Elterngruppen erfolgt bewusst nicht durch professionelle PädagogInnen, sondern durch sogenannte »Stadtteilmütter« oder »Elternbegleiterinnen«, die dem Kulturkreis der GruppenteilnehmerInnen angehören, aber bereits einen verhältnismäßig verantwortlichen Umgang mit ihren Kindern pflegen. Diese Gruppenleiterinnen organisieren (gegen Honorar) die Mütter-/Elterngruppen selbst, hierfür stehen ihnen vorgefertigte, stark illustrierte »Wochen-Arbeitsblätter« (in verschiedenen Sprachen erhältlich, zum Mitnehmen für die GruppenteilnehmerInnen) mit konkreten Vorschlägen bzw. kurzen Übungen zur Verfügung, die die GruppenteilnehmerInnen in der folgenden Woche zu Hause mit ihren Kindern durchführen sollen. In wöchentlichen Vorbereitungstreffen der Gruppenleiterinnen mit einer Sozialarbeiterin, sowie durch Weiterbildungsangebote erhalten die »Stadtteilmütter« pädagogische Hilfestellung und Rat bei auftretenden Problemen.

Dieses – altersmäßig auf die Eltern von Kindergartenkindern zugeschnittene – Programm ist inzwischen auch für andere Altersgruppen erhältlich (»Griffbereit« für Eltern von Kindern im Alter von 1,5 bis 3 Jahren, »Rucksack II« für Eltern von Grundschulkindern) und kostet – incl. Arbeitsmaterialien, Kosten der Anleitungskraft und Honoraren für die »Stadtteilmutter« – ca. Euro 6.500 pro Jahr für eine Gruppe von ca. zehn Elternteilen, wobei fast 50 Prozent dieser Kosten eingespart werden können, wenn eine beteiligte Einrichtung die sozialpädagogische Anleitungskraft kostenfrei aus ihrem Personalstamm zur Verfügung stellen kann.

2.3 Aufsuchende Elternbildung: Opstapje & H.I.P.P.Y.

Die Programme »Opstapje« (<http://cgi.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=321>) und H.I.P.P.Y. (<http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Projekte/berlin/hippy.htm>) ähneln in ihrer Methodik sehr stark den vorgestellten Gruppenverfahren: Auch hier liegen fertige Elternbildungs-Arbeitsblätter vor, die Arbeit mit den Eltern erfolgt – in der Regel – ebenfalls über semiprofessionelle »Stadtteilmütter« bzw. »Elternbegleiterinnen«, die

durch SozialarbeiterInnen fachlich qualifiziert und begleitet werden. Allerdings werden bei diesen Programmen die angesprochenen Eltern nicht in Gruppenform zusammengefasst, sondern einzeln in ihren Wohnungen besucht. Dies hat natürlich den Vorteil, dass auch diejenigen Familien erreicht werden, für die eine Programmteilnahme dringend geboten ist, die aber nicht zu einer regelmäßigen, selbstständigen und verlässlichen Teilnahme an einer außerhäusigen Gruppenveranstaltung aktiviert werden können. Umgekehrt ist nahe liegend, dass durch den deutlich erhöhten Personalaufwand (15 je einstündige Hausbesuche statt eines gemeinsamen zweistündigen Gruppennachmittags) – trotz Einbindung der semiprofessionellen Kräfte – auch die Kosten dieses Programms mit ca. Euro 4.500 pro Familie (Programmdauer: 18 Monate) erheblich höher ausfallen, wobei auch hier ca. 50 Prozent der Kosten auf die begleitende Sozialarbeit entfallen.

2.4 Vernetzung: Elternschule Hamm

Bestehende Familienbildungsstätten stehen vor dem Problem, dass sie weit überwiegend nur ohnehin schon bildungsinteressierte Bevölkerungskreise erreichen. Kindertagesstätten und Schulen jedoch sind in der Regel dichter auch an bildungsferneren Zielgruppen, verfügen aber oftmals weder über fundierte Kenntnisse zur Elternbildungsarbeit noch über lange Listen von qualifizierten ReferentInnen zu den relevanten Themen. Das Modell »Elternschule Hamm« (<http://www.hamm.de/elternschule/>) besteht nicht aus einem festen Personalstamm mit eigenen Räumen, sondern hauptsächlich aus einem Netzwerk der Schulen, Kindertagesstätten, Familienbildungsstätten, Familien-, Mütter- und Erziehungsberatungsstellen, Elternbeiräte usw. Auf der Basis des gemeinsam erarbeiteten »Hammer Erziehungskonsenses« wurde eine Kooperation aller pädagogisch relevanten Bereiche in öffentlicher und privater Trägerschaft, sowie eine Vernetzung mit vorhandenen Angeboten und Trägern (z.B. Volkshochschulen oder Familienbildungsstätten) angeregt, wobei Gruppen und Träger (Elternverbände, Kitas, Schulen, Vereine, Selbsthilfegruppen, Kirchengemeinden) in eigener Verantwortung Teil dieser »Elternschule« werden und entsprechende Elternbildungsangebote in ihrer Einrichtung entwickeln. Gemeinsame Fortbildungen für Pädagogen zum Thema Elternbildung und die Verständigung auf ein gemeinsames vernetztes Elternbildungskonzept bilden den Rahmen für die Kooperation.

3 Ressourcen zusammenführen: Entwicklung eines vernetzten Konzeptes für Linden-Süd

3.1 Diskussion und Konzeptentwicklung

Alle fünfzehn Einrichtungen im Stadtteil Linden-Süd, die aktuell mit Kindern im Alter von 0 bis 10 Jahren und/oder deren Eltern arbeiten (vier Kindertagesstätten, die Grundschule, eine Familienbildungsstätte, sowie die Beratungs-, Sozial- und Kultureinrichtungen) wurden in den folgenden Diskussionsprozess für ein träger- & ressortübergreifendes Stadtteilkonzept eingebunden:

- Im Rahmen einer gemeinsamen Tagesfahrt nach Herten wurde das dortige Konzept einer »Vernetzten Sprachförderung« vorgestellt und beteiligte Einrichtungen besucht.
- In einem gemeinsamen Workshop wurden die Programme »Rucksack«, »Opstapje« und »KOALA«, sowie das Projekt »Elternschule Hamm« vorgestellt und diskutiert. Dabei erfolgten alle Inputs in verschiedenen Arbeitsgruppen durch ReferentInnen, die persönlich an den jeweiligen Programmen/Projekten mitarbeiten. Die Lindener TeilnehmerInnen hatten anschließend die Aufgabe, durch Zusatzfragen zu klären, ob die vorgestellten Modelle im Falle einer Übertragung hilfreich für die Situation in Linden-Süd sein könnten.
- Das Zusammenbinden der einzelnen für sinnvoll erachteten Bausteine und die Formulierung eines Entwurfes für ein Gesamtkonzept erfolgten durch das Quartiermanagement. Der Textentwurf wurde natürlich mit den TeilnehmerInnen »endabgestimmt« und in das Stadtteilforum zurückgekoppelt.

3.2 Finanzierung

In der Folge der Diskussionen entstand ein Gesamtkonzept aus gruppenorientierten und aufsuchenden Programmen, das jährlich ca. 25 Prozent der Familien im Stadtteil erreichen sollte. Bereits bei seiner Versendung an potenzielle Projektpartner und Geldgeber sorgte das vernetzte Programm für Aufsehen und überaus positive Rückmeldungen bei BürgerInnen, Verwaltung und Politik. Die Erwartung, dass eine Finanzierung des Gesamtprojektes (rund Euro 200.000 im Jahr) zu großen Teilen über »Drittmittel« angesichts erster positiver Signale ein leichtes Unterfangen sei, bewahrheiteten sich leider nicht – viel, letztlich vergebliche, Zeit wurde in die Erstellung später abgelehnter Förderanträge gesteckt!

Zu Hilfe kam dem Konzept die parallel auf allen Ebenen laufende Diskussion um die Konsequenzen der PISA-Studie. Ein im Herbst 2004 in Hannover stattfindender Kongress zum Thema Elternbildung mit einer darin eingebundenen Vorstellung des Programms »Rucksack« wurde zum Startschuss für einen politischen Antrag im Rat der Stadt Hannover, für die stadtweite Umsetzung eines Programms für Sprachförderung und Elternbildung ab 2005 jährlich Euro 500.000 bereitzustellen. Dem Antrag wurde zugestimmt, aber über die folgenden Diskussionen in der Verwaltung über ein Gesamtkonzept verging fast noch ein Jahr, bis Ende 2005 das Ergebnis in Form einer Drucksache beschlossen wurde und umgesetzt werden konnte. Bestandteil dieses gesamtstädtischen Konzeptes wurde auch das in Linden-Süd erstellte Programm mit einem Betrag von jährlich ca. Euro 100.000. Dies bedeutet in der Realisierung zwangsläufig Abstriche im Projektumfang, aber Sicherheit für die Umsetzung maßgeblicher Anteile des Konzeptes.

3.3 Vernetzte Sprachförderung & Elternbildung Linden-Süd – Umsetzung & Realisierung

Bis zum Jahr 2008 soll das Programm der »Vernetzten Sprachförderung und Elternbildung in Linden-Süd« so weit umgesetzt sein, dass jedes Jahr 200 Familien von insgesamt 1.000 Familien mit Kindern im Alter von 0-10 Jahren (entspricht 20 Prozent) an den Programmen »Griffbereit«, »Rucksack« und »Rucksack II« teilnehmen. Dabei sind alle Kindertagesstätten und die Grundschule im Stadtteil beteiligt. Im begonnenen ersten Projektjahr 2006 sollen 50 Prozent (100 Familien = 10 Gruppen) dieser Zielzahl in Elternbildungsgruppen erreicht werden. Alle MitarbeiterInnen der beteiligten Einrichtungen im Stadtteil, sowie dreizehn »Stadtteilmütter«/»El-



ternbegleiterInnen« haben bereits Teile ihrer notwendigen Fortbildungen absolviert. Das »Bürgerhaus«, ein 70 qm kleines Fachwerkhaus direkt an einem Spielplatz gelegen, das vor Jahren Ort verschiedenster Stadtteilangebote war, inzwischen aber fast gar nicht mehr genutzt wurde, wird derzeit als »Familien-

haus« für das Projekt hergerichtet (neuer Fußboden, neuer Anstrich, neue Möblierung). Eine Sozialarbeiterin, die künftig halbtags für die Qualifizierung und Begleitung der »Stadtteilmütter«/»ElternbegleiterInnen« zuständig sein soll, hat ihren Arbeitsplatz am 01. April 2006 angetreten. Eine »Elternschule« nach dem Vorbild in Hamm als Netzwerk aller Akteure im Stadtteil zur Optimierung ihrer Elternarbeit soll in der zweiten Jahreshälfte 2006 starten. Aus finanziellen Gründen offensichtlich leider nicht realisierbar sein, werden voraussichtlich die ergänzenden Programme der erheblich teureren aufsuchenden Elternbildung (Opstapje und H.I.P.P.Y.), über die weitere – schwerer aktivierbare – Familien eingebunden werden könnten.

4 Fazit: Ein beispielhaftes Projekt für Stadtteilarbeit?!

Wenngleich es sich bei dem Projekt der »Vernetzten Sprachförderung und Elternbildung Linden-Süd« nach dem ersten Eindruck eher um ein zielgruppenorientiertes Angebot handelt, entpuppt es sich beim näheren Hinsehen als ein interessantes Stadtteilentwicklungsprogramm, mit dem strukturelle Benachteiligungen gemindert und hilfreiche Netzwerke geknüpft bzw. gestärkt werden. Und: Auch wenn die zugrunde liegende Methode nicht von der Gemeinwesenarbeit erfunden wurde, handelt es sich aber doch um eine optimale Methode für die Gemeinwesenarbeit!

- **Nutzung vorhandener Ressourcen; Vernetzung & Weiterentwicklung der Infrastruktur:** Insgesamt dreizehn Einrichtungen und Organisationen haben vereinbart, an dem gemeinsamen Projekt zusammenzuarbeiten: Die »Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V.« übernahm die landesweite Verantwortung für die Qualität der Umsetzung der vorgestellten Programme und die Qualifizierung aller Beteiligten; die AWO-Familienbildungsstätte im Stadtteil organisierte Teile der Qualifizierungsbausteine; das Projekt »geMiDe« unterstützte durch Vermittlung von »Stadtteilmüttern« und TeilnehmerInnen; auch der örtliche Spielpark, das Kinderzentrum und die AWO-Beratungsstelle für Integration und Migration helfen bei der Teilnehmerwerbung, alle drei örtlichen Kindertagesstätten und die Grundschule des Stadtteiles beteiligen sich am Programm, indem sie in ihren Einrichtungen »Rucksack«-Gruppen aufnehmen, fördern und Eltern zur Mitarbeit motivieren. Inzwischen haben die örtliche »Schulärztin« und die »Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V.« angefragt, an dem Gesamtprogramm mitarbeiten zu dürfen und Teilaufgaben beisteuern zu können!

- **Empowerment – Stärkung der Selbsthilfekräfte der Menschen in Stadtteilen:** Die gemeinsame Verständigung der beteiligten Einrichtungen auf ein gemeinsames Handeln zur Verbesserung der Bildungschancen der Kinder vor allem aus Familien mit Migrationshintergrund führte nicht dazu, mehr hauptamtliche Betreuungseinrichtungen einzufordern für eine Förderung der Kinder. Vielmehr soll die Erziehungskompetenz der Eltern durch niederschwellige Qualifizierungsprogramme gestärkt werden. Dieses Prinzip wird durch die Programme »Griffbereit« und »Rucksack« beispielhaft ermöglicht und unterstützt.
- **Aktivierung von Betroffenen:** Wer in einem benachteiligten Stadtteil schon einmal versucht hat, zehn Mitglieder für irgendeine Gruppe zu aktivieren, weiß, was für ein schwieriges Unterfangen dies ist – da muss eine Zielzahl von 100 bis 200 beteiligten Familien (in einem Stadtteil mit ca. 9.500 Familien) allein zum Thema »Förderung von Kindern im Alter von 0-10 Jahren« als völlig utopisch erscheinen! Vergleichszahlen aus Nordrhein-Westfalen belegen jedoch, dass mit den Programmen zwei Elterngruppen (= ca. 20 Familien) pro Kindertagesstätte auch in sozial schwierigen Stadtteilen aktivierbar sind. Hilfreich ist hierbei das vergleichsweise starke Interesse junger Eltern an Informationen zur Kindererziehung, die intensive Zusammenarbeit mit den Kindertagesstätten, die den Kontakt zu den Eltern »ihrer« Kinder haben und vor allem auch die stark visuelle Aufmachung der Arbeitsblätter, die auch bildungsferneren Familien den Einstieg erleichtern. Die Verfügbarkeit der Arbeitsblätter in verschiedenen Muttersprachen erleichtert die Teilnahme ebenso.
- **Förderung der Selbstorganisation, Bildung sozialer Netze:** Angesichts solcher Beteiligungszahlen fällt es StadtteilarbeiterInnen sicher nicht schwer, die Phantasie weiter schweifen zu lassen von Arbeitsgruppen, die Spielplatz-Patenschaften übernehmen, über selbst organisierte Babysitter- und Kinderbetreuungs-Ringe bis hin zu stadtteilorientierten Eltern-Initiativen zur Verbesserung des Wohnumfeldes! Ein Zielgruppenangebot zur Elternbildung entpuppt sich so als idealer Einstieg zur Entwicklung von Kommunikationsstrukturen und nachbarschaftlichen Netzen im Wohnquartier.

Ein vorläufiges Fazit: Think Big!!

Durch Verwaltung und Politik (und Ausbildung?) langjährig »anerzogene« Bescheidenheit hat Sozialarbeit (und gerade auch die Gemeinwesenarbeit) in der Vergangenheit dazu gebracht, weit überwiegend in »Projekten« und

»Angeboten« zu denken – kleine Tröpfchen auf viele heiße Steine, die vorwiegend mit den eigenen Bordmitteln realisiert werden konnten. Auf der Strecke blieb in der Regel die Angemessenheit der Maßnahmen: In einem benachteiligten Stadtteil mit 10.000 Einwohner sind *eine* Mutter-Kind-Gruppe und/oder *ein* Deutschkurs eben keineswegs eine Lösung, sondern leider eben nur eine Geste! Vor diesem Hintergrund wird vielleicht verständlich, warum der Ruf z.B. der Gemeinwesenarbeit in der Öffentlichkeit und bei den EntscheidungsträgerInnen oft leider nicht so gut ist wie von den AnhängerInnen dieses Ansatzes gewünscht.

Umgekehrt waren die Reaktionen auf das beschriebene Konzept für eine »Vernetzte Sprachförderung und Elternbildung« sehr bemerkenswert: Der Versuch, für die existierende Problematik im Stadtteil eine angemessene Lösung zu konzipieren, führte in der Konsequenz zu geschätzten Kosten von immerhin bis zu Euro 200.000 jährlich. Aber trotzdem: Alle, die das Konzept gelesen hatten, meldeten ihre positive Zustimmung zurück! Gerade weil die Lösung so groß (und leider auch so teuer) konzipiert ist, wie es für das Problem nachvollziehbar nötig erscheint, bekam das Programm so positiven Zuspruch. Dies war letztlich auch *eine* Grundlage dafür, dass die Politik in Hannover schließlich ein stadtweites Programm zur Sprachförderung und zur Begleitung der Elternbildung – und damit auch die Finanzierung für das Projekt in Linden-Süd – beschlossen hat.

Natürlich soll dies nicht bedeuten, zukünftig in der Stadtteilarbeit nur noch Programme im mindestens sechsstelligen Euro-Bereich zu entwickeln. Und wie beschrieben hat unser Projekt letztlich auch »nur« die Hälfte des gewünschten Betrages bekommen. Aber trotzdem lässt sich daraus lernen, dass es sich lohnt, sich auf wenige, aber zentrale Stadtteilprobleme zu konzentrieren und für diese dann strukturelle Lösungen in angemessenen Dimensionen zu entwickeln – statt für ganz viele Teilprobleme mühsam ganz viele einzelne kleine Pflasterchen zu basteln.

Pisa, Armut und die Folgen – zwei Antworten aus der Praxis

Kooperation von Jugendhilfe und Schule und »Zusammen wachsen«
– Förderung der Elternkompetenz und der frühkindlichen Entwicklung

Christina Hey

Viel beachtet wurden in der Öffentlichkeit die verschiedenen Pisa-Studien zum Bildungsstand von deutschen Schülern. Obwohl diese Studien einen deutlichen Zusammenhang zwischen sozialer Lebenslage und Bildungsniveau konstatieren, wurde dieser Zusammenhang in der Öffentlichkeit kaum diskutiert, geschweige denn überlegt, wie durch politische Vorgaben darauf geantwortet werden kann. Dies wäre aus unserer Sicht dringend notwendig. Darum soll es allerdings in diesem Beitrag nicht gehen. Da Antworten der Gemeinwesenarbeit auf die aktuelle Situation angefragt sind, möchte ich an zwei Praxisbeispielen darstellen, wie wir als Gemeinwesenseinrichtung auf zwei die Bildungssituation tangierende Entwicklungslinien antworten: Die aktuelle Diskussion um Jugendhilfe und Schule und die Stärkung der Elternkompetenz und der frühkindlichen Entwicklung. Ich möchte mich dabei zum einen auf unsere Kooperation mit der Grundschule in unserem Stadtteil beziehen, zum anderen möchte ich ein neues Projekt vorstellen, das wir gerade aus der Taufe gehoben haben und von dem wir uns Auswirkungen auf unsere gesamte Arbeit erhoffen.

Die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule ist derzeit ein großes Thema in der hessischen Schulpolitik. Dabei geht es vorrangig um die Abdeckung von Betreuungszeiten, um den Eltern eine verlässliche Verweildauer ihrer Kinder an der Schule zu garantieren. Erst wenig diskutiert wird, inwieweit die Kooperation so gestaltet werden kann, dass sie den Zusammenhang von Bildung und sozialer Lage in den Blick nimmt und bearbeitet. Dies ist jedoch genau unser Kooperationsansatz.

Vielleicht vorweg noch einige Sätze zu unserer Einrichtung, damit das Folgende besser verständlich wird. Der Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Marburg e.V. (AKSB) arbeitet seit über dreißig Jahren in dem Marburger Stadtteil Waldtal. Er versteht sich als Einrichtung der Gemeinwesenarbeit, ist Träger einer Kindertagesstätte im Stadtteil, bietet eine Schülergruppe an und Sozial- und Familienberatung. Weitere Schwerpunkte liegen in der Frauenarbeit und in der Stadtteilarbeit. Vor diesem Hintergrund bie-

ten sich vielfältige Ansatzpunkte zur Kooperation, die ich im Folgenden beschreibe.

Die Kooperationsbeziehungen zwischen der Gemeinweseneinrichtung und der Grundschule reichen weit in die Vergangenheit zurück. Angesichts der Zielsetzung des AKSB, mehr Chancengleichheit für Kinder aus benachteiligten Quartieren herzustellen, lag von Anfang an ein Schwerpunkt der Arbeit in der Förderung der schulischen Entwicklung. Das Angebot der Hausaufgabenbetreuung zählte zu einem wesentlichen Standbein in der Entwicklung der Gemeinwesenarbeit und der Rückgang der Sonderschuleinweisungen war immer ein Indikator für den Erfolg der Arbeit.

Kooperation in der individuellen Förderung

Dadurch, dass der AKSB auch heute noch ein tägliches Angebot für die Grundschüler bereit hält (Mittagstisch, Hausaufgabenbetreuung, Freizeitaktivitäten), ergibt sich eine große Schnittmenge zwischen dem Schülerbereich des AKSB und der Schule. Es findet eine Verständigung zwischen Lehrern und pädagogischen Mitarbeiterinnen zur Entwicklung der einzelnen Kinder und zu ihrem Förderbedarf statt. Beide stehen in einem ständigen Austausch, um aktuelle Ereignisse zu reflektieren und sich über eingeleitete Maßnahmen zu informieren. Auch in der Elternarbeit arbeiten AKSB und Schule zusammen. Es finden gemeinsame Gespräche bei Überprüfungen, beim Wechsel in weiterführende Schulen und auch bei Konfliktsituationen statt.

Regelmäßige Kontakte

Basis für die Kooperation in der individuellen Förderung ist der regelmäßige Kontakt zwischen pädagogischen Mitarbeiterinnen und LehrerInnen. So kommen Kinder der Vorklasse und der 1. Klasse zu Beginn des Schuljahres zu einem Kinderfrühstück in die Einrichtung des AKSB, die pädagogischen Mitarbeiterinnen besuchen den pädagogischen Stammtisch der Schule und hospitieren im Unterricht. Außerdem gibt es einen regelmäßigen Austausch in der Vorbereitung und Auswertung der Projekte Jugendhilfe-Schule.

Projekte Jugendhilfe-Schule

Von 1996 bis 2000 gab es durch das persönliche Engagement eines Lehrers ein psychomotorisches Angebot, das zweimal im Jahr als Projekt mit den

Schülergruppen des AKSB durchgeführt wurde. Das Angebot lief über mehrere Wochen, beinhaltete einmal wöchentlich ein Treffen am Nachmittag für Teilnehmer aus den Schülergruppen und eine gemeinsame Abschlussfahrt. Ziel war es hier vor allem, die Wahrnehmungs- und Kooperationsfähigkeit der Kinder weiter zu entwickeln. Als bei einem Projekt das Interesse der Walddalkinder zur Bildung einer Gruppe nicht ausreichte, wurde es auf Schüler des anderen Einzugsgebiets der Schule, ein eher mittelschichtorientiertes Viertel, ausgeweitet. Da mit dem gemeinsamen Lernen gute Erfahrungen gemacht wurden, wurde dieser Ansatz beibehalten und bei den weiteren Projekten darauf geachtet, dass eine gemischte Gruppe zustande kam. Durch die Förderung des ursprünglich unabhängig von der Schule laufenden Projekts im Rahmen der Jugendhilfe-Schule-Förderung nach einem gemeinsamen Antrag durch Schule und AKSB erhielt diese Zusammenarbeit auch eine strukturelle Bedeutung für die Schule. Folgerichtig trat diese dann auch an den AKSB und einen weiteren Jugendhilfeträger, den Verein für bewegungs- und sportorientierte Jugendsozialarbeit (BSJ), heran, um diesen Ansatz auch auf ganze Klassen im Rahmen des Unterrichts anzuwenden. Es gibt nun in jedem Schulhalbjahr gemeinsame Projekte zwischen AKSB, BSJ und Schule für die verschiedenen Schulklassen. Die Ziele richten sich nach dem jeweiligen Bedarf in den Klassen. Die Umsetzung erfolgt z.B. in Wald- oder Abenteuerprojekten. Außerdem nehmen die pädagogischen Mitarbeiterinnen des AKSB an Klassenfahrten und Projektwochen der Schule teil. Diese Projekte werden aus städtischen Mitteln gefördert.¹

Kooperation in Fällen mit besonderem Hilfebedarf

Um den Verbleib von Kindern, deren erfolgreiche Teilnahme am Unterricht in der Schule in Frage steht, zu gewährleisten, gibt es seit Einrichtung des Beratungs- und Förderzentrums an der Marburger Schule für Erziehungshilfe und der Einrichtung einer Stelle für Familienberatung im AKSB eine enge Kooperation zwischen Grundschule, Beratungslehrern und der Familienberaterin. Die Zusammenarbeit bezieht sich vor allem auf die Fälle, in denen sich die Kontaktaufnahme mit den Eltern schwierig gestaltet. Die Familienberaterin vermittelt Kontakte, motiviert die Eltern zur Aufnahme der Gespräche, begleitet diese und führt auch gemeinsam mit den Lehrern Hausbesuche durch. Häufig wird in den Gesprächen ein Unterstützungsbedarf der Familien deutlich. Hier wird die Familienberaterin selbst ak-

¹ Zum besseren Verständnis: In Marburg gibt es städtische Fördermittel zur Förderung von Projekten in Kooperation von Jugendhilfeeinrichtungen und Schulen. Dazu gibt es einen Beirat und eine Servicestelle Jugendhilfe-Schule, die diese Projekte berät und begleitet. Der Beirat entscheidet über die Vergabe der Projektmittel

tiv oder vermittelt Unterstützung von außen durch Einbeziehung weiterer Partner wie den Erziehungsberatungsstellen oder dem Allgemeinen Sozialen Dienst des Jugendamtes.

Kooperation beim Übergang von der Kita in die Schule

Ausgebaut wurde in den letzten Jahren auch die Zusammenarbeit zwischen der Kindertagesstätte des AKSB »Die kleinen Strolche« und der Schule. Im Frühsommer besuchen die Kinder des Vorschulprojekts der Kita gemeinsam die Schule. Die Vorschuluntersuchungen für die Kita-Kinder finden in der Kita statt, so dass die Erzieherinnen über eventuell noch bestehenden Förderbedarf informiert sind und die Kinder noch gezielter auf die Schule vorbereiten können. Ein weiterer wichtiger Baustein für einen guten Übergang der Kinder von der Kita in die Schule ist die Sprachförderung im Rahmen des Kita-Angebots. Zur Verbesserung der Sprachfähigkeit der Migrantenkinder, aber auch der in ihrer Sprachfähigkeit beeinträchtigten deutschen Kinder, arbeitet seit 2003 eine Sprachlehrerin regelmäßig in der Kita. Diese Maßnahme wurde im Vorfeld mit der Schule abgestimmt und wird durch das Hessische Sozialministerium gefördert. Seit dem Schuljahr 2004/05 gibt es zudem an der Grundschule einen Vorlaufkurs für Kinder nichtdeutscher Muttersprache. Vor der Einschulung erhalten die Kinder einen intensiven Deutschunterricht.

Kooperation in der Stadtteilarbeit

Gemeinsam agieren AKSB und Schule auch bei der Gestaltung des Lebens im Stadtteil. Beide arbeiten im Stadtteilarbeitskreis Walddal mit, der es sich zum Ziel gesetzt hat, die Lebensbedingungen im Stadtteil zu verbessern und gemeinsame Aktivitäten zu planen. Durch die gemeinsame Präsenz kann die Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen, die immer wieder Thema in den Stadtteilrunden ist, von beiden Seiten beleuchtet und gemeinsam an Veränderungen gearbeitet werden. Durch das große Engagement der Lehrer bereichert die Schule auch immer wieder Aktivitäten im Stadtteil, etwa durch die Teilnahme an der jährlichen Ausstellung in den Räumen der Kita oder durch ihre musikalischen Auftritte bei Stadtteilfesten oder Seniorennachmittagen.

Diese Kooperationen zählen sich für die einzelnen Kinder aus. Allerdings erleben wir immer noch, dass trotz dieser Ansätze das Bildungsniveau der Kinder aus unserem Viertel niedriger liegt als das der Kinder aus dem anderen Einzugsgebiet der Schule. Gerne würden wir deshalb unsere Kooperation erweitern, indem wir im Sinne einer wirklichen Integration von

Jugendhilfe und Schule in das Konzept einer Ganztagschule den Schulalltag selbst anders gestalten. Dies ist bislang aber aufgrund der bildungspolitischen Vorgaben für die Schule nicht möglich. Ein anderer Schritt wäre die Verzahnung der Betreuungs- und Förderangebote beider Seiten. Auch dies gestaltet sich nicht einfach. Wir arbeiten deshalb daran, die Kooperation in kleinen Schritten zu erweitern, derzeit mit der Einrichtung einer Sprechstunde an der Schule.

Einen anderen Ansatz, den wir gewählt haben, um unter anderem auch die Bildungschancen der Kinder zu erhöhen, ist eine Maßnahme zur Förderung der Erziehungskompetenz der Eltern und zur frühkindlichen Förderung. Diese Maßnahme hat unterschiedliche Wurzeln. Zunächst die Erfahrungen in unserer eigenen Arbeit: Immer wieder haben die Erzieherinnen in unserer Kindertagesstätte berichtet, dass die Kinder bereits mit Entwicklungsverzögerungen in die Kita kommen.² Schon länger hatten wir deshalb überlegt, was wir dagegen tun könnten. Gleichzeitig erleben wir die Eltern als interessiert an der Entwicklung ihrer Kinder, besonders in den ersten sechs Lebensjahren. An diesem Interesse wollten wir gern anknüpfen. Es ist aber auch so, dass die Eltern die Verantwortung für die Entwicklung gern an die professionellen Kräfte delegieren, die wiederum von den Eltern mehr Mitarbeit erwarten. Diesen Kreislauf wollten wir durchbrechen. Nachdem wir ursprünglich über eine Krippengruppe als weiteres Angebot in unserer Kita nachgedacht haben (die von der Stadt allerdings nicht finanziert wurde), haben wir andere Modelle rezipiert und uns davon inspirieren lassen. Bereits zu einem frühen Zeitpunkt haben wir uns mit »Opstapje« und den englischen »Pen Green-Centren« beschäftigt, zwei Ansätzen zur Stärkung der Elternkompetenz in benachteiligten Quartieren. Später flossen noch Überlegungen aus »Steep« mit ein, einem Projekt zur Stärkung junger Mütter in schwierigen Lebenssituationen, das auch mit Videotraining arbeitet. Nicht zu vergessen das Programm »Starke Eltern – starke Kinder« des Deutschen Kinderschutzbundes. Kein Programm war eins zu eins auf unseren Stadtteil zu übertragen. Allerdings haben uns alle geholfen, unseren Bedarf zu konkretisieren und unseren eigenen Ansatz zu entwickeln.

Bei der Einrichtung der Maßnahme hat uns die öffentliche und politische Diskussion geholfen: Das Fernsehen zeigt die Super-Nanny. Ursula von der Leyden macht sich Gedanken um vernachlässigte Kinder. Laut Tagesbe-

² Da dies auch der Politik bekannt ist und da diese um die Probleme in benachteiligten Quartieren weiß, haben wir im Übrigen in unserer Kindertagesstätte einen Sonderstatus in der Ausstattung mit 2 Erzieherinnen in der Gruppe und einer Gruppengröße von 15 Kindern

treuungsausbaugesetz soll es mehr Angebote für Kinder unter drei Jahren geben. Damit waren Öffentlichkeit und Politik für unser Anliegen sensibilisiert. In die Konzeptentwicklung haben wir Fachleute aus der Verwaltung und von anderen Einrichtungen einbezogen. Besonders freut es mich, dass es uns gelungen ist, nicht nur die aus dem Stadtteil vermittelten Interessen und Bedürfnisse der Mütter in das Konzept einfließen zu lassen, sondern auch einzelne Mütter aus dem Stadtteil direkt in die Konzeptarbeit mit einzubeziehen. Ich schildere dies deshalb so ausführlich, weil ich denke, dass sich hier exemplarisch aufzeigen lässt, wie Gemeinwesenarbeit neben der politischen Einmischung auf Probleme reagiert: Die eigenen Erfahrungen ernst nehmen, fachliche Ansätze rezipieren, Kooperations- und Bündnispartner suchen, die politische Großwetterlagen nutzen und vor allem auch diejenigen, um die es geht, direkt in die Diskussion mit einzubeziehen, um tragfähige Antworten zu erreichen.

»Zusammen wachsen« ist ein Angebot für Kinder unter drei Jahren und ihre Eltern. Es basiert auf der Erfahrung, dass viele Eltern heute Interesse daran haben, die Entwicklung ihrer Kinder von Beginn an zu fördern und ihr Erziehungsverhalten weiter zu entwickeln. Es orientiert sich daran, dass in sozial gefährdeten Stadtteilen, in denen Eltern ihre Kinder unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen großziehen müssen und diese negativen Rahmenbedingungen Stress verursachen und Einfluss auf das familiäre Zusammenleben haben, ein Angebot zur Stärkung der Elternkompetenz geben kann und muss, das Eltern Entlastung und Perspektive bietet. Da die meisten der im Stadtteil lebenden Eltern keinen Zugang zu Kursangeboten und theoretischer Wissensvermittlung haben, soll die Erweiterung der Handlungskompetenz durch Praxis geschehen. Mit dem Angebot »Zusammen wachsen« bieten wir Eltern an fünf Vormittagen in der Woche die Möglichkeit, bewusst Zeit mit ihren Kindern zu verbringen. »Zusammen wachsen« hat dabei für uns vier Bedeutungen:

- Wachsen der Beziehung zwischen Eltern und Kindern: Im Mittelpunkt des Angebots steht das gemeinsame Spiel von Eltern und Kindern. Durch die Konzentration auf das Kind erkennen die Eltern die Interessen und Bedürfnisse ihrer Kinder und lernen, auf diese einzugehen. Damit wächst die Beziehung zwischen Eltern und Kindern.
- Wachsen der Beziehung zwischen Eltern, Kindern und Pädagoginnen: Unterstützung erhalten sie dabei von zwei pädagogischen Fachkräften, einer Erzieherin und einer Psychologin, die ihre Beobachtungen mit den Eltern besprechen. Auch diese Beziehung wächst während der gemeinsam verbrachten Zeit und mit den gemeinsamen Erfahrungen

- Wachsen der Kinder: Durch die Aufmerksamkeit, die den Kindern zuteil wird und eine anregende und fördernde Umgebung erhalten die Kinder Raum zum Wachsen, zum Entwickeln ihrer Fähigkeiten und Eigenarten.
- Wachsen der Eltern: Die Eltern wachsen in ihrer Erziehungsrolle. Sie werden sich ihrer Fähigkeiten bewusst, aber auch ihrer Grenzen und können die Bedürfnisse ihrer Kinder mit ihren eigenen Bedürfnissen in Einklang bringen.

Das Angebot unterscheidet sich von den herkömmlichen Mutter-Kind-Gruppen, bei denen die Interessen und Bedürfnisse der Mütter im Vordergrund standen, dadurch, dass nun die Interaktion zwischen Eltern und Kindern im Mittelpunkt des Angebotes steht. Dies soll bewusst gemacht, reflektiert und weiter entwickelt werden. Dabei ist das gemeinsame Spiel von zentraler Bedeutung (»Spielend Lernen«). Es ist mit Freude und Lust verbunden. Bedürfnisse von Eltern werden ebenso ernst genommen wie Bedürfnisse der Kinder. Die Interaktion soll beiden gerecht werden. Die Pädagoginnen verstehen sich als einfühlsame Partnerinnen der Eltern und Kinder (Erziehungspartnerschaft). Es geht nicht um Kritik des Elternverhaltens, vielmehr um die Verstärkung positiver Handlungsweisen. Das Angebot lebt von der gemeinsamen Praxis. Rituale im Rahmen des Angebots sollen den Kindern Orientierungen geben und auf den Alltag in der Familie übertragbar sein. Dadurch, dass das Angebot in den Räumen unserer Kita stattfindet und auch gemeinsame Aktivitäten stattfinden, wird Eltern und Kindern der Übergang in die Kindertagesstätte erleichtert. Durch die Einbindung in die Gemeinwesenarbeitseinrichtung können wir die Eltern bei Bedarf bei Fragen der Existenzsicherung bzw. bei Konflikten in der Familie durch unsere Sozial- und Familienberatung direkt unterstützen. Außerdem lassen sich unsere vielfältigen Kooperationsbeziehungen für die Eltern bei Bedarf nutzbar machen (Deutscher Kinderschutzbund, Familienbildungsstätte, Erziehungsberatungsstellen, Patenzahnärztin, Jugendamt, Gesundheitsamt usw.).

Das Angebot findet an fünf Vormittagen in der Woche von 9 bis 12 Uhr statt. Wir bieten zwei Gruppen an, eine für Eltern mit Kindern bis anderthalb Jahren, eine von anderthalb bis drei Jahren. Jede Gruppe trifft sich zweimal wöchentlich. Aufgrund der räumlichen Gegebenheiten müssen wir die Plätze in beiden Gruppen auf acht Eltern und ihre Kinder begrenzen. Ergänzt wird das Gruppenangebot durch Einzelgespräche, Hausbesuche und gemeinsame Aktivitäten außerhalb der Gruppenräume und Gruppenzeiten. Das Angebot ist in verschiedene Phasen gegliedert. In der Ankommphase kommen die Eltern mit ihren Kindern in die Einrichtung und nutzen die

Zeit für erste Gespräche mit anderen Eltern und den Pädagoginnen über das, was sie gerade so bewegt. Der gemeinsame Start ist das gemeinsame Frühstück. Dabei werden von Eltern, Kindern und Pädagoginnen Regeln eingeübt, die auf den Alltag übertragbar sind und Durchsetzungshilfen reflektiert. Der Umgang der Eltern mit ihren Kindern wird reflektiert, in seinen positiven Ansätzen verstärkt und auf Wunsch werden alternative Verhaltensweisen überlegt. Erziehungsthemen werden besprochen, auf Wunsch erfolgt auch ein Input der Pädagoginnen. Beim Morgenkreis werden die Kinder im gemeinsamen Spiel (Fingerübungen, Singen, usw.) in ihrer Entwicklung gefördert. Die Eltern erhalten Anregungen für das Spiel mit ihren Kindern zu Hause. Das gemeinsame Zähneputzen fördert die Gesundheit der Kinder und unterstützt die Eltern in ihrer Gesundheitserziehung der Kinder. Zur Förderung der Interaktion zwischen Eltern und Kindern folgt nach dem Frühstück die Phase, in der sich die Eltern mit ihren eigenen Kindern beschäftigen, ihr Spiel beobachten und darauf einsteigen. Einmal wöchentlich nutzt die »Maxi-Gruppe« zur Bewegungsförderung die Bewegungselemente in der Turnhalle. Die Eltern unterstützen ihre Kinder bzw. »üben« Zurückhaltung. Das gemeinsame Aufräumen mit Eltern und Kindern fördert die Verantwortung. Wichtig ist uns das Einüben von Ritualen, das Eltern und Kindern Sicherheit und Orientierung bietet, etwas, was gerade den Kindern, mit denen wir es zu tun haben, häufig fehlt.

Ein wesentlicher Teil der pädagogischen Arbeit besteht darin, mit den Eltern die Interaktion zwischen ihnen und ihren Kindern sowie die Bedürfnisäußerungen ihrer Kinder zu reflektieren. Dies zieht sich als roter Faden durch das Angebot. Es passiert auf Anregung der Eltern beim gemeinsamen Frühstück (siehe Beschreibung) und in den verschiedenen Situationen während des Vormittags, wenn Eltern die Pädagoginnen ansprechen und ihr Verhalten hinterfragen. Lernen geschieht auch durch die Beobachtung des Erziehungsverhaltens anderer Eltern. Dies kann, muss aber nicht thematisiert werden. Erziehungsspielflächen werden erweitert. Als pädagogisch initiiert Prozess geschieht die Reflektion durch gezielte Beobachtungsphasen einer Interaktion, die im Einvernehmen mit den Eltern stattfinden und in Einzelgesprächen ausgewertet werden. Wir sind gerade dabei, als Gesprächsgrundlage mit den Eltern unsere Videotechnik zu entwickeln, die den Eltern einen direkten Blick auf das eigene Verhalten und das Verhalten des Kindes ermöglicht.

Für das Angebot stehen zwei pädagogische Mitarbeiterinnen mit je zwanzig Stunden zur Verfügung, wovon eine die Ausbildung als Erzieherin absolviert hat und die andere eine Qualifikation als Psychologin aufweist.

Das Angebot findet in den Räumen unserer Kindertagesstätte statt und wird mit adäquatem Material ausgestattet. Außerdem kann die allgemeine Ausstattung des Trägers mitgenutzt werden. Die Maßnahme soll auf vier Ebenen evaluiert werden. Zum einen soll die Nutzung des Angebots dokumentiert und evaluiert werden im Hinblick darauf, ob wir die angestrebte Zielgruppe erreichen und ob unser Angebot den Interessen und Wünschen der NutzerInnen entsprechen. Zum zweiten soll die kindliche Entwicklung dokumentiert und evaluiert werden im Hinblick auf die vollzogene Entwicklung, die Herausbildung spezifischer Interessen und den Entwicklungsstand zum Eintritt in die Kita. Zum dritten wollen wir den Zunahme an Erziehungsverantwortung und -kompetenz evaluieren sowie viertens die Veränderungen in der Interaktion zwischen Eltern und Kindern. Finanziert wird das Angebot zu drei Vierteln durch die Stadt Marburg und mit einem Viertel durch das Hessische Sozialministerium. Wir würden gerne eine wissenschaftliche Begleitung für das Projekt haben, da die Erfahrungen mit entsprechenden Angeboten in der Bundesrepublik noch sehr gering sind, wir uns davon Unterstützung für die Evaluation des Angebots erwarten und die Übertragbarkeit der Erfahrungen leichter möglich wäre. Momentan sind wir noch auf der Suche nach einem geeigneten Partner.

Wir hoffen sehr, dass wir diesen Ansatz verstetigen können, denn die bisherigen Erfahrungen sind in verschiedener Richtung positiv. Derzeit besuchen vier Mütter und vier Kinder die Mini-Gruppe, fünf Mütter und sieben Kinder die Maxi-Gruppe. Ein großer Erfolg für uns ist, dass die Mütter relativ regelmäßig an den Treffen teilnehmen. Besonders freut uns, dass auch die russischen Mütter aus dem Stadtteil das Angebot nutzen, unter anderem um ihre Kinder an die deutsche Sprache heranzuführen. Das, was wir mit dem Angebot erreichen wollen, realisiert sich auch im Gruppenalltag. Mütter stellen Fragen, thematisieren Probleme und tauschen sich mit anderen Müttern und den Mitarbeiterinnen aus. Die Mütter versuchen, Erfahrungen aus der Gruppe in den häuslichen Bereich zu übertragen. Sie melden zurück, dass z. B. das Einüben von Ritualen wie Zähneputzen oder Aufräumen ihnen auch zu Hause hilft, bestimmte Erziehungsregeln durchzusetzen. Aktuelles Thema ist die Diskrepanz zwischen dem, was Kinder nach den Ansprüchen ihrer Mütter lernen sollen auf der einen Seite und den direkten Bedürfnissen der Kinder auf der anderen – und die Väter? Die sind nur sporadisch dabei, bei besonderen Aktionen oder Ausflügen.

Beschrieben wurden zwei Beispiele aus der Praxis, die zwei aktuelle Schwerpunkte thematisieren, mit denen wir versuchen, die Teilhabe an und über Bildung zu verbessern. Weitere Aufgaben stehen schon vor der

Tür. Derzeit versuchen wir, durch die Einbindung einer Familienhebamme schwangeren Frauen mehr Unterstützung an die Hand zu geben. Und als weiterer Gedanke steht die Beteiligung an einem Modell »Bildungspartnerschaften« an, das von Seiten des städtischen Jugendamts mit Partnern aus einem anderen Marburger Stadtteil entwickelt wurde und nun eventuell als Projekt mit vier städtischen Standorten, davon einen im Waldtal, durchgeführt werden soll: Mehr dazu vielleicht ein anderes Mal.

Playing Arts: Anstöße ästhetischer Bildung auch für Jugend- und Gemeinwesenarbeit

Christoph Riemer/Benedikt Sturzenhecker

Playing Arts ist ein Versuch, radikal (also an die Wurzel gehend) Bildung und Spiel zu eröffnen und dies besonders im Feld ästhetischer Bildung, auch und gerade in der Jugend- und Gemeinwesenarbeit. Playing Arts ist ein ästhetisches Selbstbildungsprojekt, das gestaltende Kreativität und Leben durch Spiel verbindet. Die Idee Playing Arts entstand im Programmbereich Kulturelle Bildung des Burckhardthauses in Gelnhausen, des zentralen evangelischen Fort- und Weiterbildungsinstituts für Jugend-, Kultur- und Sozialarbeit, aus der langjährigen Arbeit des künstlerischen Programmleiters Christoph Riemer. Inzwischen haben hunderte von Beteiligten an Playing Arts Veranstaltungen teilgenommen, sie selbst veranstaltet und eigene ästhetisch-spielende Projekte durchgeführt.¹

Playing Arts beginnt mit ästhetisch-gestalterischen Produkt(ion)en, und versteht diese als Einstieg oder Element einer Ausweitung einer ästhetisch-gestalterischen Haltung auf den gesamten individuellen und sozialen Lebensprozess. Dies kann als selbsttätige Bildung oder als »Lebenskunst« verstanden werden. Playing Arts erzeugt ein »Impulsfeld«, in dem sich die Individuen, auch in Bezug aufeinander in Gruppen, (ästhetisch) entfalten können. Es gibt keine pädagogischen, geschmacklichen, inhaltlichen oder technischen Vorgaben. Es gilt das, was die Personen und Gruppen beschäftigt, und welche Themen sie im eigenen Interesse selbstorganisiert umsetzen wollen. Es wird ein Rahmen geschaffen, der organisatorisch und strukturell eine solche Handlungsmöglichkeit eröffnet sowie Bezug untereinander und gegenseitige Unterstützung ermöglicht.

Damit knüpft Playing Arts an ein Bildungskonzept von Jugendarbeit an (vgl. Scherr 2002; Sturzenhecker 2002; Sturzenhecker/Lindner 2004; Sting/Sturzenhecker 2005). Bildung wird darin verstanden als eine selbsttätige Aneignung von Welt und eigener Subjektivität in ihrem Zusammenhang, auch im Unterschied zur Erziehung, die die Aufgabe hat, Normen, Werte und Handlungsmuster der Gesellschaft an Kinder und Jugendliche

¹ Siehe das Projektarchiv auf der website www.playing-arts.de, und besonders das aktuelle Buch: Sturzenhecker, B./Riemer, Ch. (Hrsg.) 2005 inkl. DVD mit Projektbeispielen; vgl. auch. Riemer/Sturzenhecker 1999, 2002

zu vermitteln, um ihnen ein zukünftiges »erfolgreiches« Erwachsenenleben in der Gesellschaft zu ermöglichen. Solche erzieherischen und qualifizierenden Aufgaben sind eher Schule und anderen erzieherischen Institutionen zugewiesen, auch wenn sie in Jugendarbeit nicht ignoriert werden können. In dem Wissen jedoch, dass man in einer komplexen modernen Gesellschaft nicht einfach alle relevanten Haltungen und Handlungsmuster »von oben« (z. B. in der Schule) vermitteln kann, sondern Menschen in der Lage sein müssen, selbstbestimmt und mitverantwortlich zu handeln, muss es Erfahrungsräume geben, die mitverantwortliche Selbstbestimmung üben lassen. Denn diese grundsätzlichen Kompetenzen kann man nicht pädagogisch angeleitet vermitteln, ohne in das Paradox zu geraten, Selbstbestimmung unter den Bedingungen von Fremdbestimmungen erzeugen zu wollen. Deshalb eröffnet Jugendarbeit ein Erfahrungsfeld, in dem es zunächst nicht um direkte Qualifizierung, Ausbildung, Training, Erziehung usw. geht, sondern das Autonomiepotenziale der Kinder und Jugendlichen unterstellt, ihre eigenen Interessen und Entwicklungen ins Zentrum rückt und die Umsetzung in die Selbstorganisation der Jugendlichen stellt. Pädagogische Aufgabe ist es dann, diese Rahmenbedingungen, dieses Feld zu erzeugen und zu erhalten und den individuellen und gemeinschaftlichen Bildungsprozessen der Kinder und Jugendlichen zu assistieren. Dabei ist auch Erziehung im Sinne von Normen und Wertvermittlung in der Jugendarbeit bei der Herstellung des sozialen Erfahrungsfeldes notwendig (z. B. beim Setzen von Grenzen, die allen Beteiligten Schutz für ihre Entfaltung geben, oder bei der Vorgabe von Regeln, die eine gewaltfreie Kommunikation untereinander sichern). Dennoch steht in der Jugendarbeit die Förderung der Selbstentfaltung – zumindest konzeptionell – im Vordergrund.

Playing Arts steht konzeptionell auf der Seite solcher emanzipatorischer Bildung. Playing Arts nimmt für sich das für Spiel charakteristische »Moment der Freiheit« in Anspruch, das von äußerlich gesetzten Zwängen und Zwecken entbindet. Innere Zwecke, die aus der Selbstbestimmung der Person gesetzt werden, können in Playing Arts umgesetzt werden. Playing Arts Projekte können die Selbstentwicklung, das Selbstverstehen, den Selbstversuch des Subjektes in Auseinandersetzung mit sich selbst und der Welt voranbringen. Es geht in Playing Arts um alle Sinnes- und Erfahrungsweisen, alle Themen und Bereiche des Lebens. Damit ermöglicht Playing Arts eine Bildung, die nicht funktionalisiert, sondern selbsttätige Aneignung von Selbst und Welt in ihrem Zusammenhang eröffnet. Playing Arts schafft so Alternativen zu einer verzweckten (schulischen) Bildung und zu einer Päd-

agogisierung von Kreativität und ästhetischem Selbstausdruck, die sonst oft »Maßnahmen kultureller Bildung« kennzeichnet.

Neben der Jugendarbeit kann Playing Arts auch für die Gemeinwesenarbeit wichtige Impulse liefern. Wenn Gemeinwesenarbeit sich Förderung von Kreativität, Selbstbildung und spielerischer Kooperation als Ziel setzt, kann Playing Arts sehr wohl eine wichtige Arbeitsweise sein. Playing Arts setzt auf die (gestalterischen) Potenziale und Ressourcen der Menschen. Playing Arts hilft ihnen, einen Ausdruck zu finden, der es erlaubt, ihre Lebensthemen bzw. aktuelle Lebenssituation gestalterisch zu fassen und kommunikativ zu präsentieren. Gerade der Einsatz von bildnerischen Methoden ermöglicht oft einen originäreren, direkter wirkenden Eindruck als sprachliches Gestammel. Spielerische Gestaltung der eigenen Themen kann also helfen, sich anderen zu vermitteln und zu kommunizieren. Es hilft auch, Selbst-Bewusstsein zu stärken und zwar im doppelten Sinne: Zum einen als Klärung des eigen Bewusstseins über sich selbst und zum anderen als Stolz über das selbst Geschaffene. Ästhetische Gestaltungen stehen einem selber als entäußertes Objekt gegenüber. Man kann das Eigene im Äußeren wahrnehmen, sich reflexiv darauf beziehen. Man kann an eigenen Gestaltungen über sich lernen und sich weiterentwickeln. Man kann anderen seine Selbst- und Weltsicht eindrücklich vermitteln. Man kann spielerisch alternative Lösungen und Handlungsweisen erproben und finden: Alles Potenziale, die für Kommunikation im Stadtteil, Stärkung von Selbstbewusstsein, Heben von Ressourcen, Suche nach neuen gemeinsamen Bewältigungsversuchen sehr hilfreich sein können.

Playing Arts zeichnet sich durch die vielfältige Praxis der Projekte aus. Diese Spielvorhaben sind vor allem von eigenem Interesse, von der Lust, etwas Neues zu riskieren, gekennzeichnet. Um eine stimmige Idee – wir nennen das die eigene Spur – zu finden, gibt es anregende Impulsfelder aus aktuellen Kunst- und Kulturprojekten, die Lust auf ein eigenes schöpferisches Handeln machen. Wie beim Kochen, probiert man/frau eine Idee, Zutaten, eine Geschmacksrichtung, ein »Rezept« aus, die sich nach den eigenen Möglichkeiten zu dem wandeln, was dem jeweiligen Menschen möglich ist. Daraus findet sich meist eine eigene Spur, die »heiß« ist, die eine »erotische Faszination« ausübt, die eine Eigendynamik entwickelt. Getragen vom eigenen Vergnügen, vom Wollen und Können, von der Leidenschaft, sich im Dialog mit anderen neue Möglichkeiten zu probieren, führt dies zu einem Engagement – das für Playing Arts kennzeichnend ist. Andere Dinge treten zurück, die Alltagsgewohnheiten werden durch die inneren Notwendigkeiten des Vorhabens verändert.

Solche Playing Arts Selbstbildungs-Prozesse sind nicht nur in ihrem Ergebnis offen – sie sind auch gekennzeichnet durch »Höhen und Tiefen«, die nicht einfach »leicht« sind (wie Spiel und kreativer Ausdruck häufig missverstanden werden), sondern existentiell und an der Grenze des Möglichen und des allgemein Akzeptierten liegen. »Darf ich das?«, »Bin ich verrückt wenn ich das tue?«, sind häufige Fragestellungen, wenn Beteiligte versuchen, das Eigene zu entwickeln. Die Vorhaben sind zu Ende, wenn die Beteiligten es für sich und andere zu einem gewissen Punkt gebracht haben, den sie selbst bestimmen.

Ein Beispielprojekt: »Stühle«

»Playing Arts ist für mich eine fantastische Möglichkeit, ernsthafte, alltägliche und absurde Angelegenheiten bzw. Dinge in eine Spielbewegung zu bringen und dabei ästhetisch zu transportieren«, so der Gemeindepfarrer B.T. Er hatte mit den Jugendlichen der evangelischen Kirchengemeinde in F., in einer Stadt mit über 30 Prozent Arbeitssuchenden an der deutsch-polnischen Grenze, ein Playing Arts Projekt zum Thema Stühle gemacht. Dieses Projekt nahm Ausgang von seiner persönlichen Idee und Begeisterung, mit ausrangierten Stühlen zu spielen. B.T. beschreibt den Ausgangspunkt so: »199 rote Polsterstühle aus dem Kinosaal der deutschen Botschaft in Wien finden eine neue Heimat im evangelischen Gemeindehaus in F. 60 alte, wackelige, wurmstichig-morsche Holzstühle suchen eine neue Heimat. Oder ihr Ende? Oder einen neuen Anfang? Einer geht auf Reisen. 30 werden aufgestapelt wie der Turm zu Babel. 20 spielen mit Jugendlichen, was die so mit Stühlen spielen. Dabei bekommen sie richtig Farbe im Gesicht – die Jugendlichen wie die Stühle. Stühle sind unsere Gefährten. Selig, wer da sitzt. Glückliche, wer einen Platz findet in unserer Welt, seinen/ihren Platz. Bitte Platz nehmen! Dein Stuhl ...«

Zur Projektvorstellung beim letzten Abschnitt des Langzeitprogramms Playing Arts im Burckhardthaus zeigte B.T. eine Performance, die sein eigenes Spiel zum Thema »Stühle« und das mit Jugendlichen zusammenfasste, beendete und transformierte: Draußen ist ein Loch gegraben. Er beginnt, einen bemalten Stuhl zu zersägen. Diese scheinbar alltägliche Handlung bekommt zunehmende Intensität. Er versenkt die Stücke in die Grube, kämpft schwitzend mit dem Widerstand des Holzes. Dazu läuft auf einem Laptop eine Bilderreihe, die Stühle an verschiedenen Orten und Situationen zeigen. Am Ende wirft B.T. Erde auf die Grube und pflanzt einen Baum darauf. Erleichtert schaut er auf die Zuschauenden. Das Projekt hat ein Ende und eine Wandlung gefunden.

B.T. hat sich selbst in einem seiner Spielvorhaben aufs Spiel gesetzt. Er hat keine sichere pädagogische Distanz gesucht, die weiß, was für Jugendliche richtig ist. Der gemeinsame Prozess mit den Stühlen entwickelte sich vielschichtig. Das anfängliche Impulsfeld: Alte Stühle, die »zu entsorgen sind«, wurden von den Jugendlichen ganz unterschiedlich aufgenommen. Vielleicht half die Umdrehung der Perspektive dabei, die Stühle wurden die Handelnden: »Zwei Stühle erkunden das Stadtzentrum von F.; das zerstörte H., das dem Kohlebergbau weichen muss, begegnen Menschen und Särgen.« Die Stühle wurden zum verwandelten Objekt, wurden stellvertretend für die Jugendlichen, für ihre Erfahrungen und Sichtweisen. In der »Scheinhaftigkeit« des Spiels konnten sich die Jugendlichen verwandeln, anders handeln und Neues probieren. Das eigene Spiel ihres »Anleiters« ist hier eine Voraussetzung, um sich den Ideen der Jugendlichen öffnen zu können. Weil man selber spielt, kann man auch die Spielbewegungen der anderen zulassen, ja fördern. Und so endet das Projekt wieder beim Eigenen: Ein Pfarrer »beerdigt einen Stuhl« und pflanzt darauf einen Baum – als eine ästhetische Handlung im Rahmen von Spiel und Kreativität, die viele möglichen Bedeutungsebenen hat – aneignen, verwandeln, öffnen – und zugleich nichts anderes vorgibt zu sein: zerkleinern, vergraben, pflanzen.

Auch an diesem Beispiel zeigt sich: in Playing Arts Prozessen spielt die nicht deutende (Selbst-)Wahrnehmung eine zentrale Rolle. Eine Aktion ist genau diese Aktion. Sie wird als Phänomen wahrgenommen und beschrieben. Beobachter können ihre persönlichen Resonanzen mitteilen, also etwas über sich selbst äußern, aber nicht die Aktion des anderen kommentierend analysieren. Die Aktion wird nicht psychologisiert, interpretiert, analysiert, weil darin bereits Wertungen stecken, die in der Regel Entwertungen beinhalten. Erst wenn eine nicht interpretierende Atmosphäre entstanden ist, die das ernst nimmt, was den Beteiligten wichtig ist, trauen sie sich, schöpferisch spielend zu experimentieren. Es entstehen ungewohnte, unübliche Handlungen und Versuche, die genau das sein dürfen, was sie sind, – nicht mehr und nicht weniger. Selbstbestimmt entscheiden die Handelnden, was in ihrer Spiel-, Bildungs- und Lebensbewegung für sie dran und richtig ist.

Ist die Erfahrung »vom Spiel ergriffen zu sein« in einem Playing Arts Projekt gemacht worden, verändert sich vieles bei den Beteiligten. Die Erfahrung der ungeahnten eigenen und gemeinsamen Möglichkeiten stärkt das Bewusstsein und das Selbstwertgefühl. Die Beteiligten trauen sich mit ihrem Eigensinn, mit Ungewohntem, sich ihrem Gegenüber und darüber hin-

aus befindlichen gesellschaftlichen Umfeld zu stellen. Sie merken, »wo ihr Herz schlägt« – was sie können bzw. lernen können, wenn sie ihrer »erotischen Spur« folgen. Sie entdecken, welche ungeahnten Möglichkeiten in ihnen und anderen stecken. Die Konventionen des Gewohnten und Erwarteten kommen in Bewegung, geraten ins Spiel und werden unwichtiger. Häufig ändert sich nicht nur die Lebenssituation, sondern die gesamte Lebenshaltung. Und wenn sich dort nicht immer wieder mal Spiel »ereignet«, wird man/frau »so kalt« (wie eine Beteiligte neulich formulierte). Playing Arts Vorhaben zu verwirklichen ist zutiefst befriedigend – andere Scheinbefriedigungen werden unwichtig (wie Konsum, seichte TV-Unterhaltung, Smalltalk, etc.) An diese Stelle treten das Spiel der eigenen Lebensbewegung und deren gesellschaftlichen Verknüpfungen. Je mehr man/frau sich für das Engagement der »eigenen Spur« entscheidet, findet sich eine stimmige Form von Lebenstätigkeiten, die »Sinn« nicht mehr nur in Erwerbstätigkeit und Konsum findet. Wie von selbst eignen sich Playing Artists zunehmend Kompetenzen an, wie den Umgang mit neuen Medien, mit Beschaffung von Mitteln, Präsentationsformen, Vernetzungen usw. Und diese Haltung wirkt sich auf andere positiv aus – statt Leben als »gebremster Schaum« wird zunehmend ein Leben voll Energie, Lust und Engagement entwickelt. Und all das geht doch stark mit den Zielen von Jugend- und Gemeinwesenarbeit überein.

Zusammenfassung

Wie Jugendarbeit zielt Playing Arts auf die Erfahrung von Selbstentfaltung – hier besonders der ästhetischen Gestaltungs- und Ausdruckspotenziale der Person in einem sozialen Zusammenhang mit anderen Aktiven. Es geht Playing Arts um das selbstbestimmte Aufnehmen der eigenen ästhetisch gestalterischen (Lebens-)Spur in Wechselbeziehung mit anderen – und das ohne direktive (pädagogische) Anleitungen. Wie Spiel charakterisiert sich Playing Arts durch das »Moment der Freiheit«, das von äußerem Zwang und Zweck entbindet. In Playing Arts Projekten erfüllen sich die Spielenden selbstgesetzte innere Zwecke und nicht fremde, von außen gesetzte. Ganz ähnlich wie Jugendarbeit erzeugt Playing Arts ein soziales Setting, einen Frei-Raum, in dem selbstbestimmte Erfahrungen möglich werden, ohne dass diese pädagogisch curricularisiert und didaktisiert angeleitet würden. Playing Arts Projekte können die Selbstentwicklung, das Selbstverstehen, den Selbstversuch des Subjektes in Auseinandersetzung mit sich selbst und der Welt voranbringen. Playing Arts kann ein Element persön-

licher, spielender Bildung sein. Das alles macht Playing Arts attraktiv für Jugend- und Gemeinwesenarbeit, die sich ähnlichen Orientierungen verpflichtet fühlen.

Literatur

- Riemer, Ch./Sturzenhecker, B. (Hrsg.) (1999): Das Eigene entfalten – Anregungen zur ästhetischen Bildung, Gelnhausen
- Riemer, Ch./Sturzenhecker, B. (Hrsg.) (2002): Playing Arts, Gelnhausen
- Scherr, A. (2002): Der Bildungsauftrag der Jugendarbeit: Aufgaben und Selbstverständnis im Spannungsfeld von sozialpolitischer Indienstnahme und aktueller Bildungsdebatte, in: Münchmeier, R./Otto, H.-U./Rabe-Kleberg, U.: Bildung und Lebenskompetenz: Kinder- und Jugendhilfe vor neuen Aufgaben, herausgegeben im Auftrag des Bundesjugendkuratoriums, S. 93-106
- Sting, St./Sturzenhecker, B. (2005): Bildung und Offene Kinder- und Jugendarbeit, in: Deinet, U./Sturzenhecker, B. (Hrsg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit, (3. völlig überarbeitete Neu-Auflage), Wiesbaden, S. 230-247
- Sturzenhecker, B. (2002): Bildung – Wiederentdeckung einer Grundkategorie der Kinder- und Jugendarbeit, in: Rauschenbach, Th./Düx, W./Züchner, I. (Hrsg.): Jugendarbeit im Aufbruch – Selbstvergewisserungen, Impulse, Perspektiven, Münster, S. 19-59
- Sturzenhecker, B./Lindner, W. (Hrsg.) (2004): Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit – vom Bildungsanspruch zur Bildungspraxis, Weinheim/München
- Sturzenhecker, B./Riemer, Ch. (Hrsg.) (2005): Playing Arts – Impulse ästhetischer Bildung für die Jugendarbeit (in Kooperation mit der aeJ Deutschland), incl. DVD mit Projektbeispielen, Weinheim/München

Playing Arts Website: www.playing-arts.de

CD-ROMs über Playing Arts²:

- Hauber, H./Riemer, C. (Hrsg.) (2004): CD-ROM: Playing Arts Award 03 – über 50 Praxisprojekte, Texte etc., Gelnhausen
- Hauber, H./Riemer, C. (Hrsg.) (2005): CD-ROM: Playing Arts Award 05 – über 40 Praxisprojekte, Texte etc, Gelnhausen
- Hauber, H./Riemer, C. (Hrsg.) (2005): CD-ROM: Kunst@Burckhardthaus – über 60 Künstlerbegegnungen/Kunstereignisse von 1992 bis 2004, Gelnhausen

² Alle CD-ROMs sind für Euro 15 (+P/V) direkt im Burckhardthaus zu beziehen: Tel. 06051/890, Fax 89240, mail: zentrale@burckhardthaus.de

Playing Arts Projekt: Mobiles Konservatorium¹

Marion Tempel

Zu sehen sind Weckgläser mit Weckgut, das dem Alltag entnommen ist: Ein Plastiksaurier mit Blume, eine Musikkassette mit Schleife, ganz viele kleine Kindheitserinnerungen, eine rote Quietschente mit Schlüssel u. a. Was wir aber sehen, ist mehr als Kassette oder Ente, weil die Gegenstände durch den Vorgang des Einweckens und die Präsentation im Glas eine ganz neue Ästhetik entfalten.

Am Anfang waren eine Frage, eine Inspiration, eine Idee und ganz viel Neugier.

Die Frage lautete: Kann es gelingen im Stadtteil (Vicelinviertel Neumünster, in dem ich arbeite) Kommunikationsräume zu schaffen über gemeinsames Handeln, das am Alltag anknüpft und zugleich den Rahmen des Alltäglichen sprengt?

Die Inspiration: Ein Kochbuch meiner Großmutter von 1927, in dem unter Einkochregeln folgender Satz zu finden ist: »Beim Einkochen muß größte Sauberkeit und Sorgfalt angewendet werden. Einlegegefäße dürfen zu nichts anderem verwendet werden.«

Die Idee: Konservieren, Erinnerungen, geliebtes Überflüssiges, Lust am Konservativen, ein Konservatorium gründen.

Neugier: Auf das, was wir selbst konservieren, auf die Wirkungen der unterschiedlichen Methoden (in Beton gießen, eingipsen, einkochen), auf die Geschichten hinter den Dingen, auf das, was die Menschen wohl mitbringen und auf die Geschichten zu den Dingen.

Wir haben selbst experimentiert und waren begeistert vom Dampf, von den Metamorphosen des Weckgutes, von der ästhetischen Wirkung. Die Küche wurde zum Labor.

Zur Erntezeit im Oktober 2004 haben wir alle Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Vicelinviertel eingeladen, mit uns Dinge einzukochen, die sie nicht mehr brauchen, von denen sie sich aber auch nicht trennen mögen.

¹ Das 2005 im Burckhardtthaus/Gelnhausen auf der Werkstatt Gemeinwesenarbeit vorgestellte Projekt wurde mit dem Playing Arts Award 2005 ausgezeichnet. Mehr dazu: www.playing-arts.de

Ort des Geschehens war ein ehemaliger Fleischerladen mitten im Viertel, der noch immer mit einem langen Glastresen und großen Fenstern ausgestattet ist. Der Kochtopf dampfte. Aus dem Radio klang leise Musik. Tee, Kaffee und Kekse standen bereit. Während das Weckgut kocht und wieder abkühlt, bleibt reichlich Zeit zum Klönen. Kinder standen bereits Schlange. Von den Müttern, Vätern und Großmüttern noch keine Spur.

Etliche Frauen kamen, als die Kinder schon wild am Einkochen waren und brachten mit: leere Teetüten, einen getrockneten Hochzeitsstrauß, ein Teufelchen, einen Geist aus Wachs u.v.m. Musliminnen sind ferngeblieben. Später haben wir erfahren, dass Menschen muslimischen Glaubens Lebensmittel ausschließlich zur Ernährung verwenden dürfen.

In einem Haushaltbuch haben Rotraud Apetz (meine Aktions-Kollegin) und ich genau notiert wer, was, wie eingekocht hat. Wir kochten nach der klassischen Methode ein, mit Wasser, Essig, Öl, Zucker und Gewürzen. Alle Beteiligten hatten viel Spaß. Wir konnten auch viele Geschichten, Gedichte, Wünsche sammeln. Die meisten Besucher haben ihre kleine Geschichte auf ein Papierset geschrieben. Einige erinnerten sich auch, dass sie das Einkochen schon mal bei ihrer Großmutter erlebt hatten und erzählten von »früher«.

Im Schaufenster des Fleischerladens wurde das Weckgut anschließend vier Wochen lang ausgestellt. Viele Fußgänger blieben davor stehen und staunten, wunderten sich ... Die Reaktionen waren sehr unterschiedlich. Auf jeden Fall war die Aktion in »vieler Munde«. Einige Leute brachten auch alte Weckgläser zu uns.

Nicht alle Gläser wurden zum Abholtermin abgeholt. Die meisten so nach und nach und einige werden wir wohl für immer behalten. Thailändische Frauen, die sich regelmäßig in unserem Stadtteil treffen, haben Lust, demnächst Dinge mit mir einzukochen.

»... warum wir doch über Geld sprechen sollten!«

Fragen und Antworten zur zukünftigen Finanzierung sozialer Aufgaben¹

Mathilde Stanglmayr

Eine Sozialpädagogin aus Wien: »Es gibt so viel Geld, an den internationalen Kapitalmärkten. Wissen sie nicht, wo sie es anlegen sollen? Warum fehlt es dort, wo wir es brauchen?«

Ein gutes Bild für Geld ist Wasser. Geld fließt dorthin, wo es verzinst wird, wo es die höchste Rendite erzielt. Internationale Geldströme werden von unterschiedlich hohen Zinsen gelenkt. Heute stehen wir in einer Phase eines seit langem wirksamen Prozesses der Umverteilung von Geldvermögen innerhalb der Länder und Regionen, aber auch zwischen den Menschen. Viele Wissenschaftler haben nachgewiesen, dass unser Geldsystem so gestaltet ist, dass es zwangsläufig zu einer immer stärkeren Umverteilung zugunsten derer kommen muss, die Kapital besitzen. Und das ist es, was Sie wahrnehmen: für soziale Aufgaben fehlt seit geraumer Zeit das Geld, vor allem weil Bund, Länder und Kommunen sparen.

Ein Professor aus Kassel: »Ja, aber da müssen wir uns in die Politik einschalten, und eine ausreichende Finanzierung fordern. Und die Gewerkschaften müssen wir mobilisieren. Wir müssen einfach massiv einfordern, was uns zusteht, für die Arbeit, die zu tun ist!«

Der Prozess ist so weit fortgeschritten, dass das alleine nicht helfen kann, weil die Arbeitsplätze nicht mehr da sind, und die Kommunen ihre Finanzierungsprobleme nicht mehr lösen können. Frithjof Bergmann hat das Problem erforscht, und kam zu dem Ergebnis, dass drei Fünftel der Arbeitsplätze fehlen, weil sie wegen technischem Fortschritt nicht mehr gebraucht werden. Sein Konzept der »Neuen Arbeit« enthält zwei Richtungen in die sich die Arbeitsmarktpolitik orientieren könnte: die niveauschaffende Arbeit und die sinnstiftende Arbeit. Die Kommunen sind durch den andauernden strukturellen Veränderungsprozess in eine Situation geraten, in der die Schere zwischen steigenden Ausgaben und sinkenden Einnahmen auf Dauer nicht mehr überbrückbar ist.

¹ Der folgende Beitrag ist die Zusammenfassung einer sehr lebendigen Diskussion im Workshop »Lokale Wirtschaftskreisläufe: erste Schritte einer zukunftsträchtigen Ökonomie« auf der 12. Werkstatt Gemeinwesenarbeit vom 19.-22.09.2005 im Burckhardthaus/Gelnhausen. Auf die Fragen der TeilnehmerInnen antwortet die Autorin

Ein Zwischenruf aus dem Plenum: »Warum sind Sie sich da so sicher? Beim nächsten konjunkturellen Aufschwung gleicht sich das schon wieder aus.«

Die Schwierigkeiten, von denen ich spreche, sind nur in geringem Maße konjunkturell bedingt, sie sind überwiegend strukturell bedingt. Wir stehen – wie andere europäische Länder auch – seit etwa zwanzig Jahren in einem Prozess struktureller Veränderungen, der im Branchensterben, in stetig steigender Arbeitslosigkeit, im Abbau der Sozialsysteme und in der Überschuldung sichtbar wird. Strukturell bedeutet, dass diese Veränderungen irreversibel und dauerhaft sind. Sie sind auch durch Reformen nur unwesentlich zu beeinflussen. Die Folgen solcher Veränderungen zeigen sich in den Finanzierungsschwierigkeiten kommunaler Haushalte.

Eine Leiterin Nachbarschaftshilfe aus München: »Bei uns in der Stadt können wir noch zufrieden sein. Wir konnten unser Projekt mit einem neuen Konzept finanzieren, allerdings gibt es immer weniger langfristiges Engagement des Sozialamtes und immer mehr Projektfinanzierungen.«

Die Kommunen suchen natürlich nach Mitteln und Wegen, der Finanznot zu begegnen. Sie sparen schon lange. Sie privatisieren, das heißt sie verkaufen öffentliches Vermögen. Sie binden sich soweit möglich nicht mehr durch langfristige Verträge, sondern nur noch kurzfristig. Dieselbe Entwicklung ist auch bei den Kapitalgebern sichtbar, eine Investition muss sich in immer kürzeren Zeiträumen rechnen, heute sind das nur noch drei bis fünf Jahre. In der kurzen Zeit muss sich eine Geldanlage heute amortisieren, und Geld gibt es nur, wenn sie sich so schnell amortisiert. Viele Investitionen bleiben aus, in die Umwelt, in die Infrastruktur, generell in nachhaltige Projekte, aber auch in innovative Projekte, weil ihr Amortisationszeitraum länger ist. Das Projekt Transrapid ist so ein Beispiel, das wir alle kennen.

Eine Studentin aus Hannover: »Was heißt denn Amortisieren? Und warum hat das alles mit unserem Geldsystem zu tun?«

Wer heute investiert, investiert dort, wo der wesentliche Teil des Kapitals in dieser kurzen Zeit wieder zurück fließt und der Rest durch Verkauf reingeholt wird. Deshalb macht es heute immer weniger Sinn, in langfristige nachhaltige Projekte zu investieren, sie rentieren sich in den ersten Jahren zu wenig. Es ist bei der heutigen globalen Struktur günstiger in China produzieren zu lassen anstatt bei einem bayerischen oder niedersächsischen Familienbetrieb. In China ist derzeit die Anfangsrendite höher. Und damit kommen wir zu der Frage, was das mit unserem Geldsystem zu tun hat. Unsere Geldmärkte sind liberalisiert, das heißt, Geld fließt dorthin, wo es gerade – und das kann in drei Jahren anders sein – die höchste Verzinsung

erbringt. Und wenn – um beim Bild des Wassers zu bleiben – bei uns in manchen Regionen und Städten die Geldflüsse und -bäche immer leerer werden, müssen die Folgen von den Betroffenen selbst und von der Allgemeinheit getragen werden. In diesen Regionen und Städten fehlt wegen des Sparzwangs, der Arbeitslosigkeit und der stagnierenden Einkommen das Geld.

Ein Sozialpädagoge aus Saarbrücken: »Aber da muss es doch was geben, uns ist doch immer was eingefallen, was kann man denn da machen?«

Ich habe bislang niemand getroffen, der das alles lösen könnte. Nach meinem bisherigen Stand ist es so, dass ganz viele Disziplinen daran arbeiten müssten und vielfältige Lösungsansätze entwickelt werden müssten. Aus der geldpolitischen Sicht muss etwas geschehen, was die Geldabflüsse verringert, was die Flüsse und die Bäche in den Städten und Regionen wieder anschwellen lässt. Es gibt erste Versuche im deutschsprachigen Raum mit alternativen Geldsystemen zu experimentieren, auf dieselbe Weise, wie Länder von Argentinien bis Neuseeland sich selbst beim Zusammenbruch ihrer Geldsysteme geholfen haben. Konsumenten und Unternehmer in einer Stadt oder Region gründen einen Verein, der für die Mitglieder Gutscheine als Tauschmittel druckt. Diese Gutscheine werden derzeit durch Euroguthaben gedeckt. Sie verlieren innerhalb einer festgesetzten Zeit ein wenig von ihrem Wert, etwa ein oder zwei Prozent im Monat. Dieser Anreiz soll den Umlauf anregen. Die Zielsetzung ist, parallel zum Euro, in der Region oder in der Stadt eine Währung zu haben, in der man regionale Produkte und eigene Dienstleistungen tauschen kann. Mit diesen Vorhaben machen die Beteiligten erste Erfahrungen, wie sich regionale Geldsysteme auf die Beschäftigung und den Wohlstand auswirken. Der Begriff Wohlstand soll hier schon andere, neue Qualitäten enthalten, Qualitäten, die Zufriedenheit geben:

- im Austausch mit einer Gemeinschaft leben,
- mit den eigenen Händen zum Lebensunterhalt beitragen können
- und ein höheres Maß an Autonomie leben können.

Eine Soziologin aus Offenbach: »Das klingt für meine Ohren gut, aber noch weit entfernt, wie kommen wir dahin?«

Der erste Schritt ist sicherlich, dass so viele von uns wie möglich erkennen, was in Wirklichkeit abläuft. Es gilt, die eigene Wahrheit über die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu finden. Da können Sie mit der sehr nahe liegenden Frage beginnen, ob die eigene Stelle, das eigene Projekt noch finanziert ist und wie lange das der Fall sein wird. Und dann weiter forschen, wie und warum das bei Ihnen so ist, in Ihrer Stadt, in Ihrer

Region. Also die gegenteilige Haltung zur Vogel-Strauß-Haltung einnehmen. Der zweite Schritt ist, dass wir miteinander reden, und zwar dort, wo wir arbeiten und wirken. Der ganze Prozess hat in eine ausweglose wirtschaftliche Situation geführt, in der Politik und Gewerkschaften denken, etwas Gutes zu tun, wenn sie die Konzernmacht fördern. In der Wirtschaft wissen wir aber bereits, dass unsere Strukturen nicht mehr effizient sind, und unerwünschte Auswirkungen auf das Gesamte haben, die auch der Wirtschaft schaden. Und da hilft nur eine breite Bewegung, von der Basis aus, in der wir vor Ort beginnen, mit denen zu reden, die wir für die Störenfriede halten. Ich habe viel von Mahatma Gandhi gelesen, über Staatsbürgertum und wirtschaftliche Zusammenhänge, ich kann seine Biografie nur empfehlen. Solange wir uns nicht einmischen, von der Basis aus, geht der Prozess weiter und mündet in einen überraschenden Umschwung mit nicht vorhersehbaren Folgen.

Ein Soziologe aus Saarbrücken: »Uns interessiert vor Ort, was wir tun können, um unsere Zukunft mitzugestalten. Was können wir tun?«

Die gesamte Situation zwingt uns, zu überlegen und zusammenzuarbeiten. Im herkömmlichen Geldsystem ist keine Lösung mehr möglich für die Menschen, die benachteiligt sind. Deshalb sollten wir gemeinsam über alle fachlichen und sonstigen Grenzen hinweg über dringende Notwendigkeiten nachdenken:

- wir brauchen ein alternatives Gemeinwesen, auf Dauer unabhängig von Förderung
- wir brauchen Wirtschaftskreisläufe, mit Zugang für alle, wo viele Menschen mit ihrer Hände Arbeit das, was sie zum Leben brauchen, erwerben können
- wir brauchen die alternativen Geldsysteme als Schutz, damit in den Regionen etwas wachsen kann, wieder Investitionen erfolgen und Werte entstehen können

Ich denke, dass man das Anfangskapital und die Kompetenzen zusammenlegen könnte, um daraus ein sich selbst finanzierendes und wachsendes System zu schaffen. Aber das ist nur ein Baustein der Arbeit, am Wichtigsten sind die Menschen in der Gemeinwesenarbeit, Sie alle, weil Sie das Wissen und die Kompetenz haben, vor Ort neue Wege zu gehen.

IV. Tagungsinformationen und Anhänge

13. Werkstatt Gemeinwesenarbeit (19.-22.09.2005) im Burckhardthaus, Gelnhausen

Gemeinwesen im Umbruch: Kreativität der Gemeinwesenarbeit im Spannungsfeld von Fordern, Fördern, Sanktionen und Schrumpfungsprozessen

Montag, 19. September 2005

Nachmittag:

- Begrüßung und Einführung (*Stefan Gillich, Burckhardthaus*)
- Kreativität als Antwort der Gemeinwesenarbeit auf gesellschaftspolitische Entwicklungen (*SPACEWALK*)

Dienstag, 20. September 2005

Ganztägig: Arbeitsgruppen 1-5

- Antworten zum Thema Arbeitsmarktreform/Hartz I-IV: Lokale Beschäftigung als Chance für die Nachbarschaften (*Heike Binne/Regina Weber, Bremen*)
- Antworten zum Thema Sicherheit und Kontrolle: Stadtteile machen mobil: Von wachsamen Nachbarn und lokalen Sicherheitspolitiken (*Sabine Stövesand, Hamburg*)
- Antworten zum Thema Schrumpfende Stadtteile: Schrumpfen als Chance: Veränderungen von Lebensverhältnissen und Lebenswelten in den Quartieren durch sozialpolitische Entwicklungen (*Dieter Oelschlägel, Essen/Manuela Lehnert, Chemnitz*)
- Antworten zum Thema Bildung/Schule/Kitas: Bildung, Armut, Pisa und die Folgen (*Christina Hey, Marburg*) *musste leider abgesagt werden*
- Antworten zum Thema Jugendhilfe: Methodenworkshop für ressourcen- und sozialraumorientierte Gesprächsführung (*Maria Lüttringhaus, Essen*)
- Austausch über die Arbeitsgruppenergebnisse
- Vortrag: Demografische Veränderungen: Konsequenzen für die Stadt und das Zusammenleben (*Albrecht Göschel, difu Berlin*)

Mittwoch, 21. September 2005

Ganztägig: Arbeitsgruppen 6-10

- Antworten zum Thema Arbeitsmarktreform/Hartz I-IV :Handlungsmöglichkeiten und Spielräume der Gemeinwesenarbeit unter Einbeziehung der Stadtteilbewohner (*Hermann Schaaß, Düren*)
- Antworten zum Thema Ausbildung in Bachelor- und Masterstudiengängen sowie Fortbildung: Kompetenzen in der Gemeinwesenarbeit an den Lernorten Hochschule und Praxis (*Christoph Stoik, Wien/Michael Rothschuh, Hildesheim*)
- Antworten zum Thema Interkulturelle Arbeit: MigrantInnen im Stadtteil (*Anke-Maria Kops-Horn, Leipzig/Wolfgang Prauser, Hannover*)
- Antworten zum Thema Lokale Ökonomie: Lokale Wirtschaftskreisläufe: erste Schritte einer zukunftssträchtigen Ökonomie (*Mathilde Stanglmayr, Berlin*)
- Antworten zum Thema Schrumpfen von kirchlichen und sozialen Diensten: Umgang mit sozialem Kahlschlag – zwischen Protest, Resignation und neuen Wegen (*Jürgen Maier, Worms/Reinhard Thies, Gießen*) *musste leider abgesagt werden*
- Austausch über Arbeitsgruppenergebnisse
- Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit: Vorstellung und Austausch (*Reinhard Thies u.a./Vorstand*)
- Vortrag: Zum Politischen in der Gemeinwesenarbeit (*Dieter Oelschlägel, Duisburg*)

Donnerstag, den 22. September 2005

Vormittag:

R(aus)blick – sich (Kreativität zu)trauen: Ein Playing ARTS Projekt (*Christoph Riemer, Dozent für Jugendkulturarbeit/Playing Arts, Burckhardthaus Gelnhausen*)

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Amann, Ulrike	A-6840 Götzis
Bäuerle, Karl	77656 Offenburg
Becker, Anette	66117 Saarbrücken
Binne, Heike	28777 Bremen
Butz, Gerald	67098 Bad Dürkheim
Coffey, Antonia	A-1040 Wien
Dingler, Thomas	88271 Wilhelmsdorf
Dünhölder, E. Dietrich	33647 Bielefeld
Ellberg, Doris	26129 Oldenburg
Feulner, Thea	70499 Stuttgart
Fröba, Stefan	80933 München
Geißler, Cornelia	06766 Wolfen
Geser, Martin	A-6863 Egg/Vorarlberg
Gillich, Stefan	63571 Gelnhausen
Göschel, Albrecht	10623 Berlin
Girrbach, Lothar	89257 Illertissen
Großekathöfer, Dorothee	59555 Lippstadt
Grünheid, Peter	38442 Wolfsburg
Hansert, Beate	77652 Offenburg
Haßdenteufel, Katja	66636 Tholey
Hillebrandt, Andreas	77652 Offenburg
Hippchen, Thomas	66119 Saarbrücken
Huber, Anja	81669 München
Hubertus, Werner	66299 Friedrichsthal
Idl-Ferch, Verena	A-1120 Wien
Jucknies, Sigrid	88471 Laupheim
Jung, Verena	A-1072 Wien
Keller-Jacoby, Hennes	55130 Mainz
Kissling, Markus	38442 Wolfsburg
Klus, Sebastian	76437 Rastatt
Knittel, Gudrun	50825 Köln
Kops-Horn, Anke-Maria	04316 Leipzig
Kuphal, Armin	66127 Saarbrücken
Lackenberger, Gerald	79104 Freiburg
Lehnert, Manuela	09232 Hartmannsdorf
Lüttringhaus, Maria	45144 Essen
Lummitsch, Uwe	06766 Wolfen

Maier, Jürgen	67547 Worms
Mattes, Johanna	77654 Offenburg
Meichsner, Michael	50827 Köln
Müller, Sabine	63477 Maintal
Neumann, Inga	28259 Bremen
Oelschlägel, Dieter	46537 Dinslaken
Ortleb, Stefan	66386 St. Ingbert
Ottenbreit, Albert	66740 Saarlouis
Prauser, Wolfgang	30159 Hannover
Riemer, Christoph	20357 Hamburg
Rothschuh, Michael	31134 Hildesheim
Romppel, Joachim	30625 Hannover
Roth, Eberhard	65795 Hattersheim
Rueß, Magdalena	89257 Illertissen
Sene, Mactar	38442 Wolfsburg
Schaaf, Hermann	52349 Düren
Schug, Norbert	24439 Flensburg
Schütz, Martina	70734 Fellbach
Schwarzkopf, Frank	02943 Weißwasser
Staenke, Mathias	79114 Freiburg
Stanglmayr, Mathilde	10777 Berlin
Stein, Ingeborg	35096 Weimar-Niederwalgern
Stein, Silke	63477 Maintal
Steinhart, Gerhard	79114 Freiburg
Stövesand, Sabine	20359 Hamburg
Stoik, Christoph	A-1130 Wien
Tempel, Marion	24534 Neumünster
Thies, Reinhard	35435 Wettenberg
von Kietzell, Dieter	30266 Hemmingen
Vossenberg, Thomas	26121 Oldenburg
Weber, Regina	28777 Bremen
Weichlein, Martin	65199 Wiesbaden
Wernet, Markus	66111 Saarbrücken
Wickert, Claudia	56070 Koblenz
Winter, Michael	45127 Essen
Zech, Stefan	60389 Frankfurt
Zimmermann, Marianne	65197 Wiesbaden

Autorinnen und Autoren

Binne, Heike, Diplom Sozialpädagogin, Quartiersmanagerin in Bremen
Lüsum-Bockhorn, Mitglied im Vorstand der Bundesarbeitsgemein-
schaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit

Gillich, Stefan, Dozent für Gemeinwesenarbeit/Sozialräumliches Arbeiten
und Streetwork/(Mobile) Jugendarbeit im Burckhardthaus, Evangeli-
sches Fort- und Weiterbildungsinstitut für Jugend-, Kultur und Sozial-
arbeit in Gelnhausen/Hessen

Göschel, Albrecht Dr., Dipl. Ing, geb. 1941, Studium der Architektur und
Stadtplanung (TU Hannover, TU Berlin), Soziologie und Sozialplanung
(University of Essex, England). Bis 2006 Projektleiter am Deutschen
Institut für Urbanistik, Berlin, Arbeitsschwerpunkte Kulturpolitik, Sozi-
alpolitik, Zukunft der Stadt, Wertewandel

Grünheid, Peter, Mitarbeiter bei SPACEWALK

Hey, Christina, Geschäftsführerin des Arbeitskreises Soziale Brennpunkte
Marburg e.V. in Marburg und Vorsitzende der LAG Soziale Brenn-
punkte Hessen e.V.

Kissling, Markus, Mitarbeiter bei SPACEWALK

Knittel, Gudrun, Dipl. Sozialwissenschaftlerin, Trainerin für Konfliktrans-
formation, zivile Konfliktbearbeitung, Thérapie Sociale und Mediatorin,
Köln. Knittel.gudrun@gmx.de

Lehnert, Manuela, Quartiermanagement, Stadtteilprojekt Huthholz, Chem-
nitz

Lüttringhaus, Maria Dr., Institut LüttringHaus – Institut für Sozialraumori-
entierung, Quartier- und Case Management (zertifiziert); Sozialpäd-
agogin (FH) und Diplompädagogin, Trainerin in der beruflichen Fort-
bildung, freie Mitarbeiterin des Burckhardthauses und des Instituts für
Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung (ISSAB); Vorstandsmit-
glied der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit; Kontakt: ml@lue-
ttringhaus.info

Oelschlägel, Dieter, emerit. Prof. der Universität Duisburg-Essen

Prauser, Wolfgang, Sozialarbeiter, Bereich Stadtteilkulturarbeit, Stadtver-
waltung Hannover

Riemer, Christoph, Dozent für Jugendkulturarbeit/Playing Arts im Burck-
hardthaus

Rothschuh, Michael, Prof. an der HAWK Fachhochschule Hildesheim/Holz-
minden/Göttingen: Sozialpolitik, Gemeinwesenarbeit, Soziale Arbeit

SPACEWALK, ist ein international tätiges Netzwerk von Künstlern, Wissenschaftlern und Pädagogen aus verschiedenen Kulturkreisen. *SPACEWALK* entwickelt und realisiert seit 1993 erfolgreich Projekte im öffentlichen Raum, vorwiegend in sozialen Brennpunkten. Mehr Informationen über *SPACEWALK* unter www.space-walk.com

Stanglmayr, Mathilde, Diplom-Volkswirtin, Bankerin und Unternehmerin, arbeitet als Projektmanagerin im Bereich des Geld- und Finanzsystems. Ihr Engagement gilt insbesondere dem Erkennen der wirtschaftlichen Zusammenhänge und der Entwicklung von Wirtschaftskreisläufen, die die Entfaltung von Stadtteilen und Regionen ermöglichen. Themen: Gemeinwesen, Komplementärwährungen, alternative Bankensysteme

Stoik, Christoph, FH Campus, Wien

Sturzenhecker, Benedikt Dr., Prof. für Erziehung und Bildung, Schwerpunkte Jugendarbeit an der Fachhochschule Kiel, Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit

Stövesand, Sabine Dr., langjährige Praxis als Sozialarbeiterin (Frauenhaus, GWA St. Pauli-Süd), Professorin für Soziale Arbeit an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg

Streich, Angelika, Diplompädagogin, Supervisorin, tätig als Trainerinnen in der beruflichen Fortbildung, Projektbegleitung und Organisationsberatung (u. a. für das Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung/ISSAB der Universität Duisburg/Essen). Berufliche Schwerpunkte: Sozialraum-, Lösungs- und Ressourcenorientierung in Sozialen Diensten; Gemeinwesenarbeit; Stadtteilentwicklung; Aktivierungs- und Partizipationsformen

Tempel, Marion, Diplom Sozialpädagogin, Kulturmanagerin, Spiel- und Theaterpädagogin, Quartiermanagerin im Vicelinviertel Neumünster, AWO Schleswig-Holstein gGmbH

Thies, Reinhard, Referent beim Diakonischen Werk der EKD, Zentrum FIBA, Projektstelle Soziale Stadt, und Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit

Weber, Regina, Diplom Sozialpädagogin, Aufbau der Nachbarschaftsbörse in Bremen Lüssum-Bockhorn, Gemeinwesenarbeiterin in Bremen Lüssum-Bockhorn

Übersicht über Dokumentationen des Burckhardthauses

10. Werkstatt Gemeinwesenarbeit 1999 <i>Essentials der GWA – Zwischenbilanz & Ausblick</i>	9,50 €
11. Werkstatt Gemeinwesenarbeit 2001 veröffentlicht unter Stefan Gillich (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit – Eine Chance der sozialen Stadtentwicklung (2002)	14,90 €
12. Werkstatt Gemeinwesenarbeit 2003 veröffentlicht unter Stefan Gillich (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit: Die Saat geht auf. Grundlagen und neue sozialraumorientierte Handlungsfelder (2004)	15,80 €
17. bundesweites StreetworkerInnen-Treffen 2002 <i>Standpunkte: Streetwork/Mobile Jugendarbeit zwischen Fußballweltmeisterschaft und Bundestagswahl</i> veröffentlicht unter Stefan Gillich (Hrsg.): Streetwork/Mobile Jugendarbeit – Aktuelle Bestandsaufnahme und Positionen eigenständiger Arbeitsfelder (2003)	14,90 €
18. bundesweites StreetworkerInnen-Treffen 2003 <i>Streetwork/Mobile Jugendarbeit: Bewährtes und neue Herausforderungen</i> veröffentlicht unter Stefan Gillich (Hrsg.): Profile von Streetwork und Mobiler Jugendarbeit – Antworten der Praxis auf neue Herausforderungen (2004)	13,50 €
19. bundesweites StreetworkerInnen-Treffen 2004 <i>Ausgegrenzt und abgeschoben – Streetwork als Chance</i> veröffentlicht unter Stefan Gillich (Hrsg.): Ausgegrenzt & Abgeschoben: Streetwork als Chance (2005)	12,90 €
20. bundesweites StreetworkerInnen-Treffen 2005 <i>Professionelles Handeln auf der Straße</i> veröffentlicht unter Stefan Gillich (Hrsg.): Professionelles Handeln auf der Straße. Praxisbuch Streetwork und Mobile Jugendarbeit (2006)	13,90 €
21. bundesweites StreetworkerInnen-Treffen 2006 <i>Streetwork konkret – Standards und Qualitätsentwicklung</i> veröffentlicht unter Stefan Gillich (Hrsg.): Streetwork konkret – Standards und Qualitätsentwicklung (2007)	13,90 €

(Preise zuzüglich Porto und Verpackung)

(weitere Infos zu Veröffentlichungen und Dokumentationen unter:
www.burckhardthaus.de)

Veranstaltungshinweise des Burckhardthauses

Praxis Sozialer Arbeit im Gemeinwesen:

Soziale Probleme im Kontext lösen. Soziale Themen politikfähig machen

Geöffneter Workshop für das zertifizierte Methodenseminar für die Praxis Sozialer Arbeit im Gemeinwesen

Vermittelt werden Grundlagen und Methodenwissen für eine sozialraumbezogene Soziale Arbeit. Inhalte u. a.: Aushandlungsprozesse in Konfliktsituationen; Moderation im Konflikt; Moderation eines Mitarbeiterkreises; Vernetzung und lokale Bündnisse

Leitung Stefan Gillich, Dr. Maria Lüttringhaus

Termin 12.11. – 16.11.2007

Kosten 230,- € Kursgebühr

140,- € U/V im EZ ohne DU/WC im Burckhardthaus

192,- € U/V im EZ mit DU/WC im Burckhardthaus

Kurs-Nr. 109.II.07

Sozialraumorientierte Kinder- und Jugendarbeit: Migration und Beteiligung im Stadtteil

Geöffneter Workshop für das zertifizierte Methodenseminar »Sozialraumorientierte Kinder- und Jugendarbeit«

Leitung: Stefan Gillich (Burckhardthaus); NN

Termin: 26.11. – 28.11.2007

Kosten: 140,- € Kursgebühr

70,- € U/V im EZ ohne DU/WC im Burckhardthaus

96,- € U/V im EZ mit DU/WC im Burckhardthaus

Kurs-Nr. 113.IV.07

Auf der Homepage des Burckhardthauses www.burckhardthaus.de finden Sie Fortbildungsangebote und Tagungen zu den Themen

- Gemeinwesenarbeit
- Stadtteilarbeit
- Soziale Stadtentwicklung



Stefan Gillich (Hrsg.) (2004)

Gemeinwesenarbeit: Die Saat geht auf

Grundlagen und neue sozial-
raumorientierte Handlungsfelder

Beiträge aus der Arbeit des
Burckhardthauses Band 10

Zentrale Arbeitsprinzipien der Gemeinwesenarbeit sind die Orientierung am Willen der Menschen und die Gestaltung von Lebensräumen mit den Menschen. Gemeinwesenarbeit bietet das Grundverständnis und das notwendige Methodenrepertoire, um qualitativ Beiträge zur Aktivierung, Beteiligung und Selbstorganisation in der Bürgergesellschaft zu leisten. Die sozialraumorientierte Programmatik hält – unter verschiedenen Begriffen – Einzug in unterschiedliche Arbeitsfelder: als sozialraumorientierte Jugendhilfe oder als lebensweltorientierte gemeindenahe Arbeit, in Konzepten des bürgerschaftlichen Engagements, der lokalen Agenda 21 oder der integrierten Planung, als Quartiermanagement in der Stadtentwicklung usw.

In Beiträgen wird anschaulich und kritisch dargelegt, wie Kerngedanken der Gemeinwesenarbeit in verschiedenen Arbeitsfeldern aktuell umgesetzt werden, also wie gedacht, geplant und gehandelt wird. Darüber hinaus werden Kooperationsformen von Hochschule und Praxis zukunftsorientiert beschrieben und unverzichtbare methodische Kompetenzen für einen gelingenden Alltag im Stadtteil vermittelt. Der vorliegende Band fasst im Wesentlichen die Ergebnisse der zwölften Werkstatt Gemeinwesenarbeit zusammen, die vom 15. bis 18. September 2003 im Burckhardthaus stattfand, und repräsentiert den aktuellen Diskussionsstand..

258 Seiten. Pb. 15,80 € ISBN 978-3-89774-364-9



Stefan Gillich (Hrsg.)

Gemeinwesenarbeit

Eine Chance der
sozialen Stadtentwicklung

Beiträge aus der Arbeit des
Burckhardthauses Band 7

2., ergänzte Auflage 2004

Das Buch bietet für Praktiker, Interessierte und Multiplikatoren eine prägnante Zusammenfassung der neuesten Ansätze und Entwicklungen der Gemeinwesenarbeit. Darüber hinaus werden die Handlungsmöglichkeiten in unterschiedlichen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit verdeutlicht.

Die Werkstatt Gemeinwesenarbeit in Gelnhausen ist seit fast drei Jahrzehnten der zentrale bundesdeutsche Ort des Austausches und der Diskussion aktueller Entwicklungen der Gemeinwesenarbeit.

In Arbeitsgruppen, in Talkrunden und im Podiumsgespräch wird erarbeitet, was das für die Gemeinwesenarbeit vor Ort bedeutet und wie die Umsetzung konkret aussehen kann. Im Buch werden Beiträge und Ergebnisse der elften Werkstatt veröffentlicht.

208 Seiten. Pb. 14,90 €. ISBN 978-3-89774-236-9

TRIGA – Der Verlag

Herzbachweg 2 · 63571 Gelnhausen · Tel.: 060 51/5 3000 · Fax: 060 51/5 3037
e-mail: triga@triga-der-verlag.de · www.triga-der-verlag.de

